

# FLEXIBLER KAPITALISMUS



**Thesen zur  
spw-Tagung:**  
„Elemente sozialis-  
tischer Ökonomie“

**Ulrich Schöler:**  
Wolfgang Abendroth  
– Fragen an eine  
politische Biographie

**Klaus Dörre:**  
Rückkehr zum  
Taylorismus?

**Michael R. Krätke:**  
Die Ökonomie  
des Rentners

**Im Forum DL21 u.a.:**  
Benjamin Mikfeld,  
Barbara König,  
Sigrid Skarpelis-Sperk

von Thomas Westphal

Willkommen im Wahljahr 2002. Am Beispiel der CDU lässt sich derzeit hervorragend ablesen, wie man die Zeichen der Meinungsforscher falsch verstehen und gerade gewonnene Sympathien gleich wieder verspielen kann. Auf der Welle steigender Umfragewerte fühlen sich vermeintliche Führungskräfte der Union ermuntert, sämtliche Schubladenforderungen hervorzuholen. Steuervorteile für Großunternehmen wolle die CDU nach der Wahl rückgängig machen, die Ökosteuer endlich abschaffen und natürlich wird das konservative Reformprojekt überhaupt, die Vorziehung der Steuerreform, erneut angekündigt. Das direkte Umfeld des „Kandidaten“ hat alle Hände voll zu tun, die Forderungen abzuwiegeln. Das Ende vom Lied sind Schlagzeilen in der Tagespresse mit dem Tenor: Verwirrendes aus der Union zur Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Im selben Augenblick fangen die Umfragewerte an zu sinken. Schließlich hatten die Leute an einen neuen Kandidaten diffuse Hoffnungen auf etwas, wie auch immer geartetes Neues gesetzt. Schon nach drei Tagen ist diese naive Hoffnung verbraucht. Nicht viel anders kann es den Sozialdemokraten und Grünen ergehen, die eine neue Anti-Strauß-Kampagne planen und Stoiber auf Plakaten und in Statements als konservativen Rechtsaußen outen. Auch dies hieße, die Meinungsforschung und Stimmungslage gründlich miss zu verstehen. Die Menschen wenden sich nicht Stoiber zu, sondern von Schröder ab, dies ist ein fundamentaler Unterschied.

Kurzum: Wer andere als Rechtsaußen hinstellen will, gewinnt weder an Kompetenz Zustimmung noch an Glaubwürdigkeit. Wer dabei erpapt wird parteiideologische Kritik nur zu betreiben, um von eigenen Schwächen und Unterlassungen abzulenken, der diskreditiert sich selbst und jede Form ernster parteiideologischer Kritik.

\*

Schröder muss Stoiber auf anderen Feldern schlagen. Der vor uns liegende Wahlkampf wird nur Vordergründig ein Kompetenzwahlkampf, er wird in erster Linie ein Wahlkampf um Glaubwürdigkeit. Hier liegen beide Kandidaten in der Gunst der Wähler gleich auf: Keinem der beiden wird Glaubwürdigkeit attestiert. Darin steckt ein grundsätzliches Problem unserer Parteiendemokratie. Die Parteien, egal welcher Richtung, sehen sich mit einem hartnäckigen Bewusstseinswandel in unserer Gesellschaft konfrontiert, der die Zahl der Parteigebundenen Wähler radikal verkleinert. In variantenreicher Form hat sich eine Art geschichtslose „Ich-und-Jetzt-Ideologie“ verbreitet, die auf einem einfachen Glaubenssatz beruht:

„Das Leben eines Menschen ist auf sein individuelles Dasein beschränkt. Die früheren und zukünftigen Generationen haben in seinen Augen keinerlei Bedeutung für die Ordnung seines jetzigen Lebens.“

Dieser überhöhte Ich-und-Jetzt-Bezug lässt ein egozentrisches Verständnis der Gesellschaft und ihrer Zusammenhänge entstehen. Die Erfahrungen, Regeln, Sitten und Milieus der früheren Generationen sind für den eigenen Alltag nicht relevant, weil aus ihnen keine Regeln und Sitten für die neue Gesellschaft ableitbar sind. Protagonisten der geschichtslosen Egozentrik finden wir in allen Schichten unserer Gesellschaft. Die Krux ist nur: Das individualisierte, geschichtslose Verständnis des

gesellschaftlichen Wandels verfängt in den Köpfen der Bevölkerung, weil es an den Alltagserfahrungen vieler Menschen anknüpft. Die Kunst des Lebens besteht im meistern des Alltags. Wenn jedoch dieser Alltag der Arbeitsleistung, der Lebensführung, der Mobilität, der Kommunikation, der Partnerschaft, ja sogar der Sexualität einem tiefgreifenden Wandel ausgesetzt ist, dann werden auch die bisher geltenden Regeln in Frage gestellt.

Es gehört zum Wesen des Fortschritts, dass gesellschaftliche Regeln zunächst kulturell überformt und schließlich über Bord geworfen werden. Ebenso unvermeidbar ist das Anwachsen der Unsicherheit der Menschen, die in diese Zeiten hinein wachsen. Die Ich-und-Jetzt-Ideologie kehrt diesen Zusammenhang um. Sie macht aus der Not der wachsenden Unsicherheit eine Tugend, indem sie die Vorstellung akzeptiert, dass das Leben eines Menschen auf sein individuelles Dasein beschränkt ist und frühere oder zukünftige Generationen keinerlei Bedeutung haben. Im Alltag entsteht daraus eine ungesunde Mischung aus Fatalismus, Unzuverlässigkeit und einer Gleichgültigkeit gegenüber allen gesellschaftlichen Problemen, solange sie nicht das eigene Leben betreffen.

Kurzum: Wer die Erfahrung gemacht hat, dass weder Eltern, noch Lehrer, noch andere Vertreter aus der alten Welt der Erwachsenen, wirklich hilfreich und prägend bei der Suche nach der eigenen Lebensführung und den Regeln der Zukunft sein können, der glaubt auch keinen Augenblick daran, dass eine Bundesregierung weder die Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch die komplexe Welt des globalisierten Marktes in den Griff bekommen kann.

\*

Die Sozialdemokratie der „Neuen Mitte“ verhält sich so, als sei sie weitgehend frei von allen Ideologien des letzten Jahrhunderts und die Interessenvertretung der modernen sozio-politischen Milieus. In Wahrheit ist die SPD in den Augen der modernen Milieus weder fortschrittlicher, noch moderner aufgestellt als die Union. Sie besitzt nur einen bisher unschlagbaren Startvorteil gegenüber den Christdemokraten: Einen Kanzler, der das Zeug zum politischen Popstar hat. In dessen Windschatten wächst in allen Parteien eine neue Generation von Politikern heran, die die geschichtslose Egozentrik offenbar zum Kern ihres politischen Selbstverständnisses gemacht hat. Ihr Credo ist der demonstrative Verzicht auf eine konsistente und kritische Sichtweise unserer Gesellschaft. Statt dessen sehen sie sich als Avantgarde einer neuen Generation, die gänzlich anders sei, als alle vorhergehenden.

Kurzum: In dieser Perspektive der Verarbeitung der sozialen Wandlung unserer Gesellschaft, gerät die Idee der sozialen Demokratie in einen politisch-kulturellen Schraubstock. Auf der einen Seite drückt die Ich-und-Jetzt-Ideologie Politik an das untere Ende der individuellen Bedeutungsskala, auf der anderen Seite wächst eine politische Elite nach, deren Politik darin besteht, keine Politik machen zu wollen.

\*

Es gibt nur einen Ausweg. Die Wahlkampfauseinandersetzung muss Konflikte um Alltagsfragen organisieren. Die Fachthemen müssen in den nächsten acht Monaten den Technokraten aus den Händen genommen werden. Wir brauchen neue gesellschaftspolitische Ankerpositionen. Andernfalls ist es wirklich egal, wer im September gewinnt.

**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Klaus Dörre (Recklinghausen)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Bochum)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 René Fössel (Hagen)  
 Thomas Sauer (Mölin)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)  
 Ulrich Zacherl (Apensee)

**Redaktion:**

Thorben Albrecht  
 Uta Biermann  
 Björn Böbning  
 Stefanie Gerszowski  
 Oliver Kaczmarek  
 Barbara König  
 Anja Krüke  
 Dirk Meyer  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Rünker  
 Frank Schäuff  
 Frank Wilhelms

**Redaktionsmanagement:**

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

**Redaktions- und Verlagsadressen:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

**Geschäftsführung:**

Diät Schade  
 Alfred Voges

**Konto des Verlages:**

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 41 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-

(bei Bankinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2002.

Alle Rechte vorbehalten.

**Titelfoto:**

www.freephoto.com

**Satz und Gestaltung:**

Ralf Schmitz, Leverkusen

**Druck:**

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-2. Tausend, Januar 2002

Kurzum ..... 2

**FORUM DL21**

<i>Benjamin Mikfeld</i> Die schleichende Entpolitisierung der Volkspartei .....	4
<i>Mathias Brodtkorb</i> Die Rückkehr des Frankfurter Kreises? .....	6
<i>Barbara König</i> NRW-SPD: Mit neuem Profil zur alten Stärke? .....	7
<i>Gabriele Andretta</i> Niedersachsen macht Schule – bloß welche? .....	9
<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i> Deutschland in der Rezession – Handeln tut Not .....	11

**FELXIBLER KAPITALISMUS – MODERNER SOZIALISMUS**

<i>Klaus Dörre</i> Rückkehr zum Taylorismus oder neues Produktionsmodell? .....	13
<i>Michael R. Krätke</i> Die scheinbar unpolitische Ökonomie des Rentners .....	19
Thesen zur spw-Jahrestagung 2001: Flexibler Kapitalismus - Moderner Sozialismus .....	25
Statements zu den Thesen von Ralf Krämer, Felix Welti und Detlev von Larcher	
Jahresregister 2001 .....	29
<i>Horst Heimann</i> Kollege Proteus im modernen Sozialismus .....	33
<i>Felix Welti</i> Eigentum und Zugang – Herausforderungen für den modernen Sozialismus .....	37

**INTERNATIONALE POLITIK**

<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i> Weder Aufbruch noch Debakel – Welthandelskonferenz in Doha .....	40
---	----

**THEORIE & STRATEGIE**

<i>Ulrich Schöler</i> Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg .....	42
<i>Thomas Gerlinger</i> Gesundheitspolitik im Umbruch .....	47
<i>Ulla Zumhasch</i> Kommunalakademie – High Potentials auf Erfolgskurs bringen .....	50
<i>Dieter Wunder</i> Chancengleichheit – neu bedacht .....	51
<i>Heinz-Josef Bontrup</i> Öffentliche Vorsorge – private Wirtschaft .....	53
spw-intern (Reinhold Rünker) .....	56

**REZENSIONEN**

Rosa-Luxemburg-Stiftung: „PDS-Reformalternativen“ (Inka Jörs) .....	57
Jonas C. Höpken: „Gerechtigkeit in der Arbeitsgesellschaft“ (Martin Büscher) .....	59

# Die schleichende Entpolitisierung der Volkspartei

## Zur Lage der Sozialdemokratie nach dem Nürnberger Bundesparteitag

Von Benjamin Mikfeld

Der Generalsekretär der SPD hat in den letzten Wochen des öfteren darauf aufmerksam gemacht, dass es in der Partei zunehmende Stimmen gibt, die sich die Frage stellen, ob nicht die Oppositionsrolle besser wäre als das Regieren. Franz Müntefering thematisiert dieses Problem vollkommen zu Recht. Auch aktuelle Umfragen belegen ein Mobilisierungsdefizit der SPD im Vergleich mit den politischen Gegnern. Aber machen wir ein banales Gedankenexperiment. Wenn ein Anhänger der Sozialdemokratie das Handeln und Reden der Regierung in wichtigen Politikfeldern (Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik) ernst nimmt und die von ihr selbst verlautbarte Position akzeptiert, dass erstens die Spielräume für Regierungshandeln sehr eng sind und zweitens eine Regierungspartei die primäre Funktion hat, das Regierungshandeln abzusichern, dann kann dieser Anhänger durchaus zu dem Schluss kommen, dass die Oppositionsrolle sinnvoller ist. Diese Position wäre alles andere als dogmatisch oder zynisch, sondern rational. Denn die Rolle einer Opposition liegt darin, auf Missstände und Reformalternativen aufmerksam zu machen. Sie muss zudem politisieren und Protest bündeln. Besser, dies geschieht aus einer aufgeklärten, sozialen und emanzipatorischen Perspektive als aus dem entgegengesetzten politischen Lager. Dieses Gedankenspiel verdeutlicht einen (wenn auch politisch wenig hilfreichen) Ausbrechversuch aus dem gegenwärtigen rot-grünen Dilemma. In vielen entscheidenden Fragen „sozialdemokratischer Identität“ vertritt die Regierung einen Kurs, den die zweifelsohne sehr heterogene Mitglieds- und Anhängerschaft teils aus Einsicht in die vermeintlichen taktischen und inhaltlichen Sachzwänge stützt, teils zähneknirschend bis enttäuscht, aber keineswegs mit Begeisterung hinnimmt.

Nur vor dem Hintergrund dieses Dilemmas

kann der vergangene Bundesparteitag der SPD in Nürnberg („Erneuerung, Verantwortung, Zusammenhalt.“) interpretiert werden, will man das Geschlossenheits-Hurra der Parteiführung genauso vermeiden wie die inzwischen nach jedem Parteitag übliche ritualisierte Verratsrhetorik von Teilen der Linken. In den zwei entscheidenden „Knackpunkten“ des Bundesparteitags, die gleichzeitig auch Grundsatzfragen für die SPD darstellen, haben viele Delegierte entgegen ihrer Überzeugung auf die finale Kraftprobe mit der Regierungslinie verzichtet – erstens die Definition eindeutiger Grenzen einer Unterstützung der militärischen Intervention gegen die Verantwortlichen der Terroranschläge vom 11. September und zweitens die

Entwicklung einer über die bisherigen Maßnahmen hinausgehenden Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Im politischen Vorlaufprozess wurden Kompromisse vereinbart, die jedoch für die interessierte Öffentlichkeit nicht erkennbar wurden.

Schon gar nicht ist die Zustimmung zum finanzpolitischen Konsolidierungskurs und zum Einsatz der Bundeswehr – unabhängig davon, wie man im einzelnen zu ihnen steht – in ein fortschrittliches Gesamtkonzept zukünftiger Wirtschafts- und Außenpolitik eingebettet worden. Zwar ist es in vielen Fragen durchaus gelungen, sinnvolle Reformanliegen zur Beschlusslage zu machen. Dies gilt für die Arbeitsmarktpolitik. So wurde beispielsweise erstmalig der perspektivische Umbau der Arbeitslosen in eine flexible, Erwerbsbiographien absichernde Arbeitsversicherung beschlossen. Die selektive mediale Berichterstattung hat dies jedoch nicht nach außen dringen lassen. Und Parteitagbeschlüsse, die nicht öffentlich kommuniziert werden, sind kaum etwas wert. Somit wurde das ursprüngliche Anliegen, die strategische Linie „Sicherheit im Wandel“ auf Ba-



sis der bereits Monate vor dem Parteitag zur Diskussion vorlegten Leitartikeln in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Familie, Bildung, Europa, Jugend und Kommunalpolitik in der Partei zu verankern, durch die Ereignisse des 11. September zunichte gemacht.

Dem Parteitag fehlte eine wirkungsmächtige progressive inhaltliche Botschaft. Im Prinzip gingen vom dem von Gerhard Schröder in seiner Grundsatzrede als „sicher einer der wichtigsten Parteitage in unserer jüngeren Geschichte“ bezeichneten Konvent nur zwei Signale aus. Der Kanzler setzt sich mit seinem Kurs durch und die SPD steht weiterhin für rot-grün. Letzteres darf nicht zu gering bewertet werden, denn beide Botschaften haben einen inneren Zusammenhang. Die Tatsache, dass die Zustimmung des Parteitag zum Kurs der Regierung auch gerade deswegen erfolgt ist, um die Koalition gegen die Lockrufe von Westerwelle zu stabilisieren, wird von einigen führenden Sozialdemokraten offen problematisiert. Der eine oder andere Protagonist der am Rande des Parteitages gegründeten „Nürnberger Mitte“ sieht den Existenzgrund des neuen Zusammenhangs konservativer Sozialdemokraten darin, die Partei auf andere Koalitionsoptionen vorzubereiten.

In der Öffentlichkeit blieb die Interpretation vom Nürnberger Parteitag vorherrschend, dass die SPD einen großen Schritt in Richtung „Kanzlerwahlverein“ gegangen sei. Doch diese Diagnose ist über- und untertrieben zugleich und somit doppelt falsch.

Sie ist übertrieben, weil der ihr zugrunde liegende auch auf die Funktionsträger projizierte Vorwurf des Machtopportunismus nicht zutrifft. Die SPD hat aus den Erfahrungen des Jahres 1999 gelernt, als politische Fehler und offen ausgetragener Streit dem politischen Gegner ungewollt in die Hände gespielt haben. Die Folge waren schmerzliche Wahlniederlagen in sicher geglaubten Bastionen im Saarland und in NRW. Vor diesen Hintergrund befindet sich die SPD in einer schwierigen Phase, die eigene Rolle im Spannungsfeld von Regierungsverantwortung

tung und Programmpartei neu zu definieren. Zwar dominiert in der SPD die Auffassung, dass eine stabile fortschrittliche Reformpolitik nur mit einer rot-grünen Regierung möglich ist. Gleichzeitig hat die Partei verstanden, dass sich eine sozialdemokratische Bundesregierung im Medienzeitalter und nach 16 Jahren Regierungs-Konservatismus in außen- und innenpolitischen Zwängen befindet, die sich auch nicht durch Parteitagsbeschlüsse auflösen lassen. Der Trend zur Personalisierung und der Ausblendung des prozesshaften Charakters von Politik lässt wenig Interpretationen jenseits von „Kanzlerwahlverein“ und „zerstrittener Haufen“ zu. Jede über die gegenwärtige Regierungslinie hinausweisende Positionierung wird zwangsläufig als Vertrauensbruch mit der politischen Führung missverstanden. Parteitage haben somit einen Funktionswandel hinter sich. Sie dienen kaum noch dem nach innen gerichteten Sortierungsprozess einer Partei und statt dessen immer mehr der Erzeugung eines Außenbildes. Das Machtverhältnis zwischen Führung und Basis ist asymmetrisch, denn die „Führung“ kann den medialen Druck dem sie unterliegt, in kritischen Situationen als Machtressource einsetzen und an die Basis weitergeben – nach dem Motto: „Ihr könnt ja beschließen was ihr wollt, aber ich kann und werde es nicht umsetzen.“ Parteitage sind inzwischen permanente, bewusst inszenierte Vertrauensfragen. Klatschzeiten oder Wahlergebnisse sind bedeutsamer als Inhalte. Allerdings kann der Schuss nach hinten losgehen, wenn die Disziplinierung bei der individualisierten Anonymität geheimer Wahlen nicht mehr greift. Und so äußert sich der angestaute Unmut fast nur noch symbolisch über Denkkzettel bei Wahlen z.B. der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Gerade deswegen ist der „Kanzlerwahlverein-Vorwurf“ auch untertrieben. Denn er macht die Dramatik einer schleichenden Entpolitisierung der Volkspartei SPD nicht hinreichend deutlich. Die SPD ist als Partei schon lange nicht mehr der Ort der gesellschaftlichen Zukunftsdebatte, warum sollen es dann Parteitage sein? Im wesentlichen haben wir es mit einer Verschränkung folgender Entwicklungen zu tun:

Die Entkopplung von Parteipolitik und gesellschaftlichem Alltag, d.h. die „Krise der Repräsentation“ ist nicht nur in Bezug auf die Parteiführung zu konstatieren, sondern auch auf den so genannten „Mittelbau“ und die Basis. Die politischen Prozesse innerhalb der SPD bezeugen eine lähmende Binnenfixierung. So führte die dringend nötige Reform der NRW-SPD nicht etwa zu einer Klärung,

## Die Strategie einer Re-Politisierung kann nicht in der Inszenierung von spektakulären Kampfabstimmungen liegen.

wie sich eine moderne Volkspartei im Wandel neu aufzustellen hat. Auch die Programmdebatte ist nach wie vor eher „Club der toten Dichter“ als öffentlich wahrnehmbares Forum für progressive Zukunftsentwürfe.

Die veränderte Rolle der Massenmedien forciert die Personalisierung von Politik und blendet die ihr zugrunde liegenden unterschiedlichen Interessen, Prozesse und Kompromissbildungen aus. Die Herausbildung eines politisch-journalistischen Komplexes verstärkt den Trend zur „Vermittlung“ von Politik, d.h. alle politischen Vorgänge werden aus der Brille der gesellschaftlichen Mittelschichten betrachtet. Die Hauptstadtbühne

Berlin-Mitte wird somit tendenziell zum Wandlitz der Berliner Republik.

Der SPD fehlt die Anbindung an soziale Bewegungen und an progressive Intellektuelle. Zwar hat dies mit der gegenwärtigen Schwäche derselben zu tun. Aber

mit Blick auf die in allen gesellschaftlichen Gruppen wachsende „Globalisierungskritik“ könnte sich diese Distanz womöglich als sehr problematisch erweisen.

Die Flügel der Partei sind erlahmt und entfalten immer weniger Bindewirkung. Damit verlieren diese aber auch ihre Funktion, unterschiedliche Positionen in der SPD zu bündeln und ihnen einen politischen Ausdruck zu verleihen. So ist das Theorie- und Strategiedefizit der sozialdemokratischen Linken eklatant. Und weil sie nicht mehr in der Lage ist, den ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandel in seinen Zusammenhängen zu begreifen, verkriechen sich die Vertreter der sozialdemokratischen Linken in ihre fachpolitischen Nischen. Was bleibt, ist der Glaube an die eigene moralische Überlegenheit. Damit bleibt die Aufgabe der Linken – aus der zeitgemäßen (!) Kritik der bestehenden Verhältnisse Strategien für die gesellschaftliche Veränderung abzuleiten unerledigt.

Ein Generationenkonflikt als möglicher Katalysator zur Neuprofilierung einer Partei findet nicht statt. Statt dessen bahnt sich ein „kalter Generationenumbruch“ an. Die sozialdemokratische Nachwuchsriege um die 40 hat nur ein einziges Projekt: sie selbst. Dabei verwischen die Unterschiede zwischen den Parteien immer mehr. Oft können junge Sozialdemokraten, liberale Grüne, aufgeklärte Konservative und soziale Liberale die Unterschiede zu den jeweils anderen nicht mehr erklären.

Da sich das Spannungsverhältnis zwischen Regierungsverantwortung und Programmpartei unter den gegebenen Bedingungen nicht auflösen lässt, kann die Strategie einer

Re-Politisierung nicht in der Inszenierung von spektakulären Kampfabstimmungen auf Parteitagen in tagesaktuellen Fragen liegen – unter im übrigen selten ehrlich gemeinten Anfeuerungsrufen der Medien von taz bis Welt. Der Glaube, dass öffentlich ausgetragene Konflikte in Parteien größere Teile der Gesellschaft interessieren bzw. es positiv honoriert wird, wenn man es „denen da oben“ mal so richtig zeigt, ist eine Sicht von politischen Funktionen, die mit der Realität unter den gegebenen medialen Bedingungen leider wenig zu tun hat. Auf der anderen Seite kann man den Vertretern der „Nürnberger Mitte“, die Partei auf sozialliberalen Kurs bzw. autoritäre Unterordnung umzuprogrammieren, nur viel Spaß wünschen. Eine solche Strategie würde eine SPD hinterlassen, die allenfalls noch als Juniorpartner in einer großen Koalition regieren könnte.

Entscheidend wird es vielmehr sein, eine mobilisierende und Sinn stiftende „sozialdemokratische Erzählung“ zu entwickeln, die mehr ist als die Summe der einzelnen Teile bzw. die Addition zusammenhangloser Reformmaßnahmen. Wichtig sind die Zukunftsfragen eines politischen Rahmens für die wirtschaftliche Globalisierung, der sozial- und bildungspolitischen Gerechtigkeit bzw. der Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie der Lebensbewältigung und -qualität im flexiblen Kapitalismus. Erst wenn es gelingt, eine solche strategische Orientierung der SPD auf den Weg zu bringen und somit auch eine stabile Klammer zwischen den progressiv orientierten Mittelschichten, den so genannten Stammwählern der SPD sowie den sozial und politisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu bilden, ist die Basis für produktiven Streit, der nicht nur innerparteiliche Angelegenheit ist, gelegt. Dabei geht es nicht allein um komplexe programmatische Entwürfe, sondern vor allem auch um die symbolische Ebene von Politik. Bislang ist es nicht gelungen, in die Zukunftsthemen wie Arbeit und Bildung die vielen durchaus sinnvollen Regierungsmaßnahmen als neuen Politikansatz zu kommunizieren. Damit wird man aus Gerhard Schröder gewiss keinen Visionär machen. Es wird letztendlich eine kritisch-produktive Spannung zwischen Regierung und Partei sein müssen. Aber der pragmatischen „Verantwortung für das Ganze“ muss auch eine sinnstiftende „Idee für das Ganze“ zugrunde liegen, die von der Sozialdemokratie im Grundsatz geteilt wird. Denn im Windschatten einer von Merkel und Stoiber geführten krisengeschüttelten und uneinigen Union lauert ein dumpfer Nationalkonservatismus in Form von Roland Koch, der durchaus in der Lage wäre, das Sinnvakuum mit einer gezielten Verunsicherungs-Politik zu füllen, wenn es der Linken nicht gelingt, ihre eigenen Aktivisten und Anhänger nicht nur taktisch zu disziplinieren, sondern auch wieder zu begeistern.

# Die Rückkehr des Frankfurter Kreises?

## Kritische Anmerkungen zum SPD-Bundesparteitag

von Mathias Brodkorb

Was immer man von Parteitag halten mag, sie stellen geeignete Ereignisse dar, um kritisch über den Einfluss der Parteilinken, den Zustand der Gesamtpartei und die Rolle der Jusos zu reflektieren. Niels Annen und Rüdiger Scholz haben im letzten update (7.1) vor allem Letzteres getan und die Erfolge der Jusos auf dem Parteitag betont. Ich hingegen möchte – auch selbstkritisch – den Blick mehr auf die Gesamtsituation lenken.

### Die SPD-Linke ist mausetot.

Wer es noch nicht gemerkt haben sollte: Es gibt keine SPD-Linke mehr. Zwar gibt es noch vereinzelt hier und da Linke, aber weder sind Personen(zusammenhänge) in Sicht, die diese vereinzelt Kämpfer sammeln noch strategisch und programmatisch ausrichten. So erklärt sich m.E. auch der Umstand, dass durchaus einige linke Anträge in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik vorlagen, aber letztlich nicht einmal mehr zur Abstimmung gestellt wurden. Entweder die Antragsteller hatten Angst, mit einer (deutlichen) Minderheit unterzugehen (was nun für die Linke seit Jahrzehnten nichts Neues wäre) oder sie waren bereit, sich Schröder zu beugen. Beides ist gleichermaßen fatal.

Auch Gruppierungen wie FDL21 ändern daran nichts – und können es auch nicht. FDL organisiert keine Parteilinke, sondern entwickelt sich (gewollt?) immer mehr zu einem Mitte-Links-Bündnis: Selbst Leute wie Wolfgang Thierse sind inzwischen Mitglieder bei FDL. Nichts gegen Wolfgang Thierse, aber er ist nun einmal kein Linker. So charmant ein Mitte-Links-Bündnis organisiert über FDL wäre – es macht nur Sinn, wenn es eine strategisch und programmatisch eigenständige Linke gibt. Man kann in FDL aber nicht beides versuchen, nämlich eine Parteilinke zu rekonstruieren und ein Bündnis mit Teilen der Parteilinke zu schmieden. Das zeigen nicht zuletzt die Spannungen innerhalb von FDL nach dem Parteitag und der Afghanistanabstimmung. Parteilinke lassen sich eben nicht dauerhaft mit weichgespülten Mittepositionen abspeisen.

### Die Jusos sind zu zurückhaltend.

Die Jusos können die Parteilinke weder allein organisieren noch ersetzen. Aber man

muss sich trotzdem die Frage stellen, ob die derzeitige Rolle der Jusos innerhalb der Parteilinken befriedigend ist. Das liegt sicher auch daran, dass die Jusos ein sehr heterogener Haufen sind und es ihnen deshalb an Schlagkraft innerhalb der Partei fehlt. Das zeigt sich an Absprachen, die nicht oder nur bedingt funktionieren. Nicht einmal bei der Wahl zum Bundesvorstand gab es eine strategische Vorbereitung. Anstatt über ein Personal-Ticket zu diskutieren, haben nur manche ihre regional bedingten Präferenzen geäußert. Es mag ja auf Bundesparteitagen unüblich sein, Tickets festzulegen (ich weiß das nicht, weil das mein erster Bundesparteitag war), aber falls das so wäre, sollte man schleunigst mit dieser Tradition brechen.

Ich glaube, dass die Jusos in Zukunft eine größere Rolle in der Parteilinken spielen müssen. Sie müssen, wo möglich, zum Zentrum der Parteilinken werden. Denkbar wäre ein systematischer Versuch, die Parteilinke über die Landesverbände und –bezirke wieder zum Leben zu erwecken und so der SPD-Linken wirklich wieder eine Basis in der Partei zu geben. Wenn Jusos an einem solchen Versuch nicht zentral beteiligt sind, wird es ihn nicht geben.

Die Jusos (und die Parteilinke) sollten ihre Rolle m.E. aber auch noch in einer anderen Frage kritisch reflektieren: Wir haben uns zu sehr auf den Mechanismus der Macht und Kompromisse eingelassen. Rüdiger Scholz und Niels Annen haben z.B. sehr den Erfolg in Sachen Studiengebührenverbot hervorgehoben. Tatsache ist aber, dass der Juso-Bundesvorstand zunächst nur einen Antrag stellen wollte, der Studiengebühren für das Erststudium ausschließt. Die Begründung hierfür lautete, dass mehr in der SPD momentan nicht durchsetzbar sei. Erst eine kritische Diskussion in der Delegiertenvorbesprechung führte zu einem weiteren Antrag, der ein generelles Verbot von Studiengebühren vorsah und schließlich erfolgreich war. Aus diesem Vorgang sollte man m.E. die Schlussfolgerung ziehen, dass man Kompromissbereitschaft nicht mit „vorausgehendem Gehorsam“ verwechseln darf. Wir Jusos dürfen uns nicht darauf einlassen, immer von selbst bereits einen weitgehenden Kompromiss zur Grundlage der Herausbildung eines weiteren Kompromisses mit der Partei zu

machen. Das kann man übrigens auch von der Tarifpolitik lernen. Natürlich muss und kann das nicht bedeuten, die Kompromisse immer nur von der Maximalposition aus zu bestimmen. Das würde zur Politikunfähigkeit führen. Aber die Ausgangsposition darf nicht bereits das beinhalten, was man der Partei als Äußerstes zutraut, denn dabei kann man sich – wie in Sachen Studiengebührenverbot gesehen – verschätzen. Und es wäre übrigens auch nicht schlimm, wenn die Parteilinke wieder einmal den Mut hätte, Abstimmungen zu verlieren. Um eine Parteilinke zu organisieren, benötigt man langfristig hitzige Debatten, in denen den eigenen Anhängern auch erklärt wird, warum die Linke welche Position vertritt, und man benötigt auch Kampfabstimmungen, in denen die Linke sich als Linke öffentlich präsentiert, ihre Identität reproduziert und so ihren Habitus kreiert. Das ständige Verhandeln in Hinterzimmern, ohne „die eigenen Leute“ sichtbar mitzunehmen, führt zur Entpolitisierung und damit zum Untergang der Linken. Hinterzimmerpolitik hilft vor allem dem Establishment.

### Feminismus als Affirmation des Kapitalismus!

Wenn Männer sich zu Feminismus-Fragen äußern, wird es meist besonders kritisch – ich versuche es trotzdem. Die Bundesfrauenkommission der Jusos hatte beschlossen, auf dem Bundesparteitag der SPD mit einer T-Shirt-Aktion aufzutreten. So trugen denn auch einige Frauen schwarze Shirts, auf denen mit roten Buchstaben folgender Text gedruckt stand: „Ich will Chefin werden, nicht (nur) Mutter.“ Das NUR in Klammern lässt darauf schließen, dass es in der Frauenkommission eine Kontroverse über die Frage gab, ob das NUR auch im Schriftzug enthalten sein soll oder nicht. Der Kompromiss bestand – so meine Vermutung – offenbar darin, das NUR in Klammern zu setzen.

Nun, beide Positionen haben mit einem sozialistisch inspirierten Feminismus wenig zu tun. Die feministische Bewegung engagierte sich ursprünglich dafür, den Rechtsstatus der Frauen dem der Männer anzugleichen. Es ging darum, den Frauen dieselben Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen wie den Männern. Die sozialistische Bewegung verband diese grundsätzliche Orientierung allerdings auch mit einer inhaltlich anders gestalteten Gesellschaft und unterscheidet sich in genau dieser Frage von einem bürgerlichen Feminismus. Es ging also nicht nur darum, dass Frauen das, was

Männer erreicht haben, auch erreichen sollten, sondern dass *beide* bereit sind, ein neues Zivilisationsmodell hervorzubringen. Mit anderen Worten: Wer eine feminisierte Gesellschaft will, also eine Gesellschaft, in der sich Mann und Frau annähern, hat grundsätzlich drei Möglichkeiten, dies zu erreichen:

1. dadurch, dass „Frauen“ wie „Männer“ werden,
2. dadurch, dass „Männer“ wie „Frauen“ werden,
3. dadurch, dass Mann und Frau ein qualitativ anderes Modell von Gesellschaft hervorbringen.

Eine Position, die sich selbst mit der Forderung charakterisiert, „Ich will Chefin werden, nicht (nur) Mutter.“ und natürlich noch mehr eine Position, in der das NUR gar nicht vorhanden ist, ist mit der ersten Möglichkeit identisch, also mit einem völlig unkritischen Nachahmen des bis dato als „männlich“ klassifizierten Verhaltens. Es ist die pure Affirmation des Kapitalismus und seiner Strukturen. „Chef“ oder „Chefin“ zu sein bedeutet im Kapitalismus, soziale Herrschaft über Menschen im Rahmen des Arbeitsprozesses aus-

zuüben. Wenn Frauen (oder Männer) dies zu ihrem Lebensziel erklären, bedeutet dies die völlig unkritische Bejahung der „sozialen Charaktermasken“ (Marx) des Kapitals, die aufgrund spezifischer historischer Entwicklungen „männlich“ sind. Der Feminismus wird damit nicht mehr zu einer Bewegung der Gleichberechtigung der Frau, sondern zu einer Form des Egalitarismus. Sie verwechselt das *Recht* auf eine bestimmte Lebensgestaltung mit seiner tatsächlichen Vollstreckung. (Sozialistischer) Feminismus will nicht, dass Frauen keine Kinder bekommen oder sie erziehen, sondern dass sie die *Möglichkeit* haben, dies zu unterlassen und etwas anderes zu tun. Und sozialistischer Feminismus wertet die Mutterrolle nicht ab, was in dem „nur“ bereits enthalten ist, sondern will sie als gleichberechtigte Lebensgestaltung etablieren. Oder wollen wir eine Frau, die sich *im* Sozialismus dafür entscheidet, drei Kinder aufzuziehen anstatt einer anderen Arbeit nachzugehen, etwa als „unterentwickelt“ ansehen? Mit welchem Recht denn? Wollen wir ihr etwa sagen, dass das ihren „objektiven Interessen“ widerspricht und sie

nicht wirklich glücklich sei, auch wenn sie das von sich selbst behauptet?

Eckbert Müller und Robert Fuchs haben in „Argumente“ (3/2001) in einem intelligenten Aufsatz zu diesem Zusammenhang eine berechtigte Frage gestellt: Warum wird die Debatte über Ganztagschulen eigentlich vor allem aus dem Blickwinkel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nicht aus bildungspolitischer Sicht geführt? Mit anderen Worten: Warum sollen eigentlich die Kinder und Jugendlichen dafür bluten und länger in der Schule hocken, dass ihre Mütter arbeiten gehen wollen und ihre Väter nicht bereit sind, sich auch an der Erziehung der Kinder zu beteiligen? Man könnte daher provokant schlussfolgern: Die Einführung der Ganztagschule nimmt den Druck von den Männern, ein neues Zivilisationsmodell mitzugestalten und sich an Familie und Haushalt adäquat zu beteiligen. Sie ermöglicht es aber den Frauen, endlich auch die (männlichen) sozialen Charaktermasken des Kapitals für sich zu reklamieren. Aber: Führt uns das im Hinblick auf einen *sozialistischen* Feminismus weiter?

Forum DL21

## Mit neuem Profil zu alter Stärke!

### Die Parteireform in NRW geht in ihre Umsetzung

Von Barbara König,

In der Münsterlandhalle konnte man die berühmte Stecknadel fallen hören: Einstimmig erhoben die 430 Delegierten auf dem SPD-Parteitag ihr Kartenzeichen, um die Reform im größten und mächtigsten Landesverband zu beschließen. Viele zufriedene, aber auch viele skeptische Gesichter. Jubel mochte nicht aufkommen – zu viele Spuren hatte der anstrengende Weg zur Reform hinterlassen. Viele Delegierte waren schlicht und einfach der vielen Reformdiskussionen müde. Dabei beginnt die Arbeit erst: den hehren Beschlüssen, der neuen Satzung, den vielen Ideen müssen nun Taten folgen.

Die wichtigste Neuerung ist natürlich die Auflösung der 4 Bezirke und die Gründung eines einzigen Landesbezirkes NRW – der sich weiterhin „Landesverband“ nennt. Die

daraus folgende Aufwertung der 54 Unterbezirke bedeutet auch eine Verpflichtung zu mehr Kommunikation untereinander und zur Landesebene. Einen Eindruck von der Unsicherheit der Unterbezirke in ihrer neuen Rolle erhielt, wer die Platzaufnahme in der Parteitagshalle beobachtete: Vergeblich suchten die Delegierten die Schilder ihrer alten „Heimatbezirke“ und mussten feststellen, dass sie sich nicht geographisch, sondern alphabetisch nach Kommunen setzen sollten. Das rheinische Bonn fand sich zwischen den westfälischen Städten Bochum und Bottrop wieder – regionale Orientierung mochte da nicht so recht aufkommen.

Die bessere Kommunikation zwischen der kommunalen Ebene und dem Landesverband zieht sich denn auch als roter Faden durch das neue Satzungswerk.



Der neue Landesvorstand selbst ist auf 37 Mitglieder vergrößert worden. Neben der neuen Position des Generalsekretärs ist sicher die Zusammensetzung des Gremiums interessant: knapp die Hälfte der 37 Mitglieder sind in ihren Kommunen und Unterbezirken aktiv, viel mehr als im alten Vorstand. Die andere Hälfte besteht weiterhin aus Landtagsabgeordneten, Kabinettsmitgliedern und Regierungspräsidenten. Es bleibt zu hoffen, dass sich das neue Zahlenverhältnis auch in inhaltlichen Impulsen und Ideen bemerkbar macht. Ermutigend ist darüber hinaus der hohe Anteil an jüngeren Genossinnen, knapp 25% der Vorstandsmitglieder sind jünger als 40 Jahre alt.

Der neu zusammengesetzte Landesvorstand wird von einem *Landesparteirat* sowie

Barbara König, 32 J., Politikwissenschaftlerin, ist seit dem 15.12.2001 Mitglied im neuen Landesvorstand der NRW SPD und lebt in Bonn.

einem Kommunalrat beraten. Der Parteirat ist in NRW nicht neu, ein ähnlich behäbiges Gremium hieß früher „Landesausschuss“. Politische Impulse brachte er kaum hervor und so wurde er Mitte der 90er Jahre durch die „Konferenz der (Bezirks-)Vorstände“ ersetzt, um ihn in seiner politischen Relevanz aufzuwerten. Es bleibt abzuwarten, ob der neue Parteirat mit seinen 100 von den Unterbezirken direkt gewählten Delegierten flexibel genug ist, um ein Gegengewicht zum nun mächtigeren Vorstand bilden zu können. Interessanter erscheint das neue Gremium des „Kommunalrates“: Mit 40 Mitgliedern hat er eine handlungsfähige Größe und die Zusammensetzung zu je einem Viertel aus den Kommunalfraktionen, der Landtagsfraktion, den Regionen sowie dem Landesvorstandes lassen auf spannende Diskussionen hoffen. Zwar wird der Kommunalrat durch den Landesvorstand berufen, sein eigenes Initiativrecht weist ihm aber eine machtvollere Stellung als dem Parteirat zu.

Ganz gelöst hat sich der neue Landesverband freilich nicht von den alten Bezirkstraditionen: in vier Regionen dürfen sich SozialdemokratInnen weiterhin mit Themen ihrer Wahl beschäftigen und Anträge an Landes- und Bundesparteitage richten. An Auswahl und Qualität dieser Themen wird sich wohl die weitere Bedeutung der Regionen messen lassen. Haben die GenossInnen im Westlichen Westfalen, in Ostwestfalen-Lippe, an Niederrhein und Mittelrhein in der Vergangenheit eher über bundespolitische Themen beraten, müssen sie jetzt ihr eigenes regionalpolitisches Profil schärfen, um zwischen Landes- und UB-Ebene langfristig bestehen zu können. Dass aber regionalpolitische Themen nicht vor den Grenzen der ehemaligen Bezirke Halt machen, zeigt die aktuelle Diskussion um die Zukunft des Ruhrgebiets.

Weil dessen geopolitische Einordnung quer zu den Regierungsbezirken liegt, haben sich die betroffenen Unterbezirke bereits zu „Bezirkszeiten“ zu einer pragmatischen „Ruhrgebiets-SPD“ zusammenge-

funden. Diese Kooperation wird in Zukunft sicher ebenso an Gewicht gewinnen, wie z.B. die Annäherung der Euregio-Unterbezirke zwischen Aachen und Duisburg.

Nicht wenige befürchten deshalb, dass sich die verbliebenen Regionen zuvorderst über ihr Vorschlagsrecht zu Landesreservelisten bei Landtags- und Bundestagswahlen definieren werden. Ein Kompromiss, der seinerzeit die Zustimmung der Bezirke zur Reform sicherte, schwächt nun das Gesamtziel der Parteireform: die Stärkung der Diskussion um Sachfragen vor den altbekannten Personalfragen.

Überhaupt scheint während der langen Zeit der durchaus leidenschaftlichen Debatten,

des nüchternen Taktierens und des Ringens um viele Kompromisse, der eigentliche Grund der Reform aus dem Blick geraten zu sein. Vielmehr hat in der Zwischenzeit jede Seite ihre ganz eigenen Ziele in den Vordergrund gerückt:

Die *Schatzmeister und Kassierer* beklagen die strukturelle Finanzkrise des alten Systems und hoffen in der neuen Zeit auf mehr Ausgleich zwischen reichen und armen Regionen.

Die *Geschäftsführer und Sekretäre* waren Doppelarbeit und Reibungsverluste der alten Organisation leid und erwarten nun professionelleres Management auf allen Ebenen.

Den *Betriebsräten* waren die unterschiedlichen Tarifbedingungen und Weiterbildungspläne auf den verschiedenen Ebenen schon lange ein Dorn im Auge. Nun sollen einheitlicher Tarifvertrag und perspektivische Personalentwicklung den hauptamtlichen Apparat stärken.

Die *Jusos* kritisierten schon seit Jahren mangelndes politisches Profil in den alten SPD-Bezirken, taten sich dann aber bei der Abschaffung ihrer eigenen Bezirke genauso schwer wie ihre Mutterpartei. Jetzt hoffen sie neben größerer Schlagkraft ihrer eigenen Organisation auch auf höhere Durchlässigkeit für den politischen Nachwuchs.

Obgleich alle diese Punkte legitim und wichtig sind, so dürfen sie doch den eigentlichen Grund für die überfällige Reform der größten SPD-Gliederung in Deutschland nicht verwischen:

Die „Herzkammer“ der Sozialdemokratie, das SPD-Stammland, der „Mehrheitsbeschaffer“ bei vielen Wahlen hat spätestens mit der verlorenen Kommunalwahl 1999 seine alte Kraft verloren. Was lange in den Köpfen nicht vorstellbar war und zu einem gu-

ten Teil auch verdrängt wurde, konnte nun niemand mehr übersehen: Die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie war gefährdet. Und wenn sie in Nordrhein-Westfalen gefährdet war, dann war sie auch bundesweit gefährdet.

Natürlich sind die Gründe dafür äußerst vielfältig und viele der oben genannten gehören dazu. Vor allen anderen Gründen ist aber das fehlende politische Profil einer „NRW SPD“ für die Misere verantwortlich.

Obgleich seit 1998 Regierung und Partei, Ministerpräsident und Parteivorsitzender nicht mehr eins sind, konnte sich die Sozialdemokratie an Rhein und Ruhr bislang nicht aus

dieser glücklich-unglücklichen Allianz lösen. Selbst nach der knapp gewonnen Landtagswahl 2000 trat die Ernüchterung nur langsam ein. Viel zu oft noch wurde Regierungspolitik in der Partei nur nachvollzogen,

manchmal noch nicht einmal in die Bevölkerung vermittelt.

Aktuelles Beispiel ist sicher die Bildungspolitik. Während Bildungsministerin Gabriele Behler mutig ein heißes Eisen nach dem anderen anpackt – von der ehrlichen Analyse nordrhein-westfälischer Hoch-

schulen bis zur Einführung des Modellversuchs „Selbständige Schule“ – ist in der Partei allenfalls Grummeln über den forschen Politikstil der Ministerin zu vernehmen. Anstatt selbstbewusst ihr Primat für die Entwicklung sozialdemokratischer Bildungspolitik einzufordern, straft die Partei Behler wiederholt bei Personalentscheidungen ab – zuletzt bei der Wahl zur stellvertretenden Landesvorsitzenden mit einem Ergebnis von mageren 60,5 %. Hoffnung gibt der einstimmige Beschluss für einen Bildungspolitischen Parteitag in 2003, dessen Vorbereitung sich der Landesvorstand nicht aus den Händen nehmen lassen darf.

Bei der Entwicklung eines neuen Profils und damit der verschiedenen Umsetzung der Reform wird viel Hoffnung in den neuen Landesvorsitzenden gesetzt. Harald Schartau, seit Mai 2000 Arbeits- und Sozialminister in Clements Kabinett, wurde mit dem Traumergebnis von 97,2 % der Stimmen unter politischen Zugzwang gesetzt. Während der 48jährige Ruhrpottler im Vorfeld des Parteitages auch radikale Maßnahmen aufblitzen ließ – „in den Kommunen müsse es personelle Wechsel geben, da könne es auch schon einmal Krach mit der Landesspitze geben“ (NRZ, 10.12.2001) – blieb seine Antrittsrede zumindest rhetorisch eher blass. Einen Eindruck vom kämpferischen Potenzial Schartaus konnte man erkennen, wenn dieser vom viel zu steifen Redemanuskript abwich und in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik klare Akzente setzte: soziale Gerechtigkeit fordert er als Grundlage für Chancengleichheit und Demokratie, er sieht die Menschen und nicht den Markt im Mittelpunkt der Politik und die prioritären Handlungsfelder sieht er bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der Verbesserung von Aus- und Weiterbildung. Die Leidenschaft des ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs wirkt ehrlich und nicht aufgesetzt. Einige fürchten gar, dass der ehemalige Vizechef der IG Metall in NRW zu sehr mit dem eisernen Besen eines Gewerkschafters kehren will und dabei die notwendige politische Vielseitigkeit oder auch die

**Während der langen Zeit des Ringens um Kompromisse hat jede Seite ihre ganz eigenen Ziele in den Vordergrund gerückt und das oberste Reformziel aus den Augen verloren.**

**Die Entwicklung eines neuen inhaltlichen Profils wird für die umgestaltete NRW SPD zum Gradmesser für den Erfolg der Reform.**



erforderliche Parteidiplomatie vermissen ließe.

Hilfreich für eine schärfere Abgrenzung zwischen Partei und Regierung ist sicher der Rückzug Clements aus dem Landesvorstand. Sicher bleibt der Regierungschef – wie alle seine Kabinettsmitglieder – beratendes Vorstandsmitglied. Wichtigste Schnittstelle zwischen Partei und Regierung ist seit der Reform aber Harald Schartau, der nun die schwierige Aufgabe hat, eindeutige und klare Parteipositionen zu entwickeln, ohne zu stark in Konflikt mit einer Regierung zu kom-

men, der er selbst angehört. Manches Mal wird sich ein konstruktiver und wohl kalkulierter Konflikt aber wohl nicht vermeiden lassen, will Schartau sich nicht auf einen „Schmusekurs“ einlassen, der letztlich seine gesamte Parteireform ad absurdum führen würde. Der Mann aus dem Ruhrgebiet, der Sohn einer Arbeiterfamilie, der Gewerkschafter ist ein Mann der klaren Worte wie er selbst betont. Weichgespülte Kompromisse sind seine Sache nicht. Die GenossInnen an Rhein und Ruhr dürfen gespannt sein, welche Initiativen von ihm ausgehen. Doch wird

das nicht reichen: die Reform wird erst dann gelingen, wenn die Landespartei insgesamt von Beginn an an der Entwicklung eines neuen Profils mitwirkt. Nicht zögerlich und abwartend, sondern mit Mut, Herz und Verstand! Diese oft schon verloren geglaubten Stärken der „alten“ SPD in Nordrhein-Westfalen müssen nun zu neuer inhaltlicher Stärke (wieder)belebt werden. Darum geht es bei der Parteireform. Ein schwieriger Weg liegt noch vor uns und es bleibt nicht viel Zeit, denn die Bundestagswahl im September wird die erste Feuerprobe sein!

Forum DL21

# „Niedersachsen macht Schule“ – bloß welche?

## Zur Neuorientierung sozialdemokratischer Bildungspolitik

von Gabriele Andretta

Unter dem Titel „Niedersachsen macht Schule - Bildung und Erziehung zu Kompetenz und Orientierung“ hat Niedersachsens Ministerpräsident Sigmar Gabriel im Sommer 2000 ein Positionspapier vorgelegt, das lange vor PISA eine breite bildungspolitische Debatte in Gang brachte und seitdem für Unruhe in der niedersächsischen SPD sorgt. Der Streit geht um die Leistungsfähigkeit und Akzeptanz der schulformunabhängigen Orientierungsstufe (OS), die seit deren flächendeckender Einführung 1974 in Niedersachsen von allen Schülerinnen und Schülern in der 5. und 6. Klasse besucht wird. Orientierungsstufe auf dem Prüfstand

Um die Entscheidung über die zukünftige Schulstruktur in Niedersachsen auf einigermassen empirisch abgesicherte Grundlagen zu stellen, gab die Landesregierung ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag, dessen Ergebnisse Ende Oktober letzten Jahres vorlagen. Weniger die Akzeptanz der OS stellt sich dabei als Problem heraus, diese ist – anders als oft behauptet – bei Eltern, Schülern und Lehrern mehrheitlich gegeben. Es ist die pädagogische Arbeit der OS, die kritisiert wird: Es werde auf frühzeitige Auslese gesetzt, die Förderung sowohl der leistungsschwächeren als auch der leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler komme zu kurz und die Prognosesicherheit der Schullaufbahnempfehlungen sei

begrenzt. Kurzum, die Reformhoffnung der 70er Jahre, durch die längere gemeinsame Beschulung der Kinder in der OS einen Schlüssel gefunden zu haben, soziale Benachteiligungen in den Bildungschancen abzubauen, erwies sich als Reformillusion.

Die Landesregierung, einmütig unterstützt vom SPD-Landesvorstand, will als Konsequenz aus dem Gutachten die OS als eigenständige Schulform abschaffen und künftig die Jahrgänge 5 und 6 an allen weiterführenden Schulen als Förderstufen führen. BefürworterInnen einer Beibehaltung der OS befürchten, dass mit der Anbindung der Förderstufe an alle weiterführenden Schulen das dreigliedrige Schulsystem verfestigt wird und durch eine Auslese schon nach Klasse 4 Bildungschancen verschlechtert werden. BefürworterInnen der neuen Schulstruktur dagegen setzen auf die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen durch ein neues Förderkonzept, das den Aspekt des Förderns und Forderns in den Mittelpunkt stellt und äußere Leistungsorientierung (Kurseinstufung A,B,C) aufhebt. Zukünftig sollen auch die Gymnasien eine Förderstufe führen können. Die Erwartung einerseits, dass Gymnasien große „Haltekraft“ ihrer Schülerinnen und Schüler entwickeln werden, und die Förderung von Kooperationen aller Schulformen andererseits sollen im Ergebnis eine deutliche Steigerung der Zahl

der Hochschulzugangsberechtigten bringen. Dieses bedeute wiederum eine bessere Ausschöpfung von Begabungspotential, womit gleichzeitig mehr Chancengleichheit erreicht werde.

Nun muss man wissen, dass die Einführung der zweijährigen Orientierungsstufe einen typischen parteienübergreifenden Kompromiss darstellte. Konservative standen vor dem Dilemma, einerseits auf die von PICT schon Mitte der 60er Jahre ausgerufenen Bildungskatastrophe auch in Niedersachsen zu reagieren und andererseits die Forderung relevanter gesellschaftlicher Reformkräfte, auch der SPD, nach Gesamtschulen abzuwehren. Die SPD sah in der OS wiederum einen Schritt hin zum Ziel, soziale Barrieren beim Zugang zu Bildung abzubauen, und trug den Kompromiss mit. So war es ein CDU Kultusminister, der die Einführung einer zweijährigen OS für alle Fünftklässler 1970 ankündigte, der SPD Kultusminister Peter von Oertzen hat sie dann versuchsweise umgesetzt und 1973 als gesetzliche Schulform verbindlich gemacht, und es war wiederum ein CDU Minister, der nach einem Machtwechsel an der Leine die flächendeckende Durchsetzung der OS betrieb. Die CDU wollte aber bald nichts mehr von der OS wissen, und auch das Engagement der SPD hielt sich in Grenzen. Mit anderen Worten: Geliebt wurde die OS eigentlich nie. Umso erklärungsbedürftiger erscheint heute das vehemente Eintreten der Reformkräfte von einst für den Erhalt der OS.

Dr. Gabriele Andretta, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im SOFI Göttingen, seit 1998 Mitglied im Niedersächsischen Landtag.

## Herausforderung Bildungspolitik

An dem niedersächsischen Schulstreit wird ein grundlegendes Problem für die sozialdemokratische Bildungspolitik deutlich:

Es gibt in der niedersächsischen Sozialdemokratie keinen Dissens darüber, dass wir uns im Übergang von einer traditionellen Industriegesellschaft zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft befinden, in der Bildungszertifikate für individuelle Arbeitsmarktchancen und gesellschaftliche Teilhabe ein noch höheres Gewicht haben als zur Zeit der ersten Bildungsreform in den 60er Jahren, die unter dem Banner der Chancengleichheit antrat und eine Mobilisierung der in den bildungsfernen Schichten schlummernden Begabungsreserven versprach. Das Resultat der Bildungsreform war eine beträchtliche – wenn auch nicht hinreichende – Bildungsexpansion, ohne dass schichtspezifische Bildungsbenachteiligungen aufgehoben worden wären. Ein sogenannter „Fahrstuhleffekt“ war eingetreten.

Bildungsexpansion, Ausweitung der Mittelschichten und Tendenz zur Wissensgesellschaft verändern die Koordinaten für eine neue Bildungsreform. Diese vollzieht sich auf einem sehr viel höheren Niveau der durchschnittlichen Allgemeinbildung: Gelangten Anfang der 60er Jahre etwa 6 Prozent eines Jahrgangs zur Hochschulreife, so sind es Ende der 90er Jahre ein Drittel. Gestiegenes durchschnittliches Bildungsniveau verleiht einer guten (Aus-) Bildung noch mehr den Schlüssel zu einer erfolgreichen Positionierung in Wirtschaft und Gesellschaft als früher – und zwar für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung. Von guter (Aus-) Bildung ausgeschlossen oder durch die Art der schulischen Selektion abgekoppelt zu werden, verstärkt die Gefährdung sozialer Deklassierung. Von ihr sind, schaut man sich die Statistiken zur schichtspezifischen Verteilung von Kindern auf die unterschiedlichen Schulformen an, die unteren Schichten immer noch am stärksten betroffen. Insofern behält auch die alte sozialdemokratische Forderung nach Chancengleichheit ihre politische Bedeutung. Aber sie reicht für die Formulierung eines sozialdemokratischen Bildungsprogramms nicht mehr aus.

Die Sozialdemokratie steht mit ihrer Bildungspolitik heute vor einer sehr viel schwierigeren Aufgabe als in der ersten Bildungsreform. Die SPD brauchte damals nur den breiten gesellschaftlichen Konsens für eine Mobilisierung von Begabungsreserven durch die Heranführung bildungsferner Schichten an höhere Bildung aufzugreifen. Dies hat sie mit der Formel „mehr Chancengleichheit“ zu einem spezifischen bildungs-

politischen Programm für ihre traditionellen Wählerschichten gebündelt. Heute – 40 Jahre später – geht es nicht mehr in erster Linie nur um Ausschöpfung von Begabungsreserven, sondern – wie uns die PISA-Studie (vgl. den Beitrag von Dieter Wunder in diesem Heft) nachdrücklich in Erinnerung gerufen hat – um eine breite Verbesserung der Qualität von Bildung für *alle* Jugendlichen (und in diesem Sinne auch um eine weitere Entfaltung von Begabungen, Fähigkeiten und Kreativität).

Aber die PISA-Studie lehrt uns noch mehr: Zwar haben schon internationale Vergleichsstudien vor PISA offen gelegt, dass

**Leistungsspitze lässt sich dort beobachten, wo auch eine Leistungsbreite vorhanden ist - oder schlicht formuliert: Klasse braucht Masse.**

die gern behauptete Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems im OECD-Vergleich nicht zutrifft. Das deutsche Schulsystem bringt weder eine Leistungsbreite noch eine Leistungsspitze hervor.

Weltmeister sind wir Deutschen nur im Auslesen nach sozialer Herkunft.

Mit PISA wurde die niedersächsische Schuldebatte vom Kopf auf die Füße gestellt. PISA belegt, dass Schulstrukturen offenbar von weit geringerer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit von Schulsystemen sind als bisher behauptet. Zugespitzt formuliert: eine gute oder eine schlechte Schule ist in jeder Struktur möglich.

## Bildungspolitischer Parteitag

Über Eckpunkte einer Bildungsreform und die zukünftige Schulstruktur in Niedersachsen wird die SPD im März auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag entscheiden. Unterwirft sich die SPD dem derzeitigen, auch von den Medien breit getragenen, gesellschaftlichen Mehrheitsdiskurs (mehr Selektion, Elitenorientierung, Ökonomisierung des Bildungsbegriffs, Zugangsbarrieren zu Hochschulen etc.), werden politische Richtungsunterschiede der Parteien weiter aufgesogen, bzw. nivelliert. Wie sich die Sozialdemokratie – nicht nur in Niedersachsen – entscheiden wird, ist nicht ganz unwichtig. Mit dem weiteren Weg in eine Wissensgesellschaft werden die Bildungs- und Wissenschaftspolitik für die Gesellschaft und in der öffentlichen Diskussion an Bedeutung gewinnen. Wenn es in diesen Feldern keine eigenständigen Profilierungschancen mehr gibt und es Wählerinnen und Wähler gleichgültig ist, welcher Partei sie ihre Stimme geben, könnte für die SPD ein wichtiges Erkennungszeichen ihrer Politik wegbrechen.

Bildungsfragen werden zunehmend zu einem politischen Feld, in dem auch Wahlen entschieden werden. Angesichts der veränderten Sozialstruktur reicht es nicht mehr aus, dass sozialdemokratische Bildungspolitik sich auf die Interessen ihrer traditionellen Wählerschichten konzentriert. Sie muss eine bildungspolitische

Programmatik entwickeln, die sowohl die Interessen ihrer Stammwählergruppen sichert, als auch die Erwartungen der neuen Mittelschichten erfüllt. Die Frage ist, ob sich eine Bildungspolitik formulieren lässt, die das Interesse der bildungsbenachteiligten Schichten – die im übrigen in Teilen weder zur Stammwählerschaft der SPD noch anderer im Bundestag vertretenen Parteien gehören – an mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Wohlstand durch Bildung mit dem Interesse der neuen Mittelschichten an Statussicherung oder Statusverbesserung für ihre Kinder vereinbart – und zugleich einen erhöhten Bildungsbedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften abdeckt. (Die CDU kann sich darauf beschränken, die Interessen der traditionellen und der neuen Mittelschichten zu bedienen, was sie mit dem Versprechen der Abschottung des Bildungssystems nach unten auch tut).

In dieser Situation kommt es darauf an, sozialdemokratische Reformziele im Lichte ihres bisherigen bildungspolitischen Selbstverständnisses neu zu definieren und für die gesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit zu profilieren. Eine Bildungsprogrammatik, die unter den dargelegten Bedingungen gesellschaftlich mehrheitsfähig ist, lässt sich aus der *Verbindung von Chancengleichheit und Leistungsförderung* formulieren. Chancengleichheit als zentrales Leitprinzip sozialdemokratischer Bildungspolitik ist hierbei neu zu reflektieren:

Die Forderung nach Chancengleichheit ist nicht als sozialdemokratische Brauchtumpflege und nicht als proportionale Verteilung auf einzelne Bildungsgänge zu verstehen, sondern als Forderung nach Entfaltung und Förderung von individuellen Lernpotentialen. Eine proportionale Verteilung ist übrigens Folge, nicht Voraussetzung individueller Förderung. Oder wie es der Gründer der Humboldt-Universität zu Berlin, der Theologe Schleiermacher formulierte: die Förderung von Chancengleichheit bestehe nicht in der Egalisierung, sondern in der Eröffnung eines Lernens, das Individualität fördere. Das impliziert auch, dass Bildung gesellschaftliche Ungleichheit nicht verstärken darf, wenn sie individuelle Differenz fördert. Viele Anträge, die aus den SPD Bezirken zum Landesparteitag vorliegen werden, unternehmen den Versuch, Chancengleichheit und Leistungsförderung miteinander zu verbinden. Allen ist gemeinsam, dass die Reformforderungen – PISA sei Dank – weit über den begrenzten Horizont von Schulstrukturfragen hinausreichen. Es sind vor allem fünf große Projekte, die im Zentrum der zweiten Bildungsreform stehen sollen:

- Ausbau der Förderung im vorschulischen Bereich, insbesondere der Förderung von Sprachkompetenz und Vorbereitung auf das Lernen in der Schule etwa durch eine Kindertagespflicht spätestens für alle Kinder ab 5 Jahren;
- Ausbau von Ganztagsangeboten (wie bereits begonnen) mit dem Ziel, mittel-

fristig die Ganztagschule als Regelschule einzuführen;

- Entwicklung von kooperativen und integrativen Schulsystemen, die ein hohes Maß an individueller Förderung auch von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern zulassen und gleichzeitig eine hohe Durchlässigkeit nach oben sichern.

- Förderung der Durchlässigkeit von dualer Berufsausbildung zur Hochschulausbildung, um erstens die Attraktivität der dualen Ausbildung zu sichern, zweitens den Anteil der Hochschulzugangsberechtigten erhöhen und auch an dieser Schwelle eine „zweite Chance“ einzuräumen.

- Innere Reorganisation der Schule um die pädagogische Qualität zu verbessern. Dazu gehört auch das Thema Qualitätssicherung von Schule durch Evaluation, Reform der Lehreraus- und Fortbildung, Stärkung der Autonomie von Schule etc..

Auch wenn bereits einiges angestoßen ist, so wird die Durchsetzung einzelner Projekte kein Selbstläufer werden. Erinnert sei nur an die Einführung der Verlässlichen Grundschule (VGS)

in Niedersachsen, die anfangs auf Vorbehalte von Elternverbänden und breiten Widerstand der Lehrgewerkschaft stieß. Entscheidend wird es darauf ankommen, die Bildungsreform als zentrales sozialdemokratisches Zukunftsjahrprojekt zu verankern, als Prozess zu organisieren und die einzelnen Projekte und Vorhaben in einem Konzept zur Bildungsreform zu verdichten – angesichts kurzlebiger Medienkonjunkturen kein einfaches Unterfangen. Der Erfolg wird nicht zuletzt von einer Veränderung des Bildungsbewusstseins sowohl in der Bevölkerung als auch in den Verbänden abhängen und zwar in drei Dimensionen:

Das tradierte Denken, wonach säuberlich zwischen Bildung einerseits und Erziehung und Betreuung andererseits unterschieden wird, mit der institutionellen Konsequenz, dass Bildung den Schulen und Betreuung der Familie (und subsidiär den Kindergärten) vorbehalten bleibt, muss überwunden werden. Diese ideologische Trennung benachteiligt insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und stabilisiert überkommene Familien- und Mütterideologien.

Leistungsspitze lässt sich dort beobachten, wo auch eine Leistungsbreite vorhanden ist – oder schlicht formuliert: Klasse braucht Masse.

Es muss von standespolitischen Borniertheiten Abschied genommen werden, wonach eine gute Schule ausschließlich nur von hoch professionalisierten Experten gemacht werden kann. Schule muss sich zur Gesellschaft hin öffnen.

Ein solches neues Bildungsbewusstsein in der Bevölkerung breit zu verankern, könnte der große Gewinn einer zweiten Bildungsreform sein, die weit in das gesellschaftliche Zusammenleben ausstrahlt.

Forum DL21

Mehr zur Orientierungsstufe in Niedersachsen vgl. OSCHATZ, G.-B.; WERNSTEDT, R.: Das Projekt Orientierungsstufe. Eine Chance für die Kinder und die Politik in Niedersachsen, Hannover 1989.

Zur aktuellen Auseinandersetzung um die OS siehe auch BÖNSCH, M.; JÜRGENS, E.; ZIEGENSPECK, J.W. (Hg.): Die Orientierungsstufe muss erhalten bleiben! Was macht sie erhaltenswert? Eine Denkschrift, Lüneburg 2001

Tenorth, H.E.: Begabung – Kontroverse zwischen Wissenschaft und Politik. In: Forum Bildung (Hg.), Finden und Fördern von Begabungen, Berlin 2001

## Deutschland in der Rezession – Handeln tut Not

von Sigrid Skarpelis-Sperk

■ Noch vor kurzer Zeit bestand Hoffnung, dass eine Rezession in Deutschland vermieden werden kann. Diese Hoffnung ist mit der Vorlage des jüngsten Wochenberichts des DIW (1/2002) vorbei: Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist nicht nur im 3., sondern auch im letzten Quartal des Jahres 2001 merklich zurückgegangen. – Auch die Prognosen für den Arbeitsmarkt sind düster: 3,8 bis 4 Millionen Arbeitslose Menschen im Jahresdurchschnitt 2002.

Seit den optimistischen Einschätzungen des vergangenen Frühjahrs hat es eine Kette von Prognosen gegeben, die von den dann eintretenden Realitäten weit entfernt waren und durch immer neue Prognosekorrekturen nach unten revidiert werden mussten. Gründe dafür waren wesentlich – aber keineswegs allein verantwortlich – die deutliche Verschlechterung der Weltkonjunktur, insbesondere aber die Abschwächung der US-Wirtschaft, die schon vor dem 11. September 2001 auf Rezessionspfad war. Die ne-

gative Konjunkturentwicklung in den USA hat zudem – anders als in den 90er Jahren als die Konjunkturzyklen auf beiden Seiten des Atlantiks weitgehend entkoppelt waren – rasch auf Deutschland und die Europäische Union übergreifen. Seit dem Herbst 2000 bis Anfang 2001 wirkten – im Ausmaß etwas unterschiedlich – synchrone Schocks auf beiden Seiten des Atlantiks wie der Erdölpreisschock und eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik. Auch global agierende Unternehmen verstärken die Kopplung der Konjunkturentwicklung: sie übertragen mittlerweile ihre Erwartungen anders als früher fast unmittelbar auf die unterschiedlichen weltregionalen Absatzmärkte. Auch ihr Eigenkapital und ihre Investitionsfinanzierung holen sie sich auf den globalen Kapitalmärkten von ebenso weltweit operierenden Anlegern.

Darüberhinaus gab es Entwicklungen, die nicht vorhersehbar waren: die preistreibenden Effekte der Tierseuchen und die Schock-



wellen der Septemberanschläge. Gleichwohl haben nahezu alle Prognosen zwar die Exportentwicklungen angemessen beurteilt, aber es traten gravierende Fehleinschätzungen bei der Beurteilung der Binnenkonjunktur auf:

- Die Realeinkommen stiegen durch die Preissteigerungen (Ölpreisschock und Tierseuchen) und die sich abschwächende Beschäftigungsentwicklung wesentlich schwächer als durch die Steuersenkungen zu vermuten war.

- Das Ansteigen der Sparquote drückte den Binnenkonsum.

- Völlig unerwartet kam der Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen im 1. Halbjahr 2001, der wesentlich der verschlechterten Konjunktüreinschätzung der Unternehmen vor allem in den USA geschuldet war. Hinzu

kamen die verschlechterte Rentabilität der Unternehmen durch den Ölpreisschock und die geldpolitisch bedingten ungünstigeren Finanzierungsbedingungen. Die Auftriebskräfte kamen in der Zange verschlechterter Absatz- und Rentabilitätsbewertungen weitgehend zum Erliegen.

- Der Zusammenbruch der Informations- und Technologieblase in den USA war nur mehr das Tüpfelchen auf dem I negativer Einflüsse.

### Wie geht es weiter ?

Nach den bisher vorliegenden Indikatoren wird die Rezession im Vergleich zu früheren keine tiefe werden, wenn sich die wirtschaftliche Lage in den USA zu Beginn dieses Jahres stabilisiert. Ohne eine kräftig anziehende Konjunktur in den USA würden in Deutschland zumindest Stagnation, wahrscheinlich Rezession herrschen. Da die Zentralbank der USA, die Administration und der Kongress aber massiv gegensteuern, ist wohl eine leise Hoffnung für die Weltwirtschaft angesagt.

Die zweite notwendige Voraussetzung für eine schnelle Erholung ist allerdings, dass die Europäische Zentralbank weiterhin auf geldpolitische Expansion setzt und die öffentlichen Hände von Bund, Ländern und Kommunen sich im Konjunkturabschwung vernünftig verhalten und nicht die Rezession bewusst oder unbewusst verschärfen, sondern einen möglichen Aufschwung schon im Ansatz zielgerichtet unterstützen.

Viele Vorschläge setzen in diesen Wochen auf eine wirtschaftspolitische Option, die auf eine freundliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank nach der voll gelungenen EURO-Einführung hofft und im übrigen auf die wirtschaftliche Erholung in den USA durch deren expansive Geld- und Finanzpolitik setzt. Dann werde im 3. oder auch 4. Quartal 2002 die Lage schon besser werden. Sicher ist das nicht.

Zum zweiten wird mit einer solchen Strategie ein wertvolles Jahr für die deutsche und europäische Wirtschaft verloren: unnötig hohe Wachstumsverluste, unnötig hohe Arbeitslosigkeit, ein Auseinanderdriften unterschiedlicher Regionen in Deutschland und in Europa wären ebenso zu befürchten wie – unvermeidlich – ein Stillstand, ja Rückschritt auf dem dauerhaften Konsolidierungspfad der öffentlichen Finanzen.

Eine bessere wirtschaftspolitische Option ist machbar: Europa und Deutschland zuvörderst borgt sich sein Wachstum nicht wie bisher stark aus den USA, sondern wird selbst zum eigenständigen Wachstumsmo-

tor und leistet einen verantwortlichen Beitrag zum Wiedererstarren der Weltwirtschaft.

### Was ist zu tun ?

Die Europäische Zentralbank muss ihren Kurs der milden Expansion des letzten halben Jahres auf jeden Fall fortsetzen und eine wachstumsfördernde Politik stützen. Besser wäre eine noch weitergehende Lockerung Politik und Tarifpartner müssen auch in Deutschland aufeinander zugehen und der Konjunkturlage angemessene Schritte in Gang setzen, die die schwache Binnennachfrage stützen bzw. stimulieren, das Wachstum fördern und Beschäftigung stützen. Die Tarifpartner können ihren Beitrag mit produktivitätsorientierten und verteilungsneutralen Tarifabschlüssen, zügigem Abbau der unnötig hohen Überstundenbestände und Verzicht auf demonstrative Massenentlassungen leisten.

Die Finanzpolitik von Bund, Ländern und Kommunen und in der Europäischen Union darf nicht prozyklisch oder bloß abwartend reagieren und muss den verabredeten Stabilitätspakt der Konjunkturlage in Europa angemessen umsetzen. Dabei wäre die Stützung der Massenkaufkraft bei den einkommenschwachen Schichten mit hoher Konsumneigung beispielsweise durch das Vorziehen der Senkung des Eingangssteuersatzes auf den 1. April 2002 eine schnell und unmittelbar wirksame Hilfe für die Konjunktur. Unerlässlich zur Stabilisierung der Produktion und der Binnennachfrage ist die Stabilisierung und dauerhafte Erhöhung der öffentlichen Investitionen bei Städten und Gemein-

den. Die Gefahr eines konjunkturellen Strohfeuers besteht dabei definitiv nicht, weil

Deutschlands öffentlichen Hände im Vergleich zum europäischen Durchschnitt investieren deutlich zu wenig. Mit 1,6 v.H. des Bruttoinlandsprodukts werden die öffentlichen Investitio-

nen im Jahr 2002 einen historischen Tiefstand erreichen. Sie liegen heute schon knapp 1 % unter dem Durchschnitt der Europäischen Union. Um nur den europäischen Durchschnitt zu erreichen, müssten bundesweit jährlich 20 Mrd. • zusätzlich investiert werden.

Die kommunalen Investitionen werden derzeit nicht nur wegen der konjunkturellen Lage, sondern auch wegen der Auswirkungen der Steuerreform auf die Kommunalfinanzen nicht nur nicht erhöht, sondern auf breiter Front zurückgefahren. Da etwa 2/3 aller öffentlichen Investitionen von Städten und Gemeinden getätigt werden, wirkt die-

ser Einbruch nicht nur prozyklisch, sondern verschärft kurzfristig und unmittelbar die Rezession und erhöht die Arbeitslosenzahlen. Könnte man diese Investitionen zumindest auf dem bisherigen Niveau halten, wirkt dies unmittelbar und sofort stabilisierend.

Unter der derzeitigen globalen europäischen und deutschen Wirtschaftslage muss die Bundesregierung handeln, schon um die konjunkturellen Erwartungen nicht noch weiter absacken zu lassen. Klare Signale, die die Wirtschaftslage schnell stabilisieren, in die Zukunft wirksam investieren und den Konsolidierungskurs der Staatsfinanzen mittelfristig und nachhaltig fortführen, sind gefragt. Deshalb müssen Städte und Gemeinden, insbesondere in finanzschwachen Regionen zusätzliche Finanzhilfen erhalten. Hier sollte vor allem der Bund nach Art. 104 a Abs. 4 den Gemeinden Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen gewähren.

Angesichts der defizitären öffentlichen Infrastruktur sollten in jedem Fall deutliche Prioritäten für die Sanierung öffentlicher Bauten und Infrastruktur gesetzt werden. Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, wie sehr Schulen und Kindergärten an neue Bedingungen angepasst werden müssen, um Ganztagsbetrieb und innovatives Lernen zu ermöglichen. Bei der Generalsanierung könnte auch der Energieverbrauch der Gebäude gleichzeitig deutlich gesenkt werden. Die Abwassersysteme sind in vielen Städten und Gemeinden dringend sanierungsbedürftig. Die öffentlichen Nahverkehrssysteme haben besonders in den neuen Bundesländern dringend Modernisierungsbedarf. Allein das Abstellen der drängendsten genannten Infrastrukturprobleme würde Deutschland auf ein Jahrzehnt hinaus deutlich über den europäischen Durchschnitt bei den öffentlichen Investitionen heben – und wäre weder Luxus noch konjunkturelles Strohfeuer, sondern gerade ausreichend, um dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur entgegenzuwirken. Ohne eine modernisierte Infrastruktur in Bildung und Forschung, Umwelt und Verkehr werden die Wachstumskräfte schwächer werden und die Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft erlahmen.

Im kommenden Herbst steht sozialdemokratische Politik auf dem Prüfstand. Wir müssen Rechenschaft geben über unsere Bemühungen, aber auch unsere Erfolge deutlich machen. Wir haben viele grundlegende Reformen eingeleitet und in wichtigen Bereichen auch umgesetzt. Aber wir wissen, dass wir gerade in weltwirtschaftlich schwierigen Zeiten in Europa und Deutschland besonders gefordert sind, unseren Beitrag für ein Erstarren des Wachstums, die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Dynamik und zur wirksamen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu leisten.

Im Schwerpunkt dieses Heftes dokumentieren wir wesentliche Beiträge der spw-Jahrestagung vom 03.11.2001 in Dortmund, die sich in Anschluss an die spw-Theoriediskussion der letzten Jahre mit einer Kritik des modernen Kapitalismus beschäftigte. Im Mittelpunkt der Abschlussdebatte stand ein Thesenpapier, das von Uwe Kremer im Auftrag der spw-Theoriegruppe formuliert wurde. Die Diskussion wird fortgesetzt.

# Rückkehr zum Taylorismus oder neues Produktionsmodell?

## Anmerkungen zur politischen Ökonomie des flexiblen Kapitalismus

von Klaus Dörre

### I.

Die arbeitspolitische Debatte spielt sich gegenwärtig in zwei Welten ab. Die eine Welt wird unter dem Label der „New Economy“ verhandelt. Glaubt man einschlägigen Darstellungen, so haben in dieser Welt nicht nur die Charakteristika der tayloristisch-fordistischen Arbeitsweise sondern die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie insgesamt ihre Gültigkeit verloren. In der anderen Welt mit ihren vergleichsweise konventionellen Produktionsbetrieben zeichnet sich dagegen ein gegenläufiger Trend ab. Hier sind die Hoffnungen der 80er Jahre, das Eigeninteresse des aufgeklärten Managements werde zu einer breiten Durchsetzung „neuer Produktionskonzepte“ führen und so das Terrain für eine Requalifizierung industrieller Arbeit ebnen, zerstoßen. Statt dessen ist die Wiederkehr oder auch die Beharrungskraft des Taylorismus zu einem arbeitspolitischen Thema geworden.

Wie lässt sich diese Zwei-Welten-Diskussion erklären? Muss man tatsächlich davon ausgehen, dass Taylorismus (das Prinzip der strikten Trennung von ausführenden und dispositiven Aufgaben und der Zerlegung von Produktionsarbeit in kleinste Operationen) und Fordismus (die Mechanisierung dieses Prinzips in der Fließbandfertigung) in Kernbereichen industrieller Produktion wie in der Automobilindustrie zu neuem Leben erwacht sind? Oder lenken schlichte Re-Taylorisierungsthese von weitaus gravierenderen Veränderungen ab, die in ihrer Reichweite das gesamte Produktionsmodell (verstanden als relativ stabile Entsprechung von Managementprinzipien, Firmenorganisation, Bildungssystem und Arbeitsbeziehungen) betreffen?

Ich neige zu der letztgenannten Ansicht. Unbestreitbar hat sich in vielen Betrieben, die

noch zu Beginn der 90er Jahre an der Spitze der „antitayloristischen Bewegung“ (so Lipietz standen, ein arbeitspolitisches Roll Back vollzogen. Doch selbst dort, wo – wie im Rastätter Montagewerk des Daimler-Chrysler-Konzerns – tayloristische Arbeitsstrukturen wiederhergestellt worden sind, gibt es keine lineare Rückkehr zu alten Verhältnissen. Die vermeintliche Wiederkehr des Taylorismus vollzieht sich in Unternehmen und Betrieben, deren organisatorischer Aufbau sich beträchtlich von dem der fordistischen Fabrik unterscheidet. Meine These ist, dass die industrielle Restrukturierung in den 90er Jahren einen neuen Aggregatzustand erreicht hat, der die Konturen eines neuen Produktionsmodells sichtbar werden lässt. Prägend für diesen Prozess ist, dass er sich auf der Grundlage einer „politischen Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung in den wichtigsten kapitalistischen Ländern und der Hinnahme einer gemeinsamen wirtschaftlichen Disziplin durch die Länder des OECD-Raumes“ vollzogen hat. Dabei wird die Restrukturierung des Produktionsmodells entscheidend von der Herausbildung eines flexibel-finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes überformt. Die Herausbildung des neuen Produktionsmodells vollzieht sich *nicht*, indem ein überlegenes Rationalitätsprinzip aus den Betrieben heraus in der Gesellschaft verallgemeinert wird. Vielmehr zwingt die makroökonomischen

Konstellation mit ihren unsicheren, umkämpften Märkten Unternehmen und Betriebe zu - aktiv und eigenverantwortlich betriebenen - Anpassungsleistungen, die darauf hinauslaufen, dass sich die am besten an das „Regime der kurzfristigen Zeit“ angepassten, aber nicht unbedingt die wirtschaftlich effizientesten Arbeits- und Produktionsformen durchsetzen.

### II.

Meine These beruht auf empirischen Beobachtungen, die ich an dieser Stelle nur knapp resümieren möchte. Angestoßen durch die Lean-Production-Debatte haben sich während der 90er Jahre in vielen Unternehmen partizipative Managementkonzepte und Arbeitsformen durchgesetzt. Noch immer handelt es sich bei Arbeitern und Angestellten, die in Gruppen oder Teams mit Möglichkeiten zu direkter Partizipation an zuvor

**Muss man davon ausgehen, dass Taylorismus in Kernbereichen industrieller Produktion zu neuem Leben erwacht sind? Oder lenken Re-Taylorisierungsthese von Veränderungen ab, die das gesamte Produktionsmodell betreffen?**

von der Hierarchie monopolisierten Entscheidungsprozessen arbeiten, um Minderheiten. Quantitative Studien belegen jedoch für die 90er Jahre eindeutig eine stärkere Ausbreitung partizipativer Ansätze. Die Durchsetzung neuer Beteiligungsformen hat sich freilich in Gestalt einer arbeitspolitischen Pendelbewegung vollzogen. Noch während der ersten Hälfte der 90er Jahre waren Weichenstellungen für high-road-Varianten industrieller Restrukturierung möglich, die ein annäherndes Gleichgewicht von Wirtschaftlichkeitsinteressen der Betriebe einerseits, Humanisierungs- und Demokratisierungsinteressen der Beschäftigten andererseits verwirklichen wollten. Teilautonome Arbeitsgruppen mit gewählten Gruppensprechern, Zeit für Gruppengespräche



und vergleichsweise großen Entscheidungsspielräumen der Beschäftigten beinhaltet die Chance zur Korrektur von Machtasymmetrien, wie sie tayloristisch-fordistischen Arbeitsprozessen eingeschrieben sind.

Zwar waren diese high-road-Varianten im Reorganisationsprozess der Betriebe niemals dominant. Sie ließen sich aber in der Kontinuität der „neuen Produktionskonzepte“, des „ausgehandelten Unternehmens“ und des „deutschen Modells“ industrieller Beziehungen denken. Auch deshalb bestimmten sie eine Zeit lang den arbeitspolitischen Diskurs. Nimmt man die betriebsdemokratische Reorganisationsvariante als Maßstab, so zeichnet sich seit Mitte der 90er Jahre tatsächlich ein arbeitspolitisches Roll Back ab. Das Daimler-Chrysler-Montagewerk in Rastatt steht gleichsam symbolisch für diesen Trend. Einst konzipiert, um mit Hilfe teilautonomer Gruppen einen Schritt in Richtung Montagefachtarbeit zu machen, ist man dort zu einem Produktionssystem zurückgekehrt, das Bandenkoppelung (Boxenfertigung in einem Drittel der Altfabrik) und große Arbeitstakte zurücknimmt. In der neuen Fabrik sind die Bänder nach dem Perlenkettenprinzip organisiert. Ein Aussteuern einzelner PKWs aus der Linie ist faktisch unmöglich.

Es gibt wieder enge Arbeitstakte von meist wenig über einer Minute. Der gesamte Arbeitsablauf ist in hohem Maße standardisiert. Zudem hat der Betriebsrat ergonomische Rückschritte akzeptieren müssen (Überkopfarbeit mit dem Rücken zum Auto, teilweise Verzicht auf Mitfahrbänder). Auch in diesem System werden Gruppenarbeit und direkte Partizipation der Beschäftigten

(Gruppengespräche, Sprecherwahlen) offiziell hoch gehalten. Insgesamt gibt es jedoch wenig Spielräume, um die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten im Sinne von Beschäftigteninteressen zu nutzen. So erfolgt der Zugriff auf das informelle Produzentwissen vorzugsweise im Rahmen von expertengesteuerten Kaizen-Workshops. Diese Workshops

sind für ausgewählte Gruppenmitglieder eine der wenigen Möglichkeiten, um der Bandarbeit wenigstens „auf Zeit“ zu entkommen. Im Resultat bewirken sie, dass mitunter selbst die engen Arbeitstakte noch weiter reduziert werden. [Dabei ist das Produktionssystem der Rastätter Fabrik bei weitem noch nicht das Schlechteste. In anderen Montagewerken der Autoindustrie (Ford Köln) ist der Taylorismus nie überwunden worden. Dagegen hat der Rastätter Betriebsrat in den Leitlinien des Produktionssystems sogar einige seiner alten Forderungen festschreiben können (Gruppengröße, Gruppengespräche).] Trotz des arbeitspolitischen Rückschritts schwingt das Pendel nicht zu seinem Ausgangspunkt zurück. Erstaunlich ist zunächst, dass die Rastätter Fabrik nahezu reibungslos funktioniert. Zwar lässt sich mit guten Gründen argumentieren, dass auch die ursprüngliche Fabrik mit ihren teilautonomen Gruppen wirtschaftlich effizient gefertigt hat.

Immerhin produzierte die damalige Kernbelegschaft zu Spitzenzeiten das Doppelte des eigentlich geplanten Outputs. Von oben verfügbarer Rationalisierungsdruck, Leistungsintensivierung und die defizitäre Regelung der Leistungsproblematik sorgten jedoch für permanente Reibungskonflikte. Dem Firmenmanagement drohte die Prozesskontrolle zu entglei-

ten; das ist in der neuen (und bald schon wieder überholten) Fabrik nicht mehr der Fall. Ein Beispiel: Obwohl die Gruppen immer wieder über Personalmangel und Leistungsdruck klagten, sind die Leistungsvereinbarungen (nach REZEL, einer Methode zur dezentralen Aushandlung des Leistungskompromisses) in der ersten Runde nahezu reibungslos verabschiedet worden. Die Fabrik

läuft „wie geschmiert“. Offenkundig lässt sich der modifizierte Taylorismus im Rastätter Werk für das Unternehmen kurzfristig effizient nutzen. Aus der Managementperspektive drängt sich daher die Frage auf, weshalb man das Risiko einer Arbeitsorganisation mit vergleichsweise schwer zu kontrollierenden teilautonomen Gruppen eingehen soll, wenn effiziente Montagearbeit auch auf einem anderen, unter Kontrollaspekten einfacheren Weg zu haben ist.

Die darin anklingende Problematik ist arbeitspolitisch brisant. Hatten doch nachtayloristische Produktionskonzepte ihre Plausibilität und Wirksamkeit vor allem aus der These bezogen, dass das Rationalisierungspotential des Taylorismus erschöpft sei. Wenn sich nun tayloristische Prinzipien nicht nur in der Automobilindustrie effizient anwenden lassen, so muss man entweder die These von einer irreversiblen Krise des Taylorismus zurücknehmen oder sich eingestehen, dass die Gruppenarbeit die es - etwa bei Ford/Saarouis oder im Werk Opel/Eisenach - in weitaus rigideren Formen als in Rastatt gibt, etwas qualitativ Neues darstellt.

### III.

Exakt das ist in meinen Augen der Fall. Auch dort, wo tayloristische Managementprinzipien revitalisiert oder konserviert werden, geschieht dies in einer völlig veränderten Fabrikorganisation. Nach meiner Auffassung kann man von einer flexibel-marktzentrierten Arbeits- und Produktionsweise sprechen, die über einen abstrakten Kontrollmodus mit der Makroökonomie, dem Akkumulationsregime des flexiblen Kapitalismus kommuniziert. Der französische Ökonom Michel Aglietta identifiziert die Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes mit der Verallgemeinerung von konstitutiven Elementen des neo-amerikanischen Kapitalismusmodells. Das neue Akkumulationsregime übernehme „vom angelsächsischen Kapitalismus die Vorherrschaft der Konkurrenz, die Unternehmenskontrolle durch die institutionellen Anleger, das bestimmende Kriterium des Profits und die Kapitalisierung an der Börse“. Sein Herzstück sei die Globalisierung der Finanzmärkte. Deren Dynamik bestimme zunehmend das Geschehen in den internationalen Beziehungen. Durch die Internationalisierung des Kredits reduziere sie Liquiditätsprobleme potentieller Investoren. Zugleich ziehe sie, vor allem aufgrund der Unfähigkeit von Kreditgebern und -nehmern, Risiken adäquat einzuschätzen, finanzielle Unbeständigkeit nach sich. Intensivere Konkurrenz erhöhe den Druck auf die Produktpreise. Die relative Preiskontrolle der fordistischen Ära sei nicht mehr möglich. Das stimuliert einen Rationalisierungstyp, der rasche Einsparungen und Kostensenkungen zur obersten Handlungsmaxime mache. Wettbewerbsdruck und die Anforderungen der Aktionäre motivierten die Unternehmen,

**Nach meiner Auffassung kann man von einer flexibel-marktzentrierten Arbeits- und Produktionsweise sprechen, die über einen abstrakten Kontrollmodus mit der Makroökonomie, dem Akkumulationsregime des flexiblen Kapitalismus kommuniziert.**

ihre Anpassungskosten auf die Löhne und Lohnbezieher „überwälzen“. Das ökonomische Wachstum werde von einer Kapitalwirtschaft „im Dienste der Maximierung des durch Aktien erzielten Profits“ abhängig. Investitionen dienten wesentlich dazu, Produktionskosten zu verringern. Zugleich würden - etwa über Produktinnovationen, neue Unternehmen und Wirtschaftszweige - hohe Gewinne und auch hohe Dividenden möglich.

In seiner Studie geht Aglietta (Aglietta 2000) noch davon aus, dass über die Ankurbelung der Börsenkurse, Kapitalbeteiligungen der abhängig Arbeitenden, die dadurch bedingte Erhöhung der Haushaltseinkommen, und die Stimulierung der Nachfrage eine positive Wachstumsdynamik möglich ist. Dieser Kapitalkreislauf - sofern er überhaupt jemals real war - ist inzwischen auch in den USA unterbrochen. Zutreffend ist jedoch Agliettas Beobachtung, wonach der Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime in EU-Europa bislang nicht durch „sozialen Fortschritt“ legitimiert werde. Die „Logik des Marktkapitalismus“ reibe sich an der ungenügenden Regulation der sozialen Ungleichheiten“ (Aglietta 2000). Ich würde noch weiter gehen. Tatsächlich gehen in Deutschland wie in anderen EU-Staaten immer mehr international operierende Konzerne zu wertorientierten Steuerungsformen über. Um sich in unsicheren, vermachteten Märkten zu platzieren, selbst akquisitionsfähig zu sein und feindliche Übernahmen abwehren zu können, macht es aus Sicht dieser Unternehmen Sinn, sich an den Renditen der market leaders zu orientieren. Der Shareholder Value wird zur alles überragenden Steuerungsgröße. Nach innen wirkt er über einen abstrakten Kontrollmodus, der die interne Finanzialisierung (straffe Profitsteuerung, Gewinnvorgaben für dezentrale Einheiten, internes Kundenprinzip, permanentes Benchmarking) mit einem elektronisch gestützten Finanzcontrolling, mit Zielvereinbarungen und neuen Anreizsystemen für Manager (Beteiligung am Unternehmenserfolg, stock options) kombiniert.

Dieser neue Kontrollmodus bewirkt in den Konzernen eine Machtverschiebung zugunsten von Eigentümerinteressen. Zugleich anonymisiert er die betrieblichen Herrschaftsmechanismen. Die Macht des Marktes erscheint in Gestalt von Gewinnmargen und Standortkonkurrenzen als sachliche Gewalt. „Den Markt kannst du prügeln, da triffst du keinen“, hat ein Betriebsrat diesen Sachverhalt treffend zum Ausdruck gebracht. Zur Wirkung dieses Kontrollmodus gehört auch, dass er die Unternehmensorganisation für die Übertreibungen deregulierter Märkte öffnet. Diskrepanzen zwischen Realaktivitäten der Betriebe und den Aktienkursen heizen den Kreislauf von spekulativen Blasen und problematischen Ad-hoc-Reaktionen des Managements immer

wieder an. Zur spekulationsfördernden Dynamik des Eigentümerkapitalismus gesellt sich dessen zwiespältige Wirkung auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Innovationsanreize weckt das neue Akkumulationsregime nur insofern, als es rasch Kapitalien für neue Produkte und Unternehmen und damit für den sektoralen Wandel bereitstellt. Dem quantifizierenden Steuerungsansatz fehlen jedoch qualitative Kriterien, nach denen z. B. Prozessinnovationen adäquat bewertet werden könnten. Als Folge seiner Abstraktionsleistungen geht der postfordistische Steuerungsmodus eine sich selbst verstärkende Synthese mit jener zyklischen Bewegungsform des Managementhandelns ein, die aus der immanenten Widersprüchlichkeit unternehmerischer Beteiligungsansätze resultiert. Mit seiner quantifizierenden Logik ist der neue Kontrollmodus wie geschaffen, um die Übertreibungen des Marktes für Managementwissen zu verstärken. Hat sich ein neues Rationalisierungsleitbild erst einmal etabliert, wird

seine Anwendung selbst dann belohnt, wenn es sich um „Management by Potemkin“ handelt. Gilt ein Leitbild hingegen als desavouiert, verliert es in den Betrieben um so rascher an praktischer Relevanz. Steuerungsformen, die mit der Öffnung der Betriebs- und Unternehmensorganisation für Marktsignale zugleich die bekannten Übertreibungen des Marktgeschehens übernehmen, können Negativverfahren, wie sie mit der Erprobung partizipativen Managements unweigerlich verbunden sind, in eine Art unkontrollierte Naturgewalt verwandeln. Die Tendenz zur „Kurzfriststreiterei“ nimmt den betrieblichen Akteuren den Atem, der nötig wäre, um langfristig ausgerichtete arbeitspolitische Kompromissbildungen zu stabilisieren. Das erklärt, weshalb ressourcenträchtige Reorganisationsvarianten mit teilautonomen Arbeitsgruppen, deren Wirtschaftlichkeit erst auf längere Sicht voll zum Tragen kommt, für das betriebliche Management zu einer risikoträchtigen und somit kaum frequentierten Option geworden sind.

#### IV.

Entscheidend ist, dass die „Internalisierung des Marktes“ in Betrieben und Unternehmen einen Bruch mit den ausdifferenzierten Firmenbürokratien der fordistischen Ära bedeutet. In den alten Firmenbürokratien dominierte die Produktions- wenigstens zeitweilig über die Marktökonomie (getreu der

Fordschen Devise: 'Der Kunde kann jede gewünschte Autofarbe bekommen, Hauptsache sie ist schwarz'). In der flexiblen Unternehmens- und Betriebsorganisation kehren sich die Prioritäten um. Der - stets relative - Triumph der Markt- über die Produktionsökonomie ist zur entscheidenden Triebkraft für die Herausbildung eines neuen Produktionsmodells geworden. Weitere Kernelemente des flexibel-marktzentrierten Modells sind:

*Informatisierung:* Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bilden die technologische Basis des neuen Produktionsmodells. Das in-

formationstechnologische Paradigma transformiert den alten Industrialismus. Es ist revolutionär, weil es die „Einwirkung des Wissens auf das Wissen selbst“ zur Hauptquelle wirtschaftlicher Produktivität macht. In „einem circulus virtuosus interagieren die Wissensgrundlagen der Technologie und die Anwendung der Technologie miteinander zur Verbesserung der Wis-

sensproduktion und Informationsverarbeitung“. Die neuen Informationstechnologien sind „nicht einfach Werkzeuge, die benutzt werden, sondern Prozesse, die entwickelt werden (müssen)... Anwender können Entwickler werden“ und „die Kontrolle über die Technologie übernehmen“. „Zum ersten Mal in der Geschichte, so ist der menschliche Verstand eine unmittelbare Produktivkraft und nicht nur ein entscheidendes Element im Produktionssystem“. Die neuen Informationstechnologien durchdringen den gesamten Produktionsapparat. Sie sind die Basis einer raum-zeitlichen Entkopplung einzelner Managementfunktionen. Sie ermöglichen es, wirtschaftliche Prozesse rund um den Erdball „in Echtzeit“ zu koordinieren. Und sie schaffen die Voraussetzungen für einen Unternehmenstyp, der nicht nur die Internationalisierung von Wertschöpfungsketten betreibt, sondern der die optimale Integration der einzelnen Aktivitäten in ausdifferenzierten Netzwerkstrukturen anvisiert. *Aktive Rationalisierungsbeteiligung:* Die Verstärkung des Wettbewerbs in Betrieben und Unternehmen ist der entscheidende Anreiz für immer neue Anstrengungen zur Rationalisierung und Kostensenkung. Auf diese Weise bewirkt die nachfordistische Firmenorganisation, dass Beschäftigte immer wieder aktiv in den ständigen Restrukturierungswettlauf einbezogen werden. Anders als im fordistischen Fabrikregime wird Rati-

Mit den teilrevidierten Kompromissgleichgewichten der fordistischen Ära geht die Stabilität des überkommenen Regulationsmodus verloren. Die „neuen industriellen Beziehungen“ sind das Produkt intensiver Konkurrenz auch zwischen den abhängig Beschäftigten.

onalisierung in Eigenregie formalisiert, offiziell eingefordert, von Experten initiiert und in funktionale organisatorische Formen gegossen. Doch partizipative Rationalisierung setzt sich nicht auf der Grundlage eines relativen Gleichgewichts von Wirtschaftlichkeitszielen und organisierten Arbeitsinteressen durch. Wo das Marktrisiko zur eigentlichen Triebkraft der Restrukturierung wird, ist die aktive Rationalisierungsbeteiligung von Beschäftigten aus der Managementperspektive zum ermäßigten Preis des bloßen Arbeitsplatzzerhalts zu haben. Die Stärkung wirtschaftlicher Leistungskraft wird zum absolut dominierenden Partizipationszweck. Andere Zielsetzungen, etwa die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch intelligente Organisationsformen, geraten demgegenüber immer weiter ins Hintertreffen.

*Flexible Arbeit:* Das betriebswirtschaftliche Geheimnis der flexiblen Arbeitsweise wurzelt in einem break even point, der so fixiert ist, dass vergleichsweise große Konjunkturschwankungen aufgefangen werden können, ohne dass die Gewinnzone verlassen wird. In dieser Organisation stellt die Belegschaft das entscheidende Flexibilitätspotential dar, mit dessen Hilfe eine Betriebsorganisation mit knappen Zeit-, Material- und Personalpuffern funktionsfähig gehalten wird. Arbeitskräfte, die ihr Tätigkeitspektrum über den eigentlichen Kompetenzkern hinaus ausweiten, sind ein Charakteristikum der flexiblen Betriebsorganisation. Selbst dort, wo es zur (Re-)Standardisierung von Arbeitsprozessen kommt, bleiben Ungewiss-

heitszonen, die schon deshalb nicht vollständig beseitigt werden können, weil sonst der Antriebs zu aktiver Rationalisierungsbeteiligung verloren ginge. Die flexible Arbeitsweise beinhaltet in der Regel eine Umgestaltung des Leistungs- und Zeitregimes der Betriebe. In den Angestelltenbereichen der Produktionsbetriebe gibt es eine faktische Arbeitszeitverlängerung. Ein wachsender Teil des individuellen Lohns bzw. Gehalts wird aus der tariflichen Regelung herausgenommen und an betriebliche Leistungsparameter angebunden. Produktionsspitzen werden mit befristet eingestellten Arbeitskräften abgedeckt; selbst in Aufschwungphasen bleibt die Zahl der

Neueinstellungen begrenzt. Auf diese Weise forciert die flexible Arbeitsweise die Aushöhlung geschützter Normarbeitsverhältnisse, zur Polarisierung der Arbeitsbedingungen und zur Fragmentierung der Arbeitenden.

*Neue Subjektivität:* Die Herausbildung der flexiblen Produktionsweise korrespondiert mit einer neuartigen Subjektivität der Arbeitenden. In der Kombination mit Marktrisiken und flexiblen Arbeitsregimes begünstigt direkte Partizipation einen Modus der Selbstzuschreibung. Die Maskierung hierarchischer durch Marktbeziehungen löscht die persönliche Verantwortung von Vorgesetzten, indem sie Abhängigkeiten und Zwang versachlicht. Direkte Partizipation an Managemententscheidungen und die arbeitsplatznahe Aushandlung von Zielvereinbarungen verlagern den Kampf um die „angemessene Arbeitsleistung“ scheinbar in die Individuen hinein. Die Individualisierung der Leistungsproblematik betrifft nicht nur die

unmittelbare Verausgabung von Arbeitskraft, sondern die gesamte Balance von Erwerbsarbeit und arbeitsfreier Zeit. Dass der Kopf auch nach getaner Arbeit noch „im Geschäft“ ist, gilt nicht mehr nur für qualifizierte Spezialisten und Ingenieure. Man findet Ähnliches bei den Mitgliedern von Fertigungsinseln im Maschinenbau oder in den Montageberei-

chen kleiner Betriebe. Was in der fordistischen Ära durch ausdifferenzierte Hierarchien, strukturierte Laufbahnen und klar definierte Kompetenzbereiche von Außen auferlegt wurde und dem Alltagsleben einen Rhythmus gab, wird nun zumindest teilweise der Entscheidung von Individuen oder Kleingruppen überantwortet. Darin steckt unzweifelhaft etwas Befreiendes. Die flexible Arbeitsweise appelliert ununterbrochen an die Subjekthaftigkeit der Arbeitenden. Wo sie bürokratische Bevormundung zurückdrängt, kommunikativen Austausch und ganzheitliche Arbeitsaufgaben fördert, wo sie die Entscheidungsspielräume der Beschäftigten erweitert und Autonomiezonen öffnet, ist sie - durch leistungssteigernde Wirkung - Quelle eines positiven Individualismus, der auf Freiheitsgewinn im Arbeitsprozess beruht. Auf der anderen Seite fördert sie jedoch die Metamorphose eines negativen Individualismus, der sich allgemein „in den Begriffen des Mangels - Mangel an Ansehen, Mangel an Sicherheit, Mangel an gesicherten Gütern und stabilen Beziehungen“ (Castel 2000: 404) definieren lässt. Der negative Individualismus der Gegenwart entsteht als „Resultat des Schwächerwerdens bzw. des Verlusts der kollektiven Regulierungen“ (ebd.: 407), und er nimmt den Subjekten jenen sicheren Rahmen, der notwendig wäre, um Marktrisiken als positive Handlungsanreize entschlüsseln zu können.

*Wettbewerbspartnerschaften:* All das ist möglich, weil auch die Arbeitsbeziehungen in den Sog kompetitiver Restrukturierung geraten. Gewiss lassen sich in vielen Unternehmen noch immer zahlreiche Anhaltspunkte für institutionelle Stabilität finden. Die Kooperation zwischen Betriebsleitungen und Interessenvertretungen ist während der 90er Jahre aller Gegentendenzen zum Trotz eher intensiver geworden. Doch betriebliche Austauschbeziehungen, die dem Muster „kooperativer Problemverarbeitung“ folgen, sind noch kein zureichender Indikator für institutionelle Stabilität. Die empirischen Fakten sprechen eher für einen tiefgreifenden Wandel, der sich innerhalb eines formal noch weitgehend intakten institutionellen Rahmens vollzieht. Entscheidender Indikator sind die Inhalte betriebspolitischer Kompromissbildungen. Hier gibt es gegenüber der fordistischen Ära gravierende Veränderungen. Kohäsionspolitik im fordistischen Kapitalismus bedeutete, in der sozialen Integration der Arbeiterschaft, in der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt und dem so garantierten sozialen Frieden den entscheidenden Hebel zur Steigerung ökonomischer Leistungsfähigkeit zu sehen. In der Gegenwart rechtfertigen sich Sozialintegration und Arbeitnehmerbeteiligung nur noch in dem Maße, wie sie der Steigerung einzelwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit dienen. Diese Umkehrung der Prioritäten prägt nun die Tauschbeziehungen

## Die „New Economy“ ist auch Geburtshelferin von Lebensstilen, die in den lokalen Geflechten aus After-Work-Clubs, Freizeiteinrichtungen, Geschäften, Restaurants, über die Symbole der neuen Technik, über zur Schau gestellte Risikobereitschaft und demonstrativen Zukunftsoptimismus kulturelle Distinktionskraft entfalten.



Foto: Christian Kiel (Berlin)



zwischen den industriellen Akteuren. In der Periode des expandierenden Fordismus verhandelte man im Grunde über die partielle Abkoppelung der Lohnarbeit vom Marktrisiko. Die Sozialfigur des Arbeitnehmers ist historisches Produkt dieser Tauschkonstellation. Der Arbeitnehmer verkörperte den vorwiegend männlichen, mit sozialen Rechten ausgestatteten, am Produktivitätszuwachs beteiligten und in - faktisch lebenslange - Normarbeitsverhältnisse integrierten Lohnabhängigen. Seine Interessen wurden durch Assoziationen repräsentiert, die zu weitreichenden Zentralisierungsleistungen fähig waren. Die zur Interessenwahrung nötigen Aushandlungsprozesse folgten einer klar definierten Hierarchie, in der ein Primat zentraler Regelungsebenen (Gesetz vor Tarif, Tarif vor Betriebsvereinbarung) festgeschrieben war. In der postfordistischen Ära wird hingegen über die Rückkoppelung abhängiger Arbeit an Marktrisiken verhandelt. Es geht - wie gerade befristete Beschäftigungsgarantien belegen - um den Grad an Unsicherheit, der den Arbeitskraftbesitzern zugemutet werden kann und soll. Insofern bedeutet der postfordistische Tausch in gewissem Sinne den Abschied von der Sozialfigur des Arbeitnehmers. Jene schützende Hülle industrieller Rechte und sozialer Sicherungen, die im sozialstaatlich pazifizierten Kapitalismus eine partielle Abschottung gegenüber Marktrisiken erlaubte, wird durchlöchert und teilweise abgetragen. Damit verschwindet nicht die Abhängigkeit, in der die meisten Formen von Erwerbsarbeit verrichtet werden. Das Leitbild des „Arbeitskraftunter-

nehmers“ taugt allenfalls als ideologisch überhöhte Sammelbezeichnung für eine Vielzahl von Arbeitsformen, in denen sich die Re-Kommodifizierung von Arbeitskraft manifestiert. Standortpakte, die sich in der Grauzone von Tarifverträgen und Arbeitsgesetzgebung bewegen, sind längst zur Normalform betrieblicher Regulation geworden. Bei ihnen handelt es sich um die vertragliche Form, in der sich die Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft vollzieht. Betriebliche Konzessionspolitiken, die dem Motto 'Mehr Flexibilität bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen für die Betriebe im Tausch gegen befristete Beschäftigungsgarantien' folgen, haben ein Netz teils formeller, teils informeller Vereinbarungen geschaffen, das zu den tariflich vereinbarten Kompromissformeln zumindest in einem Spannungsverhältnis steht. Besonders bei der Leistungssteuerung und bei den Arbeitszeiten ist die Schutzfunktion der Tarifverträge bereits an vielen Stellen durchbrochen. An

**Gut möglich, dass wir uns erst am Beginn eines politischen Zyklus befinden, in dessen Verlauf die bohrende Frage nach neuen Formen der Wirtschaftsdemokratie auftauchen wird.**

der „ausgehandelten“ oder „kontrollierten“ Dezentralisierung der Vertragsbeziehungen, deren Grenzen zu „wilder“ Deregulierung häufig fließend sind, zeigt sich, dass die formal noch immer intakte Hierarchie der Regelungsebenen im deutschen System industrieller Beziehungen unwiderruflich in Bewegung geraten ist. Heterogene Interessen erschweren Gewerkschaften und Industrieverbänden Zentralisierungsleistungen. Mit den teilrevidierten Kompromissgleichgewichten der fordistischen Ära geht die Stabilität des überkommenen Regulationsmodus verloren. Jene „neuen industriellen Beziehungen“, die sich innerhalb der bestehenden Institutionen herausbilden, sind nicht zuletzt das Produkt intensiver Konkurrenz auch zwischen den abhängig Beschäftigten.

**V.**  
In der Bilanz wird deutlich, dass auch und gerade in vermeintlich konventionellen Produktionsbetrieben Managementprinzipien zunehmend Anwendung finden, wie sie in der einschlägigen Literatur der sogenannten „New Economy“ zugerechnet werden. Nimmt man die IT-Branche als den Leitsektor der „informational economy“, so zeichnen sich viele Betriebe und Unternehmen dieser Branche dadurch aus, dass sie dem Organisationsmodell der Adhocracy ähneln. Es handelt sich durchgängig um Betriebe mit „fließenden“ Organisations- und Tätigkeitsgrenzen. Sie sind auf eine Bewältigung von hochkomplexen, sich rasch verändernden Marktanforderungen spezialisiert. In ihnen werden die Organisationsmitglieder über-

durchschnittlich häufig mit Nicht-Routine-Entscheidungen konfrontiert. Daher sind sie auf junge, qualifizierte, ehrgeizige, hoch motivierte Belegschaften angewiesen, die große Schwankungen von Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Die Hierarchien sind „flach“, administrative und operative Funktionen verschmolzen. Autorität beruht auf Sachkompetenz. Gearbeitet wird mit ständig wechselnder Aufgabenverteilung in zeitlich befristeten Projekten und selbstgesteuerten Teams. Für alle Beschäftigten existiert ein Zwang zu permanentem Lernen. Die Spitze der Hierarchie konzentriert sich auf die Außenvertretung der Organisation und auf die Vermittlung interner Kooperationen. Aushandlungsprozesse finden häufig im Modus individualisierter Partizipation (commitments) statt. Betriebsräte sind nur selten vorhanden; der gewerkschaftliche Organisationsgrad geht in den meisten Betrieben gegen Null. Wegen seines geringen Formalisierungsgrades kann der flexible Be-

Die Darstellung führt in die Struktur des Marxschen Werkes und seine Methodik ein. Sie beleuchtet die bei Marx zentrale Frage nach der gesellschaftlichen Rationalität kapitalistischer Vergesellschaftung in Bezug auf die ökologische Problematik neu und kritisch. Die Marxsche Theorie der sozialen Evolution und der Geschichte und ihrer Akteure (Klassen und Staat) wird aus der Perspektive von „Modernisierung“ und „Globalisierung“ neu gelesen.

**2. überarbeitete Auflage !**



**Hansgeorg Conert  
Vom Handelskapital zur  
Globalisierung**

2. überarb. Auflage – 2002  
543 Seiten – ca. € 35,00 – SFR 62,50  
ISBN 3-89691-428-6

„Insgesamt bietet das Buch eine hervorragende Basis, sich in die zentralen Fragestellungen und Ergebnisse marxistisch orientierter Kapitalismustheorie einzuarbeiten.“

Ralf Krämer spw

**Reinhart Köbler/Hanns Wienold  
Gesellschaft bei Marx**

314 Seiten – € 24,80 – SFR 45,00  
ISBN 3-89691-510-X

Die Darstellung führt in die Struktur des Marxschen Werkes und seine Methodik ein. Sie beleuchtet die bei Marx zentrale Frage nach der gesellschaftlichen Rationalität kapitalistischer Vergesellschaftung in Bezug auf die ökologische Problematik neu und kritisch. Die Marxsche Theorie der sozialen Evolution und der Geschichte und ihrer Akteure (Klassen und Staat) wird aus der Perspektive von „Modernisierung“ und „Globalisierung“ neu gelesen.

**WESTFÄLISCHES  
DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020  
E-mail: info@dampfboot-verlag.de  
http://www.dampfboot-verlag.de

trieb der New Economy schier endlose Diskussionen und Interessenkämpfe provozieren. Firmenleitungen suchen diesem Steuerungsproblem durch gezielte Rekrutierungspolitiken, Weiterbildungsmaßnahmen und vor allem mittels symbolisch-moralischer Integrationsmechanismen („Management der Unternehmenskultur“) beizukommen. Das Modell der Adhocracy existiert sicherlich in zahlreichen Varianten und Schattierungen. Entscheidend ist jedoch, dass es dem Leitbild des deregulierten Unternehmens weitgehend entspricht. Dieses Faktum macht den realen Kern der Redeweise von der „New Economy“ aus. Die Vorstellung von zwei separaten Ökonomien ist unsinnig. Es gibt jedoch konkurrierende Leitbilder über „moderne“ Organisationsformen von Betrieben und Unternehmen, die in unterschiedlichen Arbeitsrealitäten verwurzelt sind. Insofern ist die „New Economy“ vor allem ein ideologisch-kulturelles Phänomen. Sie wurzelt nicht nur in Clustern aus kleinen, mittleren und großen Firmen, spezifischen Unternehmertypen, Bank- und Kreditbeziehungen, Politikern, Analysten, Börsianern und Journalisten. Sie ist auch Geburtshelferin von Lebensstilen, die in den lokalen Geflechten aus After-Work-Clubs, Freizeiteinrichtungen, Geschäften, Restaurants, über die Symbole der neuen Technik, über zur Schau gestellte Risikobereitschaft und de-

monstrativen Zukunftsoptimismus kulturelle Distinktionskraft entfalten. Diese Distinktionskraft macht es den Gewerkschaften mit ihrem traditionellen Habitus schwer, in den neuen wissensintensiven Branchen Fuß zu fassen. In einem arbeitspolitischen Großkonflikt der nächsten zehn Jahre wird sich entscheiden, ob die Regulationsformen der „New Economy“ zunehmend auch den klassischen Industriesektor durchdringen, oder ob es im Gegenteil gelingt, Formen kollektiver Interessenvertretung in den neuen Leitbranchen zu etablieren. In altindustriellen Zentren wie Dortmund oder Nürnberg hat dieser Konflikt bereits dramatische Formen angenommen. Sein Ausgang ist (nicht nur) für die Gewerkschaften zu einer Überlebensfrage geworden.

VI.

Die politische Linke muss alles daran setzen, diesen Konflikt zugunsten der abhängigen Arbeit zu beeinflussen. In diesem Kontext sei eine historische Analogie erlaubt. Auch der Fordismus kam nicht als sozialstaatlich pazifizierte, gewerkschaftliche kontrollierte Formation zur Welt. Es bedurfte harter sozialer Auseinandersetzungen, um ihn mit Regulationsformen zu verbinden, die, wie es Aglietta ein wenig emphatisch formuliert, „sozialen Fortschritt“ ermöglichten. Der flexible Kapitalismus der Gegenwart, seine Arbeits- und Pro-

duktionsformen benötigen eine neue Regulationsweise. Auch die neue Subjektivität der Arbeitenden bietet genügend Anknüpfungspunkte, um die dazu notwendigen Auseinandersetzungen zu führen. Entscheidend ist jedoch, dass diese Auseinandersetzungen auf dem Terrain des neuen Produktionsmodells stattfinden. Nicht die bloße Abwehr von Marktflexibilität, sondern *positive Flexibilisierung* muss das Programm einer solchen Strategie sein. Eine neue Arbeitsverfassung, die Perioden der Erwerbstätigkeit mit Lern-, Qualifizierungs- und Familienphasen verknüpft; eine soziales Sicherungssystem, das „Bastel-Biographien“ einen stabilen Rahmen bietet; eine Demokratisierung der Geschlechterhierarchien, die Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungen und damit auch Arbeitsplätze schafft; eine zeitgenössische Definition „guter“ Arbeit, verkoppelt mit einer neuen Generation industrieller Rechte, die auch individuelle Vertragssicherheit stiftet und die die Partizipationschancen abhängig Arbeitender erhöht, gehören in das Zentrum einer solchen „Politik der Teilhaberechte“. Gut möglich, dass wir uns erst am Beginn eines politischen Zyklus befinden, in dessen Verlauf die bohrende Frage nach neuen Formen der Wirtschaftsdemokratie auftauchen wird. Die Linke ist gut beraten, wenn sie damit beginnt, zumindest das Terrain für mögliche Antworten abzustecken. spw 1/2002

# Praxismappe

## Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene



Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/in aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für die noch unerfahrenen Spielleiter/innen unter Euch ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9–25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 23,— DM plus Versandkosten.



Hiermit bestelle(n) ich/wir

Publikation(en) zum Preis

von 23,— DM plus Versandkosten.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort \_\_\_\_\_

Ihre schriftliche Bestellung senden Sie bitte an das : Bundesjugendwerk der AWO • Oepelner Str. 130 • 53119 Bonn.

# Die scheinbar unpolitische Ökonomie des Rentners

## Pensions- und andere Fonds im gegenwärtigen Kapitalismus

Michael R. Krätke

### 1. Die neue Fondsökonomie

Es ist erst ein paar Jahre her, da feierte der altehrwürdige „Economist“ eine gelungene Revolution – die Revolution der Fonds, die ein neues goldenes Zeitalter des Kapitalismus und der immerwährenden Prosperität einläuten sollte: „Thanks to mutual funds revolution, everyone is a capitalist now“ (The Economist, 25. 10. 1997, S. 30). Ein Jahr davor war in zweiter Auflage ein Buch von Peter Drucker erschienen, der schon 1975 die „heimliche“ Revolution gefeiert hatte, die dank des Aufstiegs der Pensionsfonds in den USA stattgefunden habe. Ohne es zu ahnen oder gar zu wollen, seien die US-amerikanischen Arbeitnehmer mittlerweile, dank ihrer Pensionsfonds, zu Mehrheitsaktionären, ja sogar zu den wahren Eigentümern des US-Kapitals aufgestiegen. Allerdings werden die enormen Geldvermögen der Pensionsfonds von Managern verwaltet, denen die Fonds nicht gehören. Weder die Manager noch die Beitragszahler und Pensionäre sind strikt genommen Kapitalisten, die auf eigene Rechnung Gewinne machen. Der Pensionsfonds-Kapitalismus scheint daher ein Kapitalismus ohne Kapitalisten zu sein (vgl. Drucker 1993, 70). Irgend etwas stimmt hier nicht.

Auf den ersten Blick scheinen die Fonds, die jedermann zum Kapitalisten machen sollen, gleichzeitig aber ohne Kapitalisten auszukommen scheinen, geradezu ideal zu der schönen neuen Welt des „flexibilisierten“ Kapitalismus zu passen. Nicht nur wegen des ideologischen Knalleffekts, sondern weil das Fondskapital so hochmobil ist, wie es die „neuen“ Arbeitnehmer dank und durch „Flexibilisierung“ erst noch werden sollen.

Ursprünglich waren die Pensionsfonds, mittlerweile die bedeutendste Form von Anlagefonds in der weltweiten Fondsökonomie, in den USA und in Großbritannien gegründet worden, um die in Zeiten der Vollbeschäftigung abwanderungsbereiten Arbeitskräfte, vor allem die schwer ersetzbaren Facharbeiter, möglichst dauerhaft an ein Unternehmen zu binden. Es ging, getreu der alten Bismarckschen Logik auch darum, die Leute zu disziplinieren: Wer eine Pension zu erwarten, aber auch zu verlieren hat, der re-

belliert nicht so schnell. Das einstige Klassenprivileg der sozialen Sicherheit wurde nicht so einfach aus der Hand gegeben. Sozialpolitik war von Anfang an Machtpolitik. Bis heute sind daher die betrieblichen und überbetrieblichen Pensionsfonds (Betriebsrentenfonds) oft genug ein Hindernis für die berufliche Mobilität, da erst eine langjährige, kontinuierliche Betriebs- und Fondszugehörigkeit (nicht selten 10 Jahre und mehr) sich für den einzelnen Arbeiter als Rentner auszahlt. In den Ländern, wo diese Fonds eine wichtige Rolle spielen, kämpft man seit Jahren mit dem als „Pensionsbruch“ bekannten Problem: Wer den Arbeitsplatz wechselt, wechselt auch zu einem anderen Pensionsfonds und kann dabei durchaus verlieren. Wer es sich leisten kann, sich ganz in einen privaten Pensionsfonds zu verabschieden, für den ist das kein Problem. Für die meisten Arbeitnehmer, die de iure oder de facto an betriebliche und / oder überbetriebliche (Betriebsrenten) Fonds gebunden sind, ist es eins.

Heute dagegen setzen die Unternehmen auf Flexibilität und Unsicherheit und betrachten die Pensionsfonds alten Stils eher als Hindernis, denn als Motor der Flexibilisierung. Langjährige Betriebszugehörigkeit ebenso wie Berufserfahrung bzw. betriebsinternes Wissen zählen immer weniger bzw. werden als entbehrlich betrachtet. Arbeitnehmer mit wohlerworbenen Anciennitätsrechten gelten vor allem als Kostenfaktor. Was daher heute im Gang ist, ist eine Auslagerung und gleichzeitig Formveränderung der Pensionsfonds, die in den letzten Jahren verstärkt betrieben wird. Pensionsfonds, die eine bestimmte Mindestrente garantieren (defined benefits) gibt es, anders als noch vor 15 Jahren, heute immer weniger. Ideal und dem Leitbild des „flexiblen“ Arbeitskraft-Unternehmers entsprechend, wäre eine vollständig private Pensions- oder Lebensversicherung, die von einem großen, internationalen Finanzkonzern angeboten wird und die man überall mit sich herum tragen kann. Diese Art der privaten „Vorsorge“ kann der moder-

ne Mensch sogar beleihen, verkaufen, vererben oder sonstwie übertragen – alles, was man mit einer staatlichen oder öffentlichen Rentenversicherung nicht kann. Allerdings können sich die wenigsten Leute, von den ausgesprochenen Besserverdienern abgesehen, eine solche Privatpension auch leisten. Denn deren Anbieter tun, was sie können, um „schlechte“ Risiken zu vermeiden.

Mit den Fonds, die als Großaktionäre in vielen Unternehmen und Branchen auftreten, da sie seit gut 15 Jahren ihre Gelder verstärkt in Aktien anlegen, scheint ein neuer Typ von „Finanzkapital“ heran zu wachsen, der die

**Der Pensionsfonds-Kapitalismus scheint ein Kapitalismus ohne Kapitalisten zu sein. Irgend etwas stimmt hier nicht.**

Banken und Versicherungen von ihrer vormaligen Vorrangstellung verdrängt. Das täuscht. Wohl gibt es hochspezialisierte „Finanzdienstleister“ und geht die Spezialisierung in

der Finanzdienstleistungs-„industrie“ voran – allerdings auch die Konzentration. Daneben ist auch ein deutlicher Trend zur Bildung von großen, „Allfinanzkonzernen“ zu beobachten, die als eine Art von Finanzkonglomeraten, so gut wie jedes Finanzgeschäft betreiben, d. h. unter anderem auch Fondsgeschäfte, in der Regel Fondsmanagement.

Die Fondsökonomie, obwohl sie auf das Netzwerk der internationalen Finanzmärkte angewiesen ist, kann man kaum als ein „globales“ Phänomen betrachten. Insbesondere der sogenannte Pensionsfonds-Kapitalismus ist in der Hauptsache angloamerikanisch. Die drei größten Ökonomien Europas, Deutschland, Frankreich, Italien, haben nur einen schwach entwickelten bzw. kaum vorhandenen Pensionsfondssektor. Einige kleinere europäische Länder wie die Niederlande und die Schweiz haben dagegen beträchtliche Fondsökonomien, die an die britische heranreichen bzw. sie noch übertreffen. Weltweit ist im Moment nur die Propaganda für die schöne neue Welt der Fonds. Im Kontext der Propaganda spielen auch einige eher exotische Länder wie Chile eine Rolle: Dort wurde 1981 unter der Militärdiktatur und unter direkter Einmischung des IWF und der Weltbank eine Rentenreform durchgezogen, die in ihren Grundzügen in der Tat dem sogenannten Weltbank-Modell privatisierter sozialer Sicherungssysteme

Foto: Christian Kiel (Berlin)



entsprach. Chile bekam ein teils öffentliches, teils privates System von kapitalgedeckten Rentenversicherungen (kurz Pensionsfonds) verordnet. Nicht gerade ein Modell für demokratische Länder.

**2. Warum die Fonds so wichtig sind**

In den USA, dem gelobten Land der Fondsökonomie, wurde der erste mutual funds (Investmentfonds) 1924 gegründet, die ersten Pensionsfonds entstanden Ende der 40er Jahre, betriebliche Rentenfonds kurz darauf (z. B. 1950 bei General Motors), die ersten hedge funds (Risikoanlagenfonds) traten in den 60er Jahren hervor. Vorläufer, erste Ansätze gab es schon früher, aber der eigentliche Aufschwung der Fonds begann erst in jüngster Zeit: Nicht nur die Zahl (mehrere Hunderttausend in den USA), auch die Größe der Fonds ist seit Anfang der 80er Jahre explosionsartig gewachsen. Einige große Fonds hatten in den 90er Jahren Wachstumsraten von 2000 oder 3000% zu verzeichnen.

Das Wachstum der Fonds hat die Vermögensstruktur radikal gewandelt: Wiederum in den USA, dem klassischen Land des FinanzmarktKapitalismus, besaßen 1950 noch die privaten Haushalte 91% aller Dividendenpapiere, während auf die Pensionsfonds im selben Jahr weniger als 1% davon entfielen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre dagegen besaßen und kontrollierten die institutionellen Anleger (die Pensions und Investmentfonds voran) fast die Hälfte aller USamerikanischen Dividendenpapiere, auf die Privathaushalte entfielen unter 48%. Die Aktienmehrheit der 1000 größten USamerikanischen Aktienge-

sellschaften wurden von institutionellen Anlegern gehalten, ganz ähnlich wie das auch in Großbritannien und Kanada der Fall ist. Im Jahre 1993 betrug die Aktiva der Pensionsfonds weltweit zusammen etwa 10 Billionen USDollar, von den sich gut 6 Billionen in den Händen USamerikanischer Pensionsfonds befanden, 750 Milliarden Dollar in Händen britischer Pensionsfonds und noch einmal rund 700 Milliarden Dollar in Händen niederländischer Pensionsfonds. Das war mehr als der Marktwert aller Fonds, die an den Börsen von London, New York und Tokio notiert werden, zusammen genommen. Die Wertpapierkäufe und verkäufe der USamerikanischen und britischen Pensionsfonds machten jeweils gut 30%, also fast ein Drittel des gesamten Aktienhandelsvolumens sowohl an der New Yorker als auch an der Londoner Börse aus (vgl. Minns 1996, 385f). Die Aktiva der Pensionsfonds zusammen genommen belaufen sich in den USA auf etwa 60% des BIP, in Großbritannien auf etwa 70%, in Deutschland allerdings beträgt ihr Volumen nicht mehr als 3% des BIP (Zahlen aus den Jahren 1995 / 1998, siehe Clark 1998, 3f). Wenn, wie

**Die Befürworter privater Pensionsfondssysteme behaupten, dass die Arbeitnehmer dank höherer Renten und niedrigerer Beiträge profitieren würden, dass das Rentensystem an „Effizienz“ gewinnen und die nationale Sparquote steigen würde. Nichts davon stimmt.**

das in den USA vorkommt, eine Handvoll Pensionsfonds 70% oder mehr der Aktien aller Unternehmen in einer bestimmten Branche in ihren Portfolios halten, dann können ihre Manager mit Fug und Recht behaupten: „Le marché, c’est nous“ (Wir sind der Markt). Jahrzehntelang waren sie überwiegend konservative Anleger, die typischerweise lieber Staatspapiere als Aktien kauften und diese auch langfristig in ihrem Portfolio behielten, statt damit zu handeln. Heute werfen sie sich in wachsendem Maße auf kurzfristige Anlagen, sie haben gelernt, von einem Finanz-

markt zum anderen, von einer Anlageform zur nächsten zu springen. Sie sind, mit dem enormen Gewicht der Kapitalien, die sie in die Börsenschlacht werfen können, zu Anlegern geworden, die auf den meisten Spekulationswellen mit zu reiten versuchen, wenn sie sie auch selten selbst in Gang setzen. Die Fonds haben sich - nicht zuletzt unter dem Einfluß der externen Fondsmanager (der Treuhand oder Vermögensverwaltungsgesellschaften) - immer mehr auf die Jagd nach dem kurzfristigen Börsenerfolg, also nach Kursgewinnen begeben. Die durchschnittliche Dauer der Periode, während der Pensionsfonds Wertpapiere in ihren Portfolios behielten, betrug in den 80er Jahren noch 7 Jahre, sie ist heute auf knapp 2 Jahre gesunken (das betrifft, wohlgemerkt, alle Wertpapiere, die die Fonds besitzen, die Beschleunigung des Aktienumschlags ist erheblich grösser). Sie haben sich, nachdem im Zuge der „Liberalisierung“ und Privatisierung etliche der strengen Anlageregeln, die jedenfalls für öffentliche Pensionsfonds galten, aufgehoben worden sind, internationalisiert. In jüngster Zeit hat sich eine wachsende Zahl von USamerikanischen, britischen, niederländischen usw. Pensionsfonds auf die internationalen Finanzmärkte begeben, um dort mitzumischen. Der Anteil der Aktien (Dividendenpapiere) an den Portfolios der Fonds hat sich in den 90er Jahren in den OECD Ländern kräftig erhöht (von 38% im Jahre 1990 auf heute über 55%). Britische Fonds stecken im Durchschnitt 80% ihres Anlagevermögens in Aktien und andere Dividendenpapiere - rund 20% entfallen heute im Durchschnitt auf ausländische Aktien. Ein ähnlicher Trend - hin zu mehr und mehr ausländischen Dividendenpapieren lässt sich auch für die Fonds in anderen OECD Ländern konstatieren. Wenn die Fonds von ihrem wachsenden Aktienbesitz profitieren und vor allem auch Kursgewinne rasch versilbern wollen, dann sind sie auf große und liquide Finanzmärkte mit einem möglichst großen Handelsvolumen angewiesen. Folglich hängen Wachstum der Fonds und die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte zusammen. Die Fonds, wie die Fondsmanager, gehören zu den eifrigsten Propagandisten einer Politik für die „Finanzmärkte“.

**3. Wie funktionieren Fonds**

Klassische Investmentfonds sind reine Kapitalsammel und anlagegesellschaften. Sie werden von mehr oder weniger professionellen Managern geführt, die das bei möglichst vielen Privatanlegern eingesammelte Kapital möglichst gewinnbringend einzusetzen versuchen.

Neben den alteingesessenen Banken und den Versicherungen sind die Fonds heute die wichtigsten institutionellen Anleger, die sich ganz und gar auf das Anlagegeschäft spezialisiert haben.

In der heutigen Welt der Fondsökonomie sind es die Intermediäre, die Vermittler, die das Feld beherrschen. Die Vermittler sind heute spezialisierte „Finanzdienstleister“, die auf der einen Seite für die Fonds neue Mitglieder und Beitragszahler heranschaffen, auf der anderen Seite das Fondsvermögen verwalten, d. h. dafür sorgen, dass sich die angesparten Gelder in Kapital verwandeln und Profit tragen. Ein typischer Intermediär verhandelt mit Unternehmen und / oder Gewerkschaften über die Aufnahme neuer Mitglieder, er entwickelt neue Pensionspläne und wirbt dafür Kunden - bei den Unternehmen, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften. Gleichzeitig entwickelt er Anlagestrategien für die vorhandenen Fondsgelder, berät die Fonds bzw. deren Manager, führt die entsprechenden Transaktionen durch - oft genug dank der weitgehenden Vollmachten, die er als Treuhänder fremden Vermögens erhält. Intermediäre Finanzdienstleister sind es auch, die bei der Gründung neuer bzw. bei der Fusion alter Fonds ihre Hände sehr sichtbar im Spiel haben. In den Händen

**Wer eine Masse von Normalverdienern dazu bringen will, sogenannte „private Vorsorge“ zu treiben, der muss den „Sparern“ schon ein paar Steuererleichterungen gewähren, damit sie sich das „Sparen“ leisten können.**

der Vermögensverwalter oder Treuhänder konzentriert sich eine ungeheuerere finanzielle Macht: Eine kleine, aber feine Gruppe von Vermögensverwaltungs- oder Treuhändergesellschaften hat es in den vergangenen Jahren verstanden, einen immer größeren Teil des Marktes, den die Anlage suchenden Gelder der Pensionsfonds bilden, unter ihre Kontrolle zu bringen. Die drei weltweit größten Portfoliomanagementgesellschaften, Fidelity, AXA und Barclays, verwalten heute zusammen ein Pensionsfondsvermögen von mehr als 2,75 Billionen US-Dollar, das ist ungefähr ebenso viel wie das britische und französische Bruttosozialprodukt zusammen. In den USA werden von den 10 größten Fondsmanagementgesellschaften 1,5 Billionen Dollar an Pensionsfondsvermögen (von insgesamt gut 6 Billionen) verwaltet. In allen Ländern, wo die Fondsökonomie blüht, hat die Konzentration im Fondsgeschäft dazu geführt, dass eine kleine Gruppe von Fondsmanagementgesellschaften die Masse der Fonds wenigstens indirekt beherrscht, indem sie den Kurs, die jeweils beste Anlagestrategie vorgeben, der die anderen folgen. Unterhalb dieser Topliga der Großen herrscht allerdings eine mörderische Konkurrenz: Externe Fondsmanager werden heute von den Fonds nur für kurze Zeit (zwei bis drei Jahre) angeheuert und nach dem kurzfristigen Erfolg beurteilt. Bleiben sie hinter den Erwartungen zurück, wechselt der

Fonds blitzschnell zu einer anderen Managementgesellschaft. Von denen gibt es mehr als genug.

So weit, so gut bzw. so schlecht. Anders sieht die Sache aus, sobald über Fonds und Verwertung des Fondskapitals durch Kapitalanlagen auf den Wertpapiermärkten eine „Kapitaldeckung“ für die Renten und Pensionen von Leuten gesucht wird, die weder Geldvermögensbesitzer noch Kapitalisten sind. Kapitaldeckung heißt nichts anderes als dass die laufenden Rentenauszahlungen statt aus den laufenden Beitragseinnahmen aus den laufenden Gewinnen finanziert werden, die der Fonds mit seinem aus Beiträgen zusammen gesparten Kapital am Kapitalmarkt erzielt. Dazu ist alles recht: Zinsen, Dividenden und natürlich auch Kursgewinne, soweit die sich rasch versilbern lassen, ebenso wie reine Spekulationsgewinne.

Da nach der Logik eines kapitalgedeckten Fonds nicht das Fondskapital zur Auszahlung der Renten und Pensionen dient, sondern ein Teil der Gewinne, die damit gemacht werden, hat jeder Pensionsfonds Anlaufschwierigkeiten. Das Kapital,

wenn es nicht von großzügigen Spendern zur Verfügung gestellt wird (historisch ist das ab und zu der Staat gewesen, aber es gab auch private „Stifter“), muss erst einmal aus den laufenden Monatsbeiträgen der Fondsmitglieder zusammengespart werden. Der Fonds muss einige Zeit wachsen - an Mitgliedern und Beitragsaufkommen, bevor er mit einer hinreichend grossen Kapitalmasse am Kapitalmarkt erscheinen und mitmischen kann. Wiederum braucht es einige Zeit, bis die Gewinne aus den Kapitalanlagen des Fonds gross und vor allem stabil genug sind, um regelmäßig Renten und Pensionen auszahlen zu können - für eine wachsende Zahl von Leuten, die das entsprechende Alter erreicht bzw. die entsprechende Zahl von Jahren ihre Beiträge bezahlt haben. In der Sprache der Fondsökonomie: Ein Fonds muss in die Reife kommen. In der heutigen Welt der Fondsökonomie ist die Versuchung übermächtig, diese Reifephase durch gewagte Börsenmanöver abzukürzen.

Reine Pensionsfondssysteme gibt es nicht. Die privaten oder öffentlichen Pensionsfonds, gleich ob betrieblich oder überbetrieblich, berufsgenossenschaftlich oder sektoral organisiert, beruhen alle auf dem Unterbau einer staatlich organisierten sozialen Sicherung für das Alter. Privatunternehmen, auch und gerade in den USA, machen dankbar Gebrauch von der Grundlage, die ihnen die mehr oder weniger allgemeine,

www.sozialismus.de



Politik ohne Projekt oder: Der König ist nackt; Joachim Bischoff/Hasko Hüning: PDS als Joker in Berlin? Brigitte Stolz-Willig: Familien, helft euch selbst, sonst hilft euch (fast) keiner! Joachim Bischoff: Neues Krisenjahr? Michael Wendl: Kritik des Berichts der Benchmarking-Gruppe; Heiner Flassbeck: Benchmarking – Konfusion auf höchstem Niveau

Klaus Bullan: Der Sputnik-PISA-Schock; Stephanie Odenwald: Welche Bildung wollen wir?

Otto König/Richard Detje: Alphabetisierung – Der Kampf um die Köpfe; Thorsten Schulten: Für eine Rekonstruktion solidarischer Lohnpolitik in Europa; Joachim Bischoff/Stephan Krull: Lohnarbeit im 21. Jahrhundert; Heiner Halberstadt: Der aufrechte Gang des Heinz Dürrbeck (+); Horst Klaus: Georg Benz zum 80.

Theodor Bergmann: Eskalation im Nahen Osten; Uli Cremer: Krieg, Lügen und ein Video; Hilal Onur: Türkei – die innenpolitischen Folgen der »Anti-Terror-Koalition«; Rainer Werning: APEC – Solidarität gegen Finanzzusagen; Fritz Fiehler: Argentiniens Zusammenbruch; Thomas I. Steinberg: Hat der Krieg Gründe – oder ist Bush verrückt?

Supplement: Sebastian Herkommer Die Stadt und der Kapitalismus

Abo: DM 120,- (erm. DM 85,-) Probeheft: Redaktion Sozialismus St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg Fax 040/280 505 68 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

staatliche Rentenversicherung bietet. Die Pensionsfonds brauchen diese staatliche Grundsicherung für das Rentenalter nur zu ergänzen. Enthusiasten der neuen Fondsökonomie sollten sich klar machen, dass die Pensionsfonds allesamt nur ein, wenn auch wichtiges Element in einem mehrgliedrigen System sind. In den USA, in Großbritannien, in der Schweiz und in den Niederlanden beruht die zweite und dritte „Säule“ der Pensionsfonds bzw. der privaten Lebensversicherungen auf der ersten Säule, die als mehr oder minder allgemeine Volkspension ausgestaltet ist und nach dem Umlageverfahren aus laufenden Beitragsaufkommen finanziert wird. Wer also ein Pensionsfondssystem einführen und etwa die bundesdeutsche Rentenversicherung in Richtung auf ein MehrsäulenSystem umbauen will, der sollte schon so konsequent sein, auch und vor allem die Grundlage des ganzen, die Grundsicherung im Alter für die gesamte Bevölkerung ein bzw. umzubauen. In Deutschland hieße das: Abschied vom tradierten Modell der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten einer allgemeinen Volksrente oder pension für jedermann und jedefrau, am besten vollständig steuerfinanziert und an einem klar definierten sozialen Mindeststandard orientiert.

#### 4. Stärken und Schwächen

Im Moment gilt die Privatisierung und der Übergang zu kapitalgedeckten, also Fondssystemen, als Königsweg, ja sogar als einziger Weg der anstehenden Rentenreform. Internationale Organisationen wie die Weltbank, der IWF, die OECD sind sich da einig, wenn auch die IAO gelegentlich ein paar skeptische Töne hören läßt. Die Befürworter privater Pensionsfondssysteme behaupten, dass die Arbeitnehmer dank höherer Renten und niedrigerer Beiträge profitieren würden, dass das Rentensystem an „Effizienz“ gewinnen und die nationale Sparquote, mithin das Wirtschaftswachstum steigen würde. Nichts davon stimmt.

Es ist eine schlichte Legende, dass Pensionsfonds keinen demographischen Risiken ausgesetzt wären. Wer so naiv ist zu glauben, die Aktien und sonstigen Finanzmärkte hätten sich von der Welt der „realen“ Ökonomie auf Dauer abgekoppelt, wer die Warnungen nicht zur Kenntnis nehmen will, die von der Serie grösserer und kleinerer Finanzkrisen an den internationalen Finanzmärkten seit Anfang der 90er Jahre ausgeht, der mag annehmen, der Börsenboom der letzten 8 Jahre werde unvermindert und ungebremst

immer weiter gehen. Ein auf lange Sicht eher sinkendes Beitragsaufkommen und ein auf lange Sicht unweigerlich steigendes Volumen von Pensionsverpflichtungen lassen sich von kapitalgedeckten Fonds nur auffangen, wenn die Erwartung realistisch ist, dass die Kapitalmarkt „erträge“, die diese Fonds im Durchschnitt erzielen können, auf lange Sicht ungebrochen steigen werden - und das nicht zu knapp. Zumindest müßten die Anlageerträge (einschließlich der jeweils

**Wenn die Fonds de iure über Kapital verfügen, das ihnen nicht gehört, dann könnte man auf die Idee kommen, die Eigentümerrechte der Fondsmitglieder gegen die Verfügungsgewalten der Fondsmanager ins Spiel zu bringen.**

noch zu realisierenden Kursgewinne) so schnell wachsen, dass sie die Beitragsausfälle ebenso wie die Zunahme der Pensionszahlungen kompensieren könnten, und mehr als das. Sonst geht es nämlich rasch ans „Eingemachte“, an die Substanz des mühsam angesparten Anlagekapitals des Fonds. Wachstumsraten für die Kapital-

markterträge von 7 - 9% pro Jahr werden von Enthusiasten ohne weiteres angenommen. Das ist längerfristig betrachtet völlig unrealistisch. Gewinne und Dividenden werden in den hochentwickelten kapitalistischen Ökonomien auf absehbare Zeit bestenfalls mit 1,5 - 2% pro Jahr wachsen. Natürlich gibt es für Pensionsfonds Methoden, sich einer drohenden demographischen Lücke zu entziehen. Sie können ihre Beiträge erhöhen, sie können versuchen, anderen Fonds die Beitragszahler abspenstig zu machen, was sie ohnehin oft genug tun, sie können die Höhe der ausgezahlten Renten senken oder alles zugleich. Sie können - und das tun sie im Moment auf breiter Front - die Spielregeln so ändern, dass die Beitragszahler und zukünftigen Rentner keinerlei Garantien, keine Sicherheit im Blick auf die zu erwartende Rente mehr haben. Sie können schließlich - und das haben die US-amerikanischen Fonds bereits vor Jahren vor-exerziert - versuchen, mehr Gewinne zu machen, d. h. größere Risiken in Kauf nehmen, die traditionelle Vorsicht der meisten Fonds vor spekulativen Anlagen aufgeben.

Alle Fonds, also auch die Pensionsfonds haben mit Kapitalmarktrisiken zu tun. Da man Aktien und Rentenpapiere nicht essen kann, müssen die Portfolios der Fonds zu Geld gemacht, d. h. die dort deponierten Wertpapiere wieder verkauft werden. Es gibt keine Garantie dafür, dass das gut geht. Im Gegenteil. Pessimistische Szenario-Schreiber malen die Situation aus, wo die Generation der baby-boomer massenhaft in Rente und ans „Entsparen“ ihrer Pensionsfondsguthaben geht: Selbst wenn das in Zeiten einer günstigen Börsenkonjunktur geschieht, die schiere Masse dürfte reichen, den Markt umkippen

zu lassen. Also werden nicht wenige mit herben Verlusten rechnen müssen: Dank der massenhaften Verkäufe fallen die Kurse und erweist sich das angesparte „Kapital“ auf sehr drastische Weise als das, was es ist - eine Fiktion (die allerdings im Kapitalismus notwendig ist).

Daraus folgt, dass für Pensionsfonds ein „demographischer“ Schock, so es ihn gibt, sich unweigerlich auch bemerkbar machen muss. Tatsächlich aber ist ein kapitalgedecktes und vom Kapitalmarkt abhängiges Rentensystem noch weit fragiler und störanfälliger als ein Umlagesystem.

Woher kommt der gesellschaftliche Reichtum? Die Befürworter einer Fondsökonomie stellen sich diese Frage nicht. Sie halten es für selbstverständlich, dass Geldanlagen am Kapitalmarkt nun einmal „Erträge“ bringen so wie Obstbäume Früchte tragen. Schlechte Ernten sind im Weltbild nicht vorgesehen. Wertschwankungen der diversen Anlagekapitale auch nicht, Finanzkrisen noch weniger. Das umgekehrte Phänomen, eine regelrechte Aktienkursinflation, die durch den Zustrom von anlagensuchenden Pensionsgeldern aus aller Herren Länder leicht entstehen kann, können sich zumindest einige der großen Investmentbanken durchaus vorstellen. Die Fondsmanager interessieren sich in der Regel nicht für volkswirtschaftliche oder weltwirtschaftliche Zusammenhänge, die sie nur so wahrnehmen, wie es den gängigen Vorurteilen der Börsenprofis entspricht.

Effizient seien die Fonds, so heißt es, wenigstens im Vergleich zu Umlagesystemen, einfach weil ihre „Rendite“ höher ausfalle. Das ist ein Märchen, tatsächlich empirisch nicht nachweisbar. Für die Versicherten und die Rentner sind nicht die impliziten, fiktiven Renditen in einem Umlagesystem im Vergleich zu den Aktienerträgen eines kapitalgedeckten Systems interessant, sondern die Frage, ob und wieweit beide Systeme in der Lage sind, Renten zu finanzieren, die mit der allgemeinen Realeinkommensentwicklung Schritt halten können, so dass Altersarmut in allen Formen vermieden wird. Das war das große Thema der Rentenreformen der 60er und 70er Jahre. Ein kapitalgedecktes System kann in dieser Hinsicht nur mithalten, wenn es den Versicherten indexierte, an das Niveau des zuletzt verdienten Lohns oder des Lebensarbeitslohns gekoppelte und garantierte Renten bietet. Das tun die allerwenigsten. Bei Renditevergleichen werden obendrein in aller Regel die ganz erheblich höheren Kosten eines privaten Fondssystems unterschlagen oder vergessen. Die Transaktionskosten am Kapitalmarkt, die es für Pensionssysteme im Umlageverfahren nicht gibt, betragen bei Investmentfonds heute etwa 1% des Transaktionsvolumens, manchmal mehr, die bei jeder Transaktion fällig werden und daher immer wieder zu zahlen sind. Die Kosten für Verwaltung, Wer-

bung und Vertrieb sind in privaten Pensionsfondssystemen in den meisten Fällen deutlich höher als in staatlichen Umlagesystemen (z. B. in Chile 16% der Beitragseinnahmen, in den Niederlanden 21% gegenüber von Kosten von rund 1, 2% in staatlichen Umlagesystemen) (vgl. Schmähl 1998, 266). Dazu kommen bei Banken, Versicherungen und Investmentfonds zusätzliche Kosten in Höhe von 10% bis 15% des angesparten Kapitals, die fällig werden, sobald ein Kunde sein Kapital in eine Leibrente, also in eine regelmäßige, monatliche Zahlung in bestimmter Höhe umwandeln will.

Wenn man vollentwickelte Pensionsfondssysteme wie in den USA als soziale Sicherungssysteme betrachtet, also im Blick auf die Frage, wie sicher und wie ausreichend die Renten sind, die ein solches System abwirft, wird man eine herbe Enttäuschung erleben: Ein derartiges System verhindert nicht nur keine Altersarmut, es erzeugt im Gegenteil wachsende Ungleichheiten unter den Beschäftigten und den Rentnern.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die überhaupt Mitglied in einem Pensionsfonds sind, hat seit den 80er Jahren ständig abgenommen, sie ist heute auf um die 35% abgesunken. In den Großunternehmen liegt der Prozentsatz höher (bei etwas unter 50%), aber er hat auch dort sehr deutlich abgenommen. Die Arbeitnehmer in den Mittel und Kleinbetrieben sind ganz besonders benachteiligt, Pensionsfonds sind hier die große Ausnahme.

- Die Höhe der Renten, die von den Pensionsfonds in den 90er Jahren ausgezahlt wurden, ist dermaßen niedrig, dass heute mehr als 57% der über 65jährigen in den USA gezwungen sind, weiter zu arbeiten. Die ausbezahlten Renten erreichen auch nach 30 Versicherungsjahren nicht mehr als 29% bis 37% des zuletzt verdienten Lohns - im günstigsten Fall. Und sie sind in ihrer Mehrzahl nicht stabil, sondern schwanken ständig, wobei der Mittelwert der ausgezahlten Renten im Lauf der 90er Jahre unter das Niveau von 1990 abgesunken ist.

Manager, auch Angehörige des mittleren Managements haben es in der Regel besser als einfache Angestellte und Arbeiter. Erheblich mehr von ihnen - bis zu 87% - sind Mitglied in einem Pensionsfonds, die Arbeiter kommen auch in den florierenden Unternehmen der Autoindustrie nur auf etwa 70%.

Je mehr man verdient, desto größer ist die Chance, Mitglied in einem Pensionsfonds zu sein. Von den Niedriglöhnern sind nur verschwindend kleine Gruppen (unter 3%) in Pensionsfonds aufgenommen, von den Ar-

beitnehmern mit mittleren Jahreseinkommen immerhin bis zu 80%.

Diese Schwächen sind nicht erst seit gestern bekannt. Sie werden eher durch die Propaganda der „Finanzierungsindustrie“ zugedeckt, statt ernsthaft erörtert. Noch vor 20 Jahren wurden die Pensionsfonds nach angelsächsischem Muster als eher kränklige, reformbedürftige Notbehelfe betrachtet, da sie erwiesenermaßen das Problem der Altersarmut keineswegs beseitigen konnten. Beitrags- oder steuerfinanzierte Umlagesysteme galten dagegen als vorbildlich und krisenfest.

Es ist ein schlichter Irrtum, zu glauben, die Fondsökonomie käme ohne den Staat bzw. mit weniger Staat aus. Die Fonds blühen in allen Ländern nur dank ständiger, massiver Staatshilfe, d. h. nur dort, wo der Staat mit Steuersubventionen beispringt und das „Sparen“ in einem Pensionsfonds durch implizites Steuersparen kräftig unterstützt. Das gilt gleichermaßen für die Beiträge der versicherten Arbeitnehmer wie für die Arbeitgeberbeiträge, soweit vorhanden. Wer eine Masse von Normalverdienern dazu bringen will, sogenannte „private Vorsorge“ zu treiben, d. h. regelmäßig einen Teil ihres laufenden

Verdienstes für Lebensversicherungen oder Pensionsfondsbeiträge auszugeben, der muss den „Sparern“ schon ein paar Steuererleichterungen gewähren, damit sie sich das „Sparen“ leisten können. Hans Eichel hat diese Lektion rasch gelernt. Es handelt

sich zwar nicht um Zwangssparen, aber wenigstens doch um ein vom Staat mit kräftigen Lockmitteln und mit wirksamen Drohungen wie der Senkung des Rentenniveaus in der GRV in Gang gesetztes Sparen.

Immer wieder wurden und werden marode Pensionsfonds vom Staat gerettet. Zwei Beispiele aus den USA: Während der Grossen Depression wurde der damals größte Pensionsfonds, der der Eisenbahner, nur dadurch vorm Bankrott gerettet, dass die USBundesregierung seine finanziellen Verpflichtungen übernahm. Noch heute bildet der Railroad Retirement Act einen kuriosen, aber integralen Bestandteil des Social Security Act von 1935. Während der MexikoKrise Anfang der

Foto: Christian Kiel (Berlin)



90er Jahre war die USBundesregierung mit- samt der Zentralbank wieder zur Stelle. Diesmal um Pensionsfonds vor dem finanziellen Ruin zu retten, die sich auf dem mexikanischen Markt in Gefahr begeben hatten und darin unter zu gehen drohten. Da der USamerikanische Staat die Pensionsfonds erst dereguliert und dann die nordamerikanischen Kapitalmärkte bzw. den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr nach Kanada und Mexiko liberalisiert hatte, konnte er kaum anders als einzugreifen. Ein Bankrott einiger großer Pensionsfonds wäre in der Tat eine Katastrophe gewesen - nicht zuletzt, weil die größten und mittlerweile auch unternehmenslustigsten Fonds in den USA Leuten aus dem öffentlichen Dienst (Lehrern, Krankenhauspersonal, Polizisten usw.) gehören.

Schließlich brauchten und brauchen die Pensionsfonds den Staat als Schuldner bis zum heutigen Tag. Die stabilste und mit Abstand sicherste Geldanlage, die die Fonds kennen, ist noch stets die Anlage von Fondsvermögen in fest verzinnten Staatsschuldpapieren. Ein gutes Drittel und mehr der Fondsgelder wird noch heute so angelegt. Das ist eigentlich gar keine schlechte Sache, auch wenn der Witz den meisten Leuten entgeht: Die versicherten Arbeitnehmer finanzieren mit ihren Pensionsbeiträgen die Staatsschuld, indem ihre Pensionsfonds Staatsschuld-papiere kaufen; aus den laufenden Zinszahlungen für diese Staatspapiere werden Renten und Pensionen bezahlt, so dass wir im Kern doch und immer noch ein steuerfinanziertes Rentensystem haben und einen Großteil der laufenden Rentenauszahlungen in jedem Jahr aus den laufenden Steuereinnahmen desselben Jahres bestreiten.

## 5. Pensionsfonds - Kapitalismus und/oder Sozialismus

Wer kontrolliert hier eigentlich wen? Idealerweise die Fondseigentümer die von ihnen angestellten und bezahlten Fondsmanager, die Fondsmanager die Manager anderer Aktiengesellschaften und sonstiger Unterneh-

**Was nützen die schönsten  
Investitionsrichtlinien,  
wenn die Fondsmanager im  
Zweifelsfall doch machen  
können, was sie wollen und  
nicht zur Rechenschaft ge-  
zogen werden können.**

men, deren Aktien und /oder Obligationen sie besitzen.

Tatsächlich sind die Fondsmanager weitgehend unter sich. Es sind Vermögensverwalter, die anderer Leute Geld verwalten, oftmals ohne direkte Gewinnabsicht. Allerdings kann sich das durch die Einführung entsprechender Entlohnungssysteme wie z. B. die heute sehr beliebte Bezahlung mit Aktienoptionen rasch ändern. Solche Fondsmanager brauchen Analysten, sie brauchen Börsenhändler, sie brauchen andere Fondsmanager. Beitragszahler sind immer willkommen, solange sie zahlen und den Mund halten. Rentner sind in dem Maße unbeliebt, wie sie Ansprüche stellen oder gar auf Garantien pochen. Wenn man also unbedingt die alte These vom ManagerKapitalismus und der Herrschaft der Manager wieder aufwärmen will: Im gegenwärtigen Kapitalismus gibt es in der Tat eine neue Gruppe von Managern, die Fondsmanager oder Vermögensverwalter oder Treuhänder, die sich im Aufstieg befindet. So gut wie alle diese Manager sind auch Kapitalisten, Besitzer großer Geldvermögen, die sie wiederum durch Fonds und deren Manager verwalten und verwerten lassen. Da es ja immer schön ist, wenn man Beruf und Hobby vereinen kann, tun viele von ihnen das auch selbst.

Aber lassen wir uns nicht entmutigen. Denken wir doch einfach mal, wie auch Michel

Aglietta das jüngst vorgeschlagen hat, die Logik der Pensionsfonds zu Ende. Wenn die Fonds de iure über Kapital verfügen, das ihnen nicht gehört, dann könnte man auf die Idee kommen, die Eigentümerrechte der Fondsmitglieder gegen die Verfügungsgewalt der Fondsmanager ins Spiel zu bringen.

Läßt sich die Welt der Fonds in der Tat demokratisieren? Sicher, wenn man vor einigen drastischen Eingriffen in bestehende Eigentümerrechte nicht zurückscheut. Denn genau besehen, handelt es sich hier um ein Prinzipal - Agent Problem: Wie kann der nominelle Eigentümer, der ganz gewöhnliche Arbeitnehmer und zukünftige Rentner, den nominell für ihn und in seinem Auftrag tätigen PensionsfondsManager bzw. den Manager einer Vermögensverwaltungsgesellschaft, die im Auftrag „seines“ Fonds tätig wird, dazu bringen, das zu tun, was er will? Wie kann der „Prinzipal“ wissen, was er will, wenn ihm / ihr die Transaktionen an den Finanzmärkten ein Buch mit sieben Siegeln sind und sein „Agent“ ihn/sie im Ungewissen läßt?

Nun, sie können sich darauf besinnen, ihre Eigentümerrechte gegenüber den Fondsmanagern geltend zu machen, indem sie ihre eigenen, gewählten Interessenvertreter in die Aufsichtsräte der Fonds schicken bzw. ihre bereits vorhandene Interessenvertretung, also die Gewerkschaften, ermächtigen, dort nach dem Rechten zu sehen. Da ein „demokratisierter“ Fonds, in dem Beitragszahler und die Rentner Sitz und Stimme, eindeutig definierte und nicht zu umgehende Mitbestimmungsrechte haben, nicht bei jeder Anlageentscheidung ein Plebiszit veranstalten kann, empfahl und empfiehlt es sich, Anlagerichtlinien zu formulieren, an denen sich die Fondsmanager zu orientieren haben und an denen ihre Anlageentscheidungen gemessen werden können. Derartige Anlagerichtlinien gibt es seit langem in den meisten Ländern in vielen Formen; etliche davon sind gerade in jüngster Zeit, im Zuge der „Liberalisierung“ und „Deregulierung“ abgeschafft worden. Vielem davon sollte man keine dicken Tränen nachweinen. Warum sollten Pensionsfonds nicht auch, in Grenzen, ihre Gelder in Aktien und in ausländischen Wertpapieren anlegen dürfen, solange sie insgesamt eine vernünftige Anlagestrategie verfolgen?

Die neuen Anlagerichtlinien für „demokratisierte“ Fonds, wie sie in der USamerikanischen (aber auch in der niederländischen) Diskussion schon hervorgetreten sind, sollen vor allem der dominanten Orientierung auf die kurze Frist und auf die Steigerung des Börsenwerts, also die heutige, mit dem „shareholdervalue“ gemeinte spekulative Haltung der meisten Fondsmanager entgegen wirken. Also liegt der Akzent auf längeren Zeithorizonten für die Fondsmanager und der Einführung zusätzlicher Kri-

terien oder eines reicheren Katalogs von Investitionsrichtlinien, die z. B. auch umweltpolitische und Beschäftigungsziele enthalten. Als Großaktionäre vieler Unternehmen, so eine weitere Überlegung, sollten die Fonds sich in die Geschäftspolitik einmischen - für die Stärkung von gewerkschaftlichen Vertretungsrechten, gegen Fusionen und Übernahmen, gegen Bezahlung der Manager mit Aktienoptionen. Plädiert wird darüber hinaus auch für die Gründung eigener gewerkschaftlicher Pensionsfonds, die die geballte finanzielle Kraft der Mitglieder einsetzt, um eine an deutlichen gesellschaftspolitischen Kriterien orientierte Anlagepolitik zu betreiben, sozusagen als gutes Beispiel, mit dem solche Fonds vorangehen und andere Fonds beeinflussen können, wenn sie nur groß genug sind. In der Bundesrepublik wäre natürlich die IGMetall durchaus in der Lage, einen eigenen Pensionsfonds für alle Metaller zu organisieren, um damit zumindest in einigen Bereichen Einfluß auf die Investitionspolitik zu nehmen. Für gewerkschaftliche Fonds empfiehlt sich eine Form, in der die Fondsmanager durch „defined benefits“ (garantierte Renten) gebunden und die Beitragszahler durch klar definierte Einspruchs und Mitbestimmungsrechte gestärkt werden. Da die Fonds gerade nicht dazu da sind, maximale Gewinne zu erwirtschaften, also als non-profit Organisation betrieben werden können, ist eine risikoscheue, konservative Anlagepolitik durchaus zu vertreten. Mit einer - wichtigen - Ausnahme. Nach wie vor dominiert in den kapitalistischen Industrieländern, auch in den USA mit ihrem absolut und relativ sehr viel größerem Kapitalmarkt, die Selbstfinanzierung von Investitionen aus Reserven und Eigenmitteln der Unternehmen. Nach wie vor werden aber auch viele kleine und mittlere Unternehmen, vielerlei private und öffentliche Projekte, die Geld brauchen (zumindest für eine Anschubfinanzierung), von den traditionellen Finanzinstituten (Banken, Versicherungen, Finanzmärkten) nicht bedient. Gewerkschaftliche Fonds von hinreichender Größe könnten das aber sehr wohl tun und damit die bisherige Logik der Kapitalmärkte - Geld bzw. Kredit bekommt nicht der, der es braucht, sondern der, der eigentlich schon mehr als genug hat - zu durchbrechen.

Das Ganze steht und fällt mit den Rechten, die die Mitglieder der Fonds bekommen. Was nützen die schönsten Investitionsrichtlinien, wenn die Fondsmanager im Zweifelsfall doch machen können, was sie wollen und nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Diese Rechte zu kodifizieren und durchzusetzen, das wäre in der Tat eine „PensionsfondsRevolution“. Ohne politischen Streit und Kampf, heimlich, still und leise wird die allerdings nicht zu haben sein.

## ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFLÄRUNG diesseits

**diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose**

**diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus**

**diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte**

**diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands**

**Kostenlose Probeexemplare:**

**diesseits** Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung  
Wallstraße 61-65  
10179 Berlin  
Telefon (030) 61 39 04-31 / -41  
Fax (030) 61 39 04-50  
E-Mail: diesseits@humanismus.de



# Flexibler Kapitalismus - Moderner Sozialismus

Thesen zur spw-Jahrestagung 2001

## Zur Kritik der politischen Ökonomie...

Für SozialistInnen ist die Kritik des Gegenwärtigen unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung des Zukünftigen. Wir stellen mit der Kritik der politischen Ökonomie des flexiblen Kapitalismus die gesellschaftlichen Zusammenhänge der sich verändernden Betriebsweise des Kapitalismus in der Gegenwart her und fragen nach den politischen Ansätzen zu ihrer Veränderung. Kritik der politischen Ökonomie heißt sich vergewissern, ob im flexiblen Kapitalismus zentrale Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise weiter gelten, sich verändern oder außer Kraft sind. Wir fragen, ob der Kern der kapitalistischen Produktion die Warenproduktion als Mittel für den Verwertungsprozess des Geldes zur endlosen Anhäufung von Geldkapital als Selbstzweck bestehen bleibt.

Wir untersuchen die Wirkweise des Konkurrenzprinzips als Beziehungsform aller Akteure und Funktionen im Kapitalismus unter den neuen Bedingungen. Wir fragen nach den Reproduktionsbedingungen von Mensch und Natur als den Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens und Überlebens. Wir fragen nach den krisenhaften Widersprüchen des flexiblen Kapitalismus durch überflüssig werdende lebendige Arbeit und Zerstörung der menschlichen und äußeren Natur.

Wir konstatieren als prägende Erscheinungsformen des flexiblen Kapitalismus den globalen Totalitarismus des Marktes, durch den alle Formen gesellschaftlichen Lebens den Markterfordernissen unterworfen und die Reproduktionsbedürfnisse privatisiert werden.

Wir sehen als Konsequenzen den Prozess der Internalisierung der Konkurrenz in alle Lebensbereiche und Institutionen und die Zerstörungslogik der betriebswirtschaftlichen Denkweise. Wir sehen die Nutzbarmachung der Kräfte der Natur und der Natur des Menschen für die Kapitalverwertung. Wir analysieren die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechniken für die Ver-

änderung des Arbeitsprozesses und seine Vernetzung. Wir fragen nach der Wirkweise des Primats der share-holder-value im globalen Kapitalismus und der Bedeutung der internationalen Fonds.

Zur Ökonomie des modernen Sozialismus Wir begnügen uns nicht mit der Kritik, sondern suchen nach Alternativen politischen Handelns, die der Wirkweise der kapitalistischen Produktion Grenzen setzen und mit dem Ziel, sie zu überwinden. Es geht dabei um die Umkehrung des Satzes, dass Mensch, Natur und Politik der Ökonomie nachgeordnet sind.

Ein moderner Sozialismus erfordert, sich Vorstellungen über das Wirtschaften im 21. Jahrhundert zu machen. Er muss sich mit den substanziellen Zielen des Wirtschaftens ebenso beschäftigen wie mit den betriebs- und volkswirtschaftlichen Parametern und Mechanismen. Seit bald zehn Jahren aber sind Debatten über Plan- und Marktwirtschaft, staatliches Eigentum und betriebliche Selbstverwaltung, Investitionslenkung und qualitatives Wachstum nahezu zum Erliegen gekommen. Sozialistische Ökonomie - die „assoziierte Produktionsweise“ (Marx) - ist kein Thema mehr. Solange dies so ist, wird sich kein moderner sozialistischer Diskurs im Verhältnis zu den Neoliberalismen und „Dritten Wegen“ entfalten können.

Wir gehen davon aus, dass wir uns wieder Fragen der öffentlichen Steuerung von wirtschaftlichen Prozessen - im Kern: von Investitionen - und damit auch der Verfügungsgewalt und der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft zuwenden müssen. Allerdings wird man das frühere Zutrauen in Instrumente und Institutionen, administrative und

juristische Regelungen relativieren müssen. Ökonomie ist, viel stärker als dies jedenfalls für die marxistische Argumentation gegolten hat, auch und gerade unter dem Gesichtspunkt von Wirtschafts- und Unternehmenskulturen zu sehen. Und von daher wird sich sozialistische Ökonomie in erster Linie wirtschaftskulturell und erst in zweiter Linie institutionell und instrumentell definieren lassen.

Schließlich gehen wir bei unseren Überlegungen davon aus, dass es bei der „sozialistischen Ökonomie“

nicht um eine konstruierte Gesamialternative zum Kapitalismus geht, sondern um „sozialistische Elemente“ bzw. „sozialistische Potenziale“, in denen sich das Prinzip der gemeinschaftlichen Regelung und des Vorranges gemeinschaftlicher Interessen manifestiert. In welcher Art und Weise sich dies mit den Prinzipien der kapitalistischen Ökonomie verträgt, verbindet oder konfliktiert

oder zu derartig gravierenden Transformationen führt, wie wir sie ja durchaus in einigen Fällen erlebt haben, wird für das 21. Jahrhundert neu zu überprüfen und in einem „ökonomischen Kulturkampf“ zu realisieren sein.

## Der flexible Kapitalismus

Eine Neue Ökonomie im globalen Maßstab Die „New Economy“ ist mehr als eine kurzlebige Zeiterscheinung. Sie kennzeichnet den Aufstieg der multimedialen, internet-gestützte Wissens-, Informations- und Kommunikationsökonomie zum hegemonialen Sektor des „Post-Fordismus“ - und zwar in erster Linie, indem sie die fordistischen Sektoren durchdringt. Grundlegend ist die wachsende Bedeutung immaterieller Produktion (von Daten, Informationen, Konzepten, Software, Bildern, Image, Erlebnissen usw.). Diese hegemoniale Struktur ist global, insofern sie auf dem weltweiten, multimedial gestützten Fluss von Informations- und Finanzströmen beruht. Das tatsächlich Neue an der

Ein moderner Sozialismus erfordert, sich Vorstellungen über das Wirtschaften im 21. Jahrhundert zu machen. Er muss sich mit den substanziellen Zielen des Wirtschaftens ebenso beschäftigen wie mit den betriebs- und volkswirtschaftlichen Parametern und Mechanismen.

sog. Globalisierung, die als solche eine durchgehende Tendenz moderner Wirtschaft darstellt, besteht in diesen Strömen und der mit ihnen systematisch verbundenen weltweiten Netzwerke- und Fondsökonomie.

### Netzwerks- und Fondsökonomie

Die „Fabrik“ ist als Leitbild ökonomischer Organisation durch das „Netzwerk“ abgelöst worden, d.h. durch die immer wieder aufs Neue stattfindende projektbezogene Kombination ökonomischer Einheiten. Dies umfasst wechselseitige funktionale Beziehungen kleinerer Unternehmen (und „Arbeitskraftunternehmer“), die sich auf horizontaler Ebene abspielen. In der Netzwerksökonomie positionieren sich zugleich Großunternehmen als „Spinnen im Netz“ bzw. Zentren strategischer Planung im Verhältnis zu

den dezentralen Einheiten, die sich ständig auf der Suche nach Netzzugängen und Projekten befinden. Auch in den durch „shareholding“ bestimmten Finanzbeziehungen bilden sich über die Anlageströme ständig changierende Netzwerke, deren Knotenpunkt v.a. durch Investmentfonds und Kapitalanlagegesellschaften gebildet werden. Neues Verhältnis von Staat und Wirtschaft Die Privatisierung staatlichen Unternehmensbesitzes und die Kapitalisierung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen stehen zweifellos unter neoliberalen Vorzeichen. Allerdings sind hierbei auch viele ökonomisch-bürokratische Komplexe des „organisierten Kapitalismus“ einer Umgruppierung unterzogen worden, was vielfach auch Spielräume für alternative Vorstellungen eröffnet hat. Schließlich sind nicht nur sog. Nicht-Regierungsorganisationen zunehmend zu

ökonomischen Akteuren geworden: Auch Unternehmen sind seit geraumer Zeit einer „politischen“ Betrachtungsweise ausgesetzt, wenn sie sich nicht sogar selbst um eine derartige Politisierung - v.a. unter globalen Aspekten - bemühen. Statt eines reinen „Rückzuges des Staates“ kommt es schließlich zu neuen Vernetzungen zwischen Staat und Wirtschaft (Public-Private Partnerships, Regulierungsräte, Abkommen u.a.).

### Neue Eigentums- und Aneignungsrechte des Kapitalismus

Die Neue Ökonomie des globalen Kapitalismus zeichnet sich allerdings auch durch die Tendenz aus, gemeinschaftliche Ressourcen wie Wissen, Bildung, Umwelt, Saat- und Erbgut nicht nur zu privatisieren und handelbar zu machen, sondern - über „property rights“ - privatwirtschaftlich zu monopolisieren und dadurch öffentlichem Zugang zu entziehen. Gleichzeitig führt dieser Vorrang dazu, dass (in Analogie zur Grundrente) neue Rentenformen eine wachsende Rolle als Einkommensquelle (z.B. als „Informationsrente“) spielen.

### Fragmentierung der nationalen Volkswirtschaften

Die weltweiten Informations- und Finanzströme der Netzwerks- und Fondsökonomie gehen - unter dem Regiment von WTO, IWF u.a. - mit einer Fragmentierung der nationalen Volkswirtschaften einher. Das Spektrum reicht von den „Global Cities“ mit ihren weltmarktorientierten Führungsfunktionen über die international vernetzten Zonen der Exportproduktion bis hin zu den lokalen Ökonomien, die im übrigen zunehmend durch informelle Strukturen geprägt sind. Hierbei besteht die Tendenz, dass sich Exportwirtschaft und regionale Binnenmärkte (mit ihren Nahversorgungsfunktionen) entkoppeln, da die regulative Verknüpfung durch den nationalen Wohlfahrtsstaat brüchig geworden ist. Gleichzeitig wachsen Schattenwirtschaft, informelle Sektoren und die „schwarzen Löcher“ der globalen Ökonomie, die häufig mit wirtschaftskriminellen Machenschaften einhergehen.

### Moderne Klassenlandschaften

Die Klassenstrukturen und die damit verbundenen „Klassenlandschaften“ zeichnen sich immer weniger durch kontingente Strukturen und ebenfalls immer mehr durch Netzwerke und „Projekte“ aus. D.h. größere soziale Einheiten bilden sich aus sozialen Fragmenten, die anhand von (prioritären) Vorhaben und der Kommunikation darüber zusammenfinden. Hierbei kann keine Rede von der Aufhebung sozialer Gegensätze im modernen Kapitalismus sein - aber diese Gegensätze entfalten sich auf der Basis multippler Interessenlagen und mögen sich als Gegensätze von „klassischen“ Kapitalisten und

In den Thesen wird gesagt, sozialistische Ökonomie wird sich in erster Linie wirtschaftskulturell, erst in zweiter Linie institutionell und instrumentell definieren lassen. Ich will nicht die Bedeutung wirtschaftskultureller Aspekte in Frage stellen. Das ist in der Tat wichtig, aber in der Formulierung finde ich das fundamental falsch. Man sollte sich überhaupt keine Illusionen darüber machen, welche Bedeutung immer noch Eigentumsrechte haben, an denen man mit noch so viel Wirtschaftskultur nicht vorbei kommt. Wir erleben doch, wenn wir die Entwicklung des letzten Jahres betrachten, dass sich Wirtschaftskulturen gerade deswegen verändern, weil sich bestimmte Konkurrenzverhältnisse z.B. im Rahmen von Durchsetzungsstrategien des Shareholervalues eben auch hierzulande verändern, die auf keinen Fall in Richtung Sozialismus gehen.

Ebenso promelatisch finde ich auch den Aspekt, inwieweit sich sozialistische Ökonomie mit Prinzipien kapitalistischer Ökonomie verträgt, verbindet oder konfligiert. Ich denke schon, dass sozialistische Vorstellungen in massivem Umfang konfligieren mit kapitalistischer Ökonomie. Meine Kritik hängt letztendlich mit dem zusammen, was dann unter dem Stichwort „der flexibler Kapitalismus“ geschrieben wird: das ist keine Analyse des Kapitalismus, weder grundsätzlich, noch des neuen Kapitalismus. Da findet keinerlei Analyse von Herrschaftsverhältnissen statt, von Ausbeutung und auch Entfremdungsverhältnissen, internationale Aspekte fehlen so gut wie völlig. Es sind im Prinzip auch mehr Betrachtungen neuer Erscheinungen im Kapitalismus. Makroökonomische Krisenprozesse und Tendenzen tauchen überhaupt nicht auf. Wenn man sich ernsthaft unterhalten will, wie man Ansatzpunkte für eine sozialistische Politik unter den heutigen Bedingungen entwickeln kann, müsste analysiert werden, was hat sich in den letzten 10 oder 20 Jahren abgespielt hat - z.B. auch zum Neoliberalismus und die neue Sozialdemokratie und so weiter. Das findet hier überhaupt nicht statt. Fragen der alternativen Wirtschaftspolitik, also gesamtwirtschaftliche Steuerungen und sowas fehlen ebenso. Wenn man über Sozialismus redet, muss man ein paar mehr Ansprüche haben als an Wirtschaftsförderung in Dortmund. Es muss darum gehen, andere Entwicklungsrichtungen der Ökonomie durchzusetzen, die sich unter den Kapitalinteressen und Märkten vollziehen. (Ralf Krämer, Dortmund)



Lohnarbeitern, von Cyberlords und Netslaves, von Yuppies und Dienstboten, von Vermögensbesitzern und Vermögenslosen, von Steuerzahlern und Schattenarbeitern usw. usf. darstellen - und dies alles in Ergänzung zu den sowieso in Rechnung zu stellenden Differenzierungen nach Geschlecht, Volksgruppe, Alter usw.

### Entrepreneurship: Autonomie und Abhängigkeit

Quer zu diesen sozialen Differenzierungsprozessen breitet sich das „unternehmerische Element“ in den Klassenstrukturen aus - die wohl entscheidendste Veränderung an der Schnittstelle von Klassenstruktur und Wirtschaftskultur. Dieser Vorgang umfasst sowohl das Wachstum der Selbständigenzahlen wie auch die zunehmende Bedeutung unternehmerischer Anforderungen an lohnabhängig Beschäftigte. Im Mittelpunkt steht der „Arbeitskraftunternehmer“ - der über sein „Humankapital“ verfügt und es optimal zu verwerten gedenkt. Hinzu kommt die Bedeutung, die der Kapitalanlage bzw. Fondsökonomie mittlerweile auch in weiteren Bevölkerungskreisen zukommt. Die Ausbreitung des „unternehmerischen Elementes“ umfasst sowohl alte und neue sozialer Abhängigkeiten wie auch das Bedürfnis nach persönlicher und sozialer Autonomie.

### Biographische Transformationen

Die sozialen und persönlichen Konsequenzen der zuvor skizzierten Vorgänge sind erheblich, zumal sich ständisch und geschlechtsspezifisch tradierte Erwerbsbiographien schon seit langer Zeit in Auflösung befinden. Gleichzeitig werden die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit immer fließender (v.a. je mehr Kommunikation und Bildung eine Rolle spielen). Die verschiedenen Komponenten fließen darin zusammen, dass die Menschen sich immer mehr als Manager ihrer eigenen Biographie verhalten müssen. Hierbei wird der „Kampf um das ganze Leben“ - sicherlich differenziert nach sozialem Status und Geschlecht - auf die Tagesordnung gesetzt. Die psychosozialen (und d.h. auch die gesundheitlichen) Dimensionen dieses Kampfes werden zu einem der zentralen Konfliktfelder der modernen Ökonomie und damit auch des „ökonomischen Kulturkampfes“ im 21. Jahrhundert aufsteigen.

### Neue Ökonomie und Moderner Sozialismus. Ein Netzwerke-Sozialismus

Jede historische Zeit bringt ihre Sozialismen hervor und dies wird auch für das 21. Jahrhundert gelten. Im Mittelpunkt stehen die je spezifischen Verknüpfungen von Basisinnovationen und ökonomisch-gesellschaftlichen Dispositionen (ähnlich den „Kondratieff-Zyklen“). So hat die informationstechnisch-multimedial gestützte „New Economy“ die „fordistische“ Ära der Großindustrie ab-

Es gehört Mut dazu in dieser Zeit, ein unfertiges Papier, ein kritikwürdiges Papier in die Tagung hereinzugeben. Wir sollten daraus etwas Besseres machen. Das Prinzip der gemeinschaftlichen Verfertigung solcher Produkte, und die arbeitsmäßigen, die geldmäßigen Ressourcen von SPW und vor allen Dingen die objektiven Faktoren, erschweren es diese Fänomene komplett und fertig in den Griff zu bekommen. Wir verfertigen hier im Moment eine Analyse laufender Prozesse, und wenn einem etwas an den Augen vorbei läuft, dann flimmert es manchmal. Wer den Anspruch hat, sozialistische Kritik des Kapitalismus zu formulieren, der muss einerseits der Gefahr entgehen, vor diesem galoppierenden Kapitalismus in Nostalgie zu verfallen, was große Teile der Linken dann doch tun und zu sagen, früher war dieses und jenes besser und dann noch daran festhalten.

Das ist in dem Papier richtig angesprochen mit „Die Haltung des nur Verteidigers“ zu überwinden. Aber gleichzeitig entsteht eine gute Kritik immer nur, wenn man auf der Basis realer Widersprüche analysiert. Und wenn die Prozesse noch ganz neu sind, sind die Widersprüche auch teilweise noch nicht so weit entfaltet, dass wir sie vernünftig haben beobachten können.

Und das ist an den Punkten Netzwerkökonomie, Fondökonomie und in der ganzen makroökonomischen Betrachtung noch ganz erheblich nachzuholen. Da gebe ich Ralf Krämer Recht. Aber das Problem ist, man muss hier auch Kämpfe antizipieren, die gesellschaftlich erst in Keimform vorhanden sind oder noch gar nicht stattgefunden haben. Das ist eine große Herausforderung, der sollten wir uns gemeinsam stellen. Da sind die von Ralf Krämer angesprochenen Defizite internationale Ebene, Eigentumsrechte, da ist z.B. die Diskussion über die Patentierung von biotechnologischen Erfindungen. Also auch die Frage fester Institutionen oder die Frage, wo man Institutionen und Wirtschaftskultur nicht mehr vernünftig trennen kann. Das ist ja im Umgang mit geistigem Eigentum sehr wohl gegeben. Das ist sowohl eine kulturelle Frage: was will ich von meinem Wissen herausgeben? Und dann ist es die institutionelle Frage: Welche Möglichkeit habe ich überhaupt, das exklusiv zu schützen?

(Felix Welti, Lübeck)



gelöst und im übrigen auch schon selbst ihren Höhepunkt fast erreicht. Damit sind unumkehrbare Strukturveränderungen ins Werk gesetzt worden sind, die nicht auf ein neoliberales Manöver reduziert werden können, sondern der Entwicklung der modernen Produktivkräfte entsprechen. Dies gilt in allererster Linie für die Netzwerksökonomie, aber auch damit verbundene Aspekte der Fondsökonomie und des Entrepreneurships. Der moderne Sozialismus wird seinen Diskurs nur als Netzwerke-Sozialismus entfalten können.

### Ein Sozialismus des ökologisch-solidarischen Umbaus

Umso mehr gilt aber, dass die Ausprägung der neuen Ära nicht alternativlos war. Die mit dem Konzept des „ökologisch-solidarischen Umbaus“ verbundene Tendenz wies in den 80er Jahren ebenfalls einen - viel stärker mit umwelttechnologischen Wachstumspotenzialen und gemeinschaftsorientierten Dienstleistungen verknüpften - Weg

in den „Postfordismus“. Diese Tendenz konnte sich nicht durchsetzen. Dies könnte aber mit dem beginnenden neuen Zyklus technologisch-ökonomischer Entwicklung umgekehrt werden. Für einen modernen Sozialismus entscheidend und aussichtsreich sind die sich abzeichnende Renaissance der weltweiten ökologischen Problematik (diesmal verknüpft mit reifen Technologielinien) und der Aufstieg der Gesundheit (inkl. Humantechnologie und Life Science) zum beherrschenden Feld ökonomisch-sozialer Entwicklung.

Ökonomische Strukturelemente des modernen Sozialismus

Ausgehend von heutigen Tendenzen besteht die Möglichkeit, sich den Funktionsprinzipien und Strukturelementen einer neuen Wirtschaft zuzuwenden, darunter:

- Umbau der Fondsökonomie
- Wirtschaftskulturelle Einbettung und gesellschaftliche Gestaltung der Fondsökonomie, also von Investmentfonds (insbes. Pensionsfonds) und Kapitalbeteiligungen.

- **Wirtschaftliche Lenkung und Programmierung**  
Konsequente regionale und überregionale Clusterpolitik mit selbstorganisierten Wirtschaftsinitiativen. Ausrichtung an prioritären Kompetenz- und Bedarfsfelder. Öffnung der Industrie-Infrastruktur-Komplexe (à Regulierungsrate).
- **Wirtschaftsdemokratie**  
Weiterentwicklung der Betriebs- und Unternehmensverfassung, Reorganisation der Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft, Weiterentwicklung, Neubildung und Öffnung der Regulierungsrate.
- **Rechnungsführung und Bilanzierung**  
Überprüfung der Kriterien und Systematik der betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungsführung und Bilanzierung, die keineswegs „objektiv“, sondern hochgradig wirtschaftskulturell bestimmt sind. Systematische Integration ökologischer und sozialer Kriterien.
- **Eigentum und Verfügungsrechte**  
Gewährleistung des allgemeinen Zugangs zu gemeinschaftlichen Ressourcen (Informationen, Wissen, Umwelt, Saat- und Erbgut u.a.) bei Entwicklung alternativer Vergütungsformen für Entwicklungsarbeiten.
- **Konsumenten- und Nutzerdemokratie**  
Ausbau aller Formen der Konsumenten- und v.a. Nutzerbeteiligung unter systematischer Einbeziehung des Internets, bei Unternehmen, Infrastruktureinrichtungen, Sozialversicherungen.
- **neue Gemeinwirtschaft - Dienste und Gewerke**  
Entwicklung eines genossenschaftlich geprägten Unternehmenssektors insbes. bei personenbezogenen Dienstleistungen und im Handwerk (unter systematischer Einbeziehung des öffentlichen Auftrags- und Vergabewesens).
- **öffentliches Eigentum an Unternehmen**  
Neudefinition der Rolle öffentlicher Unternehmensbeteiligungen (Überprüfung am Beispiel des VW-Modells) und Unternehmen (unter Einschluss der verschiedenen Rechtsformen und ggfs. Schaffung neuer).
- **biographische Selbstbestimmung**  
Systematische Verbesserung des Selbstmanagements von Männern und Frauen - hier in ihrer Eigenschaft als ökonomische Akteure. Insbesondere durch eine allgemeine Arbeitsversicherung.

**Eine sozialistische Wirtschaftskultur**

In diesen und weiteren Fällen geht es um die Entwicklung sozialistischer Potenziale und Elemente und um deren Verdichtung. Es geht um ein Geflecht von gesellschaftlich kontrollierten Fonds, öffentlichen Unternehmensbeteiligungen, wirtschaftsdemokratischen Selbstverwaltungsmechanismen, Regulierungsräten, Regelungen der Rechnungsführung und Bilanzierung usw. Die Verdichtung dieser Elemente schafft das Terrain für eine

nachhaltige Veränderung in den Kriterien und Motivationen ökonomischer Betätigung, insbesondere von Investitionsentscheidungen und unternehmerischem Handeln. Doch diese Veränderung ist wiederum selbst Bedingung dafür, dass diese Strukturelemente im Sinne eines ökologisch-solidarischen Umbaus zum Tragen kommen. Sie hat eine eigenständige Bedeutung und wird in den Mittelpunkt eines „ökonomisch-sozialen Kulturkampfes“ zu stellen sein. Die Linke muss lernen, diesen Kampf offensiv zu führen und

eine defensive Einstellung des „Eindämmens“ überwinden. Hierzu gehört auch, dass sie sich in diesem Kampf nicht darauf beschränkt, die Werte der Gleichheit und Solidarität zu verteidigen, sondern auch die Aspekte der Produktivität, der Leistung und der Effizienz in den eigenen Kanon einzugliedern. Dieser Kampf beginnt bei der Reflexion der eigenen Rolle als ökonomisches Subjekt und führt zu den Kriterien und Motivationen, die den volkswirtschaftlich relevanten Investitionsentscheidungen zu Grunde liegen. spw 1/2002

Ich habe nie begriffen, dass auf der Linken gesagt werden konnte: weil das Sowjetsystem gescheitert ist, deswegen ist es mit dem Sozialismus zu Ende. Vielleicht lag das daran, weil wir gedacht haben, dem kapitalistischen System müsste ein geschlossenes, von A bis Z schlüssiges und optimales alternatives System gegenüber gestellt werden können. Aber wahrscheinlich geht das gar nicht.

Das finde ich an diesem Papier sympathisch, dass es das auch gar nicht mehr versucht, sondern dass geguckt wird, wo sind denn Ansatzpunkte in der ökonomischen gesellschaftlichen Entwicklung, wo man sozialistische Elemente mit einbringen kann. Damit muss man dann offensiv umgehen, man muss es attraktiv machen, sexy machen.

Ja klar, sonst können wir es nur in so einem Raum wie diesem diskutieren und es interessiert sonst keinen, aber ich glaube, das ist im Moment die richtige Herangehensweise.

Vor ein paar Tagen habe ich mich länger mit Leuten von der ATTAC unterhalten und sie nach dem Charakter dieser Bewegung gefragt. Sie haben gesagt, sie können als Bewegung nur zusammen bleiben, wenn sie bestimmte kritikwürdige Punkte aufgreifen und formulieren, wogegen sie protestieren. Aber sie würden sofort scheitern, wenn sie versuchten, dem eine gemeinsame Theorie zu unterlegen. Dann würden sie nämlich auseinanderfallen in tausend Gruppen und Grüppchen.

Das ist vielleicht auch wirklich unsere Situation, dass wir uns besonders krasse Punkte heraus greifen müssen, die die Menschen wirklich beeinträchtigen als Folge auch der neuen Phase des Kapitalismus und an diesen Punkten ansetzen und versuchen, Alternativen aufzuzeigen.

Die Anschläge auf New York und Washington sind Zeichen dafür, dass die entwickelten Gesellschaften wahnsinnig anfällig sind, so dass sie sich eigentlich aus Eigennutz überlegen müssten, ob das alles so weiter gehen darf, oder nicht gründlich verändert werden muß. Vor allen Dingen, müssten wir es so gründlich verändern, dass wir wirklich den verarmten Ländern gegenüber eine ganz andere Politik machen, z. B. Agrarprodukte und andere Produkte der Drittstaaten unkontingentiert zulassen auf den Weltmärkten und diese nicht abschotten. Das wirklich machen, hieße mit der neoliberalen Ideologiebrechen.

Wir haben es in den letzten zwei Jahren geschafft, im Verein: „Soziale Republik Europa“ aus fast allen Ländern der EU einen Diskurs zu beginnen. Wenn wir diese Bewegung, die sich in ATTAC und weltweit in den sogenannten Globalisierungskritiken wider-spiegelt, in diesem Diskurs zusammen bringen könnten, dann könnte wirklich etwas Neues werden, was wirkungsmächtig ist und nicht nur eine rein theoretische Diskussion bleibt.

(Detlev von Larcher, MdB, Weyhe)



## Schwerpunkte 2001

Moderne Sozialpolitik	Heft 117	Januar/Februar 2001
Zukunft der Stadt	Heft 118	März/April 2001
Der nordische Weg	Heft 119	Mai/Juni 2001
Kollege Proteus	Heft 120	Juli/August
Bildung forever	Heft 121	September/Oktober 2001
Terror & Krieg	Heft 122	November/Dezember 2001

### Nach AutorInnen:

Aller, Heinrich: Der Kampf um den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute .....	120/6-7
Annen, Niels: Außenpolitik zwischen Terror und Krieg .....	122/22-23
Arenz, Horst: Rechtsruck der SPD-Linken? .....	120/56-57
Bashi, Pantea: Globalisierung ist kein Schicksal – ATTAC-Regionalkonferenz in Köln 22./23.06. ....	120/5
Bautz, Christoph: Attac – eine Bewegung im Aufschwung .....	121/8
Bautz, Christoph: Attac in kriegerischen Zeiten .....	122/16-17
Bell, Hans-Günter /Recht, Alex: Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung .....	120/26-31
Berghahn, Sabine: Geschlechterverhältnisse und staatliche Intervention .....	119/47-50
Biermann, Uta: Frauennetzwerk .....	120/19-20
Biermann, Wolfgang: Umbau des „Nordischen Wohlfahrtsstaates“ – das Beispiel Norwegen .....	119/27-30
Böhning, Björn / Scholz, Rüdiger: Sozialer Fortschritt in Neuen Zeiten .....	119/4
Böhning, Björn /Kruke, Anja: Widerstand ist möglich! .....	120/45
Böhning, Björn /Mikfeld, Benni: Arbeitsversicherung .....	118/4-5
Böhning, Björn/Franz, Ulf Birger/Gerszewski, Steffi: Die Zukunft der Städte - Einleitung zum Schwerpunkt .....	118/20
Böhning, Björn: Juso-Bundeskongress 15-17.06.2001 in Köln .....	120/4
Borchert, Rudolf: Ernüchternde Wirklichkeit .....	117/12
Brandt, Arno/Lindberg, Wilhelm: Die Zukunft des ÖPNV .....	118/38-40
Braun, Thorsten: Dänische Arbeitsmarktpolitik .....	119/34-37
Brodkorb, Mathias / Proske, Conny/ Raitza, Thomas/ Schmidt, Thomas: Wie zukunftsfähig sind die Jusos? .....	121/53
Brodkorb, Mathias/ Deml, Jörg: Was muss die Linke vom „Dritten Weg“ lernen? .....	119/51-54
Brodkorb, Mathias: Sackgassen der Kritik .....	121/42-47
Brodkorb, Mathias: Missverständnisse der Kritik .....	122/56
Brodkorb, Mathias: Was ist deutsch an Gabi Zimmer? .....	117/51-54
Bulmahn, Edelgard: Wir müssen die Barrieren beim Zugang zu Bildung und Beruf abschaffen... (FR- Interview von Wolf-Dieter Brüggemann) .....	121/35-36
Burkhard Zimmermann, Projektgruppe „Perspektiven für Ostdeutschland“ .....	118/13
Burmeister, Kai/ Kagischke, Myriam: Nachfrageorientierte Kindertageseinrichtungen .....	120/9-10
Fakhreshafaei, Reza: Perspektiven der deutschen Iran-Politik .....	121/37-38
Feld, Reimund: Kein Loblied auf Jospin. Entgegnung auf Horst Heimann .....	122/54-55
Fischbach, Elgin: Wo bleibt die politische Durchsetzungsfähigkeit im „Forum Demokratische Linke 21“? .....	121/54
Gerszewski, Steffi: Regionalwirtschaftliche Ansätze in Dortmund .....	118/44-46
Gilges, Konrad: Verlust der Souveränität der deutschen Außenpolitik .....	121/10
Gilges, Konrad: Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung .....	117/47-48
Gregori, Catherine: Cool Britannia? .....	120/46-48
Hahnzog, Klaus: Mehr Besonnenheit erforderlich - Balance zwischen Freiheitsrechten und Sicherheit droht zu kippen .....	118/19
Hahnzog, Klaus: Deutschland braucht ein modernes und humanes Zuwanderungsgesetz .....	119/17
Hahnzog, Klaus: Mehr Demokratie wagen! .....	118/27-33
Häußermann, Hartmut: Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt .....	118/41-43
Heeg, Susanne: Unternehmen Stadt zwischen neuen Governanceformen und Sicherheitspolitik .....	120/58-59
Heimann, Horst: „Ich bin Sozialist und das ist gut so!“ .....	118/54-58
Heimann, Horst: Von den Franzosen lernen? .....	122/ 48-49
Herter, Marc: Junior-SGK - Jusos NRW knüpfen kommunalpolitisches Netzwerk .....	121/39-41
Jobelius, Mathias: Südafrika auf der Suche nach einer Zukunft .....	117/17
Kaczmarek, Oliver: Parteireform in NRW .....	120/42
Kaczmarek, Oliver: Sind Nazis Pop? .....	121/19-23
Kaulisch, Marc/Neis, Mathias/Gombert, Tobias: „Ich bin so frei“ - Zur bildungs- und gesellschaftstheoretischen Kritik der Wissensgesellschaft .....	119/20-22
Kindsmüller, Werner: Der skandinavische Weg – von der deutschen Politik aus betrachtet .....	120/35-38
Klenner, Christiane / Pfahl, Svenja: Zeitlich alles im Griff – Frauen und Ehrenamt .....	122/24-26
Klingbeil, Lars: Neues von der „Heimatfront“ - Die USA nach dem 11. September .....	117/4
König, Barbara: Schluss mit dem Jammer-Feminismus .....	122/57-58
Krämer, Ralf: Sozialpolitische Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Vom 22.9.2001 .....	121/48-53
Krätke, Michael R.: Kritik des Marxismus – oder vom politischen Nutzen der Kritik .....	

Krätke, Michael R.: Brauchen Sie Marx? .....	121/55-56
Kunter, Björn: Neue Bewegung bei den Friedensorganisationen - Gewaltfreie Antworten lassen sich nicht mehr unter den Tisch kehren .....	122/44-46
Labarenz, Lennart: Berliner Luft - Zur kulturellen Logik einer Hauptstadtwahl .....	122/6-7
Lingemann, Dietmar: Stuttgart 2001: Nach dem Grünen Parteitag .....	118/6
Lohmann, Ingrid: Bildungspolitik am Ende der Moderne .....	121/16-18
Lutz, Dieter S.: Kurzum 121 .....	121/2
Machalet, Raul/Kellermann, Jan: Der individualisierte Begriff von Bildung .....	121/24-27
Mehl, Ulrike: Der Kyoto-Prozess geht weiter .....	121/11-13
Meier, Jörg: Fortgesetzt ungerechte Bildungs- und Einkommensverteilung in Deutschland .....	121/28-29
Meretz, Stefan: Freie Software – 20 Thesen für eine andere Gesellschaft .....	120/32-34
Micus, Matthias: Stillstand trotz Reform - Um bei der Jugend anzukommen, bedarf es einer identitätsstiftenden Programmatik .....	122/50-53
Mielck, Andreas: Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit .....	122/8-12
Mikfeld, Benjamin: Die Lebensführung wird zu einer politischen Schlüsselfrage des aktuellen Jahrzehnts .....	120/39-41
Moeglinger, Klaus: Bildungshorizonte – Lehren und Lernen für Nachhaltigkeit und sozialen Ausgleich .....	121/30-31
Nahles, Andrea/Mikfeld, Benny: Generationenumbruch und Netzwerke in der Sozialdemokratie .....	120/54-55
Nahles, Andrea: DL21 - Adresse und Strategie .....	117/10-11
Nahles, Andrea: Ein selbstbewusstes Nein: NMD .....	118/18
Nahles, Andrea: Eröffnungsrede zur Tagung „Soziale Lage“ vom 07.09.2001 .....	121/5
Nahles, Andrea: Jump – Perspektive auf Zeit .....	118/15
Nahles, Andrea: Mitgliederversammlung Forum Demokratische Linke 21 in Berlin .....	119/10
Nahles, Andrea: Rentendiskussion Erfolg für SPD-Linke .....	117/15-16
Neumann, Lars / Westphal, Thomas: He, Sie da! Der Diskurs zum proteischen Menschen .....	120/21-25
Nolte, Paul: Die neue Klassengesellschaft in Deutschland .....	119/11-13
Peter, Horst, Kurzum 120 .....	120/2-3
Peter, Horst/ Röspel, Renè/Rosenbrock, Rolf: Zukunft der Gesundheitspolitik .....	117/38-42
Peter, Horst / Rünker, Reinhold/ Rünker, Gesa: Bildung forever? .....	121/14-15
Peter, Horst / Rünker, Reinhold: Terror und Krieg? .....	122/20-21
Peter, Horst: Alain Lipietz - Politische Ökologie .....	118/59
Peter, Horst: Kurzum 118 .....	2
Peter, Horst: Kurzum 122 .....	122/2
Peter, Horst: SPD auf der Suche nach einem neuen Programm .....	119/43-46
Peter, Horst: Tjaden/Tjaden-Steinhauer, Gesellschaft von Rom bis Ffm .....	121/57
Pettersson, Gisela: Schwedens Umbau in den neunziger Jahren .....	119/31-33
Pohl, Katja: Harry Potter – Alles Hokus Pokus .....	120/43-44
Prokop, Siegfried zu Rolf Reißig: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft .....	119/58
Rausch, Thomas: Konjunktur für rechte Politikangebote .....	120/50-52
Richter, Edelbert: Wie kann die ostdeutsche Produktionslücke geschlossen werden? .....	120/15
Riemann-Hanewinkel, Christel: Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe .....	120/13
Rossmann, Ernst-Dieter: Grundsätzliche Anmerkungen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte in der SPD .....	121/32-34
Rünker, Reinhold/ Westphal, Thomas / Neumann, Lars: Kollege Proteus - Zum Wandel des Menschen im modernen Kapitalismus .....	120/20
Rünker, Reinhold/Peter, Horst: spw-intern 117 .....	117/4
Rünker, Reinhold/Peter, Horst: spw-intern 121 .....	121/4
Rünker, Reinhold/Peter, Horst: Wie erneuert sich die SPD im Generationswechsel .....	120/53
Rünker, Reinhold/Welti, Felix: Der nordische Weg – Einleitung zum Schwerpunkt .....	119/18-19
Rünker, Reinhold: spw-intern 118 .....	118/10
Rünker, Reinhold: spw-intern 119 .....	119/9
Rünker, Reinhold: spw-intern 120 .....	120/11
Rünker, Reinhold: spw-intern 122 .....	122/47
Sahm, Astrid: Der Fall Milosevics - ein Szenario für Belarus? .....	118/47-49
Schauff, Frank: Ketzer im Kommunismus .....	117/8
Schlockermann, Detlef: Das schwedische „Volkshem“ .....	119/23-26
Schneider, Patricia: Friedensmemorandum 2001 – Ein Anlass zur kritischen Diskussion .....	119/41-42
Schnependahl, Heike: Kontrolle ist out, Vertrauen ist wirksamer .....	118/8-9
Scholle, Thilo: Barbara Ehrenreich: Arbeit poor – Unterwegs in die Dienstleistungsgesellschaft .....	122/59
Scholz, Olaf: Reform des Betriebsverfassungsgesetzes .....	117/49-50
Schreiner, Otmar: Mitbestimmung: Ein soziales und ökonomisches Erfolgsmodell .....	118/16
Schroeder, Wolfgang: Konsequenzen aus 10 Jahren Tarifpolitik in Ostdeutschland .....	117/55-59
Schuster, Peter/Zimmermann, Burkhard: Berliner SPD .....	120/16-18
Schwanitz, Rolf: Der Aufbau Ost braucht keinen kurzatmigen Aktionismus, sondern Stetigkeit und Verlässlichkeit .....	118/14
Schwarzbach, Marcus: Der große Wurf bleibt aus – Reform des Betriebsverfassungsgesetzes .....	120/8
Schwarzbach, Marcus: Ver.di – ein widersprüchlicher Riese .....	119/7-8
Seibert, Thomas: Von Seattle nach Prag, von Dakar nach Genua... ..	117/5-6
Seibert, Thomas: Wir wollen alles! Versuch, die Spontis der 70er Jahre... ..	118/50-53

Spo0, Eckart: Aufklärung und Propaganda in Kriegszeiten .....	122/36-40
Störch, Klaus zu Jean Ziegler: Wie kommt der Hunger in die Welt? .....	119/55
Störch, Klaus zu Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage .....	119/56-7
Störch, Klaus: Die Soziale Stadt Hattersheim .....	118/34-37
Theobald, Hildegard: Geschlecht, Qualifikation und Wohlfahrtsstaat .....	119/38-40
Thierse, Wolfgang: Neue Weichenstellungen für Ostdeutschland .....	118/11-12
Urban, Hans Jürgen: Sozialstaatsreform in der kapitalistischen Wissensgesellschaft .....	117/24-33
Vasic, Marc: Alle Ehren, Herr Djindjic – Jugoslawien ist beendet .....	120/49-50
Veit, Rüdiger: Zuwanderung aus humanitären Gründen .....	119/16
Vietzke, Christoph: What's left in Capitalismus – Tagung der Jusos MR u. a. ....	117/7
von Larcher, Detlev: Geschacher in Nizza .....	117/13-14
von Larcher, Detlev: Warum ich dem Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien zugestimmt habe .....	121/10
Voß, G. Günter: Arbeitskräfte zu Unternehmen! Neue Masken für ein altes Spiel .....	117/20-23
Wagner, Alexandra: Wandel der Arbeit und soziale Sicherheit .....	117/34-37
Walter, Gerd: Prekär oder integrativ? .....	118/21-26
Weinkopf, Claudia: Entwicklung und Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft .....	120/12
Weinz, Wolfgang: Weltsozialordnung und globale Zivilgesellschaft - Zur Lage internationaler Gerechtigkeitsstandards .....	122/33-35
Welti, Felix/ Franz, Ulf Birger: Umbau statt Abbau - Einleitung zum Schwerpunkt .....	117/18-19
Welti, Felix: Was ist Generationengerechtigkeit? .....	117/43-46
Welti, Felix: Wege und Irrwege zur Familienförderung .....	119/5-6
Westphal, Thomas: Kurzum 117 .....	117/2
Westphal, Thomas: Kurzum 119 .....	119/2
Wieczorek-Zeul, Heidi: Die Globalisierung, ihre Kritiker und Lösungen für die Welt von morgen .....	121/6-7
Wieland-Karim, Almut: Afghanistan – Kein Frieden ohne die Mehrheit der Bevölkerung .....	122/27-32
Wiele, Björn: Der Wechsel in Hamburg .....	122/4-5
Wiesehügel, Klaus: Weichenstellung für langfristig überlebensfähige Wirtschaftsstruktur notwendig .....	119/14-15
Zachert, Ulrich: Unzeitgemäßes zur Tarifautonomie .....	118/7
Zimmer-Winkel, Rainer: Palästina – Welche Zukunft bleibt? .....	122/13-15

**Nach Rubriken**

DL21-Beiträge

Bautz-121/8; Bautz-122/16-17; Biermann-120/19-20; Borchert-117/12; Ereignisse & Personen -122/18-19; Ereignisse & Personen-120/20; Gilges-121/10; Hahnzog-118/19; Hahnzog-119/17; Kaczmarek-117/17; Labarez-122/6-7; Mehl-121/11-13; Mielck-122/8-12; Mielck-122/8-12; Nahles-117/10-11; Nahles-117/15-16; Nahles-118/15; Nahles-118/18; Nahles-119/10; Nahles-121/5; Nolte-119/11-13; Richter-120/15; Riemann-Hanewinkel-120/13; Schreiner-118/16; Schuster/ Zimmermann-120/16-18; Schwanitz-118/14; Thierse-118/11-12; Veit-119/16; von Larcher-117/13-14; von Larcher-121/10; Weinkopf-120/12; Wieczorek-Zeul-121/6-7; Wiele-122/4-5; Wiesehügel-119/14-15; Zimmermann-118/13; Zimmer-Winkel-122/13-15;

Internationale Politik

Fakhreshafaei-121/37-38; Gregory-120/46-48; Jobelius-121/39-41; Rausch-120/50-52; Sahm-118/47-49; Schneider-119/41-42; Vasic-120/49-50; von Larcher-117/13-14;

Magazinbeiträge

Aller-120/6-7; Bashi-120/5; Böhning/Mikfeld-118/4-5; Böhning/Scholz-119/4; Böhning-120/4; Burmeister/Kagischke-120/9-10; König-117/4; Lingemann-118/6; Rünker, spw-intern 118-118/10; Rünker, spw-intern 119-119/9; Rünker, spw-intern 120-120/11; Rünker/Peter-117/4; Rünker/Peter-121/4; Schauff-117/8; Schneppendahl-118/8-9; Schwarzbach-119/7-8; Schwarzbach-120/8; Seibert-117/5-6; Vietzke-117/7; Welti-119/5-6; Zachert-118/7;

Schwerpunktbeiträge:

Annen-122/22-23; Bell/Recht-120/26-31; Biermann-119/27-30; Böhning/Franz/ Gerszewski-118/20; Böhning/Kruke-120/45; Brandt/Lindberg-118/38-40; Braun-119/34-37; Bulmahn-121/35-36; Gerszewski-118/44-46; Gilges-117/47-48; Hahnzog-122/41-43; Häußermann-118/27-33; Heeg-118/41-43; Kaczmarek-120/42; Kaulisch/Neis/ Gombert-121/19-23; Kindsmüller-119/20-22; Klenner/Pfahl-120/35-38; Klingbeil-122/24-26; Kunter-122/44-46; Lohmann-121/16-18; Machalet/Kellermann-121/24-27; Meier-121/28-29; Meretz-120/32-34; Mikfeld-120/39-41; Moebling-121/30-31; Peter/Röspel/Rosenbrock-117/38-42; Peter/Rünker/Rünker-121/14-15; Pettersson-119/31-33; Pohl-120/43-44; Rossmann-121/32-34; Peter/Rünker-122/20-21; Rünker/Welti-119/18-19; Rünker/Westphal/Neumann-120/20; Schlockermann-119/23-26; Scholz-117/49-50; Spo0-122/36-40; Störch-118/34-37; Theobald-119/38-40; Urban-117/24-33; Voß-117/20-23; Wagner-117/34-37; Walter-118/21-26; Weinz-122/33-35; Welti/Franz-117/18-19; Welti-117/43-46; Westphal/Neumann-120/21-25; Wieland-Karimi-122/27-32;

Theorie & Strategie

Arenz-120/56-57; Berghahn-119/47-50; Biermann-119/27-30; Braun-119/34-37; Brodkorb - 122/56; Brodkorb/ Proske/ Raitza/ Schmidt-121/53; Brodkorb/Deml-119/51-54; Brodkorb-117/51-54; Brodkorb-121/42-47; Feld-122/54-55; Fischbach-121/54; Heimann-118/54-58; Heimann-120/58-59; Herter-122/ 48-49; Kindsmüller-119/20-22; Krämer-122/57-58; Krätke-121/48-53; Krätke-121/55-56; Micus-122/50-53; Nahles/Mikfeld-120/54-55; Peter-118/59; Peter-119/43-46; Peter-121/57; Pettersson-119/31-33; Prokop-119/58; Rünker/Peter-120/53; Rünker/Welti-119/18-19; Schlockermann-119/23-26; Scholle-122/59; Schroeder-117/55-59; Seibert-118/50-53; Störch-119/55; Störch-119/56-7;

**Sachregister**

Arbeit, -smarktpolitik

Böhning/Mikfeld-118/4-5; Braun-119/34-37; Klenner/Pfahl-120/35-38; Meretz-120/32-34; Mikfeld-120/39-41; Rünker/Westphal/Neumann-120/20; Schneppendahl-118/8-9; Störch-119/56-7; Theobald-119/38-40; Voß-117/20-23; Wagner-117/34-37; Weinkopf-120/12; Westphal/Neumann-120/21-25;

Außen- und Sicherheitspolitik

Annen-122/22-23; Gilges-121/10; Lutz-121/2; Nahles-118/18; Peter/Rünker-122/20-21; Schneider-119/41-42; von Larcher-121/10; Bündnis 90/Die Grünen  
Lingemann-118/6

Bildungspolitik

Bulmahn-121/35-36; Kaulisch/Neis/ Gombert-121/19-23; Lohmann-121/16-18; Machalet/Kellermann-121/24-27; Meier-121/28-29; Moeglinger-121/30-31; Peter/Rünker/Rünker-121/14-15; Rossmann-121/32-34;  
Demokratie/Mitbestimmung/Betriebsverfassungsgesetz  
Hahnzog-119/17; Kaczmarek-117/17; Scholz-117/49-50; Schreiner-118/16; Schwarzbach-120/8;

Europäische Union

von Larcher-117/13-14

Gender/Gleichstellungspolitik

Berghahn-119/47-50; Biermann-120/19-20; Klenner/Pfahl-120/35-38; König-117/4; Pettersson-119/31-33; Riemann-Hanewinkel-120/13; Theobald-119/38-40; Weinkopf-120/12; Welte-119/5-6;

Gesundheitspolitik

Mielck-122/8-12; Peter/Röspel/Rosenbrock-117/38-42

Gewerkschaften, -spolitik

Schneppendahl-118/8-9; Scholz-117/49-50; Schroeder-117/55-59; Schwarzbach-119/7-8; Zachert-118/7;

Globalisierung

Bautz-121/8; Bautz-122/16-17; Mehl-121/11-13; Seibert-117/5-6; von Larcher-117/13-14; Wieczorek-Zeul-121/6-7;

Innenpolitik

Hahnzog-118/19; Hahnzog-119/17; Heeg-118/41-43; Veit-119/16;

Jusos

Böhning/Scholz-119/4; Böhning-120/4; Brodkorb/ Proske/ Raitza/ Schmidt-121/53; Vietzke-117/7;

Kapitalismusanalyse, -kritik

Meretz-120/32-34; Mikfeld-120/39-41; Nahles-118/15; Rünker/Westphal/Neumann-120/20; Urban-117/24-33; Voß-117/20-23; Westphal/Neumann-120/21-25;

Kommunales

Böhning/Franz/ Gerszewski-118/20; Brandt/Lindberg-118/38-40; Gerszewski-118/44-46; Häußermann-118/27-33; Heeg-118/41-43; Herter-122/48-49; Störch-118/34-37; Walter-118/21-26;

Marxistische/Sozialistische Theorie

Brodkorb-117/51-54; Brodkorb-121/42-47; Brodkorb-122/56; Krätke-121/48-53; Krätke-121/55-56; Peter-118/59; Schauff-117/8; Vietzke-117/7; Westphal/Neumann-120/21-25;

Ökologie/Umweltpolitik

Brandt/Lindberg-118/38-40; Mehl-121/11-13; Moeglinger-121/30-31; Peter-118/59;

Ostdeutschland

Prokop-119/58; Richter-120/15; Schroeder-117/55-59; Schwanitz-118/14; Thierse-118/11-12; WieseHügel-119/14-15;

Rentenpolitik

Nahles-117/15-16; Welte-117/43-46;

Sozialpolitik

Bell/Recht-120/26-31; Berghahn-119/47-50; Biermann-119/27-30; Böhning/Mikfeld-118/4-5; Braun-119/34-37; Burmeister/Kagischke-120/9-10; Gilges-117/47-48; Häußermann-118/27-33; Kindsmüller-119/20-22; Nahles-117/15-16; Nahles-118/15; Nahles-121/5; Nolte-119/11-13; Peter/Röspel/Rosenbrock-117/38-42; Pettersson-119/31-33; Rünker/Welte-119/18-19; Rünker/Westphal/Neumann-120/20; Schlockermann-119/23-26; Schreiner-118/16; Störch-118/34-37; Störch-119/55; Störch-119/56-7; Theobald-119/38-40; Urban-117/24-33; Voß-117/20-23; Wagner-117/34-37; Walter-118/21-26; Welte/Franz-117/18-19; Welte-117/43-46; Welte-119/5-6;

Soziale Bewegungen

Bashi-120/5; Bautz-121/8; Biermann-120/19-20; Schneider-119/41-42; Seibert-117/5-6; Wieczorek-Zeul-121/6-7;

SPD

Arenz-120/56-57; Borchert-117/12; Brodkorb/Deml-119/51-54; Ereignisse & Personen-120/20; Fischbach-121/54; Heimann-120/58-59; Herter-122/48-49; Kaczmarek-117/17; Labarens-122/6-7; Micus-122/50-53; Nahles/Mikfeld-120/54-55; Nahles-117/10-11; Nahles-117/15-16; Nahles-121/5; Peter-119/43-46; Rünker/ Peter-120/53; Schuster/ Zimmermann-120/16-18; Schwanitz-118/14; Wiele-122/4-5; Zimmermann-118/13;

Tarifpolitik

Schneppendahl-118/8-9; Schroeder-117/55-59; Zachert-118/7; Zimmermann-118/13;

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Aller-120/6-7; Brandt/Lindberg-118/38-40; Gerszewski-118/44-46; Meretz-120/32-34; Richter-120/15; Schroeder-117/55-59; Schwanitz-118/14; Störch-119/55; Störch-119/56-7; Thierse-118/11-12; von Larcher-117/13-14; WieseHügel-119/14-15; Zachert-118/7; Zimmermann-118/13;

**Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach Autoren der Bücher)**

Autor:	Titel	Autor der Rezension	Heft-Seite
Theodor Bergmann, Marion Kessler:	Ketzer im Kommunismus	Frank Schauff	117- 8
Robert Castel:	Die Metamorphosen der sozialen Frage	Klaus Störch	119-56
Barbara Ehrenreich:	Arbeit poor – Unterwegs in die Dienstleistungsgesellschaft	Thilo Scholle	122-59
Alan Lipietz:	Ein Entwurf der politischen Ökologie	Horst Peter	118-59
Rolf Reißig:	Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft	Siegfried Prokop	119-58
Tjaden, Tjaden-Steinhauer:	Gesellschaft von Rom bis Ffm.	Horst Peter	121-57
Jean Ziegler:	Wie kommt der Hunger in die Welt?	Klaus Störch	119-55



# Kollege Proteus im modernen Sozialismus

Ohne sozialistische Theorie keine sozialistische Praxis

Von Horst Heimann

Sozialistische Politik (und Wirtschaft erst recht nicht!) ist ohne sozialistische Theorie nicht einmal denkbar, geschweige denn machbar. Die letzten Ausgaben der SPW zeigen einerseits ein zunehmendes Bewusstsein für die Notwendigkeit theoretischer Reflexionen und einige Angebote („Kollege Proteus“), andererseits aber auch die selbstkritische Einsicht in folgenreiche Defizite auf diesem Gebiet. Der „Verfall der konzeptionellen Arbeit“, den Horst Arenz in SPW 4/01 beklagt, ist weitgehend bedingt durch die Defizite linker und sozialistischer Theorie. Daher ist die Forderung uneingeschränkt zu unterstützen, „im Jahre 2001 wieder einen neuen sozialistischen Diskurs“ zu begründen.

Es wäre allerdings noch kein „neuer sozialistischer Diskurs“ oder gar eine Renaissance sozialistischer Theorie, wenn künftig die Zahl der in der SPW veröffentlichten Theorie-Beiträge um 50 bis 500% gesteigert würde. Denn eine praxisrelevante theoretische Erneuerung kann sich nicht aus der individualistischen Publikation isolierter Beiträge ergeben, sondern nur aus einem intensiven, zielgerichteten und auch kontroversen Diskussionsprozess. Damit dieser einen gemeinsamen Lernprozess und Erkenntnisfortschritt anzuleiten vermag, darf er nicht für personalpolitische Fraktionskämpfe instrumentalisiert werden. Ein praxisrelevanter theoretischer Minimalkonsens kann nur entstehen, wenn zunächst die Divergenzen offen benannt werden, die erst im Verlauf der Kontroversen zu einer Konvergenz führen.

In diesem Sinne sind die „Thesen zur Jahrestagung am 03. 11. 2001: Flexibler Kapitalismus - Moderner Sozialismus“ nicht als Ergebnisse, sondern als Anstöße für praxisorientierte Sozialismusdebatten zu verstehen, „die seit bald zehn Jahren ... nahezu zum Erliegen gekommen (sind)“. (Manuskript, S. 2) Neben zahlreichen konsensfähigen und diskussionswürdigen Aussagen enthalten diese Thesen aber einen in die Irre führenden Grundirrtum, nämlich die objektivistisch-deterministische Illusion: „Jede historische Zeit

bringt ihre Sozialismen hervor und dies wird auch für das 21. Jahrhundert gelten.“ (Ebd., S.4) Noch nie hat eine „historische Zeit“ irgendeinen Sozialismus, weder als Idee noch als soziale Wirklichkeit, „hervorgebracht“. Allerdings haben kritische linke Intellektuelle im 19. Jahrhundert, in der geistigen Tradition des Humanismus und der Aufklärung, in einem kreativen Diskurs Ideen für eine gerechte Gesellschaft des Sozialismus „hervorgebracht“. Und am Ende des 20. Jahrhunderts hat die Mehrheit der linken Intellektuellen diese Ideen lautstark oder klammheimlich verworfen.

Als sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der sozialistische Diskurs der Intellektuellen mit der sich organisierenden Arbeiterbewegung verband, wurde diese geistige Bewegung in Westeuropa zu einem praktisch-politischen Machtfaktor, der den westeuropäischen Sozialstaat „hervorbrachte“. Sein Abbau durch die neoliberale „Reformpolitik“ ist nur aufzuhalten, wenn der Sozialismus durch einen „neuen sozialistischen Diskurs“ wieder zu einem geistigen und politischen Machtfaktor in unserer Gesellschaft wird. Um Anstöße für einen praxisorientierten neuen sozialistischen Diskurs zu geben, möchte ich kritische Anmerkungen zu einigen Theorie-Beiträgen in der SPW zur Diskussion stellen.

## Zur Kritik am „Kollegen Proteus“

Im Beitrag von Lars Neumann und Thomas Westphal in SPW 4/01 ist eine Ausgangstheorie durchaus zutreffend: Die orthodox-marxistische Klassentheorie - und damit auch das dazu gehörende Menschenbild - ist falsch. Die darin enthaltenen kollektivistischen Elemente machen diesen Ansatz ungeeignet, um angesichts zunehmender Individualisierung für einen modernen Sozialismus zu werben.

Ist aber der Ausweg in einem „sozialistischen Individualismus“ zu finden? Kann ein „moderner Sozialismus“ mehrheitsfähig und damit durchsetzungsfähig werden, wenn es gelingt, anknüpfend an Althusser, Lacan und Ernesto Laclau, ein neues „ideologisches Anrufungssystem“ zu entwickeln, mit dem der „proteische Mensch“ überzeugt werden kann?!

Die Feststellung, dass der proteische Diskurs bisher über „keine spezifische Anrufungsstruktur“ verfügt (S. 24), ist nur in dem Sinne zutreffend, dass mit seiner Hilfe keine Überzeugungsarbeit für einen „modernen Sozialismus“ zu leisten ist. Denn es gibt durchaus

ein „ideologisches Anrufungssystem“, mit dem der proteische Mensch erfolgreich angesprochen und überzeugt wird, nämlich das z. Zt. einzige real existierende „ideologische Anrufungssystem“: der Neoliberalismus.

„Die Treue zu unseren Prinzipien ist kein Hindernis, sondern eine Voraussetzung für die Modernisierung.“ (Lionel Jospin)

Wie ist diese These zu begründen? Zutreffend ist es, dass im postmodernen Diskurs die „proteische Persönlichkeit“ (auch ohne diesen Begriff) eine zentrale Rolle spielt. Sie „wird im Widerspruch zu den Werten, Symbolen und dem Bewusstsein der alten Welt, bzw. der Moderne konstruiert“. Sie ist „das Gegenstück“ zur „linearen Persönlichkeit aus dem Industriezeitalter“. „Der Diskurs der proteischen Persönlichkeit ist der Versuch der Durchsetzung neuer Werte, die in den letzten Jahren in den USA und in Westeuropa entstanden sind, gegen den traditionellen Wertekanon, der insgesamt mit der Moderne bzw. dem Industriezeitalter seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert existiert.“ (S. 24)

Der im proteischen Diskurs bekämpfte „traditionelle Wertekanon“ ist das Paradigma der Aufklärung, der kritischen und emanzipatorischen Vernunft, des Sozialismus, des Anspruchs, Geschichte nicht nur passiv als Naturprozess - oder Willen Gottes - passiv zu erdulden, sondern aktiv zu gestalten. Dazu bedarf es „linearer Persönlichkeiten“. Denn „linear“ heisst hier, geschichtsbewusst denken und leben, Vergangenheit und Zukunft als offenen Entwicklungsprozess anzusehen, der zu beeinflussen war, ist und sein wird.

*Dr. Horst Heimann, hat lange Jahre für die Friedrich-Ebert-Stiftung an der Akademie in Freudenberg gearbeitet und sich mit Beiträgen an den Theoriediskussion von Jusos und SPD beteiligt, lebt jetzt in Dortmund*

Warum sind „die traditionellen Institutionen: Kirche, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Industriefabriken“ die ideologische Gegenmacht zum proteischen Diskurs? Was bedeutet es, dass die „Anrufungsstruktur“ dieses Diskurses „dem popular-demokratischen Widerspruch zwischen Volk und Machtblock“ entspricht? „Wobei das Volk die einzelnen Persönlichkeiten die sich nach dem proteischen Bewusstsein entfalten wollen symbolisiert, und der Machtblock durch die traditionellen Institutionen, die die Menschen an ihrer Entfaltung hindern, symbolisiert wird.“ (S.24) Dieses neoliberale Plädoyer für Deregulierung könnte Westerwelle kaum überzeugender formulieren. Und wenn „Industriefabriken“ und Gewerkschaften gleichermaßen zum Hauptfeind des proteischen Menschen werden, dann nur deshalb, weil in den „Industriefabriken“

die Gewerkschaften noch zu viel Einfluss haben und den proteischen Menschen an seiner Entfaltung hindern.

Die Beschreibung des proteischen Menschen durch Jeremy Rifkin legt nahe, dass es

sich dabei um eine Neuschöpfung der Postmoderne handelt: „Das relativ kohärente und vereinheitlichte Gefühl des Selbst, das einer traditionellen Kultur innewohnt, wird von vielfältigen und miteinander konkurrierenden Potenzialen abgelöst. Es entsteht ein Zustand, in dem man in sich ständig ändernden, ver-

kettenden und widerstreitenden Strömungen des Lebens schwimmt.“ (S. 23)

Diese Charakterisierung rechtfertigt es durchaus, dass man diesen „neuen Menschen“ nach dem uralten Meeresgriechen Proteus in der griechischen Sage benennt, der beliebig in vielerlei Gestalt auftreten kann und ein unstetes, unzuverlässiges und wandelbares Wesen ohne klare Identität verkörpert. Und so uralte wie der griechische Namensgeber ist auch dieser „Neue Mensch“, bekannt unter unterschiedlichsten Bezeichnungen, wie „Mann ohne Eigenschaften“ (Robert Musil), „außergeleiteter Mensch“ (Von David Riesman vom „innengeleiteten“ und vom „autonomen Menschen“ unterschieden), der entfremdete Mensch oder schlicht der Opportunist bzw. Wendehals.

Neu ist es allerdings, dass ein in der „traditionellen Kultur“ immer kritisch beurteilter Typus im Begriff des „proteischen Menschen“ zum erstrebenswerten Vorbild verklärt wird. Was allerdings verständlich ist, weil der Casino-Kapitalismus „proteische Menschen“ braucht und produziert.

Das mag nicht die bewusste Absicht von Rifkin sein. Aber in seinem neuen Buch *Access* hat er die Konsequenzen aus einer kritischen Aussage von Lester Thurow (*The Future of Capitalism*) gezogen: „Amerikas Kapitalisten haben ihren Arbeitern den Klassenkrieg erklärt - und sie haben ihn gewonnen.“ Mit dieser „Tatsache“ hat sich Rifkin abgefunden. Er philosophiert darüber, wie sich der Mensch am besten im Kapitalismus ohne Alternative einrichten und dem Anpassungszwang etwas Positives abgewinnen kann, nämlich, indem er seine Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit „nutzt“.

Der moderne Kapitalismus ohne Alternative braucht den „proteischen Menschen“, der sich jederzeit den objektiven ökonomischen Anforderungen unterwirft. Der moderne Sozialismus als Alternative dagegen braucht einen anderen Menschen: „Kurzum: Auch und gerade die Linke braucht den allseits gebildeten, verantwortlichen und autonomen,

handlungsfähigen Menschen, der gesellschaftsbezogen in einer sich individualisierenden Welt politisch sich engagiert, wenn das Leitbild einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die die gemeinsame Sache selbst regeln, auf der Agenda stehen soll.“ (Horst Peter in *SPW* 4/01, S. 2) Zur unwandelbaren Identität dieses autonomen Menschen gehört durchaus die Fähigkeit, flexibel, reflektiert und kreativ auf den Wandel der Gesellschaft zu reagieren, allerdings ohne Aufgabe des Anspruchs, als autonomes Subjekt diesen Wandel wertorientiert und aktiv handelnd mitzugestalten.

Im Konzept des „proteischen Menschen“ dagegen ist der siegreiche Kapitalismus das handelnde Subjekt, dessen wandelnden Anforderungen sich der Mensch als ohnmächtiges Objekt anzupassen hat. Das Ergebnis ist nicht sozialistischer Individualismus, sondern kapitalistischer Kollektivismus.

**Ohne sozialistische Tradition kein moderner Sozialismus**

Jener kapitalistische Kollektivismus kann durchaus das „Ende der Geschichte“ besiegeln, wenn es nicht gelingt, „im Jahre 2001 wieder einen neuen sozialistischen Diskurs (zu begründen)“. Und dieser Diskurs kann nur erfolgreich werden, wenn er die „alte Diskurswelt der Periode von 1917 bis 1989“ und die Tradition der Aufklärung und des Sozialismus einbezieht. Dagegen ist die Forderung nach einem neuen Diskurs, der „aus der alten Diskurswelt der Periode von 1917 bis 1989 heraustritt“, im Jahre 2001 gegenstandslos, da diese Forderung seit über einem Jahrzehnt uneingeschränkt verwirklicht ist.

In den seitdem vorherrschenden intellektuellen Diskursen hat sich die neoliberale Deutung durchgesetzt, dass es zwischen 1917 und 1989 neben den fruchtbaren „bürgerlichen Diskursen“ nur noch die furchtbare totalitäre stalinistische Ideologie gab, der die gesamte Linke verfallen war. Erfolgreich verdrängt wurde die historische Wahrheit, dass es vor 1989 auch den bis in die 70er Jahre sogar hegemonialen Diskurs des Demokratischen Sozialismus gab. Verständlich ist der Wunsch der neoliberalen Ideologen, diesen Abschnitt im historischen Gedächtnis zu löschen. Denn der demokratisch-sozialistische Diskurs hatte die Welt mehr verändert als alle anderen Interpretationen der Welt durch die Philosophen.

In jener Zeit, vor allem nach 1945, wurde im Zeichen sozialdemokratischer intellektueller Hegemonie in Westeuropa der Sozialstaat, auch „rheinischer Kapitalismus“ genannt, auf- und ausgebaut, den die Neoliberalen durch den neoamerikanischen Kapitalismus ersetzen wollen. In dem 1992 erschienenen Buch „Kapitalismus contra Kapitalismus“ stellte Michel Albert verwundert fest, dass das neoamerikanische Modell überall den

Im Konzept des „proteischen Menschen“ ist der siegreiche Kapitalismus das handelnde Subjekt. Das Ergebnis ist nicht sozialistischer Individualismus, sondern kapitalistischer Kollektivismus.

antimilitarismus information

Das aktuelle Heft ist da !

11/01

ami

Im Schatten des Krieges

- Pakistans Nuklearwaffenpotential
- Japan goes Out of Area

Kein Friede in Sierra Leone

Standortbestimmung der Panzerindustrie

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 60,-; Ausland: DM 80,-; Normalheft DM 5,-; Themenheft DM 6,- (+Porto). Probeheft gratis  
 Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42  
 redaktion@antimilitarismus-information.de  
 http://www.antimilitarismus-information.de

„rheinischen Kapitalismus“ zurückdränge, obwohl letzterer nicht nur im sozialen, sondern auch im ökonomischen Bereich erfolgreicher und effizienter war. Eine Ursache für die Überlegenheit des ineffizienteren über das effizientere Modell sieht er darin, dass „die grundsätzlichen Gedanken und Werte, die ihm (dem rheinischen Kapitalismus) vorangehen, weitgehend ignoriert oder bestritten werden“. (S.179)

Doch warum werden die dem Sozialstaat zugrunde liegenden „grundsätzlichen Gedanken und Werte“ ignoriert? Die Autoren des „Kollegen Proteus“ sehen nach dem Basis-Überbau-Schema die Ursache dafür in der veränderten ökonomischen Basis: „Durch die drastischen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen des flexiblen Kapitalismus werden in der Tat alle früheren Werte und Traditionen verdampfen.“ Doch in Wirklichkeit wurden „alle früheren Werte und Traditionen“ der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung nicht vom flexiblen Kapitalismus „verdampft“, sondern von den sozialistischen Intellektuellen. Sie haben ohne intellektuelle Gegenwehr die neoliberale Interpretation hingenommen: Das Ende des Sowjetkommunismus hat das Scheitern des Sozialismus jedweder Art und den Endsieg des Kapitalismus über alle ideologisch denkbaren Alternativen bewiesen. Im Schutz der erfolgreich verbreiteten Lüge, 1989 sei das Ende aller Ideologien und Utopien gekommen, haben die neoliberalen Machteliten in Wissenschaft, Publizistik und Politik das mächtigste Ideologie-Gebäude der Neuzeit errichtet.

Die Ideologie der „Individualisierung“ verschleiert dabei die kollektivistische Gleichschaltung des Denkens zum „Einheitsdenken“ (Pensée unique). Der proteische Mensch ist nicht gekennzeichnet durch eine stärkere Individualität und autonome

Persönlichkeit, er muss sich vielmehr funktional den sich ständig wandelnden Anforderungen der Ökonomie anpassen. Während im Marxismus-Leninismus zur Entmündigung der autonomen Persönlichkeit noch „außerökonomischer Zwang“ notwendig war, ist physischer Zwang jetzt überflüssig. Denn noch wirksamer für die kollektivistische Gleichschaltung ist „der schweigende Totalitarismus der Gesellschaft“, wie es Dahrendorf als kritischer Soziologe einmal nannte.

Eine Ursache für das klammheimliche Verschwinden des demokratisch-sozialistischen Paradigmas aus den intellektuellen Diskursen liegt in folgendem Paradoxon: Der Sozialismus war im Bereich der Theorie

**Der Sozialismus war im Bereich der Theorie vorwiegend durch ein marxistisch-ökonomisches Konzept geprägt, dem keine Praxis entsprach, sondern ein Praxis-Defizit**

Foto: Christian Kiel (Berlin)



vorwiegend durch ein marxistisch-ökonomisches Konzept (Sozialismus = Sozialisierung plus Planwirtschaft) geprägt, dem keine Praxis entsprach, sondern ein Praxis-Defizit. Doch diese marxistische Sozialismus-Theorie war eine motivierende Kraft, die jene reformsozialistische Praxis verstärkte, durch die der europäische Sozialstaat auf- und ausgebaut wurde. Diese reformsozialistische Praxis ist inzwischen so

ohnmächtig, weil sie schon immer unter einem Theorie-Defizit litt und weil die marxistische Theorie, die als motivierender Stachel im Fleisch der reformistischen Pragmatiker wirkte, verschwunden ist.

Das Verschwinden der marxistischen Theorie hängt auch

mit „proteischen“ Einflüssen zusammen: Zahlreiche marxistische Intellektuelle hatten auch an den offensichtlichen Irrtümern des Marxismus festgehalten, weil es den Anforderungen in ihrem linksakademischen Milieu entsprach. Und diese Irrtümer erleichterten es ihnen, nach 1989 auch die heute noch begründeten und gültigen Einsichten von Marx über Bord zu werfen, was im flexibel gewendeten linksakademischen Milieu opportun geworden war.

Die plötzliche Angst der Marxisten vor Marx erleichterte es dem postmodernen und neoliberalen Diskurs, die Traditionen der Aufklärung, der kritischen und emanzipatorischen Vernunft und des Sozialismus völlig aus dem vorherrschenden „Zeit-Geist“

auszugrenzen. Wenn die neoliberale Alleinherrschaft nicht durch erneuerte sozialistische Theorie überwunden wird, können mittel- und langfristig linke Politikkonzepte nicht mehrheits- und durchsetzungsfähig werden. Erfolgreich kann ein „neuer sozialistischer Diskurs“ aber nur werden, wenn er die „alte Diskurswelt der Periode von 1917 bis 1989“ und die gesamte Tradition der Aufklärung und des Sozialismus einbezieht. Denn aus dem postmodernen Denken sind Auswege in Richtung moderner Sozialismus nicht einmal denkbar. Es ist nicht nur vormodernes, sondern auch vorhistorisches Denken.

#### **Linke Theorie gegen rechte Ideologie**

Ein Denken vorwärts in Richtung moderner Sozialismus wird erst wieder möglich nach einer „Rückkehr“ zur Tradition der Aufklärung, der kritischen und emanzipatorischen Vernunft. Ein erster Schritt in Richtung eines „neuen sozialistischen Diskurses“ in der Tradition der Aufklärung wäre eine Klärung und Präzisierung der Begriffe. Zunächst müssten die Begriffe Theorie und Ideologie, die im gegenwärtigen Diskurs, auch in der SPW, als austauschbare Synonyme verwendet werden, wieder klar und deutlich als Gegensatzpaar unterschieden werden. Denn in der Tradition der Aufklärung, und auch des kritischen Marxismus, ist Ideologie falsches Bewusstsein, das die realen gesellschaftlichen Verhältnisse verschleiert, verzerrt und verfälscht darstellt, und zwar zum Nutzen und Vorteil bestimmter Interessengruppen.

Wenn nicht zwischen Theorie - als Annäherung an eine objektive Interpretation der gesellschaftlichen Strukturen - und Ideologie, der verschleiernden und verfälschenden In-

terpretation der Gesellschaft, unterschieden wird, dann wird Ideologiekritik, also Kritik und Revision des falschen Bewusstseins, unmöglich. Im neoliberalen Denken ist diese Unterscheidung überflüssig, weil jede Abweichung vom einzig wahren und objektiven neoliberalen Weltbild a priori als Ideologie gilt. Nach dem „Ende aller Ideologien“ kommen aber solche „Abweichungen von der Wahrheit“, also Revisionismus, kaum noch vor. Ebenso war die Unterscheidung im dogmatischen Marxismus und Marxismus-Leninismus nötig, weil die marxistische Ideologie a priori als wahr, und damit als nicht zu kritisieren und zu revidieren, aufgefasst wurde, die bürgerliche Ideologie dagegen apriori als falsches Bewusstsein. In der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule ist die Unterscheidung ebenfalls unmöglich, da es ja im Falschen sowieso nichts Wahres geben kann.

In einem „neuen sozialistischen Diskurs“ in der Tradition der Aufklärung ist die Unterscheidung zwischen Theorie und Ideologie wiederherzustellen, und damit das erkenntnistheoretische Postulat: Es gibt eine objektive soziale Realität; kritische Vernunft kann durch empirische Analyse und

theoretische Reflexion die Strukturen dieser Realität erkennen, eine empirisch fundierte Gesellschaftstheorie entwickeln und Ideologien rational kritisieren und widerlegen.

Im „neuen sozialistischen Diskurs“ kann die marxistische Tradition vor allem als Anleitung für eine fundierte Kapitalismuskritik einbezogen werden. (Vergl. dazu die Beiträge von Matthias Brodkorb und Michael R. Krätke in SPW 5/01). Die normative Grundlage dieser Kritik hat Marx bereits in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ formuliert: Radikale Kritik und Theorie muss im Dienst eines

praktisch-humanistischen Zieles stehen, abgeleitet aus „dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse U M Z U W E R F E N, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (MEW, Bd. 1, S. 385)

Dieser „kategorische Imperativ“ enthält einerseits die auch heute noch gültige normative Grundlage für praxisorientierte Kapitalismuskritik, andererseits aber zugleich eine folgenreiche Formulierung, die zu einer Ursache für das Praxis-Defizit des marxistischen Sozialismus-Konzeptes in Westeuropa wurde. Die Formulierung, „alle Verhältnisse U M Z U W E R F E N“, führte zu dem fatalen Grundirrtum, der Sozialismus sei eine „Destruktionsaufgabe“. Wenn die herrschenden Verhältnisse, Institutionen und Strukturen „UMGEWORFEN“ oder beseitigt werden, dann ist das humanistische Ziel des Sozialismus erreicht.

Diese Auffassung, der Sozialismus sei eine Destruktionsaufgabe und die sozialistischen Theoretiker könnten sich daher mit der radikalen Kritik alles Bestehenden begnügen, ist Folge eines ideologischen Bewusstseins, einer verzerrten und falschen Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dagegen ergibt sich aus einer realistischen Analyse der Gesellschaft, dass der Sozialismus eine Konstruktionsaufgabe ist. Nicht in einer revolutionären Umwälzung, nur in einer langfristig angelegten Reformstrategie können schrittweise „Verhältnisse KONSTRUIERT oder aufgebaut und geschaffen werden, in denen der Mensch nicht mehr ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Nur wenn der „kategorische Imperativ“ von Marx in diesem konstruktiven Sinne umformuliert wird, kann aus dem „neuen sozialistischen Dis-

kurs“ eine erneuerte sozialistische Theorie hervorgehen, die „fähig ist, die Massen zu ergreifen“. (MEW a. a. O.)

Damit dies möglich wird, muss der Diskurs an das Sozialismuskonzept des kritischen Marxisten Eduard Bernstein anknüpfen, von Thomas Meyer als „Bernsteins konstruktiver Sozialismus“ charakterisiert. (Die „Befürchtung“ von Andrea Nahles, die SPD werde im neuen Grundsatzprogramm „den Bernstein nehmen“, (SPW 5/00) ist übrigens völlig unbegründet. Es ist nicht einmal zu hoffen, dass die Demokratische Linke wenigstens einen Diskussionsbeitrag einbringt, der so radi-

kal kapitalismuskritisch und demokratisch-sozialistisch ist wie die Position Bernsteins.)

Der praxisorientiert umformulierte „kategorische Imperativ“ von Marx könnte die noch allgemein anerkannten Grundwerte des Demokratischen Sozialismus - „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ - als normative Grundlage für künftige Kapitalismuskritik präzisieren und zuspitzen. Aber auch die radikalste Kritik der bestehenden Verhältnisse (davon gibt es übrigens jede Menge!) dürfte weitgehend wirkungslos bleiben, wenn nur jeweils isolierte Teilbereiche einer vernichtenden Kritik unterzogen werden. Denn gesellschaftspolitisch wirksam kann die radikale Kritik an Teilbereichen der Gesellschaft nur werden, wenn sie eingebettet wird in eine erneuerte kritische Theorie des Kapitalismus.

Der „neue sozialistische Diskurs“ muss auch aufzeigen, dass sich modische Neudefinitionen wie „Informationsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“, „Kommunikationsgesellschaft“ etc. etc., immer nur auf Teilaspekte beziehen. Zur Ideologie, zur falschen Interpretation, werden diese Begriffe für Teilbereiche der Gesellschaft, wenn sie zum Hauptmerkmal und Strukturprinzip der Gesellschaft verabsolutiert werden und den real existierenden Kapitalismus aus dem Bewusstsein verdrängen. Und wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt, was zahlreiche modische Begriffe nahelegen, wäre ein „sozialistischer Diskurs“ gegenstandslos.

Aber auch eine noch so fundierte und anspruchsvolle erneuerte kritische Theorie des Kapitalismus reicht nicht aus, wenn ihr nicht eine erneuerte Theorie des konstruktiven Demokratischen Sozialismus gegenübersteht. Das ist durchaus kein zu weites Feld!

Ein praxisrelevanter Minimalkonsens kann nur entstehen, wenn zunächst die Divergenzen offen benannt werden, die erst im Verlauf der Kontroversen zu einer Konvergenz führen.

## Zeitschrift Marxistische Erneuerung

12. Jahrgang, Nr. 48, Dez. 2001, 224 Seiten

Baraki: Der Afghanistan-Konflikt und die Taliban

### Globalisierung: Krise und Theorie

Krüger/Helfen – Die Krise am neuen Markt / Boris/Malcher – Die Argentinienkrise / Fuchs/Hofkirchner – Globalisierungstheorien

### Globalisierungskritik

Gill – Auf dem Weg zum postmodernen Fürsten / Seibert – „Politikarbeiter“ und Spaßgesellschaft / Dräger – Netzwerke in Europa / Lötzer/Huffschmid – Die Bundestags-Enquetekommission Globalisierung / Mosebach – Der ATTAC-Kongress im Herbst 2001

### Beiträge

Hahn – Lucács' Ontologie / Tjaden – Vom wissenschaftlichen Wert des Materialismus / Bock – Die russische Revolution im Rückblick / Müller – Arbeitsproduktivität und DDR-Geschichte

### Sowie:

Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,- DM; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

# Eigentum und Zugang – Herausforderung für den modernen Sozialismus

Von Felix Welti

Spätestens mit Jeremy Rifkins „Access – Das Ende des Eigentums“ ist das Eigentum wieder in die politisch-ökonomische Debatte der Linken geraten. Schon immer war es zu kurz gegriffen, unter der Eigentumsfrage lediglich die Alternative zwischen privatkapitalistisch oder staatlich organisierten Produktionsmitteln zu verstehen.

Es wird zu klären sein, wie sich die Eigentumsfrage unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus stellt.

## Was ist Eigentum?

Die Eigentumsordnung ist die durch die staatliche Gewalt abgesicherte Ordnung von Rechten zur Nutzung und Aneignung materieller oder materiell verkörperbarer Gegenstände und Prozesse. Sie regelt zentral die Verfügung über Produktionsmittel und Produktionsbedingungen und die Aneignung von neuen Produkten. Die Eigentumsordnung ist keine natürliche Beziehung von Menschen und Sachen, sondern ein historisch, ökonomisch und politisch gewordenes Verhältnis zwischen Menschen (vgl. *Wesel*, 1997; *Altwater u.a.* 1999, S. 35, was auch aus seiner gesetzlichen Definition in § 903 Satz 1 BGB deutlich wird: „Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“ Indem die Eigentumsordnung nicht nur das Behaltendürfen von Altem, sondern auch das Aneignen von Neuem regelt, beantwortet sie die Machtfrage einer Produktionsweise. Eigentum schließt heute nicht nur das alleinige Privateigentum an Gegenständen oder Ideen (Urheberrecht, Patente) ein, sondern auch das sozial gebundene Eigentum der eingeschränkt freien Verfügung und Aneignung, wie es im Klassenkompromiss des letzten Jahrhunderts entwickelt wurde. Schließlich gehört zur Eigentumsordnung auch die Existenz staatlichen oder anderen öffentlichen Eigentums mit verschiedenen Nutzungsformen einschließlich der zur allgemeinen Nutzung bestimmten öffentlichen Einrichtungen. Die Eigentumsordnung regelte insofern schon immer Zugänge und die Bedingungen für Zugänge zu Produkten und Produktionsmitteln auch für die Nicht-Eigentümer.

Information und Wissen im modernen Kapitalismus und seiner Eigentumsordnung In der sich verändernden Betriebsweise des Kapitalismus erhöht sich die Bedeutung von Information für die Produktion und Kapitalverwertung. Diese Informationen sind enthalten in Computerprogrammen, Daten über Produktion, Distribution und Konsum und Erkenntnissen und Entdeckungen der Funktion der Naturkräfte wie etwa chemischer und biologischer Abläufe im molekularen oder genetischen Bereich. Durch die Computer- und Netzwerktechnik und den Stand der Naturforschung haben sich die Möglichkeiten der Gewinnung und Sammlung von Informationen verändert. Indem so die Abläufe der Produktion und Distribution bestimmt werden, sind Informationen und das Wissen über ihre Anwendung Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtproduktivkräfte („Algorithmusmaschine“, *Meretz*, 2000, S. 44), welche die Kapitalverwertung ermöglichen.

Werden Informationen und das Wissen über ihre Anwendung gewonnen und entwickelt, so sind diese regelmäßig beliebig oft und von einer Vielzahl von Personen reproduzierbar. Dies ist nicht erst seit Erfindung des Computers ein Charakteristikum der Information und des Wissens. Dadurch wird eine exklusive Nutzung – das Muster kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln – erschwert. Schon bisher mussten und konnten die kapitalistische Ökonomie und die Eigentumsordnung mit diesem Charakteristikum des Wissens existieren. Eine Maschinenhalle kann man abschließen und bewachen, der Bauplan einer Maschine kann auf Dauer nicht geheim bleiben. Das Erfahrungswissen der Menschheit ist für die kapitalistische Produktion zunächst eine vorgegebene und notwendige Produktionsbedingung wie die Naturschätze (vgl. *Altwater u.a.* S. 107). Der Zuwachs an Wissen und Information wurde der Produktion oftmals durch das staatlich finanzierte Forschungs- und Bildungswesen frei oder zu günstigen

Bedingungen zugänglich gemacht. Erst durch seine Anwendung in der Produktion wurde dieses Wissen im kapitalistischen Sinne in Wert gesetzt. Autoren, Forscher und Erfinder haben zu allen Zeiten ohne eigenes kapitalistisches Verwertungsinteresse Wissen und Informationen neu geschöpft, die erst von anderen zu deren Nutzen in die Verwertung von Kapital einbezogen wurden. Dieses Phänomen ist keine Neuigkeit der sogenannten freien Software, wie von *Meretz* angenommen wird, sondern ein Teil des Ausgreifens der Kapitalverwertung in zunächst außerkapitalistische Sphären, das für den Kapitalismus typisch ist und einen Teil seiner expansiven Dynamik ausmacht.

Der Fortschritt der Information und Anwendungswissen speichernden und verbreitenden Technik ist ein qualitativer Sprung, weil sich mit ihm das gesamte System der Produktivkräfte und ihrer Betriebsweise umwälzen lässt. Wissen und Natur werden dabei in neuer Weise industrialisiert und unter die Kapitallogik subsumiert (vgl. *Hofmann* 2001; *Altwater/ Mahnkopf*, 1999, S. 326 ff.; *Sass*, spw

114, S. 40 ff.). Dieser Sprung betrifft zentrale Fragen der Eigentumsordnung. Dies gilt erstens, weil größere Teile der Produktionsmittel das zu ihnen gehörende und nötige Anwendungswissen nicht mehr nur in Maschine oder Arbeitskraft ver-

**Die Eigentumsordnung regelte schon die Bedingungen für Zugänge zu Produkten und Produktionsmitteln auch für die Nicht-Eigentümer.**

körpert haben, sondern in separierbaren und beliebig reproduzierbaren Einheiten. Zweitens sind viele Produkte ebenfalls reproduzierbar geworden. Um den Absatz einer solchen Ware zu sichern, muss der Produzent versuchen, die freie Verfügung des Eigentümers über die Ware aufzuheben oder zu behindern, wie es etwa an der Ware „Windows“ oder MP-3-File deutlich wird (vgl. *Charlier*, 20.11.2001). Drittens ist die internationale Beweglichkeit von Information als Produktionsmittel, Produktionsbedingung und Ware viel größer geworden. Somit können einzelne Staaten dieses Eigentum nicht mehr im bisherigen Ausmaß sichern. Folge ist die Entwicklung eines über-, zwischen- und außerstaatlichen Regimes des Eigentumsschutzes, etwa durch das TRIPS-Abkommen der WTO, das Patente, Urheberrecht, Handelsmarken, Muster und Modelle sowie Halbleitertopographien einem inter-

nationalen Eigentumsregime unterstellt, aber auch das Biodiversitätsabkommen, welches den Schutz der Informationen über die Vielfalt genetischer Informationen regelt (Liebig 2001; Grefe 2001). Die neuen Netzwerke stehen in keiner Weise außerhalb der Eigentumsordnung: Der elektronische Raum des Internet ist nicht – wie der Schein lehrt – eigentumsfrei, sondern durch Nutzungs- und Verwertungsrechte an den Netzzugängen, Netzknotten und Datenflüssen durch Eigentumsverhältnisse konstituiert (Sassen 2001, S. 701 ff.). Einmal dabei, den Erwerber und Eigentümer reproduzierbarer Waren zu knebeln, versuchen die „Cyberlords“ umfassende Verfügungsrechte durchzusetzen. So verbietet der Lizenzvertrag von Frontpage 2001, einer Software für Internetseiten-Gestaltung, diese Anwendung „in Verbindung mit einer Site zu verwenden, die Microsoft (...) oder deren Produkte oder Dienstleistungen herabsetzt“ (Charlier, FR 20.11.2001). Derartige Zugriff auf die Rechte des Konsumenten zeigt, dass das Konzept bürgerlichen Eigentums im Zeitalter des Internets auch radikalisiert werden kann – als umfassender Zugriff mit dem Mittel des Netzes.

In der gewachsenen Bedeutung von Wissen und Information für die Entwicklung der Produktivkräfte manifestiert sich der gesellschaftliche Charakter der Produktion und der ihr innewohnende Widerspruch zur privaten Verfügung und Aneignung (Haug 2001, S. 629; Krämer, spw 115, S. 49, 51). Die beliebig reproduzierbare und teilbare Information repräsentiert oft die notwendige Beziehung der einzelnen Produzenten zueinander und zu den Konsumenten.

Der beste und oft einzig erfolgversprechende Weg zur Gewinnung und Optimierung von Forschungsergebnissen, zur Gestaltung von Computerprogrammen der zur Aussagekraft von Datensammlungen ist es, wenn der Zugang zu ihnen verallgemeinert wird („Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt.“) Die Monopolisierung von Wissen nach dem Muster des privaten und ausschließlichen Eigentums behindert so den Fortschritt der Produktivkräfte. Dies wird deutlich an der Art und Weise, wie die Weiterentwicklung von Software unterhalb der technischen Möglichkeiten bleibt oder an „strategischen Patenten“ im Bereich der Biotechnologie und Medikamentenforschung (Wodarg, spw 115, S. 14 f.; Enquete-Kommission 2001, S. 11; Wolf- rum/ Stoll 2001, S. 16, 23; Pernicka 2001), durch welche Forschung und Produktion verhindert oder verteuert werden oder allgemein am eingeschränkten wissenschaft-

lichen Austausch zwischen Forschergruppen, deren Ziel eine ausschließliche Nutzung der Forschungsergebnisse ist. Für alle dieser Erscheinungen gilt: Die Produktionsweise wird zur Fessel der möglichen Produktivkraftentwicklung.

Der Weg, dem Dilemma der neuen Qualität von Wissensnutzung zu entkommen, ist für die betroffenen Kapitale das Etablieren von Informationsmonopolen. Die faktische und/oder rechtliche Alleinverfügung über bestimmte Informationen und das Wissen über ihre Nutzung kann zur Realisierung von Extraprofiten aus Informationsrenten führen (vgl. Saltigan/ Marxhausen 1997; Krämer, spw 115, S. 49, 50; Haug 2001, S. 632; Müller 2001). Diese sind nicht durch die aufgewendete Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu erklären, sondern durch faktische Monopole und die dadurch ermöglichte Lenkung der weiteren Entwicklung, wie sich insbesondere am Beispiel von Microsoft erkennen lässt. Diese Extraprofiten und die Kosten des behinderten Fortschritts werden im Ganzen zu unnötigen Kosten (faux frais) der Produktion und Zirkulation auf gesellschaftlicher Ebene (vgl. Haug 1999). Auf globaler Ebene behindert dies insbesondere die industriell und informationell geringer entwickelten Länder. In ihnen wird der Aufbau von Industrien zur Eigenversorgung (z.B. mit Medikamenten) oder zum Weltmarkt-

zutritt durch das internationale Regime des geistigen Eigentums behindert. Nicht alle Mittel zur Realisierung von Informationsmonopolprofiten sind solche des geistigen Eigentums. Aber technische Mittel – wie z.B. die Geheimhaltung von

Quellcodes der Software (vgl. Meretz 2000, S. 29) – bedürfen einer rechtlichen Sicherung in der Eigentumsordnung, um dauerhaft wirken zu können.

#### Arbeitspolitische Aspekte

Das Problem der Verfügung über das Wissen spiegelt sich auch arbeitspolitisch. Der neue Entwicklungsstand der Produktivkräfte beinhaltet die Möglichkeit, dass die Produzenten ein höheres Maß an Verständnis und Kontrolle ihrer Arbeit entwickeln, wenn sie bewusst über die informatorisch-wissenschaftliche Basis der Produktion verfügen müssen. Wenn die qualitativ neue Rolle des Wissens in der Produktion sich auch in höherer Qualifikation der Arbeitenden äußert, ist deren Verteilungsposition verbessert und die Alleinverfügung des Kapitals über die Produktionsmittel wird erschwert (vgl. Sass, spw 114, S. 40 ff.). Als Antwort auf diese Entwicklung ist eine neo-

tayloristische Arbeitsorganisation zu betrachten, welche die Produzenten wieder stärker von den Produktionsmitteln trennt (Sennett 1998, S. 81 ff.; Welti, spw 112, S. 33, 35; vgl. den Beitrag von Dörre in diesem Heft). Auch hier wirkt der Schutz der Aneignung durch die Eigentümer der Produktionsmittel als Fessel der Entfaltung menschlicher Arbeits- und Produktivkraft.

#### Die Eigentumsordnung als Feld der politischen Gestaltung

Die Gestaltung der künftigen Eigentumsordnung insbesondere in Bezug auf das „geistige Eigentum“ ist somit ein wichtiges Kampffeld für die Gestaltung des Kapitalismus und die Verankerung sozialistischer Elemente gemeinschaftlicher Nutzung und Produktion in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dabei geht es nicht um eine Abschaffung von Eigentumsrechten. Eine Zuordnung von Nutzungs-, Verfügungs-, Zugangs- und Aneignungsrechten braucht jede Gesellschaft. Auch die „freie Software“ steht nicht außerhalb der Eigentumsordnung. Sie soll vielmehr gerade durch die „General Public Licence“ in einer bestimmten Weise – nämlich allgemein – verfügbar gemacht werden und ist Teil der staatlich und überstaatlich garantierten Eigentumsordnung. Auch andere Formen gemeinschaftlicher Nutzungs- und Verfügungsrechte bedürfen der Ermöglichung und Sicherung durch Staat und Recht. Die Alternative zur herrschenden Eigentumsordnung ist nicht ihre ersatzlose Abschaffung oder ihre Unterwanderung, sondern die Verankerung von Elementen der „gemeinsamen Benutzung aller Produktionsinstrumente und der Verteilung aller Produkte nach gemeinsamer Übereinkunft.“ (Engels, MEAW I, S. 344).

Etablierung und Schutz von Eigentumsrechten können auch fortschrittlich wirken. Auch Aneignungs- und Alleinverfügungsrechte sind nicht in jedem Fall rückschrittlich. Sie können im Urheber- und Patentrecht auch dem notwendigen Schutz der Produzenten davor dienen, dass das Ergebnis ihrer Arbeit von anderen in Wert gesetzt wird, ohne dass ihre Existenz gesichert bzw. ihnen ein angemessener Anteil gesichert ist. Produzenten und Konsumenten sind auch vor der Enteignung zu schützen (vgl. Altwater u.a. S. 175), die in der Erstreckung von Verfügungsrechten der Inhaber geistiger Eigentumstitel liegt. Dies gilt ebenso für Computerprogramme wie für Saatgut. Schließlich kann Eigentum auch den Schutz grundlegender Menschenrechte dienen, etwa bei der Verfügung über den eigenen Körper und die eigene genetische Information.

Die sozialistische Linke, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, soziale Bewegungen, die sich auf die neuen Verhältnisse und ihre Folgen beziehen, müssen die Bedeutung und die möglichen Entwicklungspfade von Eigen-

### In der gewachsenen Bedeutung von Wissen manifestiert sich der gesellschaftliche Charakter der Produktion und der ihr innewohnende Widerspruch zur privaten Verfügung und Aneignung.

tumsverhältnissen im Bereich des „geistigen Eigentums“ aufarbeiten und daraus politische Forderungen entwickeln. Zu diesen können nach heutigem Stand gehören:

- Ein Urheberrecht mit möglichst wenigen Rechten zur ausschließlichen Nutzung, der Sicherung kollektiver Verhandlungsmöglichkeiten der Urheber über ihren Lohn und dem Ausbau von arbeits- oder verwertungsbezogenen Entlohnungsmodellen wie VG Wort oder GEMA, welche die Interessen der Urheber schützen ohne die Zirkulation von Informationen zu behindern. Die Verbreiterung des Modell der „General Public Licence“ und seine staatliche Stützung können dabei helfen (vgl. *Charlier*, FR 4.12.2001).

- Ein Patentrecht, in welchem anstelle von Produktpatenten Prozesspatente und anstelle von Stoffpatenten Anwendungspatente treten, damit durch weitere Forschung durch Patentrecht so wenig wie möglich behindert wird sowie mit kurzen Schutzfristen (*Enquete-Kommission* 2001).

- Konkret dürfen nicht Gensequenzen, sondern nur ihre Nutzungsmöglichkeiten Patentschutz erhalten. Die Informationen über die Natur müssen als gemeinsames Erbe der Menschheit (vgl. *Braun* 2000, S. 265; *Pernicka* 2001, S. 60) betrachtet und behandelt werden. Das Recht auf die eigene Information muss Vorrang vor fremden Rechtstiteln haben (Datenschutz, menschliches Genom; vgl. *Kollek/Schneider* 2001)

- Das Patentregime muss international diversifiziert sein, um weniger entwickelten Ländern die Nutzung von Wissen zu ermöglichen.

- Bestimmte Nutzungen sind generell freizugeben oder einem geringeren Schutzniveau zu unterstellen, insbesondere Medikamente und Saatgut. Falls nötig ist in diesen Bereichen die öffentliche Forschung auszubauen oder die Rechte der Erfinder sind durch einmalige Zahlungen statt durch Ausschließlichkeitsrechte zu sichern.

- Öffentlich finanzierte Forschung und öffentliche Kontrolle über Datenetze müssen gesichert und ausgebaut werden. Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung dürfen nicht privat angeeignet werden, sondern müssen einer öffentlichen Wissensordnung unterstellt werden. Das schließt nicht aus, dass Forscherinnen und Forscher für ihre Erfindungen und Entdeckungen belohnt werden. Diese Belohnung darf aber nicht regelmäßig in einem Aneignungsrecht bestehen, denn hierdurch wird der Fortschritt der Wissenschaft gehemmt und öffentliche Wissenschaft pervertiert.

- Die Datenetze und der Zugang zu gesellschaftlich wichtigen Daten (Statistik, politische Planungsdaten, Gerichtsurteile etc.) müssen öffentlich und allgemein zugänglich gemacht werden.

- Die öffentliche Wissensordnung muss keine staatlich gestaltete, sondern eine

staatlich geschützte Wissensordnung sein, in welcher der offene Raum des Austauschs von Informationen und Wissen auch in Selbstverwaltung der Nutzer liegt (vgl. *Lohmann*, spw 121, 16, 17 f.). Die öffentliche elektronische Infrastruktur sollte auf der Basis freier Software ausgebaut werden,

damit Form und Inhalt einer öffentlichen Wissensordnung korrespondieren.

- Das Recht der öffentlichen Sachen – vom öffentlichen Straßenraum über die Naturräume bis hin zur öffentlichen Wissensordnung – muss als zeitgemäße Ergänzung und zukunftsweisende Antithese zum privaten Eigentum entwickelt und reformiert werden. spw 1/2002

**Literatur:**

*Christiane Grefe*, Das künftige Patentrecht und die Pharmaproduktion der Entwicklungsländer, *Medico International-Rundschreiben* 2/2001, S. 21-23  
*Wolfgang Fritz Haug*, Prolegomena zu einer Kritik der Neuen Ökonomie, *Das Argument* 238 (2001), S. 619-645  
*ders.*, Faux frais, in *HKWM* Bd. 4, Sp. 237-252  
*Ralf Krämer*, Über Human Capital, Cyberlords und modernen Sozialismus, spw 115 (2000), S. 49-52  
*Jeannette Hoffmann*, Digitale Unterwanderungen: Der Wandel im Inneren des Wissens, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36/2001, S. 3-6  
*Regine Kollek/Ingrid Schneider*, Verschwiegene Interessen, *Süddeutsche Zeitung* Nr. 152 vom 5. Juli 2001, S. 19  
*Ingrid Lohmann*, Bildungspolitik am Ende der Moderne, spw 121 (2001), S. 16-19  
*Stefan Meretz*, Freie Software – 20 Thesen für eine andere Gesellschaft, spw 120 (2001), S. 32-34  
*Wolfgang Müller*, Wider die Mythen der New Economy, *Die Mitbestimmung* 9/2001, S. 58-59  
*Susanne Pernicka*, Wem gehören die Gene?, 2001  
*Nail Saltigan/Thomas Marxhausen*, Extraprofite in: *HKWM* Bd. 3, Sp. 1193-1198  
*Fiete Sass*, Human Capital – Menschliche Fähigkeiten im Zentrum der Produktivkraftentwicklung, spw 114 (2000), S. 40-44  
*Saskia Sassen*, Machtverhältnisse im Elektronischen Raum, *Das Argument* 238 (2001), S. 701-707  
*Uwe Wesel*, Eigentum in: *HKWM* Bd. 3, 1997, Sp. 79-83  
*Wolfgang Wodarg*, Zur Patentierung von Genen, spw 115 (2000), S. 14-15  
*Rüdiger Wolfrum/Peter Tobias Stoll*, Die Gewährleistung freier Forschung an und mit Genen und das Interesse an der wirtschaftlichen Nutzung ihrer Ergebnisse, *Rechtsgutachten für die BT-Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen*, Oktober 2001  
*Zwischenbericht der Enquete-Kommission Recht und Ethik der modernen Medizin*, Teilbericht zu dem Thema Schutz des geistigen Eigentums in der Biotechnologie, *Bundestags-Drucksache* 14/5157 vom 25. Januar 2001

**Die Gestaltung der künftigen Eigentumsordnung ist ein wichtiges Kampffeld für die Verankerung sozialistischer Elemente in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.**

**Themenänderung!**



**PROKLA 125**

**Globalisierung des Terrors**  
 176 Seiten – € 10,50 – SFR 19,00  
 ISBN 3-89691-325-5

mit Beiträgen von:

*Wolf-Dieter Narr:*  
 Das nicht so neue Tandem:  
 Gewalt und Globalisierung

*Joachim Hirsch:*  
 Globalisierung und Terror

*Brigitte Young, Simon Hegelich:*  
 „Neue Weltordnung“: Nach dem 11.  
 September bleibt vieles, wie es war

*Margit Mayer, Thomas Greven:*  
 Die USA nach dem 11. September.  
 The War at Home

*Sabah Alnasseri:*  
 Zur Krisensituation der  
 arabischen Gesellschaften

*V. Eick, M. Beck, C. Wiegrefe:*  
 „Als das Wünschen noch geholfen hat“  
 Das World Trade Center als Security  
 Shopping Mall

*Iris Bünger:*  
 Apocalypse Now? Kritische Diskurs-  
 analyse der Berichterstattung der  
 BILD-Zeitung vom 12.9.01 bis zum  
 7.11.01

*Trevor Evans:*  
 Die ökonomische Entwicklung in den  
 USA und die Anschläge vom 11. 9.

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020  
 E-mail: info@dampfboot-verlag.de  
 http://www.dampfboot-verlag.de  
 http://www.prokla.de

# Weder Aufbruch noch Debakel

## Die Ergebnisse der WTO-Ministerkonferenz nüchtern bewertet

Von Sigrid Skarpelis-Sperk

Noch bis zum Sommer 2001 hatte es so ausgesehen als werde es nach dem Debakel der WTO-Ministerkonferenz in Seattle von 1999 keine neue Welthandelskonferenz geben oder doch keine erfolgreiche. Starr schienen sich die großen Handelsblöcke in ihren gegensätzlichen Interessen zu blockieren.

Die neue US-Administration kam lange weder mit ihren Personalentscheidungen, noch der Entscheidung über ihre Prioritäten und Verhandlungsstrategien so recht in die Gänge, die Entwicklungsländer – eine mittlerweile inhomogene Gruppe – wollten sich nicht auf neue Verpflichtungen einlassen, ehe sie nicht die Ergebnisse der letzten Welthandelsrunde von Marrakech bewertet und bevor die Industrieländer erst ihre Verpflichtungen eingelöst hatten.

Der Welthandel ging im ersten Halbjahr 2001 durch die Rezession in den USA, „dem“ Nettoimporteur der Welt, zurück. Weltweit protestieren Globalisierungsgegner von Toronto bis Nizza, von Prag bis Genua gegen die Auswüchse des Kapitalismus. Als noch der Schock des Terroranschlags vom 11. September in New York dazukam, schien die Lage für die WTO verzweifelt: Keine Weltstadt wollte Gastgeber spielen, keiner der großen Staaten die Risiken einer solchen Veranstaltung auf sich nehmen.

So muss es zu Recht als ein Erfolg angesehen werden, dass die Ministerkonferenz schließlich doch noch in Doha/Katar stattfand und die USA ihre vorhandenen Sicherheitsbedenken auf dem Altar der außenpolitischen Rason opferten. Der Rest der Welt konnte unter solchen Umständen nurmehr anreisen und sich mit seinen Regierungsdelegationen den überaus scharfen Sicherheitsvorkehrungen beugen.

Für Journalisten und Zivilgesellschaft blieben unter diesen Umständen nur wenig Raum für Information, Diskussion und eigenständige Recherche. Transparenz, offener Dialog zwischen den Teilnehmergruppen der Zivilgesellschaft oder deren Einbeziehung in Konferenzabläufe oder gar Meinungsbildung wie bei anderen – beispielsweise UNO-Konferenzen – mittlerweile üblich, waren weder möglich noch vorgesehen. Sichtbare Sicherheit hatte Vorrang vor allem. Die har-

sche Kritik der Zivilgesellschaft war ebenso berechtigt wie deutlich.

Ein zweites Doha unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit darf es nicht mehr geben, weil sonst ein offener demokratischer Prozess auf einem der wichtigsten globalen Themen, der Zukunft des multilateralen weltweiten Handels, zur Farce wird, mit allen Konsequenzen für die ohnehin angeschlagene Legitimität des Globalisierungsprozesses.

### Doha ein Durchbruch ?

Eine große Entwicklungsrunde, wie von der Europäischen Union propagiert, wurde Doha nicht. Dazu hätte es sowohl substantieller Opfer des Nordens auf dem Gebiet Textil, etwa in Form eines vorgezogenen Auslaufens des Welttextilabkommens, als auch im Bereich Agrar durch Streichung der Agrarsubventionen bedurft. Bei Textil stand das Nein der USA und Kanadas fest wie das Amen in der Kirche, bei Agrarfragen kämpfte die Europäische Union bis zum Umfallen für den erreichten Formelkompromiss und gegen ein Auslaufen von Agrarexportsubventionen. Gleichwohl wurde eine Reduzierung der handelsverzerrenden Unterstützungsmaßnahmen verabredet und damit erste Schritte in die richtige Richtung gemacht. Trotzdem haben die Entwicklungsländer wichtige Zugeständnisse erreicht, wie sie bisher in der Geschichte der WTO einmalig sind:

Zum ersten Mal in der Geschichte der WTO wurden die Verhandlungsprozeduren so abgeändert, dass eine Reihe von Entwicklungsländern, darunter auch kleine wie z.B. Botswana, als Sprecher (sog. facilitators) oder „friends of the chair“ als wichtige Moderatoren in den Arbeitsgruppen der Konferenz berücksichtigt wurden.

Die kleinen Volkswirtschaften – vornehmlich Inselstaaten, aber auch Länder wie Tansania – nutzten die Gelegenheit, ihre Probleme miteinander abgestimmt vorzutragen, um

Verständnis und Aufmerksamkeit zu werben und setzten im Schlussdokument ein Arbeitsprogramm für ihre bessere Integration durch (§§ 38-41).

Die Least Developed Countries erreichten ebenso ein Arbeitsprogramm für ihre Ländergruppe wie die Einrichtung von 2 Arbeitsgruppen einerseits für Schulden und Finanzen, andererseits für Technologietransfer.

Der WTO-Ausschuss wurde verpflichtet, eine angemessene Finanzierung für technische Hilfe für die Entwicklungsländer bereitzustellen.

Dies alles hat ohne Zweifel zum Erfolg der Konferenz beigetragen. Entscheidend für die Bereitschaft der meisten Entwicklungsländer, das Schlussdokument mitzutragen, waren jedoch zwei weitere wichtige Entgegenkommen der Industrieländer:

In einem gesonderten Konferenz-Dokument wurde das Abkommen über geistiges Eigentum und Patentschutz (TRIPS) so interpretiert, dass künftig Länder, die unter Epidemien bzw. Pandemien wie AIDs, TBC und Malaria leiden bzw. deren Volksgesundheit kata-

strophal bedroht ist, das Recht haben, Zwangslizenzen zur Produktion billiger Medikamente zu vergeben. Gerade für die afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, aber auch für Indien war dies ein wichtiges politisches und soziales Zuge-

ständnis mit unmittelbarer existentieller Wirkung in ihren Heimatländern. Hinzu kam, dass vor Doha die Industrieländer bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Gründung eines namhaften Fonds zur Unterstützung der ärmsten Ländern zugesagt hatten.

Die Europäische Union hat mit dem mit den AKP-Staaten abgeschlossene Cotonou-Abkommen eine wichtige Vorleistung gegenüber einer der ärmsten Ländergruppe der Welt erbracht und hat damit einen substantiellen Beweis dafür geliefert, dass sie nicht nur für Rhetorik steht. Für die 71 AKP-Staaten Afrikas, der Karibik und Asiens war dieses Abkommen und seine Anerkennung durch die WTO wichtiger als die meisten anderen Regelungen und sicherte mehr oder minder vorab ihr Einverständnis. Klar war, dass das

**Bleibt die WTO wie bis Doha ein Spielfeld der großen Handelsblöcke und der multinationalen Konzerne ist der Stillstand vorprogrammiert.**



Zugeständnis der befristeten Ausnahmeregelung für die Zollpräferenzen für die AKP-Staaten durch die bei anderen etwas besser gestellten Ländern wie Thailand oder den Philippinen auf heftigen Widerstand stieß (z.B. bei Fischereiprodukten) und bis kurz vor Konferenzende in der Schwebe hing.

Auf der einen Seite haben sich die Entwicklungsländer bereit erklärt, über die von ihnen vorher heftig bekämpften sog. Singapur-Themen wie Handel und Investitionen, Handel und Wettbewerb, Handel und öffentliches Beschaffungswesen, in der nächsten Ministerrunde in Mexico City 2002 zu sprechen. Auch wenn, nicht zuletzt wegen der harten Haltung Indiens, dann immer noch nicht verhandelt werden muss: klar ist, dass diese Themen gerade auch wegen der Vielzahl von dann vorhandenen Studien und Arbeitsgruppensitzungen nicht ohne weiteres wieder abgesetzt werden können und die Industrieländer insoweit zumindest „einen Fuß in der Tür“ haben.

Auf der anderen Seite müssen die Industrieländer und das WTO-Sekretariat bei den technischen Hilfen und Studien, Sekretariatshilfen für die kleinen Volkswirtschaften und die Least Developed Countries deutlich finanziell aufstocken – auch Deutschland wird mehr bezahlen müssen, wollen wir nicht vollends unglaubwürdig werden.

Diese zeitliche Koppelung von sofortigen Hilfen an die ärmsten und ärmeren Entwicklungsländer in den nächsten zwei Jahren und eine in dieser Zeit erfolgende Vorbereitung und Prüfung denkbarer weiterer Marktöffnungen bzw. Neuregelungen im Bereich Investitionen und Wettbewerb, Dumping und öffentliches Beschaffungswesen war der eigentliche Durchbruch von Doha neben der Öffnung des Verhandlungsprozesses für die kleineren Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer wollen konkret sehen, was bei einer weiteren Runde für sie herauskommt und haben sich alle Rechte vorbehalten, gegebenenfalls bei den sie interessierenden Themen zu blockieren, falls sie die Ergebnisse für unzureichend halten.

#### Doha ein Debakel ?

Für die Europäische Union waren jedoch die Verhandlungsergebnisse auf zwei Gebieten enttäuschend: „Handel und Umwelt“ und besonders „Handel und soziale Entwicklung“.

Zwar konnten bei „Handel und Umwelt“ in Doha nach Jahren bloßer Versprechungen bzw. des bloßen Anfertigen von Studien zum ersten Mal konkrete Fortschritte erreicht werden. Sie sind aber, sieht man sich die reale Umsetzung für eine nachhaltige, globale Entwicklung an, doch äußerst bescheiden. Man kam überein, dass die nachhaltige Entwicklung ein übergeordnetes Ziel sein soll, dass die WTO-Mitglieder das Recht haben, in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz ihnen geeignete



Maßnahmen zu ergreifen und dass schließlich das Verhältnis zwischen dem WTO-Übereinkommen und den multilateralen Umweltabkommen zu klären ist. Was heute so selbstverständlich scheint, war noch vor einigen Jahren in der WTO ein Tabu und zeigt, wie wichtig der dauernde Protest und Druck der Zivilgesellschaft auf Politik und Handelsbürokraten ist.

Enttäuschend für die Europäische Union muss auch sein, dass keine explizite Diskussion des Versorgungsprinzips oder der Zulassung von Ökosiegeln etc. stattfand und man schon auf die kryptische Formulierung des „Rechts jedes Staates auf geeignete Maßnahmen bei Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz“ zurückgreifen muss, um hier einen Erfolg reklamieren zu können.

Unbestreitbar ist jedoch: Die Umwelt kommt nun auf die WTO-Agenda und es verbleibt nicht bei analytischen Studien wie seit Gründung der WTO. Die Ausschüsse für Handel und Umwelt (CTE) und für Handel und Entwicklung (CTD) wurden beauftragt, während der laufenden Verhandlungen als Foren für diese Aspekte zu dienen.

Eine herbe Enttäuschung blieben jedoch die Ergebnisse auf dem Gebiet „Handel und Entwicklung“. Trotz der erheblichen Bemühungen der EU für eine ehrgeizigere Formulierung als in Singapur, war der Widerstand gegen eine Zusammenarbeit mit der ILO und eine Integration der Kernarbeitszeitnormen zu groß.

So blieb es bei der erneuten Bekräftigung jener Verpflichtungen, die die WTO schon in ihrer ersten Ministerkonferenz in Singapur eingegangen waren.

Allerdings: die Front der Entwicklungsländer gegen die Integration der Kernarbeitsnormen beginnt zu bröckeln: Südafrika, ein kleiner Teil der AKP-Staaten, Marokko, Tunesien

und die meisten karibischen Länder waren für die EU-Initiative, die von Kanada, USA, Schweiz, Ungarn, Chile und Neuseeland mitgetragen wurde, während Pakistan, Indien, Ägypten, Nigeria, die G77 und die meisten AKP-Staaten den EU-Vorschlag blockierten. Erstaunlich daran ist, dass unter den Blockierern eine Reihe von Staaten ist, die in bilateralen Abkommen mit der EU - sei es im Cotonou-Abkommen oder in dem nach Doha verhandelten Allgemeinen Präferenzsystem der EU - weitergehende Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte akzeptieren, um zusätzliche Zollvergünstigungen zu erlangen. Da die USA im Falle Kambodschas und Jordaniens ähnlich vorgehen, kann es durchaus sein, dass über bilaterale Abkommen im Bereich „Handel und soziale Entwicklung“ mehr durchgesetzt werden kann als im multilateralen Handelssystem der WTO, was dessen Legitimität nicht gerade förderlich ist.

Ob Doha also ein Durchbruch, Debakel oder Stillstand bedeutet, wird sich in den kommenden zwei Jahren entscheiden. Bleibt die WTO wie bis Doha ein Spielfeld der großen Handelsblöcke und der multinationalen Konzerne ist der Stillstand vorprogrammiert. Gibt es dagegen die versprochenen materiellen Entwicklungshilfen nicht nur von der Europäischen Union und konkrete Hilfen bei den brennendsten Problemen der ärmeren Länder wie Schuldenfinanzierung, AIDs und Umweltkatastrophen beispielsweise Dürren, dann kann in Mexico City ein weiterer Schritt in Richtung einer umfassenderen oder gar gerechteren Welthandelsordnung getan werden. Ansonsten bleibt alles beim Alten: 80 % des Welthandels findet unter 20 % der Menschen statt und für weit über die Hälfte der Menschheit ist Welthandel – ja selbst grenzüberschreitender regionaler Handel – schlicht nicht existent.

# Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg

Von Uli Schöler

Was wissen wir von, über Wolfgang Abendroth? Erstaunlicherweise eine ganze Menge nicht, oder nur bruchstückhaft, was möglicherweise eine Ursache mit dafür ist, dass es im letzten Jahrzehnt eher still um ihn geworden ist. Schauen wir genauer hin. Wie ein roter Faden durchzieht nahezu alle bisherigen biographischen Würdigungen Abendroths die sicher zutreffende Beobachtung, dass für ihn die Spaltung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, wie er sie in der Weimarer Republik, in der Zeit des Hitlerfaschismus und des Zweiten Weltkrieges erlebte, zum prägenden biographischen Eindruck wurde. Seitdem habe er sich – so Frank Deppe – unablässig dafür eingesetzt, „dass die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, vor allem in der Auseinandersetzung mit den – vor allem in Perioden der Wirtschaftskrise verstärkten – Gefahren des Abbaus der Demokratie und der Sozialstaatlichkeit zusammenwirken.“

Gerade dann, wenn man dies – was ich für unbestreitbar erachte – als eine wesentliche Leitorientierung Abendroths betrachtet, mutet es um so erstaunlicher an, dass eine ganze Reihe seiner persönlich-politischen Weichenstellungen immer noch in einer gewissen nebulösen Undeutlichkeit verblieben ist. Immer wieder fällt in seinen autobiographischen Schilderungen auf, dass er nur kurz bei der Schilderung eigener Erlebnisse und Aktivitäten verharret, um dann doch ausführlicher zur retrospektiven Erklärung und Einschätzung politischer Konstellationen überzugehen. Die Person tritt in den Hinter-, das Geschehen in den Vordergrund.

## Der frühe Abendroth

Die Hauptkonzentration autobiographischer Schilderungen Abendroths liegt auf der Darstellung, Erklärung und Würdigung der verschiedenen Wendungen und Positionswechsel innerhalb der kommunistischen Bewegung selbst, an der er auf verschiedene Weise beteiligt ist. Ich bin im Rahmen meiner früheren bibliographischen Arbeit über Abendroth wohl als erster auf die

erstaunliche Tatsache gestoßen, dass er aber zugleich zu den Sprechern einer anderen Jugendorganisation gehörte (im übrigen zusammen mit seinem Schwager Ernst Benner), dem „Bund Freier Sozialistischer Jugend“. Zwischen 1926 und 1929 zählte er zu den aktivsten und interessantesten Autoren in dessen Verbandsorgan „Freie Sozialistische Jugend“. Diese Organisation ist – neben der Tatsache des Wirkens Abendroths darin – aus wenigstens einem weiteren Grunde ausgesprochen interessant. Offenbar gelang in diesem Jugendverband etwas, was sowohl in der Weimarer Republik als auch in späteren Perioden der deutschen Geschichte eher zu den Ausnahmen gehörte: das Zusammenwirken von Personen und Gruppen unter einem Dach trotz unterschiedlicher Sozialisation und politischer Herkunft bzw. ideologischer Orientierung.

1924 wird er mitsamt der anderen Anhänger eines eher „rechten“ Kurses aus seinen Frankfurter Funktionen innerhalb des kommunistischen Jugendverbandes abgewählt und ausgeschlossen, wechselt aber in die Studentengruppe und in die Partei selbst, wo seine Aktionsmöglichkeiten jedoch wegen der „ultralinken“ Politik der Fischer-Maslow-Führung in der KPD ebenfalls nahezu unmöglich sind. So wurde er zugleich Mitglied des genannten Bundes, der ursprünglich aus der „Freien Proletarischen Jugend“ hervorgegangen war, die sich als geistiger Berührungspunkt jugendlicher Arbeiter mit dem „Wandervogel“ verstand, es ablehnte, Parteijugend zu sein und Anfang der zwanziger Jahre zu ihren Gruppenabenden Vortragsredner aus allen drei Arbeiterparteien einlud. Ihre Mehrheit beschloss aber 1922, zur (mit der Rest-USPD) Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zurückzukehren. Mitte 1925 schlossen sich diese Gruppen

mit dem aus den „Guttempler-Wehrlogen“ hervorgegangenen und sich zum Sozialismus bekennenden „Orden junger Menschen“, der „Freien Aktivistischen Jugend“, der „Wanderscharen e.V.“ und den „Landfahrern e.V.“ zu einem Kartell zusammen, das 1926 im genannten „Bund Freier Sozialistischer Jugend“ aufging. Er existierte bis zu seinem Verbot im Jahre 1933 mit Gruppen u.a. in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Oehringen, Karlsruhe, Stuttgart und Nürnberg, zeit-

weilig mit ca. 12.000 Mitgliedern, deren Mehrzahl sich nicht in den beiden großen Arbeiterparteien organisieren wollte. Wenn also von den Wurzeln von Abendroths „Einheitsorientierung“ die Rede ist, dann liegen diese weit weniger in einem rein intellektuellen Verständnis von einer „Einheit der Arbeiter-

klasse“, die durch den Beginn des großen Schismas in den Jahren nach 1914 eingeleitet wird und in der kampflösen Niederlage von SPD und KPD 1933 ihre traurige Bestätigung fand, sondern weit ausgeprägter in einer bereits in jungen Jahren eingeübten politischen Praxis über ideologische und Parteigrenzen hinweg. Sagen wir es in seinen eigenen Worten: „Sozialisationsprozesse haben ... in allen Phasen der Arbeiterbewegung eine viel größere Rolle gespielt, als man gemeinhin annimmt.“ Ich plädiere also dafür, diese Maxime auch bei der Betrachtung des Abendrothschen Lebensweges stärker als bislang mit heran zu ziehen.

Den jungen Abendroth zeichnet nun eines bereits besonders aus: Ohne ideologische Scheuklappen (auch solche, die sich aus der jeweiligen „Generallinie“ seiner eigenen Partei zu dieser Zeit ergaben – die ihn ja auch nicht umsonst 1928 als Rechtsabweichler ausschloss und zur KPO drängte) setzt er sich mit all den Themen auseinander, die in seinem Umfeld diskutiert werden. Zum einen fällt auf, dass er sich gleich in mehreren Aufsätzen und Rezensionen mit Themen und Konzeptionen aus dem Spektrum des „Austromarxismus“ beschäftigte, zwar kritisch, aber in der Tendenz durchaus Impulse positiv aufnehmend. Dazu mag beigetragen haben, dass er die Möglichkeit hatte, am vom Österreicher Carl Grünberg neu ge-

Wie ein roter Faden durchzieht nahezu alle Würdigungen Abendroths, dass für ihn die Spaltung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zum prägenden biographischen Eindruck wurde.

gründeten Frankfurter Institut für Sozialforschung Vorträgen von Otto Bauer, Friedrich und Max Adler beizuwohnen.

Diese frühe Beschäftigung mit der genannten Theorietradition der deutschsprachigen Arbeiterbewegung ist mehr als eine zufällige Begegnung. Sicher, die österreichische Sozialdemokratie des Linzer Programms erwies sich gegenüber ihrer deutschen Schwesterpartei (aber auch gegenüber den ideologischen Schwankungen der zeitgenössischen KPD) als weitaus fruchtbarer. Aber hinzu kam, dass der auf der Basis der Anerkennung und Tolerierung unterschiedlicher Standpunkte funktionierende Einheitsgedanke gerade in der österreichischen Sozialdemokratie (also in diesem Teil des anderen „Lagers“) praktisch wie theoretisch seine produktivste Wirkung entfaltet hatte. So verwundert es nicht, dass Abendroth zu einem Zeitpunkt, als er sich von der stalinisierten kommunistischen Bewegung auch organisatorisch abwandte (nach Kriegsende), für seine politische wie theoretische Arbeit neben den Schriften und Gedanken „Weimarer“ sozialdemokratischer Rechtslehrer wie Heller, Sinzheimer oder Kirchheimer die demokratietheoretischen Ansätze eines Max Adler und Otto Bauer fruchtbar zu machen suchte. Diese Spuren wird man in vielen seiner demokratietheoretischen Schriften der fünfziger Jahre finden.

#### Der Weg in die SPD

So, wie Abendroths Wirken im „Bund Freier Sozialistischer Jugend“ in der Retrospektive nahezu völlig hinter seine Aktivitäten im Rahmen der KPD, des KJVD und der KPO zurücktritt, so verhält es sich ähnlich mit seiner Aktivität im Zusammenhang mit der Widerstandsorganisation „Neu Beginnen“ und deren Verhältnis zu seinem Wirken in der KPO. Sicher, der Eintritt in die KPO lässt sich rekonstruieren, dürfte ins Jahr 1929 zu datieren sein (wobei ja die Schwierigkeit zu beachten ist, dass die KPO nie wirklich Partei sein wollte, immer noch den Anspruch vertrat, die „eigentliche“ KP zu sein. Dem entspricht es auch, dass Abendroth 1931 ohne Begründung wieder in die KPD aufgenommen wurde). Aber: Mitgliedsbücher in illegalen bzw. Tarnorganisationen wie „Neu Beginnen“, der zudem Sozialdemokraten, Kommunisten wie Mitglieder anderer sog. Zwischengruppen der Arbeiterbewegung angehörten, gab es mit Sicherheit nicht. Abendroth selbst hat sich jedoch immer als „Mitglied“ dieser Gruppe gesehen und – wenn auch nur sehr cursorisch – seine entsprechenden Aktivitäten beschrieben. Zugleich beschreibt er in einem unveröffentlichten autobiographischen Manuskript seine intensive Zusammenarbeit u.a. auch mit der Jugend des Zentralverbandes der Deutschen Angestellten (ZDA), dem Freidenkerverband und SAP-Organisationsein-

heiten, aber auch einzelnen SPD-Leuten, z.B. Georg Stierle.

Bevor Abendroth allerdings zurückblickend überhaupt beginnt, etwas über seinen Schritt in diese Organisation hinein mitzuteilen, bezeichnet er sie als ein ihrem Gesamtkonzept nach „konspiratives Abenteuer“. Die Argumente, die er dafür lieferte, sind verständlich. Gleichwohl geht auf diesem Wege wiederum etwas verloren, was in der historischen Forschung durchaus gewürdigt wird: der positive Versuch, von unten her Wege der Zusammenarbeit von SPD-, KPD- und anderen Kadern in der Illegalität zu suchen, die aufgrund der verhärteten Positionen der jeweiligen Parteiführungen von oben her blockiert waren.

Und noch etwas fällt aufgrund der Abendrothschen Retrospektivbetrachtung aus der Betrachtung heraus: Hatte er seitens der neuen Gruppe einen Auftrag zur Durchsetzung von deren „neoleninistischen“ Organisationsprinzipien und Zielen in der KPO übernommen, oder verstand er sich als Verbindungsmann der KPO-Führung um Thalheimer und Brandler, seinen ideologischen „Ziehväter“, zur „Neu Beginnen“-Führung um Walter Löwenheim? Mit anderen Worten: Seine konkrete eigene Motivation, die uns seine jeweiligen politischen Schritte genauer nachvollziehen ließe, lässt Abendroth wiederum zugunsten einer retrospektiven Reflektion über Wirkung und Bedeutung der Gruppe selbst im Dunkeln.

Etwas besser steht es um den Erkenntnisstand, wenn wir uns mit einem Schritt beschäftigen, der in sich einen weit gravieren- deren Bruch mit seinem bisherigen politischen Standort markiert, allerdings sicherlich durch die Aktivität im Rahmen von „Neu Beginnen“ vorbereitet wird. Abendroth datiert seinen Übertritt bzw. Eintritt in die SPD auf den Herbst 1946, vollzogen in London, und sicherlich vollzogen unter dem maßgeblichen Einfluss seines damaligen Freundes Richard Löwenthal, an dessen programmatischer Schrift „Jenseits des Kapitalismus“ er durch Diskussionsbeiträge einen nicht unerheblichen Anteil hatte.

Immerhin: In diesem Fall teilt uns Abendroth Näheres über seine Motivationslage mit. Der stalinistische Terror in der Sowjetunion war stetes Diskussionsthema zwischen den politischen Gefangenen, sei es im Zuchthaus, sei es im Strafbattalion 999, sei es im Kriegsgefangenenlager in Südengland, darin eingeschlossen die erbitterte Debatte über das Für und Wider des sog. Hitler-Stalin-Paktes, die Abendroth auf der Seite der entschiedenen Gegner dieses Bündnisses findet (eine

Haltung, die er später ändern sollte). Also, summarisch: Der stalinistische Terror auf der einen verbunden mit der Hoffnung auf der anderen Seite, die SPD (zu der ja viele Funktionäre der Zwischengruppen und auch einige der KPD nach Kriegsende stoßen) könne wieder zu einer „sozialistisch-marxistischen“ Partei werden, motivieren ihn zu seinem Schritt. Der Rest bleibt weiter im Dunkeln. Über die näheren Umstände, auch über die Rolle Löwenthals, erfahren wir nichts.

Aber so viel ist sicher: Ein derartiger Schritt dürfte Abendroth nicht leicht gefallen sein, bedeutete er doch den bislang schwerwiegendsten politischen Wechsel seines Lebens. Sicher: Er setzte – wie er 1976 darlegt – auf eine alle Besatzungszonen umfassende Einheitspartei, d.h. ein anderes Konzept als das, welches die KPD mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht mit mehr als sanftem Zwang in der sowjetischen Zone durchsetzte. Schließlich trat er ja – obwohl dort lebend – der SED nicht bei. Aber selbst wenn er sich für die 20er Jahre „stärker luxemburgianisch als leninistisch orientiert“ bezeichnet, hatte sich bis dahin seine gesamte politische Tätigkeit – selbst wenn sie in Richtung auf andere Gruppen offener war als die seiner Partei – im kommunistischen Organisationsrahmen bewegt. An dem „Grundgedanken der Oktoberrevolution“ und am Vorbildcharakter Lenins hielt er schließlich – bei

nur gelegentlicher Kritik an dessen Politik – auch später immer fest.

Für diesen Zeitabschnitt stellt sich die Frage nach den konkreten Bedingungen der Arbeit eines durch und durch politischen Menschen in der Sowjetischen Be-

satzungszone, der der SPD nach der in der SBZ vollzogenen „Zwangsvereinigung“ von SPD und KPD zur SED beigetreten war und angehörte. Hatte er Kontakt zu westlichen, westberliner Sozialdemokraten? Wie sah eine solche Zusammenarbeit aus? Es ist mit Blick auf die Gesamtentwicklung Abendroths undenkbar, dass er in diesen Jahren politisch „abstinente“ geblieben sein soll.

#### Der Weg aus der SPD

Die Geschichte seines 15 Jahre später erfolgenden Ausschlusses aus der SPD ist – von anderen wie von ihm selbst – vielfach beschrieben worden. Die SPD war den zunehmenden Radikalismus ihres Studentenverbandes SDS satt und stellte auch den Fördererkreis, dessen Vorsitzender Abendroth zeitweilig war und dem ein gewichtiger Teil der bundesrepublikanischen linken Intelligenz angehörte, vor die Alternative, diesen solidarischen Schutz aufzugeben oder aus der SPD ausgeschlossen zu werden. Es er-

**Abendroth selbst hat sich immer als „Mitglied“ der Gruppe „Neu Beginnen“ gesehen und seine entsprechenden Aktivitäten beschrieben.**

staunt angesichts der Abendrothschen Prioritätensetzung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nur auf den ersten Blick, dass er seinen parteipolitischen Aktionsrahmen wegen der Auseinandersetzung um einen Studentenverband aufgab. Man dürfte nicht zu weit gehen, wenn man darauf verweist, dass sich seine eigenen positiven Sozialisierungserfahrungen eben auch auf linke Studentengruppen als Keimzellen breiterer revolutionärer Aktivitäten bezogen. Im Frankfurt und Berlin der späten zwanziger Jahre bildeten sich – wie er beschreibt unter seiner aktiven Beteiligung – „zum ersten Mal in der deutschen Geschichte breite sozialistische – für ihr Bewusstsein sozialistische – revolutionäre Studentenorganisationen“. Aufgrund dieses Hintergrundes fällt es ihm auch leichter als anderen durchaus linken Hochschullehrern – wie z.B. Werner Hofmann in Marburg oder Theodor W. Adorno in Frankfurt –, den „utopischen Überschuss“ dieser Bewegung aufzufangen und auszuhalten, gleichwohl aber den Respekt und die Anerkennung der sich radikalierenden Studenten zu behalten. Heinz Brakemeier weist im übrigen zu recht darauf hin, dass Abendroth bereits früh dem Kontakt zum SDS mindestens die gleiche Bedeutung zumaß wie der Arbeit in der SPD und in den Gewerkschaften, für deren jeweilige Haupt- bzw. Bundesvorstände er ja in vielfältiger Weise über viele Jahre hinweg in beratender Weise tätig war.

Richard Löwenthal hat über Abendroths Ausscheiden aus der SPD bereits 1985 eine Auffassung geäußert, die erstaunlicherweise in der Literatur bislang wenig Beachtung gefunden hat: „Der eigentliche innere Bruch mit der Sozialdemokratie kam zwei Jahre vor seinem Ausschluss als Führer der Seniorenhilfe für den SDS mit der Annahme des Godesberger Programms von 1959, dem er einen aussichtslosen Gegenentwurf entgegengestellt hatte.“ Lassen wir einmal die ironische Kennzeichnung beiseite, so markiert er hier gleichwohl eine völlig andere Sichtweise als die, die uns ansonsten im Zusammenhang mit Abendroths Ausscheiden aus der organisierten Sozialdemokratie begegnet. Hat er recht?

Es spricht manches dafür, wenngleich ich die Auffassung vertrete, dass beide Prozesse mit einer gewissen Ungleichzeitigkeit miteinander verschränkt waren. Und wir haben dabei zu beachten, dass Abendroth in den vorausgegangenen Jahren in Fragen wie der Wiederbewaffnung oder der atomaren Aufrüstung immer wieder in Konflikt mit der of-

fiziellen SPD-Mehrheitslinie geraten war. Man wird diesen Entfremdungsprozess Abendroths erst dann genauer nachvollziehen können, wenn eine detaillierte Aufarbeitung des Entstehungsprozesses dieses Godesberger Programms in der Programmkommission einschließlich der Rolle Abendroths darin geleistet wurde, die bislang noch aussteht. Seine Kritik brachte er in einem Brief an den Parteivorsitzenden, in dem er ihm seinen eigenen Gegenentwurf zuleitete, so auf den Punkt: „Da ich der Meinung bin, daß der vorliegende Grundsatzprogramm-Entwurf in vielem widerspruchsvoll und mit der Tradition der sozialistischen Arbeiter-Bewegung unvereinbar ist, habe ich zwecks Diskussion unter einigen Genossen einen Gegen-Entwurf abgefaßt...“ Mit seiner diesem Gegenentwurf später zugemessenen Intention, Restkader der „Alten“ und vor allem Kader der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu schulen, also Reste von Klassenbewusstsein zu bewahren und zu stabilisieren, korrespondiert die von Heinz Brakemeier übermittelte Befürchtung Abendroths, dass es die wichtigste Funktion des zukünftigen SPD-Grundsatzprogramms sein werde, die Linke in der Partei (und in den Gewerkschaften) dauerhaft zum Schweigen zu verurteilen bzw. auszuschließen.

Dies erscheint mir zwar eine arg verkürzte Motivationserklärung für einen immerhin mehrjährigen Programmearbeitungs- und -diskussionsprozess zu sein – immerhin tat aber die Parteiführung in der bald folgenden Auseinandersetzung einiges dafür, dass sich

**„Gerade die besten jungen Genossen (...) werden eine Periode durchlaufen müssen, in der sie zu scheinradikalen Formulierungen neigen und (...) Fehler in ihrem Verhalten (...) nicht vermeiden können.“**

der Eindruck verfestigen konnte, ihr liege eine solche Entwicklung (mit oder ohne Programm) durchaus am Herzen. Selbst wenn – so stimme ich ja Löwenthal durchaus zu – die Godesberger Programmmentcheidung zu einer tiefen inneren Abwendung Abendroths von der SPD führte,

bemühte er sich in der Folgezeit durchaus weiter um ein loyales Verhalten gegenüber dem Parteivorstand. So zeigte er Erich Ollenhauer seine bevorstehende Teilnahme mit Referat auf einer Konferenz des SDS im Mai 1959 in Frankfurt, der später mit Anlass für die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gab, vorher schriftlich an.

Und schon eine Woche nach dieser Konferenz, die mit einer mit Mehrheit angenommenen radikalen außenpolitischen Resolution für Aufsehen gesorgt und den SPD-Bundestagsabgeordneten Mommer zur öffentlichen Forderung nach Parteiauschlussverfahren veranlasst hatte, versuchte er in einem ausführlichen Brief an die engere Par-

teiführung (Ollenhauer, Wehner, von Kneringen und Eichler) die Wogen zu glätten und warb für ein rational-verständnis-volles Umgehen mit dem aufmüpfigen Nachwuchs. Der Brief verdient es aus mehreren Gründen hier näher wiedergegeben zu werden. Erstens dokumentiert er, dass sich Abendroth zu diesem Zeitpunkt (durchaus bereits wissend, was „Godesberg“ bringen würde) noch absolut loyal gegenüber seinem Parteivorstand verhielt und sich mit dessen Kritik an bestimmten Teilen der kritisierten Resolution durchaus in Übereinstimmung sah. Zweitens verdeutlichen Inhalt wie Wortwahl, dass er weit davon entfernt war, der kommunistischen Führung im anderen Teil Deutschlands und ihren politischen Anhängern im Westen irgend etwas Positives abzugewinnen. Und drittens entwickelt er darin ein Verhältnis für ein „zeitloses“ Umgehen politischer „Erwachsenenorganisationen“ mit ihren Jugendverbänden, das – hätten es die Adressaten und ihre Nachfolger beherzigt – der SPD eine Menge Ärger und sich periodisch wiederholende unfruchtbare Konflikte mit ihren jeweiligen Jugend- und Studentenorganisationen erspart hätte.

Abendroth gesteht darin zu, dass auf dem Kongress einige „fellow-travellers der Stalinisten und einige Stalinisten“ anwesend gewesen seien. Er warnt jedoch davor, aus diesen Gründen mit disziplinarischen Maßnahmen gegen die große Mehrheit der anderen vorzugehen: „Die jungen Genossen können nur durch ihre eigenen Fehler lernen. Erzieht man sie dazu, jeden ihrer Schritte ängstlich darauf abzustimmen, ob er der Führung der Partei und den Intentionen der Verbandsleitungen gefällt, so wirkt man – ob man will oder nicht – zu Gunsten jenes Konformismus, der für die politische Demokratie allgemein, für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung im besonderen die größte Gefahr darstellt. Gerade die besten jungen Genossen (das gilt für die Studenten ebenso wie für die jungen Arbeiter, die auf dem Kongress anwesend waren), werden eine Periode durchlaufen müssen, in der sie zu scheinradikalen Formulierungen neigen und also auch einmal entsprechende Fehler in ihrem Verhalten nach außen nicht vermeiden können. Schließt man sie deshalb aus den Organisationen der sozialistischen Bewegung aus, so treibt man sie unvermeidlich den Stalinisten in die Arme.“

Mir erscheint die zitierte Passage nur als klare Absage an eine leninistische Parteiauffassung gelesen werden zu können. Umgekehrt erinnert sie aber schon an Rosa Luxemburgs berühmtem Diktum: „Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‚Zentralkomitees‘.“ Abendroth weist anschließend darauf hin, dass Ausschlussverfahren objektiv das Gegenteil dessen bewirken müssten, was

der Initiator bewirken wolle: nämlich eine erhebliche Stärkung des Einflusses der SED auf die westdeutsche Arbeiterbewegung. Stimmungen unkontrollierter Sympathien für die DDR könne man aber immer wieder nur durch demokratische Diskussion und dadurch auflösen, dass die Partei – wie mit dem Deutschlandplan – realistische Lösungen anbiete. Und er schließt mit der Bekräftigung, dass die Partei natürlich zum Ausdruck bringen müsse, dass sie bestimmte Formulierungen der Resolutionen dieses Kongresses nicht billige, und dass die Mehrheit der Teilnehmer sehr bald einsehen werde, „daß zu diesen Fragen die Partei richtig gesehen hat.“

Der hier beschriebene Prozess erfuhr in gewisser Weise im Jahre 1961 seine Wiederholung – zumindest, was die Rolle Abendroths betrifft. Ohne vorher auch nur einem Mitglied des SDS oder der Förderergesellschaft die Gelegenheit zu geben, zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen, beschloss der Parteivorstand Mitte Oktober die Unvereinbarkeit zwischen diesen Organisationen und der SPD. Erst nach diesem Beschluss fand ein Gespräch zwischen Ollenhauer und Wehner auf der einen, Abendroth und Flechtheim auf der anderen Seite statt, in dem – so Abendroth – nicht mehr diskutiert, sondern nur noch die Unterwerfung verlangt wurde. Pikanterweise wurde die Begründung für diesen Beschluss erst drei Monate später veröffentlicht. U.a. hieß es darin, der SDS habe im Januar 1959 in Berlin und im Mai 1959 in Frankfurt (also vor mehr als zwei Jahren – für eine Studentenorganisation eine kleine Ewigkeit) „eindeutig SED-infiltrierte“ Kongresse veranstaltet. Beiden Organisationen wurde vorgeworfen, sie hätten nach einem „wohlüberlegten Plan“ die SPD spalten wollen.

Festzuhalten bleibt, dass Abendroth trotz seiner Auffassung, dass sich die SPD mit dem Godesberger Programm außerhalb ihrer eigenen Traditionen gestellt hatte, auch zwei Jahre später noch intensive Versuche unternimmt, den drohenden Parteiausschluss und den endgültigen Bruch abzuwenden. So lesen wir selbst einige Jahre später (1964) noch, dass es nicht sein Problem sei, in der SPD mitzuwirken, sondern das dieser Partei: „Ich hätte keinerlei Bedenken, in der SPD zu arbeiten, wenn ich die Möglichkeit dazu hätte. Aber die Erörterung sozialistischer Lösungen ist ja bei denen verboten.“

#### Über den gescheiterten Versuch eines eigenständigen Linkssozialismus ...

Dass sich der „Fall Abendroth“ für die SPD noch für lange Zeit nicht in Richtung auf eine „prokommunistische“ Wendung lösen sollte, soll ein Streifzug durch einen Aufsatz Abendroths verdeutlichen, der im Folgejahr erschien. Man kann heute nur darüber spekulieren, warum diese Veröffentlichung nur in Italien geschah, während ja ansonsten

Beiträge Abendroths in ausländischen Zeitschriften eher im Wege von Übersetzungen zustande kamen. Es spricht einiges dafür, dass dies der Tatsache geschuldet ist, dass Abendroth nicht gerade freundlich, zugleich aber drastisch-offen über Grundprobleme der deutschen Linken außerhalb der Sozialdemokratie handelt.

Der Aufsatz schließt mit folgender Überlegung: „... es gibt heute kein Zentrum, um das herum sich die Oppositionsströmungen zu einer echten politischen Kraft bündeln könnten. Voraussetzung für die Bildung eines derartigen Zentrums wäre, daß eine wenn auch kleine Gruppe linker Intellektueller und Gewerkschaftsführer in vollem Umfang diese Situation begreift und sich von der Politik der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei auf eine Weise abgrenzt, die sie auch deutschen Arbeitermassen klar und verständlich werden ließe, ohne Konzessionen gegenüber der ‚öffentlichen Meinung‘, der Presse, der Führung der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland einzugehen, die alle auf eine

Politik der Gewalt und auf eine Verschärfung der internationalen Spannungen abzielen.“ Abendroth sparte in diesem Aufsatz nicht mit Kritik an der Entwicklung der Politik von Gewerkschaften und SPD – kein Wunder, hatte letztere ihn erst im Jahr zuvor ausgeschlossen. Der Schwerpunkt des Textes liegt jedoch auf einer Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten der unabhängigen mit der (inzwischen im Westen ja verbotenen) kommunistischen Linken. Ausgangspunkt dafür ist für ihn der Zustand der DDR und ihrer Führung. Trotz der Konzessionierung eines gewissen Verständnisses für die Reparationspolitik der UdSSR gegenüber der DDR stellt er fest, dass eine derartige wirtschaftliche Plünderung über lange Zeit nicht ohne Ausübung einer Schreckensherrschaft habe durchgeführt werden können. Darin sieht er die eigentliche Erklärung dafür, dass die SED, die von Anfang an eine „stalinistische Partei“ gewesen, dies bis zum jetzigen Zeitpunkt auch geblieben sei. Parallel dazu seien weite Teile der Linken in der Bundesrepublik durch die Politik der Führungen von SPD und DGB desillusioniert worden.

Abendroth empfindet dieses Dilemma einer nichtstalinistischen Linken deshalb als besonders gravierend, weil er es für eine „hartnäckige Illusion“ hält, „die Auflösung des sozialistischen Bewußtseins in der deutschen Arbeiterbewegung durch Zusammenarbeit mit den stalinistischen Gruppierungen aufhalten zu können. Das Verbot der

KPD und ihrer politischen Freunde verhindert es, diese Illusion offen auszufechten ...“ Die einzige organisierte Gruppierung der deutschen Linken, die dieses Problem für sich gelöst habe, die in ihren Reihen keine philostalinistische Unentschlossenheit zulasse, so schreibt er, sei der SDS (über andere Personen, Gruppen und Zeitschriften hatte er sich zuvor kritischer geäußert).

Ich habe die Positionen dieses Aufsatzes hier nicht nur so breit wiedergegeben, weil er bislang in der Bundesrepublik weitgehend unbekannt bzw. unbeachtet geblieben ist. Vielmehr ging es mir auch um den Nachweis, dass Abendroth in diesen Jahren authentisch und glaubwürdig um eine eigenständige linkssozialistische Position in der bundesrepublikanischen politische Landschaft

**Trotz seiner Auffassung, dass sich die SPD mit dem Godesberger Programm außerhalb ihrer Traditionen gestellt hatte, unternimmt er noch intensive Versuche, den endgültigen Bruch abzuwenden.**

folgerichtig rang. Folgerichtig führten diese Überlegungen in die Aktivitäten des „Sozialistischen Bundes“, dessen organisatorische wie inhaltliche Arbeit ebenfalls bis heute noch einer eingehenderen Aufarbeitung harrt.

Als Abendroth Mitte 1963 dessen Aufgaben beschrieb, hatte sich sein Urteil

keineswegs gewandelt: „Die für uns in dieser Richtung dringlichste Frage ist dabei die Stellung gegenüber dem deutschen Staat, der sich als ‚sozialistisch‘ bezeichnet, gegenüber der DDR. Die altstalinistischen Herrschaftsformen in der DDR, die nur äußerst begrenzt (z.B. in juristischen Fraugen) aufgelockert worden sind, bleiben (von Albanien abgesehen) noch immer die reaktionärsten des Ost-Blocks und kompromittieren in der Bundesrepublik den Sozialismus in solchem Maße, daß wir auf ihre scharfe Kritik unter keinen Umständen verzichten können.“

#### ... in die Nähe der DKP

Der Versuch, eine eigenständige linkssozialistische Gruppierung oder Partei zwischen SPD und illegaler KPD aufzubauen, darf mit Fug und Recht als gescheitert betrachtet werden. Das Jahr 1968 markiert dabei insofern einen gewissen Kristallisations- und Kulminationspunkt, weil sich hier gleich mehrere Entwicklungen zu Entscheidungen bündelten. Die Studentenbewegung entwickelte sich rasch zu einer für den bürgerlichen Staat durchaus bedrohlichen Massenbewegung (und zwar nicht nur in Deutschland). Verbunden damit war allerdings auch eine gewisse Abkehr von festen, parteiförmigen Organisationsstrukturen hin zu spontanen, als „revolutionär“ verstandenen Massenaktionen. Gleichzeitig walzten sowjetische Panzer in Prag die Hoffnung auf den Beginn eines „Sozialis-

mus mit menschlichem Antlitz" im realsozialistischen Lager nieder. Abendroth gehörte zu einer Gruppe unabhängiger Linksin-tellektueller, die dies in einer öffentlichen Resolution deutlich verurteilte. Schließlich wurde, nach sorgfältigen Sondierungen mit dem sozialdemokratischen Innenminister Gustav Heinemann, eine Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in der Bundesrepublik legal neu gegründet, die fortan die Gründung einer eigenen linkssozialistischen Partei zumindest weiter erschwerte, wenn nicht letztendlich ganz verhinderte. Das 1969 zu den Bundestagswahlen antretende Wahlbündnis „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) wurde nicht nur von Abendroth, sondern auch bereits von der DKP unterstützt, eine Situation, die noch im Jahr davor innerhalb des Sozialistischen Bundes gerade wegen der Prager Ereignisse auf heftige Ablehnung gestoßen war. Viele glaubten wohl in dieser Zeit, sich zwischen der unorganisierten, antiautoritären Studentenbewegung oder neuen, festen Organisationsformen, in diesem Fall der DKP und ihrer Studentenorganisation, dem MSB-Spartakus, entscheiden zu müssen. Dies scheint – so gibt es zumindest Jürgen Seifert aus einem Gespräch wieder – auch bei Wolfgang Abendroth der Fall gewesen zu sein. Er hielt nun die neu entstandene DKP – sicher zunächst ohne sich Illusionen über die in ihr verbliebenen Restbestände stalinistischer Kader bzw. stalinistischen Gedankenguts zu machen – für einen neuen Kristallisationskern zur Entwicklung von Klassenbewusstsein in der zeitgenössischen Bundesrepublik. Öffentlich allerdings nahm er sie nun gegen Attacken von außen nahezu ohne eigene kritische Einwände in Schutz. Von der noch 1963 für erforderlich gehaltenen „scharfen Kritik“ und dem dazu gehörigen

Begründungszusammenhang lesen wir nun ebenfalls nichts mehr. Eine Buchbesprechung von Jean Elleinsteins „Geschichte des Stalinismus“ nutzt er 1977 – verglichen mit seinen Positionen der sechziger Jahre (und ohne die Gründe für seinen Einstellungswandel wirklich kenntlich zu machen) – zu der schon erstaunlichen abschließenden Feststellung, dass es „unvermeidlich“ (wir müssen hinzufügen: nur noch) sozialpsychologische (und organisatorische) Reste des Stalinismus gebe, die aus dieser Zeit vor dem 20. Parteitag der KPdSU von 1956 stammten. Wir können hier nur festhalten, dass im Übergang der späten sechziger zu den siebziger Jahren seine Beurteilung der Politik der DDR bzw. der UdSSR im Vergleich zu der Vorperiode ausgesprochen milde wurde, wenngleich er innere Repressalien, sei es gegenüber Biermann, sei es gegenüber Bahro, weiter, wenn auch sehr viel vorsichtiger kritisierte, was ihm heftige Kritik von früheren Mitstreitern einbrachte.

Während er den sozialliberalen Wahlsieg 1972 ausdrücklich begrüßt, ruft er 1976 erstmals offen zur Wahl der DKP auf. Sie sei die einzig rationale Kraft, die man wählen müsse, um von links gegen die SPD-Führung zu protestieren. Angesichts der Kandidatur von Strauß konnte er sich 1980 – wenn ich es richtig sehe – nicht zu einer Wiederholung dieses Aufrufs durchringen. Wegen der unvermeidlichen Polarisierung war klar, dass die DKP noch weit weniger als vier Jahre zuvor eine Chance haben würde, die 5%-Hürde zu überspringen. Deshalb warb er für breite Aktionsbündnisse gegen die Strauß-Kandidatur. 1983 schließlich stellte er (ohne „Anhänger noch Sympathisant“ der Grünen zu sein) Erwägungen an, dass es – weil die DKP keine Chance habe, über die 5%-Hürde zu kommen – Sinn machen könne, die Grünen als möglichen linken Koalitionspartner der SPD zu stützen. Bei den Europawahlen 1984 begründete er seinen Aufruf zur Wahl der „Friedensliste“ ausdrücklich mit deren Bündnischarakter und dem Vorrang des Themas Hochrüstung. Es gebe keinen Grund, sie zu diffamieren, weil auf ihrer Liste auch Kommunisten kandidierten. Und er fügte hinzu: „Auch ich bin wieder Mitglied noch Anhänger der DKP, und es gibt viele Fragen, in denen ich anderer Meinung bin als die DKP. Aber Kommunisten nur deshalb, weil sie Kommunisten sind, aus dem politischen Leben auszuschließen, das heißt, Demokratie in die Luft zu sprengen ...“

Beobachtet man diesen Gesamtprozess, wird man insgesamt feststellen müssen, dass der Wandel seiner politischen Grundeinstellung wie der seiner veröffentlichten Stellungnahmen zwischen den sechziger und den siebziger Jahren ähnlich dramatisch erscheint, wie der Wechsel von der Arbeit im kommunistischen zum sozialdemokratischen Organisationszusammenhang in den vierziger Jahren. Auch über die Gründe dafür,

über die Motivationen oder neue Einsichten erfahren wir durch eine Analyse seiner Veröffentlichungen zu wenig. Der diesmal sehr viel langsamere Wandel wird sich durch eine sorgsame Analyse herausarbeiten lassen, aber letztendliche Klarheit dürfte erst durch Motivationsforschung in seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld und wissenschaftlichen wie politischen Diskussionszusammenhang zu erzielen sein. Denn rätselhaft blieb dieser Einstellungswandel durchaus auch für eine Reihe von Wegbegleitern, die bis dahin ein ganzes Stück der Wegstrecke mit Abendroth gegangen waren.

So lesen wir 1977 in einer Buchbesprechung bei seinem alten Weggefährten Ossip K. Flechtheim unverhohlenen kritische Fragen zu Abendroths neuer Haltung gegenüber der Sowjetunion, der DDR und den deutschen Kommunisten. Angesichts seiner eigenen Geschichte sei es um so unverständlicher, dass er sich in den letzten Jahren Moskau angenähert habe. Er kritisiere zwar mit Recht die autoritären Tendenzen in der SPD, halte der DKP aber nur vor, sie sei zu schwach.

#### Wie weiter mit Abendroth?

Abendroths Leben ist ungeachtet vieler eigener wie fremder Darstellungen voller Brüche und Wendungen, die neu entdeckt und untersucht werden wollen. Dabei wird sehr viel genauer auf die Unterscheidung von zeitgenössischen Entscheidungsmotivationen und nachträglichen intellektuellen Rationalisierungen zu achten sein, die von ihm selbst nachträglich häufig verwischt wurden. Neue Zeiten, neue Erfahrungen stellen auch viele Fragen neu. Der Blick auf die Geschichte der Staaten des „realen Sozialismus“ wie auf die Organisationen der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts ist nach den Umbrüchen der Jahre 1989 bis 1991 notwendig ein anderer als noch im Todesjahr Abendroths 1985, als er zuletzt in größerem Umfang wissenschaftlich wie politisch gewürdigt wurde. Das hätte er wohl selbst nicht anders beurteilt. Nähern wir uns seinem Wirken auf diese Weise neu, wird vielleicht mancher Mythos zu beerdigen sein, wird aber vielleicht um so mehr von dieser faszinierenden Persönlichkeit zutage treten, die auch deshalb geradezu paradigmatisch für ein „Leben in der Arbeiterbewegung“ in diesem schauerlichen 20. Jahrhundert steht, weil sie an all ihren Wirren und Irrtümern, aber auch an ihren Erfolgen und Errungenschaften teilhatte.

spw 1/2002

\* Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Aufsatz aus dem u. a. von Uli Schöler herausgegebenen Band „Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Biobibliografische Beiträge“, das 2001 bei Leske & Budrich erschienen ist. Wir danken dem Verlag für die freundliche Überlassung.

## WIDERSPRUCH

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

41

### Nationalismus, Rassismus, Krieg

US-Hegemonie und Terrorismus: Nation und Gewalt:  
Kollektive und Nationale Identität: Ziviler Internationalismus  
sowie NATO, Antikrieg, Spätkolonialismus,  
Rechtsweltentismus, Anti-Rassismus, Europa und  
Föderalismus, Einwanderung und Integration

A. Roy, F. Schand, R. Kuhn, H.U. Jost, J. Lang,  
Ch. Buttenwegge, F. Husker, H. Stutz, Y. Kramer, K. Dörte,  
V. Alexia, Ch.P. Schamer, H. Krieger, G. D'Amato

#### Diskussion

G. Trepp: Geldwäsche und Terrorfelder  
W. Eberle / H. Schapp: Linke und Neue Mitte  
S. Lellke: Neoliberaler Anti-Egalitarismus

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenkritik

21. Jg./2. Halbjahr 2001

Fr. 25,-

208 Seiten, Fr./DM 25,- (Abonnement Fr./DM 40,-)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich  
Tel./Fax 0041 (0)11 - 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

# Gesundheitspolitik im Umbruch

Von Thomas Gerlinger

Gesundheitspolitik wird den Wahlkampf dominieren. Auch unter der rot-grünen Bundesregierung sind zahlreiche Steuerungsprobleme der Gesetzlichen Krankerversicherung (GKV) ungelöst geblieben oder haben sich weiter verschärft. Die Opposition wird dies kaum ungenutzt lassen. Dabei ist schon jetzt klar, dass nach der Bundestagswahl – unter welcher Regierung auch immer – eine weitreichende Reform der GKV begonnen wird.

## Steuerungsprobleme in der GKV

Gesundheitswesen und Gesundheitspolitik in Deutschland sind durch gravierende Mängel gekennzeichnet (SVRKAiG 2000/01). Dazu zählen die

- zu einseitige Ausrichtung an der Versorgung von Krankheiten und eine starke Unterbewertung von Prävention;
- Unfähigkeit, die soziale Ungleichverteilung von Gesundheitschancen zu verringern;
- geringe Bedeutung allgemeinmedizinischer Tätigkeit und mangelhafte hausärztliche Koordination und Betreuung, die psychosoziale Dimensionen des Krankseins vernachlässigt und Versorgungsabläufe fragmentiert;
- Abschottung der Versorgungsbereiche, insbesondere ambulanten und stationären Sektors, und das Fehlen integrierter Abläufe – was dazu führt, dass an den Übergängen Brüche entstehen oder Patienten nicht oder nicht rechtzeitig den geeigneten Versorgungsformen zugewiesen werden;
- unzureichende Qualitätssicherung, insbesondere bei der Versorgung von chronisch Kranken.

Dies trägt zu Über-, Unter- und Fehlversorgung bei, was gesundheitlich und ökonomisch problematisch ist. Nach dem jüngsten Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt das Versorgungsniveau des deutschen Gesundheitssystems weltweit nur im gehobenen Mittelfeld, bei den Ausgaben – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – aber weltweit an zweiter Stelle (WHO 2000). Gesundheitspolitik war seit mindestens 25 Jahren primär auf Ausgabenbegrenzung gerichtet, um Beitragssatzstabilität zu erreichen, genauer gesagt, den Arbeitgeberanteil

am Beitragsaufkommen zu reduzieren, was in einer angebots- und weltmarktorientierten Modernisierungspolitik für die Standort-sicherung als unverzichtbar gilt.

## Konservativ-liberale Gesundheitspolitik

Dabei wandelte sich in den 90er Jahren die gesundheitspolitische Steuerung. Das heißt:

- Wettbewerb der Krankenkassen (freie Kassenwahl), der jeden Beitragssatzanstieg mit dem Verlust von Marktanteilen bedroht;
- Neue Vergütungsformen, mit denen das Finanzierungsrisiko auf die Leistungserbringer (v.a. Ärzte, Krankenhäuser) übertragen wird. Dies sind Pauschalen für bestimmte Krankheitsarten bzw. Patientengruppen, deren Höhe unabhängig vom individuellen Aufwand ist, und Individualbudgets, d.h. definierte Obergrenzen für die einem Leistungserbringer insgesamt vergüteten Leistungen;
- Privatisierung von Krankheitskosten. Dazu zählten erhöhte Zuzahlungen, Selbstbehalte und Beitragsrückerstattungen bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen, die Ausgliederung des Zahnersatzes für alle damals unter 18jährigen aus der Erstattungspflicht der GKV.

Ziel war, aller Akteure mittels ihrer finanziellen Interessen auf Ausgaben- und Mengenbegrenzung auszurichten.

## Rot-grüne Gesundheitspolitik

Die rot-grüne Gesundheitspolitik ist durch Kontinuität und neue Akzente gegenüber der konservativ-liberalen Regierung gekennzeichnet (Deppe 2000). Kontinuität zeigt sich in der zentralen Bedeutung des Ziels „Beitragssatzstabilität“ und wichtigen Steuerungsinstrumenten: Die neue Regierung hielt am Kassenwettbewerb und Individualbudgets fest. Für den stationären Sektor sah die GKV-Reform 2000 sogar die umfassende Einführung pauschaler Vergütungen vor, die bisher nur auf etwa 25% der Leistungen beschränkt waren.

Neue Akzente setzte sie vor allem mit der weitgehenden Rücknahme der erwähnten Privatisierungselemente und der Wiedereinführung sektoraler Budgets. Stärker als die Vorgänger war Rot-Grün bemüht, Versorgungsstrukturen zu reformieren. Dies wird deutlich in der Verpflichtung der Leistungsanbieter zum internen Qualitätsmanagement, in dem ernsthaften Versuch, ambulante und stationäre Versorgung zu integrieren; in dem Plan, einer Positivliste, die unwirksame Arzneimittel von der Erstattungspflicht ausschließen soll. Primärprävention

und Gesundheitsförderung wurden wieder aufgewertet und ihnen nun sogar das Ziel beigelegt, sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu verringern.

Bei all dem wurden die Kassen weiter – aber nicht durchgreifend – gegenüber den

## Nach dem jüngsten Bericht der WHO liegt das deutsche Gesundheitssystem bei den Kosten weltweit an zweiter Stelle.

Leistungsanbietern gestärkt, damit diese stärker auf die Bedingungen der Leistungserbringung Einfluss nehmen können (vom „Payer“ zum „planer“). Sie sollen nicht nur für die staatlich verordnete Ausgabenbegrenzung sorgen, sondern auch versorgungspolitische Innovationen durchsetzen.

Leitlinie rot-grüner Gesundheitspolitik war, so Wirtschaftlichkeitspotenzial zu erschließen, um Beitragssatzstabilität und einen einheitlichen, alles medizinisch Notwendige umfassenden GKV-Leistungskatalog als Eckpfeiler einer solidarischen Krankenversicherung miteinander zu verknüpfen. Jedoch sind Grenzen diese Strategie deutlich geworden.

## Fehlsteuerungen

Die Budgetierung der Ausgaben, der Übergang zu Pauschalvergütungen und Wettbewerbsinstrumente im Gesundheitswesen bringen unerwünschte Nebenwirkungen. Zwar hat sich gezeigt, dass Ärzte ohne Budgetierung, Diagnostik und Therapie unbegründet ausweiten. Insofern gibt es hierzu wohl keine Alternative. Allerdings besteht das grundsätzliche Problem der Ausgabenbudgets darin, dass sie nicht am gesundheitlichen Versorgungsbedarf, sondern an der Beitragssatzstabilität ausgerichtet sind. Außerdem wirken sie wie ein Heckenschnitt und sind nicht mit Feinsteuern kombiniert. Daher können sie – selbst wenn das Gesamtvolumen ausreicht – nicht gewähr-

Dr. Dr. Thomas Gerlinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Public Health am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag bei der Veranstaltung „Zukunft der sozialen Dienstleistungen“ von Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland (ProMS Nord) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bezirk Lübeck/Ostholstein am 17.11.2001 in Lübeck

leisten, dass zielgenau die überflüssigen Leistungen erschlossen werden. Rationierungserfahrungen sind in der GKV mittlerweile verbreitet. So gaben 1999 27,4 % der antwortenden befragten Versicherten einer großen Ersatzkasse an, dass ihnen im vorausgegangenen Quartal in der ambulanten Behandlung eine Leistung vorenthalten worden sei. Bei der Hälfte von ihnen geschah dies unter ausdrücklichem Hinweis auf Budgets (Braun 2000).

Auch Pauschalvergütungen wirken medizinisch unbegründeten Mengenausweitungen entgegen, bergen aber die Gefahr von Rationierung: Sie schaffen für die Leistungserbringer einen Anreiz, den Aufwand zu minimieren, weil sich ihr Gewinn aus der Differenz von (Pauschal)Vergütung und Behandlungskosten ergibt. So führten z.B. die neuen Vergütungsformen im stationären Sektor zu einer verstärkten Ausrichtung von Ärzten und Krankenhausleitungen an ökonomischen Nutzenerwägungen (Simon 2001). Dies äußert sich in der vorzeitigen Entlassung von Patienten, in der Weigerung, Patienten aufzunehmen und in der Verschiebung von Operationen.

Auch der Kassenwettbewerb hat die Hoffnung auf eine bessere Versorgungsqualität nicht erfüllt und sogar kontraproduktiv gewirkt. Die Kassen verhalten sich zwar in den Vergütungsverhandlungen mit der Ärzteschaft rigide und es konnten so ärztliche Einkommensprivilegien abgebaut werden. Auch haben sie ihre Dienstleistungsfunktion verbessert. Aber in erster Linie konzentrieren sie sich seit Einführung der freien Kassenwahl auf den Wettbewerb um „gute Risiken“, also gesunde Versicherte, denn diese verursachen geringere Kosten und ermöglichen einen niedrigeren Beitragssatz. Dies ist eine einträglichere Strategie als über effizientere Strukturen die Ausgaben zu senken und die Qualität zu verbessern. So verbaut der Kassenwettbewerb eher die Reform von Versorgungsstrukturen, als dass er diese ermöglicht. Insbesondere gilt dies für die notwendige Verbesserung der Versorgung chro-

nisch Kranker, weil Krankenkassen kein Interesse daran haben, kostenintensive Versorgungsstrukturen für chronisch Kranke aufzubauen und für sie zu werben, weil sie damit die teuren Versicherten anderer Krankenkassen anlocken könnten. Ebenso wenig haben die Kassen ein Interesse an der Umsetzung der Vorschrift, Prävention und Gesundheitsförderung an der Verringerung sozial bedingter Gesundheitsunterschiede zu orientieren (§ 20 SGB V), denn sozial Schwache sind für sie gerade wegen ihrer größeren Krankheitshäufigkeit alles andere als eine attraktive Klientel (Rosenbrock 2001). Mittlerweile ist eine Reform des Finanzausgleichs zwischen den Kassen beschlossen worden, die Anreize zur Risikoselektion beseitigen soll. Die qualifizierte Versorgung chronisch Kranker in „Disease Management Programmen“ soll finanziell attraktiver werden. Ab 2007 will man bei der Mittelzuweisung auch die Morbidität der Versicherten berücksichtigen. Ob dies der Risikoselektion spürbar entgegenwirkt, bleibt abzuwarten. Insgesamt hat die Wettbewerbsordnung bereits in kurzer Zeit deutliche Spuren in der GKV hinterlassen. Die Kassen neigen stärker dazu, ihre Handlungen und gesundheitspolitischen Positionen nach ihren einzelwirtschaftlichen Interessen auszurichten. Damit geht die Gesamtverantwortung, die sie in der Vergangenheit für das Solidarsystem wahrgenommen haben, verloren. Auch die gesetzliche Pflicht zum „gemeinsamen und einheitlichen“ Handeln kann diesen Trend nur schlecht kaschieren.

Insgesamt sind die durch Strukturreformen erhofften Einsparungen nicht eingetreten, teils weil man sie nicht konsequent betrieben hat, teils weil sie ohnehin nur mittel- oder langfristig wirksam werden, vielleicht auch, weil sie generell überschätzt werden. Jedenfalls hielt der Ausgabendruck in der GKV an und führte bei Ärzten und Patienten zu wachsendem Unmut, insbesondere über die Arzneimittelversorgung. Die Ärzte beklagten die gesetzlich vorgeschriebene Kollektivhaftung bei Überschreitung der Arznei-

mittelbudgets, Patienten machten die Erfahrung, dass Ärzte die Verordnung von Medikamenten verweigerten oder ins nächste Quartal verlegten. Um „Ruhe in den Wartezimmern“ zu schaffen, hob Rot-Grün die Arzneimittelbudgets auf und ersetzte sie durch „weichere“ Regelungen, woraufhin die Arzneimittelausgaben in den ersten neun Monaten des

letzten Jahres um mehr als 11 % anstiegen. Vor allem deshalb mussten zahlreiche Kassen ihre Beiträge anheben. Der durchschnittliche Beitragssatz ist 2001 von 13,6 auf etwa 14 % gestiegen. Vermutlich werden in diesem Jahr weitere Erhöhungen folgen.

### Keine Kostenexplosion

Auch wenn Kostenargumente die Debatte um die Gesundheitsreform dominieren, können die Argumente für rigide Ausgabenbegrenzung kaum überzeugen. Insbesondere kann von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen keine Rede sein. Zwar sind die Beitragssätze zwischen 1975 und 2001 von 10,5 auf 14 % angestiegen, allerdings ist die Lohnquote im selben Zeitraum von 74 auf 65 % zurückgegangen. Die Kosten für Krankenbehandlung müssen also aus einem relativ geringeren Volumen bereit gestellt werden. Über die Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung durch die Krankenversicherung gibt zudem nicht der Beitragssatz Auskunft, sondern der Anteil ihrer Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Dieser ist seit 1975 nahezu konstant geblieben bei ca. 6 % geblieben. Der Anstieg der Beitragssätze verweist also auf ein Einnahmenproblem der GKV, nicht auf ein Ausgabenproblem – was nicht bedeutet, dass die Finanzmittel nicht weit rationeller eingesetzt werden könnten.

Immer häufiger werden rigide Ausgabenbegrenzungen damit begründet, dass der demographische Wandel, also der zunehmende Anteil alter, nicht erwerbsfähiger Menschen und die steigende Lebenserwartung, in den nächsten Jahrzehnten zu einem dramatischen Anstieg der GKV-Beitragssätze führen werde (z.B. Ulrich 1998). Allerdings sind die Prognosen über die künftige Ausgabenentwicklung stark übertrieben (Kühn 2001). So gibt es viele Hinweise, dass sich in Gesellschaften wie der Bundesrepublik der durchschnittliche Gesundheitszustand alter Menschen parallel zum Anstieg des Durchschnittsalters verbessert. Zudem fallen unabhängig vom Sterbealter die höchsten Ausgaben im letzten Lebensjahr an, nämlich durchschnittlich etwa 30 % der individuellen Behandlungskosten im Lebensverlauf. Entscheidend für krankheitsbedingte Ausgaben ist also die Nähe zum Tod, nicht das erreichte Lebensalter. Da jeder Mensch einmal sterben muss, kann die wachsende Anzahl alter Menschen nicht ausgabenexpansiv wirken. Zudem bringt das letzte Lebensjahr bei Hochbetagten weniger Ausgaben mit sich als bei Jüngeren.

Auch wenn altersbedingte Ausgaben zunehmen, werden sie also viel weniger steigen, als heute prognostiziert wird. Ein Systemwechsel in der GKV-Finanzierung lässt sich aus der demographischen Alterung jedenfalls nicht ableiten. Vielmehr könnte man diese als Herausforderung zur durchgreifenden Prävention und Gesundheitsför-





derung begreifen. Eine solche Politik könnte dazu beitragen, chronische Erkrankungen zeitlich hinauszuschieben und auf einen vergleichsweise kurzen Zeitraum vor dem Tode zu komprimieren („compression of morbidity“). Da Morbidität in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften eindeutig schichtabhängig ist (Wilkinson 1996), würde eine gegen soziale und gesundheitlicher Ungleichheit zielende Gesellschaftspolitik mittel- und langfristig auch zu einer verringerten Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen beitragen.

Hinzu kommt, dass die Beitragssätze maßgeblich von den Einnahmen bestimmt und daher mit Arbeitsmarkt-, Familien- und Migrationspolitik gestaltbar sind.

### Reformvorschläge

Konservative und Liberale präsentieren ihre bekannten Vorschläge, in deren Mittelpunkt die Privatisierung der Krankenbehandlungskosten steht. Auch bei den Grünen mehren sich die Stimmen, die mit einer solchen Politik liebäugeln (Gerlinger 2001). Die SPD hingegen hat sich inhaltlich noch nicht positioniert. SPD-Politiker bringen Vorschläge in Umlauf, die fast die ganze Breite des gesundheitspolitisch Vorstellbaren abdecken. Im Sommer hatte ein internes Papier des Bundeskanzleramts die Trennung des GKV-Katalogs in Grund- und Wahlleistungen erwogen. Auch diverse Stellungnahmen von SPD-Politikern wiesen in diese Richtung.

Mittlerweile hat auch Gesundheitsministerin Schmidt der Öffentlichkeit Überlegungen zur Gesundheitsreform präsentiert (BMG 2001), die immerhin eine Richtung andeuten. Bemerkenswert ist, dass sie einer Trennung in solidarisch finanzierte Grundleistungen und privat finanzierte Wahlleistungen eine klare Absage erteilt. Darüber hinaus erwägt sie, die Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze für die GKV anzuheben. Dies würde Besserverdienende finanziell stärker zur Verantwortung ziehen und ihnen den Eintritt in die Private Krankenversicherung erschweren. Diese Überlegungen heben sich von den Planspielen des Kanzleramts ab, weil sie auf eine Stärkung des Solidarcharakters der GKV zielen und eher quer zum politischen Makrotrend liegen. Böse Zungen behaupten aber, dass Ulla Schmidt bis zum Wahltag nur das soziale Profil der SPD repräsentieren soll. Danach würden die Karten ungeachtet der Wahlprogramme neu gemischt. Zudem könnte man eine durchgreifende Privatisierung von Krankenbehandlungskosten dem künftigen Koalitionspartner anlasten – sei es CDU/CSU, FDP oder Grüne. Zu den Konzepten aus dem BMG gehört auch, finanzielle Anreize

für die stärkere Inanspruchnahme von Hausärzten zu schaffen. Außerdem soll den Kassen ermöglicht werden, Einzelverträge mit Ärzten abzuschließen. Dies würde das bisherige Vertragsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) beseitigen, allerdings ohne dass diesen der staatliche Sicherstellungsauftrag für die ambulante Behandlung von Kassenpatienten entzogen werden soll.

Große Aufmerksamkeit hat ein jüngst im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstelltes Gutachten zur Zukunft des Gesundheitswesens erregt (Glaeske et al. 2001). In vielen Punkten stimme es mit der Bundesgesundheitsministerin überein. Es betont, dass weder demographische Alterung noch medizinischer Fortschritt zu einem dramatischen Anstieg der Gesundheitsausgaben führen müssen, wenn die Qualitätssicherung durchgreifend verbessert und nur noch Leistungen mit nachgewiesener Wirksamkeit angewendet werden („evidence-based medicine“). Auch wird erwogen, neue Quellen zur Finanzierung heranzuziehen.

Ein Kern dieses Konzepts besteht darin, den Wettbewerb, der bisher auf die Kassenseite beschränkt ist, auf die Leistungsanbieter auszuweiten. Vor allem schlagen sie vor, den KVen das Vertragsmonopol zu entziehen und den Sicherstellungsauftrag auf die Krankenkassen zu übertragen. Der Staat soll diesen einen Rahmen vorgeben. Einen zentralen Ansatz zur Lösung der Versorgungsprobleme im Gesundheitswesen sehen die Autoren also darin, auch die Leistungsanbieter in den Wettbewerb einzubeziehen. Gerade die KVen haben sich vor allem als Sachwalter ärztlicher Interessen betätigt und notwendige Reformen der Versorgungsstrukturen blockiert. Allerdings ist zu bezweifeln, ob die Kassen noch Gewähr für eine bedarfsgerechte, flächendeckende und hochwertige Versorgung bieten. Staatliche Vorgaben werden die wettbewerbsinduzierten, versorgungspolitisch unerwünschten Handlungsanreize wohl kaum neutralisieren. Gerade die gesundheitliche Versorgung ermöglicht viele Ausweichreaktionen. Der Wettbewerb ist für die Krankenkassen, weil es um ihren Bestand geht, ein mächtiger Handlungsanreiz.

### Die GKV vor einem Systemwechsel?

Ungeachtet der aktuellen Beteuerungen aus dem BMG wird die Privatisierung der Behandlungskosten nach der Bundestagswahl wahrscheinlich einen neuen Schub erhalten. Dies kann sich auf verschiedenen Wegen vollziehen: einer formellen Trennung von Grund- und Wahlleistungen, einer Festschreibung des Arbeitgeberanteils am Bei-

trag; einer fortschreitend restriktiven Interpretation des Leistungskatalogs und der zu Grunde zu legenden Wirtschaftlichkeitsmaßstäbe durch die Bundesausschüsse der gemeinsamen Selbstverwaltung – aus Sicht der Politik sicherlich die eleganteste Lösung. Wegen der Schichtabhängigkeit von Krankheit und Behandlungsbedürftigkeit würde eine Privatisierung von Behandlungskosten die soziale Umverteilung von unten nach oben verstärken. Ein solcher Wandel liefe darauf hinaus, das deutsche Gesundheitswesen stärker an den für das liberale Wohlfahrtsstaatsmodell typischen Merkmalen auszurichten (Esping-Andersen 1990). Mittlerweile hat sich auch ein parteienübergreifender Konsens herausgebildet, das Vertragsmonopol der KVen in seiner bisherigen Form zu beseitigen. Dabei ist im Moment kein tragfähiges Konzept sichtbar, wie wettbewerbliche Steuerung und öffentliche Verantwortung für eine alles Notwendige umfassende Versorgung miteinander vereinbart werden sollen. Insbesondere ist unklar, wie ohne massive Verwerfungen in der Versorgungslandschaft über Preis und Wettbewerb zu steuern wäre. Jedenfalls besteht die Gefahr, dass Versicherte und Patienten es angesichts Kassenwettbewerb, Budgetierung und Pauschalvergütung nur noch mit Akteuren zu tun haben, die an einer Begrenzung von Leistungen interessiert sind.

### Literatur

- Braun, Bernard (2000): Rationierung und Vertrauensverlust im Gesundheitswesen – Folgen eines fahrlässigen Umgangs mit budgetierten Mitteln? Bremen, Schwäbisch-Gmünd
- BMG (2001): Bundesgesundheitsministerium: Presseerklärung Nr. 133 vom 5. Dezember 2001
- Deppe, Hans-Ulrich (2000): Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems, Frankfurt a.M.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge
- Gerlinger, Thomas (2001): Die Gesetzliche Krankenversicherung vor dem Systemwechsel? Gesundheitspolitik am Scheideweg, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2001, 345-354
- Glaeske, Gerd et al. (2001): *Weichenstellungen für die Zukunft – Elemente einer neuen Gesundheitspolitik*, Berlin
- Kühn, Hagen (2001): Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und das Instrument der Budgetierung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper P 01-204
- Rosenbrock, Rolf (2001): Der neue § 20 SGB V als Gestaltungsherausforderung für die Selbstverwaltung der GKV, BKK 2001, 12-17
- Simon, Michael (2001): Die Ökonomisierung des Krankenhauses. Der wachsende Einfluss ökonomischer Ziele auf patientenbezogene Entscheidungen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper P 01-205
- SVRKAIG (2000/2001): Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Jahresgutachten 2000/2001, 3 Bde.
- Ulrich, Volker (1998): Das Gesundheitswesen an der Schwelle zum Jahr 2000 Universität Greifswald, Diskussionspapier 1/98
- WHO (2000): World Health Organization, World Health Report 2000. Health Systems: Improving Performance, Genf
- Wilkinson, Richard G. (1996): *Unhealthy Societies. The Afflictions of Inequality*, London

# High Potentials auf Erfolgskurs bringen.

## Die „Kommunalakademie“ aus Sicht einer Trainerin

Von Ulla Zumhasch

Mit folgendem Beitrag setzen wir unsere Reihe zum Generationenaufbau in der SPD fort. Weitere Artikel werden folgen  
Die Redaktion

Als die Bundes-SPD und die Bundes-SGK Ende des Jahres 2000 mit dem Kooperationsprojekt „Kommunalakademie“ die Initialzündung für eine spezielle Nachwuchsförderung junger kommunaler Mandatsträger/innen gaben, war der Erfolg dieser Maßnahme durchaus ungewiss.

Würden sich genügend junge, talentierte Kommunalpolitiker/innen finden, die die Bereitschaft für eine insgesamt 18-tägige Weiterbildung mitbringen, verbindlich an sechs Wochenenden die „Kommunalakademie“ besuchen wollen?

Würden die Parteigremien diese gezielte „Personalentwicklungsmaßnahme“ unterstützen, einmal durch die geforderte finanzielle Mitbeteiligung, aber auch durch die „Talentsuche“ nach geeigneten Teilnehmer/innen und geeigneter Mentoren/innen für die Absolventen/innen der Kommunalakademie?

Diese Fragen, die noch bei der Konzept- und Curriculumentwicklung der Kommunalakademie, den Auftraggeber, vor allem aber uns Trainer/innen bewegten und uns manche schlaflose Nacht wegen des hohen Erwartungsdruckes bescherten, sind „Schnee“ von gestern. Die Kommunalakademie ist ein Erfolg und hat die Erwartungen, die in sie gesetzt wurde, bestätigt. Mittlerweile sind in jeder Region unseres Landes die Startkurse abgeschlossen und die Teilnehmer/innen

haben, wenn auch in regional unterschiedlicher Intonation und unterschiedlichem Temperament, eine positive Resonanz gezogen. Hier einige Erfolgsfaktoren, die für die Abschlussbewertung hervorgehoben wurden.

- Das hohe Potenzial an politischer, sachlicher und sozialer Kompetenz, dass durch die

TeilnehmerInnen selbst in diesen Kursen zusammenkam. „Hier hätten sie gelernt, konstruktiv mit Unterschiedlichkeit umzugehen, Netzwerke zu knüpfen und sich selbst im Lernen zu unterstützen, zu aktivieren und zu motivieren.“ Diese Impulse gehen weit über die Kurszeit hinaus. Ein angehender Bürgermeister in Baden-Württemberg hat auf diese Weise ein „Beraterteam“ gewonnen, das ihn darüber hinaus auch in ganz praktischer Weise bei Hausbesuchen und besonderen Veranstaltungen unterstützt.

- Die Wertschätzung, die mit diesem Angebot den Nachwuchskräften von den Projektverantwortlichen entgegengebracht wurde. „Wir wissen das Angebot sehr zu schätzen“, formulierte es eine Teilnehmerin, „durch die Parteiprominenz auf den Kaminabenden, durch die fachlich versierten ReferentInnen und durch das gute, niveauvolle Trainingskonzept, wurde uns deutlich, dass der Partei an uns gelegen ist, so etwas habe ich von der Partei noch nie erlebt.“

- Die „Kommunalakademie“ hat einen „Motivationschub“ vermittelt. Trotz der zeitlichen Belastung, fühlten sich die KommunalakademikerInnen nach Ablauf der sechs Module gut gerüstet, neue Aufgaben und Herausforderungen anzugehen oder zielorientierter und effektiver den kommunalpolitischen Alltag zu bewältigen. Motivierend waren auch die Erfolge, die einige „Kommunalakademiker/innen in der Zwischenzeit bei Wahlen und Nominierungsverfahren für sich verbuchen konnten. Sie wurden nicht nur als Einzelleistung verstanden, sondern auch als

Mannschaftserfolg gewertet.

Ausschlaggebend für den Erfolg der Kommunalakademie war auch das Trainingskonzept. Solch ein Konzept ist in dieser Form bisher in der politischen Erwachsenenbildung nicht bekannt. Die ungewöhnliche Form von Sachhalten einerseits, politischer Orientierung und

praktischer Realisierungsmöglichkeiten andererseits und der Entwicklung von Methoden- bzw. Prozesskompetenzen erfordert eine hohe Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit der TeilnehmerInnen: es ist eine Art beschleunigten Lernens durch Praxis und Reflexion, wie es in der Regel für hoch angesetzte Führungstrainings eingesetzt wird. Das Angebot reichte von Moderationstechniken zur Verbesserung der Gremienarbeit, verschiedener Gesprächsformen für Bürgerdialoge, Verhandlungsstrategie für Haushaltsberatungen, Zielklärung für politische Strategieentwicklung, Zeitmanagement und Selbstorganisation für die Vereinbarkeit von Beruf, Mandat und Privatleben. Und jede Menge „durchgeplanter Projekte“, die vor Ort in die Praxis umgesetzt werden können.

Die „High Potentials“ genießen sich nicht, auch über eigene „Karrierewünsche“ zu sprechen, sind häufig sehr pragmatisch und handlungsorientiert, haben aber das „Feuer“ und den „Esprit“ für die Gestaltung ihrer Umwelt und das Engagement für die Mitmenschen nicht verloren. Sie lassen sich auch durch Rückschläge nicht entmutigen, vor allem haben sie sich gegen die im Parteileben so häufig verbreiteten Viren „Defizitorientierung“ und „Jammerkultur“ geimpft.

Dies war auch notwendig, denn bei aller positiven Resonanz, war es häufig doch schwer, aus dieser „virtuellen Fraktion“ der Kommunalakademie, wieder in die „eigene Fraktion“ zurückzukommen. So manche/r musste die Erfahrung machen, dass die „innovativen Ideen und Methoden“ nicht nur als Bereicherung für die Fraktionsarbeit verstanden wurden, sondern als „Störmanöver“ kritisiert wurden. Hier waren wir nicht nur als Trainer/innen gefragt, sondern als Coach und Berater/in, die selber genügend Erfahrung in der kommunalpolitischen Arbeit mitbringen, um hier hilfreiche Strategien anzubieten, mit Widerständen umzugehen und Kommunikationsfallen zu vermeiden.

Die Kommunalakademie wird in diesem Wahljahr ausgeweitet. Es stehen nicht nur 100 Plätze, sondern 150 Plätze zur Verfügung. Einzelne Regionen und Landesverbände wollen die Kommunalakademie ebenfalls anbieten. So will die NRW-SPD in Kooperation mit der Landes-SGK ebenfalls 40 Nachwuchskräfte qualifizieren.

Wer Näheres über das Konzept erfahren möchte, kann sich an das PoliKon-Team wenden: Hannah Schmidt-Kuner, Am Berg 24, 52076 Aachen Tel./Fax: 02408/4502

Ulla Zumhasch, Organisationsberaterin, Supervisorin, Managementtrainerin, politische Erfahrung aus Mandaten im Landtag, Kreistag und Rat, lebt in Ostbevern

# Chancengleichheit – neu bedacht

Von Dieter Wunder

PISA – die Untersuchung von anwendungsbezogenen Schulleistungen bei 15jährigen – hat für die allgemeine Öffentlichkeit einen bildungspolitischen Skandal deutlich gemacht: In Deutschland werden Kinder der unteren Schichten, darunter die Kinder von Zuwanderern, in besonderer Weise – stärker als in vielen anderen Ländern – durch die Schule benachteiligt. Wie ist diese Ungerechtigkeit aus einer ‚linken‘ Sicht von Bildungspolitik zu werten?

## Fehlschläge im Bemühen um Chancengleichheit

Wer die Debatte der letzten 20 Jahre in der (westlichen) Bundesrepublik im Kopf hat, weiß, dass das Thema Chancengleichheit bildungspolitisch lange Zeit ein Unthema war, und dies in einem Land, deren westlicher Teil Chancengleichheit in den 60er und 70er Jahren in den Mittelpunkt seiner Bildungspolitik gerückt hatte. Die Ursachen liegen nicht allein im konservativen Zeitgeist der 80er Jahre, der im übrigen die Politik nicht ausschließlich bestimmte – man erinnere sich beispielsweise des bildungspolitischen Aufbruchs im Saarland seit 1985 (KM Breitenbach) –, sondern auch in der Tatsache, dass die Erfolge der Politik der Chancengleichheit begrenzt waren: Arbeiter- und Immigrantenkinder blieben meist außen vor. Der Schwung der Bildungsreform versandete im Kampf um Ausbildungsplätze oder in der mühsamen Arbeit von Haupt- oder Gesamtschulen in sozialen Brennpunkten. Zuweilen hatte man den Eindruck: die ‚Rückkehr‘ der Arbeitslosigkeit als Massenphänomen in die Gesellschaft der westlichen Bundesrepublik ließ das Thema Chancengleichheit zum Luxusprodukt des Vollbeschäftigungszeitalters werden. Bezeichnend ist die Tatsache, dass das wichtigste Gutachten zur Bildungspolitik seit dem Ende des Bildungsrates (1975), die sog. Rau-Denkschrift (1995), Chancengleichheit nur noch als Formel, nicht mehr als Thema behandelt. Erst in den letzten Jahren ist, teilweise angestoßen durch den UNESCO-Bericht ‚Delors‘ (1996), Chancengleichheit wieder als bildungspolitische Aufgabe begriffen worden, etwa durch die Gesellschaft Chancengleichheit, das Forum Bildung und die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung.

Vergleicht man die heutige Diskussion zu Chancengleichheit mit der der (westdeutschen) Bildungsreform der 60er und 70er

Jahre – ein Studium der DDR-Bemühungen um Chancengleichheit, ihren Erfolgen und ihren Fehlschlägen, wäre sicherlich aufschlussreich –, so zeigen sich auffällige Verschiebungen.

Damals ging es um das „katholische Arbeitermädchen vom Lande“. Drei der vier Merkmale (Frauen, ländliche Gebiete, Konfession) sind inzwischen keine Benachteiligungstatbestände mehr, wenn auch die Region (z. B. Niederbayern, Hohenlohe, Sauerland) nach wie vor ein Hemmnis für das Erreichen besserer Schulabschlüsse sein kann; die inzwischen erreichte Vorrangstellung von Mädchen bei qualifizierten Schulabschlüssen hat noch keineswegs zur allgemeinen gesellschaftlichen Gleichstellung geführt – dafür steht heute das Programm gender mainstreaming. Aber, ‚Arbeiterkinder‘ sind nach wie vor benachteiligt,

zumal wenn es sich um Immigranten handelt. Letztere Gruppe schien bis Anfang der 90er Jahre aufzuholen, fällt aber inzwischen gravierend zurück. Hier macht sich der Mangel einer Einwanderungspolitik schmerzlich bemerkbar.

## Die Fehlschläge der Politik

Chancengleichheit haben viele Ursachen. Das Konzept Gesamtschule ist zumeist als ‚vierte‘ Schulform verwirklicht worden, Lernen in heterogenen Gruppen wurde damit verabschiedet; die soziale Zusammensetzung vieler Gesamtschulen verschärft diese Problematik. Viele Lehrpersonen haben zudem auch in der Gesamtschule mit der homogenisierenden Konzeption Schülertypen gearbeitet („wir haben zu wenig Gymnasiasten“). Die Entwicklung einer Pädagogik der Heterogenität und Differenz – die Fähigkeit, Unterschiede zu diagnostizieren und dementsprechend pädagogisch zu handeln – unterblieb weitgehend.

Erst neuerdings ist, wesentlich durch das OECD-Konzept des ‚Lebenslangen Lernens‘ angestoßen, ein breit angelegtes Programm zur Behebung von Benachteiligungen entwickelt worden. Besonders intensiv ist das vorschulische Alter zu nutzen, das die Grundlage für Erfolg oder Scheitern legt; während der gesamten Schulzeit sind spezi-

fische Bemühungen zugunsten Benachteiligter notwendig; eine Ganztagschule(!) kann ihnen zusätzliche Unterstützung geben; die Weiterbildung muss Menschen immer wieder Chancen geben.

Grenzen des Konzepts Chancengleichheit  
Das angedeutete Programm Chancengleichheit stößt an Grenzen:

1. Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte lässt nur die Verwirklichung eines Teils weitgehender Pläne zu. Am deutlichsten zeigt sich dies derzeit beim Vorhaben, die Ganztagschule nach Bedarf einzurichten; bisher hat allein die Landesregierung Rheinland-Pfalz sich an die Umsetzung gemacht. Alle

anderen Regierungen wollen aus finanziellen Gründen nur betreuende, nicht bildende Ganztagsangebote in der primären Verantwortung der Kommunen einrichten. In der Auseinandersetzung über

**Eine Politik der Chancengleichheit muss primär in der frühkindlichen Bildung und im Weiterbildungssystem investieren.**

Prioritäten entscheidet sich, ob Chancengleichheit, Eliteförderung, die Interessen der Mittelschichten oder bildungsfremde Gesichtspunkte wie Frauenförderung oder Arbeitsmarktpolitik Vorrang haben.

Eine Politik der Chancengleichheit muss primär in der frühkindlichen Bildung und im Weiterbildungssystem investieren. Aus einer Gesamtsicht auf das Bildungssystem ist unter Gesichtspunkten der Gerechtigkeit zu klären, was der Staat leisten kann, was die Individuen aufbringen müssen. Die Finanzierung des Hochschulstudiums sollte dann nicht mehr mit der Alternative unzureichendes Bafög versus Studiengebühren diskutiert werden; wichtiger wäre es, das Studium finanziell voll abzusichern, ohne jedes jobben, z. B. durch ein neues Stipendiensystem für alle oder ein neues Finanzierungssystem, wie es der Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung und die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung vorgeschlagen haben.

2. Schon in der Phase der westdeutschen Bildungsreform hatte es eine ‚linke‘ Grundsatzdebatte über die Grenzen des Konzeptes Chancengleichheit gegeben. Bildung kann die Ungleichheit der Gesellschaft nicht beseitigen, Ergebnisgleichheit ist nicht machbar. Wir leben in einer Gesellschaft der Ungleichheit; derzeit gibt es kein realistisches und humanes Projekt, gesellschaftlich Gleichheit herzustellen.

Ziel kann mithin nur sein, gesellschaftliche Ungleichheit wo immer möglich zurückzu-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



drängen und die tatsächliche Ungleichheit so wenig wie möglich auf die Lebenschancen von Menschen durchschlagen zu lassen. Dieses Bemühen hat Gegner. Zum Beispiel diejenigen, die vor Jahren vor einer Überqualifikation warnten, die für die Akzeptanz einfacher Arbeit und Ausbildung plädieren (man dürfe Menschen nicht unzufrieden machen) oder diejenigen, die Investitionen zugunsten von Chancengleichheit für Luxus halten.

#### Der gesellschaftspolitische Aspekt

Chancengleichheit ist ein dynamisches Programm. Es begnügt sich nicht mit einem jeweils erreichten Stand, sondern fordert immer wieder heraus, neue Wege zu suchen. Insofern war der Vorwurf Konservativer an die Bildungsreformer vor 30 Jahren, hier werde Gesellschaftsveränderung betrieben, nicht unberechtigt. Es ging zwar realistisch gesehen nie um eine wirkliche Gefährdung der bestehenden Ordnung, wohl aber die Stärkung der Kräfte der Eigenverantwortung des Menschen, seiner Emanzipation aus vorgegebenen Verhältnissen, um Bildung ungeachtet arbeitsmarktpolitischer Verwertbarkeit. Die Ergebnisse eines breit angelegten Programms der Qualifizierung aller Menschen sind nicht vorherzusagen, die Wirkungen nicht berechenbar.

Das konservative Menschenbild akzeptiert die Ungleichheit der Menschen, deutlich etwa im unreflektierten Gebrauch des Begriffes Begabung; Gründe der Fürsorge oder ökonomischer Nachteile ergänzen oder korrigieren diese Grundeinstellung. Die konservative bayrisch-sächsische Zukunftskommission ging sogar soweit, wohl unter dem Einfluss U. Becks, Chancengleichheit im Bildungswesen zu fordern, um die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit erträglich zu machen. Linke sehen hingegen den Menschen als nicht festgelegt durch Geburt oder soziales Schicksal; gesellschaftliche Un-

gleichheit, die soziale Spaltung, ist Anstoß, immer wieder neu über Wege zu ihrer Relativierung und Reduzierung nachzudenken und für die Verbesserung der Lebenschancen aller zu kämpfen.

Auf diesem Hintergrund wird der Stellenwert von Bildung für ein gesellschaftspolitisches Konzept der Gerechtigkeit

und Gleichheit deutlich. Der Zugang zu Bildung ist zentral für die Lebenschancen eines Menschen: Bildung stützt die Gleichheit der demokratischen Bürgerinnen und Bürger, reduziert die Abhängigkeit der persönlichen Lebensführung von sozio-ökonomischen Bedingungen und grenzt die gesellschaftliche Ungleichheit ein. Die Ermächtigung zur freien Gestaltung des eigenen Lebens ist die Hauptaufgabe von Bildung. Axel Honneths neue Definition von Gerechtigkeit könnte in diesem Zusammenhang weiterführend sein: „Gerecht ist das, was es dem einzelnen Mitglied unserer Gesellschaft in Kooperation mit anderen erlaubt, seine Lebensziele in größtmöglicher Autonomie zu verwirklichen.“

Das Chancengleichheitsprogramm muss also zugleich ein Freiheitsprogramm sein, z. B.

als Vorbereitung eines jungen Menschen auf die Arbeitswelt, so dass er/ sie sich mit Selbstbewusstsein ihren Anforderungen stellen kann, als Recht eines jeden Menschen, seine kulturellen Eigenheiten (türkischer Herkunft, moslemischer Tradition, regionalen Bezugs usw.) zu pflegen, als Recht eines jeden

Menschen, seine unterschiedlichen Anlagen ohne die Zwänge des Arbeitsmarktes und sonstiger gesellschaftlichen Verwertbarkeit zu entfalten,

als Befähigung eines jeden Menschen, sich gesellschaftspolitisch für Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit zu engagieren.

Dementsprechend ist die Fortführung der Bildungsexpansion - mehr junge Menschen sollen bessere Abschlüsse erhalten - eine zentrale Forderung. Allerdings kann dies nicht heißen, alle jungen Menschen in die gymnasiale Oberstufe zu bringen. Dies wäre die Privilegierung einer einseitigen Tradition und Denkweise (auch wenn Heydorn solches einst nahe legte), die den Interessenlagen vieler entgegenstehen würde. Die Entwicklung der beruflichen Bildung als der an-

deren Tradition und Denkweise sollte entsprechend dem Denkansatz von H. Blankertz zu einem Hauptfokus von Bildungspolitik werden.

#### Zivilgesellschaft

Der Traum von der Gesellschaft der Freien und Gleichen ist ein starker Orientierungspunkt für linke Gesellschaftspolitik. Was dieses nach dem Ende der Hoffnungen auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung heißen könnte, ist unklar. Zum Schluss meiner Überlegungen kann ich nur andeuten, in welcher Richtung Antworten gesucht werden könnten.

Im Konzept Zivilgesellschaft liegt die Vision einer Gesellschaft vor, in der die Menschen ihre Angelegenheiten soweit wie möglich in die eigenen Hände nehmen; Demokratie wird aus einer Herrschaftsform zu einer Lebensform. Der Glaube an staatliche Voraussetzung, Weisheit und Steuerung erweist sich als konservativ, denn er löst Aufgaben wie Chancengleichheit nur unzureichend. Insofern ist eine Neubestimmung der Rolle des Staates ungeachtet seiner seit dem 11. September zu beobachtenden Aufwertung fällig, bei der Traditionen des Genossenschaftswesens wie auch Überlegungen des Kommunitarismus einzubeziehen, die Prinzipien Solidarität und Partizipation umfassend zu interpretieren wären.

Bildungspolitisch lassen sich aus dem Konzept Zivilgesellschaft verschiedene Folgerungen ableiten. Die Erziehung zur Verantwortung für das eigene Lernen, für andere Menschen wie für die Gesellschaft ist aus zivilgesellschaftlicher Sicht eine grundlegende Aufgabe von Bildungseinrichtungen. Ihre näher zu bestimmende - Autonomie ist eine Voraussetzung für demokratische Bildungspolitik: nur dann wird ein Eingehen auf die spezifischen Probleme eines Stadtteils oder einer Region möglich sein, werden neue Wege ohne bürokratische oder politische Hindernisse erprobt werden können. Auch private Schulen sind nicht mehr bedingungslos abzulehnen - Glocksee und manche andere Schule sind eine Bereicherung der Schullandschaft.

#### Die Rolle der OECD

An der gegenwärtigen Diskussion über Chancengleichheit fällt auf, dass sie stark von internationalen Impulsen - OECD, Unesco - bestimmt wurde und wird. Das Handeln dieser internationalen Organisationen steht unter dem Verdacht, dem globalisierten Kapital zuzuarbeiten. Mit Sicherheit sind OECD-Vorschläge immer in ihrem ökonomischen Kontext zu sehen, allerdings muss die bildungspolitische Zielsetzung der OECD - lebenslanges Lernen, Augenmerk auf die Benachteiligten - aufhorchen lassen. Bildung erhält eine besondere Aufmerksamkeit, sicherlich wegen der besonderen Produktivkraft des Humankapitals wie auch wegen der Probleme, die nicht qualifizierte

**Der Traum von der Gesellschaft der Freien und Gleichen ist ein starker Orientierungspunkt für linke Gesellschaftspolitik.**

Menschen für eine Wissensgesellschaft aufwerfen, vielleicht aber auch, weil die dort agierenden Personen einen nationalen Hintergrund haben, in dem soziale Probleme Anlass zum politischen Handeln sind. Offensichtlich wird Bildung international nicht nur als Funktion der globalen Ökonomie diskutiert, sondern auch in ihrem Eigenrecht.

Jedenfalls sollte es Aufgabe einer linken Bildungspolitik sein, Konzepte zu entwickeln, die angesichts der Globalisierung Handlungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen stärken - dazu gehört etwa die Eigenverantwortung junger Menschen bereits in der Schule und im Lernen, die Eigenständigkeit im Denken und Handeln, die bewusste Entscheidung für die solidarische Verant-

wortung gegenüber anderen Menschen, das Verstehen anderer Kulturen ebenso wie die Fähigkeit, sich Attacs im Kampf für gerechte Ordnungsprinzipien der globalen Welt zu 'bedienen'.  
spw 1/2002

#### Literatur:

Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung, Bildungsfinanzierung in der Wissensgesellschaft, Berlin Juni 2001  
Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung, Chancengleichheit oder Umgang mit Gleichheit und Differenz, Berlin Nov. 2001  
Bildungskommission NRW, Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft, Neuwied 1995  
Forum Bildung, Förderung von Chancengleichheit (Materialien 6), Bonn 2001

Forum Bildung, Empfehlungen, Bonn Nov. 2001  
Gesellschaft Chancengleichheit, Potsdamer Erklärung: Chancengleichheit - Leitbegriff für Politik und Gesellschaft im 21. Jahrhundert, Potsdam Jan. 2000  
Axel Honneth, Identitätsfindung durch einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff, in: Kommune 19:4, 2001, S. 6-12, hier: S. 10  
Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung, Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung, Düsseldorf Okt. 1998  
Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung, Jugend, Bildung und Zivilgesellschaft, Düsseldorf März 1999  
Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland Teil III, Bonn Nov. 1997  
Unesco-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert, J. Delors u.a., Lernfähigkeit: unser verborgener Reichtum, Paris 1996, dt. Neuwied 1997

# Öffentliche Daseinsvorsorge – private Wirtschaft

## Kritik an der neoliberalen Ideologie

Von Heinz-J. Bontrup

### 1. Vom Keynesianismus zum neoliberalen Wettbewerbsmodell

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland galten noch ordoliberalen Vorstellungen einer zwar marktorientierten aber auch einer sozialstaatlich verpflichteten Wirtschaftsverfassung. Diese sollte einen „sozial temperierten Kapitalismus“ (Oswald von Nell-Breuning) ermöglichen. Der geistige Vater der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, hatte die Rolle des Staates in diesem System der Kooperation zwischen ökonomischen Wettbewerb und sozialem Ausgleich wie folgt beschrieben: „Der Staat hat die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen (...) zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung, und es wäre eine Farce, nur den unbeeinflussten Marktprozess zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten.“ Auf Basis des 1967 verabschiedeten „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ wurde dieser Grundgedanke zum Gesetz und unter der sozial-liberalen Regierung Brandt ab 1969 zum umverteilenden Sozialstaat ausgebaut. In der

Wirtschaftswissenschaft und auch in der Politik war damals der Glaube an eine stabile rein marktwirtschaftliche Entwicklung nicht vorhanden. Spätestens seit John Maynard Keynes 1936 gezeigt hatte, dass die private Wirtschaft aus eigener Kraft zur Krisenüberwindung unfähig ist, war klar, dass nur der Staat durch eine antizyklische Finanzpolitik, unterstützt durch eine abgestimmte und expansive Geldpolitik, die Krise beheben kann. Dieser ordnungstheoretische Geist, als Konvergenz von markt- und staatlichen Instrumenten in Form eines „Dritten Weges“ (Vgl. Sik, Ota, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg, München 1976), herrschte allerdings nicht lange. Vollbeschäftigung und eine steigende Staatsquote wirkten vor dem Hintergrund einer bereits stark konzentrierten und vermachteten privaten Wirtschaft inflationäre Prozesse, die mit der Wirtschaftskrise von 1974/75 zu einer Stagflation, also Inflation plus Stagnation führten. Mit der Regierungsübernahme durch Helmut Schmidt wurde die Ablösung vom Keynesianismus vorbereitet. Eine von nun an nur noch halbherzig durchgeführte Beschäftigungspolitik konnte die sich immer mehr aufbauende Massenarbeitslosigkeit bis heute nicht mehr beheben. Die keynesianische Theorie der Vollbeschäftigung wurde

immer mehr demontiert. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Vollbeschäftigung und ein starker Staat gegen die Interessen des Kapitals richten. Schon 1943 hat hierauf der bedeutende Ökonom Michael Kalecki hingewiesen. Das Kapital benötigt zumindest Phasen der Unterbeschäftigung zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Denn erst unter dem Druck der Arbeitslosigkeit gewinnen die Unternehmen wieder die Macht auf den Arbeitsmärkten zurück. Lohnabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen können so ohne große Probleme umgesetzt werden. Es kommt zu einer beabsichtigten Umverteilung zur Gewinnquote. Gleichzeitig verlangt das Kapital von der Politik eine Deregulierung der privaten Arbeitswelt, die Privatisierung von Staatsbetrieben und selbstverständlich Gewinnsteuersenkungen, die durch entsprechende Staatsausgabenkürzungen im Sozialbereich finanziert werden sollen.

Der Angriff der neoklassisch-monetaristischen Theorie auf das keynesianische Lehrgebäude wollte aber nicht nur den in die private Wirtschaft intervenierenden Staat bekämpfen, sondern außerdem die Gesellschaft ideologisch und ordnungstheoretisch auf die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche vorbereiten. Die ökonomische Methode der Eigennutzoptimierung, das Prinzip des Egoismus, müsse weit über die Wirtschaft hinaus auf den Staat und die Gesellschaft zur Verstetigung der Marktfreiheit ausgedehnt werden, ansonsten bedrohe der

Staat die persönliche individuelle Freiheit. Alle Lebensbereiche seien dem Diktat des Wettbewerbs unterzuordnen. Diese nachhaltige Forderung gilt insbesondere seit man von einer Globalisierung und Liberalisierung der Märkte spricht. Wettbewerb ist spätestens seit dem „zum wichtigsten Ziel von Industriellen, Bankern und Handels- und Industriebehörden der Regierungen geworden. Industrielle, Politiker, Ökonomen, Finanzmagnaten, Technologen und Gewerkschafter haben die Wettbewerbsmetapher zu ihrem Credo gemacht. Der Wettbewerbsimperativ steht im Mittelpunkt ihrer Diskussionen und Vorschläge. Der Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit ist die am meisten debattierte wirtschaftliche Frage der letzten zwanzig Jahre.

Ende der sechziger Jahre wurde dann die Theorie aufgestellt, dass die Marktform Oligopol die größte Wettbewerbsintensität garantiere. Dies war der theoretische Freibrief für ab nun verstärkt ablaufende Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft. „Nun fusioniert mal schön“, forderte der damalige Wirtschaftsminister Karl Schiller. Wettbewerb wurde so immer mehr ausgehöhlt. In der wirtschaftlichen Realität versuchen die Unternehmen wo sie nur können den wettbewerbliehen Abhängigkeiten aus dem Wege zu gehen. Um ihre Gewinne zu maximieren, beschränken sie den Wettbewerb durch Absprachen (Kartellbildungen) oder schalten den Wettbewerb völlig aus. Schon Adam Smith, der geistige Vater der marktwirtschaftlichen Ordnung, schrieb 1776: „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zur Zer-

streuung, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.“ Der bekannte Ökonom und Soziologe Werner Hofmann stellt deshalb fest, dass der Monopolismus das „legitime Kind der freien Konkurrenz“ ist und keineswegs (wie

es der neoklassische Ökonom Walter Eucken sah) der „Wechselbalg einer staatlichen Regulierungspolitik, die etwa einem spontanen Wettbewerbsverlangen der Privatwirtschaft zuwidergelaufen wäre. Kein Einzelwirt-

schafter bzw. Unternehmer will das Verhältnis der Konkurrenz, dem er unterworfen ist. Freier Wettbewerb, mit allen Überraschungen, die er bietet, widerspricht einem allgemeinen und elementaren Bedürfnis erwerbswirtschaftlichen Handelns schon darin, dass er die Kalkulierbarkeit der Chancen sehr beschränkt.

Eine weitere ideologische marktwirtschaftliche Fundamentalthese geht von der „Herrschaft des Konsumenten“ über die Produzenten aus. Hierbei wird das Konsumenteninteresse als ein Allgemeininteresse definiert, während das Produzenteninteresse lediglich als ein Partialinteresse eingestuft wird. Die marktwirtschaftliche Zielvorstellung, die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung optimal zu befriedigen, steht allerdings konträr (widersprüchlich) zum einzelwirtschaftlichen (betriebswirtschaftlichen) Ziel einer Unternehmung nach Gewinnmaximierung. Unternehmen wollen Märkte (Konsumenten) nicht bedarfsgerecht versorgen bzw. wirtschaftliche Knappheiten mindern, sondern eher künstliche Knappheiten durch

Anwendung subtiler Marketinginstrumente laufend neu schaffen um Gewinne zu erzielen und um diese permanent zu steigern.

Der Verbraucher wird in der marktwirtschaftlichen Modellwelt völlig realitätsfremd zu einer „Gegenmacht“ zu den Produzenten hochstilisiert, die in Wirklichkeit nicht existiert. Im Gegenteil: Verbraucherinteressen werden heute nur soweit berücksichtigt, wie es zur Förderung der Erzeugerinteressen notwendig ist. In der Regel scheidet die sog. „Konsumentensouveränität“ schon an einer fehlenden Markttransparenz beim Verbraucher, die über die „Motivationsmacht“ Werbung noch zusätzlich vergrößert und nicht, wie immer wieder fälschlich behauptet, verbessert wird.

## 2. Neoliberale wollen einen „Nachtwächterstaat“

Die Unordnung und Schwäche einer Wettbewerbswirtschaft, die nicht die Interessen der Konsumenten vertritt und durch Konzentrationsprozesse zu einer immanenten Aushöhlung marktwirtschaftlicher Ordnungen führt, wollen Neoliberale ernsthaft mit einem schwachen Staat koppeln. Dabei beinhaltet schon die Botschaft von John Maynard Keynes zwei wesentliche Elemente: Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Wettbewerbsordnungen kann nur durch staatliche Maßnahmen beseitigt werden: entweder durch eine Erhöhung der Geldmenge und/oder durch eine expansive staatliche Ausgabenpolitik. Eine weitere wesentliche keynesianische Erkenntnis ist, dass Arbeitslosigkeit nicht – wie es die Neoklassik behauptet – das Ergebnis vollbeschäftigungsinkonformer Löhne oder angeblich sonstiger Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ist. Die Arbeitsnachfrage wird vielmehr als derivative Größe, als Resultat der sich auf den Güter- und Kapitalmärkten einstellenden Gleichgewichte determiniert. Dem steht heute in verschärfter Form der neoklassische Mainstream in Wissenschaft und Politik gegenüber. Die wichtigsten Gründe für Arbeitslosigkeit sind hier zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten sowie eine staatliche Alimentierung von Arbeitslosen durch Lohnersatzleistungen in Form von Arbeitslosengeld und –hilfe.

Die von Neoklassikern hieraus abgeleitete Therapie setzt auf Lohnsenkungen und eine immanente Arbeitsmarkt-Regulierung sowie Steuererleichterungen, insbesondere für Unternehmen, sowie auf eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, aber auch zu Lasten der Unternehmen durch eine Senkung der öffentlichen Aufträge bzw. Investitionen. Außerdem wird ein „schlanker Staat“ gefordert, der durch Entbürokratisierung und Privatisierung von bisher staatlich erbrachten Leistungen durchgesetzt werden soll. Gemessen an den erklärten Zielen, die mit der Privatisierung verfolgt werden, müssen ihre bisherige

## Der Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit ist die am meisten debattierte wirtschaftliche Frage der letzten zwanzig Jahre.

...wissen, was die SPD-Linke diskutiert –

spw



spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis.

spw steht für die Verständigung radikalreformerischer Kräfte aus dem Umfeld von SPD, Grünen und PDS.

In spw publiziert das Forum DL21.

Wir wissen: eine rot-grüne Bundesregierung allein ist keine Garantie für sozial-ökologische Reformen. Wer eine zivile und gerechte Gesellschaft will, muss auch gesellschaftlichen Druck organisieren.

In spw lesen Sie, was und mit wem die Linke in der SPD diskutiert, damit sozialdemokratische Grundsätze Politik werden.

spw, die ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT, erscheint 6-mal jährlich mit einem Umfang von je 60 Seiten.

Kostenloses Probeheft:

www.spw.de oder Fax 02 31 – 40 24 16

gen Ergebnisse ebenso wie ihre weiteren Perspektiven allerdings kritisch beurteilt werden.

Erstens das Aufbrechen nationaler Marktherrschaft oder quasi-monopolistischer Positionen ist in der Regel nicht erfolgt. Aus den staatlichen Monopolen des öffentlichen Sektors sind vielmehr in der Regel private Monopole oder enge Oligopole entstanden. Preissenkungen waren nur temporärer Natur, dafür gab es aber immer Massenerlassungen, die zu allem Überfluss noch mystifizierend mit einer nicht erfolgten Wettbewerbszunahme erklärt wurden.

Zweitens hat auch die Dezentralisierung und breite Streuung des Eigentums im Sinne eines „Volkskapitalismus“ in vielen Fällen gar nicht, in anderen nur für eine kurze Übergangszeit stattgefunden. Vielfach traten und treten nationale und internationale Investment- und Pensionsfonds als neue Eigentümer der privatisierten Unternehmen in Erscheinung, womit letztlich die Finanzmärkte gegenüber den Güter- und Arbeitsmärkten ihre eh schon dominante Marktstellung noch weiter ausbauen konnten.

Drittens ist empirisch nicht verifizierbar, dass wenn privates Eigentum und Kontrolle an Stelle von öffentlichem Eigentum und Steuerung tritt, dies auch zu einer höheren Rationalität und Effizienz führt. Ein besonders häufig vorgetragenes Argument gegen öffentliche und für private Unternehmen lautet, dass der Staat die Bedürfnisse der Menschen nicht kennen und daher auch keine richtigen Investitions- und Produktionsentscheidungen treffen könne. Hierzu seien nur private Unternehmen in der Lage, die über den Markt gesteuert würden. Diese Behauptung verliert vor den Erfahrungen der letzten Jahre deutlich an Glanz: Die großen Fehler bei Management und Kontrolle sind nicht in erster Linie in öffentlichen, sondern in privaten Unternehmen

passiert: Metallgesellschaft, Balsam, Schneider, Bremer Vulkan, KHD, Daimler-Benz, BMW-Rover, VW-Bentley-Rolls-Royce usw.

Viertens kann auch nicht von Entbürokratisierung die Rede sein. Einerseits zeichnen sich große private Unternehmen durch ausgeprägte interne Rigiditäten und Anpassungsschwierigkeiten aus. Zum anderen unterliegen auch privatisierte Unternehmen einer öffentlichen Kontrolle. Hier sei nur auf Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen im Energie- und Verkehrsbereich hingewiesen.

Fünftens ist auch immer wieder die Beobachtung interessant, dass bei einem Versa-

gen privater Unternehmen oder sogar ganzer Branchen – siehe z.B. die Landwirtschaft im BSE-Fall oder auch den Pharmamarkt – der Ruft nach dem Staat zur Bekämpfung der privatwirtschaftlich verursachten Krise laut wird. Hier ist es dann übrigens eine Selbstverständlichkeit, dass der Steuerzahler für die Kosten aufzukommen hat.

Dies alles lässt bei den Forderungen nach Privatisierungen eher den Schluss zu, dass es in Wirklichkeit nicht um mehr Wettbewerb, Effizienz und Entbürokratisierung geht, sondern lediglich um kurzfristige und kurzfristige Realisierungen von Privatisierungserlösen die die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aufbessern und die bestehenden Budgetdefizite vermindern sollen. So erwecken Privatisierungen den Eindruck solider Haushaltsführung.

### 3. Die neoliberalen Ergebnisse sind erschreckend

Die Ergebnisse des seit etwa 25 Jahren eingeübten neoliberalen Wettbewerbsmodells, das immer mehr im Sinne des von Alfred Rappaport 1986 entwickelten und anschließend an den Kapitalinteressen orientierten Modells des Shareholder Value ausgerichtet wurde, sind eher ernüchternd bis erschreckend. Auf makroökonomischer Ebene zeichnet sich in der Bundesrepublik keine wirkliche Trendwende hinsichtlich der seit Mitte der siebziger Jahre vorherrschenden Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Produktivität bzw. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ab. So lag auch in den

neunziger Jahren im wiedervereinten Deutschland das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts, das jahresdurchschnittlich lediglich um 1,6 % zulegte, mit 0,4 Prozentpunkten noch unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsrate in Höhe von 2 %. Außerdem war das nur unterhalb der Produktivitätsrate sich entwickelnde reale Wirtschaftswachstum durch eine massive Umverteilung zu Gunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen geprägt. So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter um insgesamt 22,9 %, die Nettolöhne und -gehälter (nach Abzug der Lohnsteuer und Arbeitnehmersozialabgaben) legten aber nur noch um 13,3 % zu. Anders die Entwicklung der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Diese nahmen in den neunziger Jahren nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sogar um 43,2 % zu, was zum Ausdruck bringt, dass der Staat die Masseneinkommen der abhängig Beschäftigten nachhaltig belastet und die Ge-

winn- und Vermögenseinkommen überproportional entlastet hat.

Durch die disproportionale Einkommensverteilung fiel zur Belebung des Wirtschaftswachstums beträchtliche insbesondere durch die Masseneinkommen gespeiste gesamtwirtschaftliche Nachfrage multiplikativ aus. So kommt es nicht von ungefähr, dass die gesamtdeutsche Binnennachfrage in den neunziger Jahren so gut wie keinerlei Wachstumsimpulse lieferte und das nur schwache reale Wachstum überwiegend vom Export getragen wurde. Schwächelnde Binnenkonjunktur, Produktivitätszuwächse größer als das reale Wirtschaftswachstum, die nach weiterer Arbeitszeitverkürzung verlangen, und eine gigantische Umverteilung zur Gewinnquote haben die Arbeitslosenzahlen immer mehr ansteigen lassen und mit rund 4 Millionen zu einer Höhe geführt, die den Sozialstaat aushöhlt und damit zu einer gesellschaftlichen Radikalisierung beiträgt.

### 4. Alternativen sind machbar

Anstatt heute die Chance eines vereinten Europas zu nutzen und durch eine europäisch abgestimmte keynesianistische Wirtschaftspolitik im Einklang mit einer europäischen Geldpolitik in Verbindung mit einer staatlichen Wettbewerbspolitik zur Auflösung vermachteter Marktstrukturen, für Vollbeschäftigung zu sorgen, versagt die Politik kläglich. Alle sog. gesellschaftlichen Krisenbereiche, zu denen angeblich die Rentenversicherung, der Gesundheitsmarkt u.a. gehören oder auch die Finanzierung sinnvoller öffentlicher Bereiche, wie dem der Bildung und der ökologischen infrastrukturellen Daseinsfürsorge als auch die soziale Fürsorge, ließen sich bei einer vollbeschäftigten Wirtschaft ohne jegliche Probleme in ein Nichts auflösen. Dazu müsste die Politik in Europa einen ersten kurzfristigen Signalschritt einleiten und von dem völlig überzogenen, fast schon an politischer Hysterie grenzenden, Abbau der Staatsverschuldung ablassen. Politik muss endlich wieder begreifen, dass „wenn niemand Schulden macht, kann auch niemand Überschüsse erwirtschaften. Das Defizit des einen ist notwendigerweise der Überschuss des anderen.“ Genauso wenig belasten wir mit unseren Staatsschulden automatisch unsere Kinder. Denn die Kinder, die unsere Schulden erben, erben auch unser Vermögen. Eine hohe Staatsverschuldung heißt nichts anderes, als dass die übrigen Teilnehmer des Wirtschaftslebens – Firmen, Ausland und private Haushalte – einen exakt gleich großen Überschuss besitzen. Die Summe aller Schulden ist per definitionem immer genauso groß wie die Summe aller Guthaben.

Problematisch ist bei der Staatsschuld allerdings eine steigende Zinslastquote, die die relative Belastung der Staatsbürger mit Steuern anzeigt, aus denen die staatlichen

**Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Wettbewerbsordnungen kann nur durch staatliche Maßnahmen beseitigt werden: entweder durch eine Erhöhung der Geldmenge und/oder durch eine expansive staatliche Ausgabenpolitik. (Keynes)**

Zinszahlungen zu finanzieren sind. Diese Quote steigt aber immer nur dann, wenn die Zinsaufwendungen stärker zulegen als das reale Sozialprodukt, was in Deutschland auf Grund einer falschen Wirtschaftspolitik seit Anfang der siebziger Jahre beobachtet werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist es wegen der gegenwärtigen Wachstumsschwäche und der hohen und weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit ökonomisch rational, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts binnen weniger Jahre zugunsten eines umfassenden Konjunktur- und Investitionsprogramms zurückzustellen. Diese Forderung widerspricht nicht einmal dem Maastrichter Vertrag, da Deutschland die erlaubte Defizitquote von bis zu 3 % noch nicht voll ausgeschöpft hat. Sollte aufgrund anhaltender Wachstumsschwäche oder gar Stagnation die Grenze der Defizitquote erreicht werden, darf dies nicht dazu führen, aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzufahren, zumal es für die auf maximal 3 % festgelegte Defizitquote keinerlei wissenschaftliche Begründung gibt. Zur Abwendung einer folgenschweren Wirtschaftsdepression ist gegebenenfalls auch eine Defizitquote hinzunehmen, die vorübergehend die Marge von 3 % übersteigt. Eine „Politik der ruhigen Hand“ ist hier jedenfalls völlig Fehl am Platz. Gleichzeitig müsste die Finanzierung eines langfristig angelegten Investitionsprogramms, die Ar-

beitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat in mehreren Memoranden darauf hingewiesen, durch eine alternative Steuerpolitik eingeleitet werden, die mittelfristig zusätzliche Staatseinnahmen mit einem Volumen von bis zu 240 Milliarden DM erschließt. Instrumente zur Erhöhung der Steuereinnahmen, die dann für ein aktives Beschäftigungsprogramm, auch im Interesse einer öffentlichen Daseinsfürsorge defizitquotenneutral zur Verfügung stünden, sind: Abschaffung des Ehegattensplittings, Wiedereinführung der Vermögensteuer, Erhebung einer Börsenumsatz-, einer Spekulations- und einer Wertschöpfungssteuer, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerhinterziehung und Mehreinnahmen aus einer reformierten Ökosteuer. Daneben könnten Steuern durch die Veränderung der Bewertungsgrundsätze in den unternehmerischen Bilanzen eingenommen werden. Völlig unangemessene Unterbewertungen beim Vermögen und Überbewertungen beim Kapital erzeugen hier jährlich Steuerausfälle in Milliardenhöhe.

Um noch einmal die unmissverständlich lehrende Vergangenheit zu bemühen, sei allen die auf Selbstregulierungsfähigkeit von Marktkräften, auf Deregulierung, Flexibilisierung und Entstaatlichung setzenden Neoliberalen, Neoklassikern und Monetaristen gesagt, dass dies die jetzt bereits seit 25 Jahren bestehende Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt hat, sondern sie auf immer höhere Niveaus treibt. Solange auch die jetzige Bundesregierung den Kurs der gescheiterten Kohl-Ära im wesentlichen fortsetzt, wird eine wirtschaftliche Ernüchterung und Enttäuschung der nächsten folgen und eine noch größere Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung aufkommen sowie womöglich eine gesellschaftliche Radikalisierung nach sich ziehen. Es wird daher höchste Zeit, den Kurs

**Politik muss endlich wieder begreifen, dass „wenn niemand Schulden macht, kann auch niemand Überschüsse erwirtschaften. Das Defizit des einen ist notwendigerweise der Überschuss des anderen.“**

zu wechseln und die im rot-grünen Koalitionsvertrag propagierte Zieltriade in den gesellschaftlichen Mittelpunkt zu rücken: Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Umwelt. Eine alternative Wirtschaftspolitik liegt dafür seit langem auf den Tisch.

# spw

intern

Mit der ersten Ausgabe im Jahr 2002 präsentiert sich spw in leicht verändertem Gewand: Ab sofort sind alle Rubriken dreispaltig gesetzt. Die Überschriften gehen künftig – mit Ausnahme der Rubrik DL21 – über alle Spalten, so dass Anfang und Ende der jeweiligen Artikel schneller zu erkennen sind. Verzichtet haben wir zudem auf die Marginalspalte, damit wir bei gleicher Textmenge die Schriftart etwas vergrößern konnten. Der besseren Lesbarkeit dient auch die neue Schriftart. Wir hoffen, dass diese Änderungen die Qualität der Lektüre erhöhen.

Wie im vergangenen Jahr mehrfach angekündigt, hat spw nach fünf Jahren wieder die Preise erhöht. Wir bedanken uns bei unseren LeserInnen für das Verständnis für diese Maßnahme. Auch in 2002 werden wir uns dafür engagieren, dass spw eine politisch und intellektuell Gewinn bringende Investition bleibt. Die positive Abo-Entwicklung im letzten Jahr zeigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind.

Zum Jahreswechsel hat unser langjähriger Miterhausgeber Peter von Oertzen aus ge-

sundheitlichen Gründen seine Herausgeberschaft niedergelegt. Wir bedauern diese Entscheidung, denn spw hat Peter von Oertzen viele Impulse und viel Unterstützung zu danken. Soweit es seine Gesundheit zu lässt, will er spw auch künftig mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir danken Peter von ganzem Herzen für sein Engagement und hoffen, dass er noch viele Jahre bei Kräften bleibt.

In diesem Heft dokumentieren wir einige wichtige Beiträge der spw-Jahrestagung vom November 2001 in Dortmund. Die Diskussion um die Thesen zum modernen Sozialismus wird auf der Frühjahrstagung des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung am 27./28. April 2002 in Kassel fortgeführt. Neben den Vereinsmitgliedern sind natürlich auch die LeserInnen von spw herzlich eingeladen, an der Tagung teilzunehmen. Neben der Fortsetzung der Theorieebatte steht in einem Jahr mit Bundestagswahlen natürlich auch eine Bestandsaufnahme reformpolitischer Praxis in der Bundesrepublik auf der Tagesordnung.

Infos zu Programm und Teilnahmebeitrag der Frühjahrstagung können bei Reinhold Rünker, [redaktion@spw.de](mailto:redaktion@spw.de) oder Tel. 02175/88 44 37 angefordert werden. Reinhold Rünker



## ReformAlternativen

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Reformalternativen: sozial-ökologisch-zivil*, Autoren: Dieter Klein, Joachim Bischoff, Judith Dellheim, Bernd Schneider, Klaus Steinitz, Florian Weiß, Karl Dietz Verlag 2000

Hat die Neue Linke eine Zukunft? Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Buch „Reformalternativen“ widmet sich einer großen Frage mit kleinteiligen Antworten. Das Buch will alternative Entwicklungswege aufspüren, die sich von neoliberal-konservativen Strömungen unterscheiden und in kritischer Distanz zum Dritten Weg der neuen Sozialdemokratie stehen. Seine sechs Autoren wollen einen Beitrag zum Diskurs der europäischen Linken bieten, vor allem aber die Strategie- und Politikfähigkeit der PDS verbessern. Dabei schränken sie ihren Anspruch von vorneherein ein. So soll es weniger um den demokratischen Sozialismus als Resultat eines gesellschaftlichen Lernprozesses gehen, sondern vornehmlich um Überlegungen für einen mittelfristigen Zeitraum. Die Markierung möglicher Entwicklungskorridore soll das Resultat ihrer Überlegungen bilden.

Mit der neuen Sozialdemokratie gehen die Autoren kritisch zu Gericht. Sie beschreiben deren Unfähigkeit und angeblichen Unwillen, Alternativen zum Kapitalismus zu suchen. Machtfragen würden von ihr ignoriert. Die Konfliktachse des Sozialismus-Kapitalismus zu bemühen, gälte als vormodern, Weltmarktmechanismen als unausweichlich. Ihr „Dritter Weg“ oder die „Politik der Neuen Mitte“ führe zu einer Öffnung zum Neoliberalismus, ohne mit ihm identisch zu sein. Daher sei die neue Sozialdemokratie mit ihrem dritten Weg nicht in der Lage, die Chance zu einem nachhaltigen Politikwechsel zu nutzen.

Es sei deshalb an der Linken und der PDS, Strategien und Politikangebote so auszuarbeiten, dass heute begehbbare Wege aufgezeigt werden, die auch die Stellung der realen oder potentiellen Akteure berücksichtigen, die zugleich realitätsnahe Visionen verwirklichen können.

Aus dieser Annahme folgt das Anliegen, die PDS zwar nicht mit einem Reformkonzept auszustatten, wohl aber linke Reformalternativen herauszuarbeiten und mögliche Schritte aufzuzeigen, so dass weiterreichende Optionen erkennbar werden.

Im ersten und einleitenden Kapitel wird zunächst die „Grundsituation der Bundesrepublik im internationalen Zusammenhang“ beschrieben. Dabei kommt Dieter Klein zu dem Schluß, dass mit der Öffnung der Sozialdemokratie für neoliberale Tendenzen ein politischer Leerraum links von der SPD entstanden ist. Klein hängt damit einer Vorstellung an, die in der Politikwissenschaft als „Vakuumthese“ beschrieben wird. Dieses Vakuum mit einer demokratisch-sozialistischen

Partei zu füllen, könne nur der PDS gelingen. Bündnis 90/Die Grünen seien wegen ihres umweltpolitischen Schwerpunkts und der mangelnden Kompetenz für die Vertretung ostdeutscher Interessen nur bedingt dazu in der Lage.

Die Analyse selbst würde jedoch fast jeder Sozialdemokrat unterschreiben. Die gesellschaftlichen Kräfte stünden sich im 21. Jahrhundert drei großen Umbruchprozessen gegenüber, deren Bewältigung die wichtigsten Herausforderungen sein werden. Die Revolution des Verhältnisses der Gesellschaft zur Natur, der globale Aufbruch zur Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut und der feministische Aufbruch müssen gemeistert werden. Dies muss in Politiken münden, die die umweltbewusst verwendete Massenkaukraft stärken, regionalwirtschaftliche Kreisläufe fördern, eine neue Art von Vollbeschäftigung forcieren, die über Arbeitszeitverkürzung und gerechte Verteilung der Erwerbs- und Hausarbeit hinaus auch auf neuen Beschäftigungsfeldern durch ökologischen Umbau und den Ausbau humanorientierter Dienstleistungen das Abdrängen bestimmter Gruppen in einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor verhindert. Zwischen Privatwirtschaft und Staatssektor müsse ein öffentlich geförderter, gemeinnütziger, von autonomen Wirtschaftsakteuren getragener, beschäftigungsintensiver dritter Sektor geschaffen werden. Wie die Profitdominanz durch eine neue gesellschaftliche Regulierungsweise im 21. Jahrhundert überwunden werden soll, bleibt ohne nähere Erläuterung.

Im dritten bis zum achten Kapitel beschreiben die einzelnen Autoren diese Herausforderungen für die verschiedenen Politikfelder: Für die Ökologie (Weichenstellung für einen sozial-ökologischen Umbau: Kapitel 3), den Arbeitsmarkt (Alternativen gegen die Massenarbeitslosigkeit – für Vollbeschäftigung neuer Art: Kapitel 4), die sozialen Sicherungssysteme (Kapitel 5), die Finanzpolitik (Kapitel 6) und die Demokratisierung (Kapitel 7) formulieren sie konkrete Politikvorschläge. Im Abschnitt über den sozial-ökologischen Umbau werden im wesentlichen die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren ökologischer Zerstörung benannt

und die Notwendigkeit nachhaltiger Politik referiert. Die umweltpolitischen Positionen der SPD werden als widersprüchlich und als defizitär charakterisiert. Sie seien etwa in den „Eckpunkten einer sozialdemokratischen Modernisierungs- und Reformpolitik“ weit hinter der Agenda 21 oder den Konventionen zurück geblieben, die 1992 in Rio de Janeiro auch die konservativen Regierungschefs unterzeichneten. Auch der mit Hoffnungen begleitete Regierungswechsel hat nicht zu einer nachhaltigen Energiewende geführt.

Der Hauptvorwurf richtet sich gegen die Unterordnung der ökologischen Modernisierung unter das Primat wirtschaftlichen Wachstums. Ungewöhnlicherweise wird der ökologische Umbau der Gesellschaft mit dem Problembereich der Gleichstellung der Geschlechter in diesem Kapitel verknüpft. Denn Frauen seien von Umweltschäden stärker betroffen als Männer, da sie als Hauptnährerinnen stärker von der Erneuerungsfähigkeit der Natur abhängen. Ökologischer Umbau sei deshalb nicht ohne das Aufbrechen patriarchaler Strukturen und ohne starke feministische Emanzipationsbewegungen möglich.

Das Kapitel beschreibt jedoch eher den sozial-ökologischen Wandel mit allgemeinen Anregungen als das es innovative Reformanstöße gibt. Zum einen benennt es die Kräfte, die den sozial-ökologischen Umbau blockieren. Dies sei der Kampf für mehr Lebensqualität, für soziale Sicherheit, mehr Freizeit und hochwertige kulturelle Angebote für alle statt eines ressourcensparenden Konsums. Es fordert die Stärkung der Kommunalpolitik im Zusammenhang mit der Schaffung regionaler/lokaler Wirtschaftskreisläufe und zur Demokratisierung der Demokratie. Nötig sei eine konstruktive Politik zu einer Energiewirtschaft zu Lasten von fossilen Energieträgern und Atom. Die PDS verlangt den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie,

**ISW** *analysen, fakten & argumente*  
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

9. isw-forum  
**Gesundheit – ein Mordsgeschäft**



ISW REPORT NR. 48

isw-report 48  
September 2001  
DM 5,- + Versand

**Bestellungen  
Gesamtprogramm**

Dokumentation des 9. isw-forums:  
Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe: Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems / Dominik Schirmer: Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung / Steffi Nitschke: Privatisierungsbestrebungen am Beispiel Klinikum Kassel / Prof. Dr. Peter Eckert: Gesundheit unter dem Profitdiktat des Pharmakartells / Prof. Dr. H. Spaar: Das Märchen von der Unbezahbarkeit der Gesundheitsversorgung / Anhang mit weiteren Fakten

Mitherausgeber:  
ver.di Landesbezirk Bayern

**Nach dem Goldrausch**

Der Abbruch des HighTech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft



ISW REPORT NR. 47

Der Abbruch des HighTech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft

isw-report 47 Juni 2001, DM 5,- + Versand

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Weirh-Straße 3, 80639 München, fon: 089-130041  
fax 089-168 94 15, email: isw\_muenchen@t-online.de  
jetzt auch im internet: <http://www.isw-muenchen.de>

Jacques Pauwels

## Der Mythos vom guten Krieg

Die USA und der 2. Weltkrieg



PapyRossa

Der 2. Weltkrieg als »guter Krieg« der USA, aber auf der »falschen Seite« und gegen den »falschen Feind«

ISBN 3-89438-225-2, Broschur, 198 Seiten  
DM 25,40 / EUR 13,00

ISBN 3-89438-220-1, Broschur, 302 Seiten  
DM 32,30 / EUR 16,50

---

Dietrich Heiter/Gerd Wiegell (Hg.)

## Die Stolzdeutschen

Von Nordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur



PapyRossa

Was das Gerede von Nationalstolz und Leitkultur soll und wen das stolzdeutsche Banner so alles vereint

ISBN 3-89438-227-9, Broschur, 240 Seiten  
DM 30,90 / EUR 15,80

ISBN 3-89438-227-9, Broschur, 240 Seiten  
DM 30,90 / EUR 15,80

---

Werner Biermann/Arno Klünne

## Globale Spiele

Das letzte Stadium des Kapitalismus?



PapyRossa

Imperialismus heute – die Globalisierung als jüngstes Stadium des Kapitalismus und dessen Leidtragende

ISBN 3-89438-227-9, Broschur, 240 Seiten  
DM 30,90 / EUR 15,80

**PapyRossa Verlag**

Tel.: (0221) 448545 – Fax: (0221) 444305  
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

und der Verstromung einheimischer Braunkohle innerhalb von ca. 3 Jahrzehnten. Weiter sollen Reformalternativen zum sozial-ökologischen Umbau, eine umweltverträgliche Verkehrswende, Ressourcen sparende Stoffwirtschaft und eine ökologische Agrarwirtschaft vorantreiben. Anstöße erwarten die Autoren außerdem von „Innovationsprogrammen für Sozial-ökologischen Umbau Ost“. Zudem verlangen sie die Bereitstellung einer öffentlicher Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des BSP bis 2002. Nichtregierungsorganisationen sollen auf die soziale und umweltschützende Verwendung einen stärkeren Einfluß haben.

Den Abschnitt über Alternativen gegen die Arbeitslosigkeit leiten die Autoren mit einer Kritik an der rot-grünen Koalitionsvereinbarung ein. Sie habe zwar das „Bündnis für Arbeit“ zum Inhalt gehabt, konkrete Umsetzungsvorschläge für die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze jedoch vermissen lassen. Auch das „Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit“ und „Jugend und Europa“ offenbare kaum konkrete Umsetzungsperspektiven. Im folgenden werden verschiedene Konzepte aufgegriffen. Im Mittelpunkt steht dabei zum einen die Idee, regionale wirtschaftliche Verflechtungen zu fördern, zum anderen die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors durch öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme.

Als geeignete Mittel werden u.a. zeitweilige Lohnkostenzuschüsse zur Förderung von Existenzgründern und bei größeren Arbeitszeitverkürzungen zum Auf- und Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungssektoren diskutiert. Diese öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren sollen rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für gemischte öffentlichen und private Wirtschaftsformen bieten. Zudem sollen sie Zuschläge für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen beinhalten und ehrenamtliche Arbeit zu verstetigter tariflich bezahlter Arbeit umwandeln helfen. Um regionale Verflechtungen anzuregen, sollen größere Förderbeträge an einschlägige Unternehmen verteilt werden. Weiter soll die Versorgung mit Speisen und Getränken aus der Region in öffentlichen Einrichtungen, der Vertrieb von Getränken in Mehrwegflaschen, der Gebrauch von Strom aus regenerierbaren Energieträgern besonders honoriert werden.

Die Autoren wenden sich gegen die Tendenz der aktuellen Sozialpolitik, ihre Bereiche danach zu bewerten, ob sie zur Selbständigkeit der Opfer der Modernisierungsprozesse beitragen und die „zweite Chance“ in den Mittelpunkt zu rücken. Sie betonen, dass häufig noch nicht einmal die erste Chance real war. Schlussfolgerungen aus diesem Dilemma und der Tatsache, dass trotz der Unkenrufe über die deutsche „Vollkasko-Gesellschaft“, die Armutsquote erschreckend hoch liegt, seien beispielsweise: eine Aufstockung

der Bundeszuschüsse, um die Renten- und Arbeitslosenversicherung wieder handlungsfähig zu machen; ein Rechtsanspruch auf Alters-Wahlarbeitszeit für Menschen ab 55; die Durchsetzung einer angemessenen Belastung bei Kapital- und Vermögenseinkommen in Form einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe, Vermögenssteuer sowie die Besteuerung von Vermögenseinkommen; das Recht auf eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung; und die Bindung der Sozialeinkommen an Einkommensgrenzen, die ausgehend von einer vollen Unterstützung bei den Mindesthaushaltseinkommen degressiv gestaltet sein sollten.

Die finanzpolitischen Reformvorschläge grenzen sich von den Vorstellungen der rot-grünen Koalition ab. Im Gegensatz zu der SPD und den Bündnisgrünen, die soziale Gerechtigkeit eher über eine Steuerreform als über umfassendere gesellschaftliche Veränderungen erreichen wollen, vertritt die PDS einen anderen Ansatz. Es sollte vorrangig sein, wie durch Steuern soziale, demokratische und ökologische Akteure und Entwicklungen, die angestrebten Veränderungen gefördert werden und wie Finanzierungsquellen für konkrete Ziele erschlossen werden können. Grundprinzip sollte sein, die primären Einkommen direkt nach der Leistungsfähigkeit zu besteuern, da Verbrauchssteuern überproportional die unteren Einkommen belasten. Gesellschaftspolitische Akzente seien beispielsweise durch die gezielte Besteuerung des Energieverbrauches zu setzen, oder durch die Begünstigung von realwirtschaftlichen Unternehmensinvestitionen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Zur Illustration folgen eine Reihe konkreter Vorschläge mit Rechenbeispielen, mit denen sich auseinandergesetzt werden kann.

Zur Demokratisierung der Demokratie könne die PDS beitragen, in dem sie ein radikal-demokratisches Profil gewinnt, das über die Ablehnung des autoritären Sozialismusmodells und der repressiven Tendenzen in der Bundesrepublik hinausgeht. Angeregt werden die Ausweitung von BürgerInnenrechte und Wahlrechtsänderungen z. B. zugunsten erweiterte Einflussmöglichkeiten auf die Zusammensetzungen der Parteilisten (Kumulieren, Panaschieren u.s.w.)

Im achten Kapitel geht es letztlich um das Anliegen der Linken, globale Zusammenarbeit voranzutreiben und eine Wende weg vom Militarismus und Globalisierungswahn zu initiieren. Voraussetzung dafür seien zivile Konfliktbewältigung- und prävention, die Förderung von Nichtregierungsstrukturen und die Schaffung öffentlich finanzierten, globaler Denknetze, um sich der zentralen und globalen Aufgaben annehmen zu können. Das Monopol für friedens erzwingende Missionen muss bei der reformierten UNO und der weiterentwickelten OSZE liegen.

Abschließend ist festzustellen, dass das Buch seinem Ziel gerecht geworden ist, Diskussi-

onsangebote zu liefern. Es bietet einige Vorschläge, um sich mit verschiedenen Lösungsansätzen zu den einzelnen Politikbereichen auseinanderzusetzen. Zu wünschen wäre aber eine stärkere Abgrenzung zu den Politikvorstellungen der anderen Parteien gewesen. Das Buch macht jedoch nicht durchgängig den Anschein, dass es in erster Linie ein programmatisches Diskussionsangebot für die europäische Linke sein will. Vielmehr stehen die Standpunkte der PDS und deren Stellenwert im Vordergrund.

## Gerechtigkeit in der neuen Arbeitsgesellschaft

*Jonas Christopher Höpken, Gerechtigkeit in der neuen Arbeitsgesellschaft. Impulse christlicher Sozialethik für einen modernen Politikentwurf, Waldbold Verlag, Münster 2001.*

■ Gerechtigkeit in der neuen Arbeitsgesellschaft: Dass eine Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft sich mit Gerechtigkeit, Fragen der Arbeitsgesellschaft, erst recht mit Fragen einer neuen Arbeitsgesellschaft befasst, leuchtet schnell ein, besonders wenn eine moderne Zeitschrift nicht nur Tradition beschwören oder deren Verlust beklagen, sondern auch Forum für neue Impulse sein möchte. Der Untertitel des Buches jedoch lässt fragen, ob die hier gewählte Perspektive denn relevant sein kann, nämlich Impulse christlicher Sozialethik für einen modernen Politikentwurf zu berücksichtigen. Die Verbindung von christlichen Wertvorstellungen und sozialistischen Überzeugungen ist in der Geschichte und gerade in der deutschen Geschichte – wie etwa bei den Vertretern des religiösen Sozialismus – erkennbar gewesen, in der volkswirtschaftlichen Tradition der Gegenwart jedoch allzu selten vermittelt.

Das Buch von Jonas Höpken stellt die wesentlichen katholischen und protestantischen Dokumente zeitgenössischer Sozialethik zusammen, beginnend beim 2. Vatikanischen Konzil bis zum Gemeinsamen Wort des Rates der Ev. Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Hier werden die Kernaussagen christlicher Gesellschaftsethik referiert. Zentrale Punkte sind die Option für die universelle Anerkennung der Würde des Menschen, für Freiheit und Befreiung, die Option für die Armen, den Frieden, die Gerechtigkeit sowie die Option für die Bewahrung der Schöpfung. Hierin sind auch Kriterien der Nachhaltigkeit und der Menschenrechte eingeschlossen. Der

Die Frage wie und von wem die gemachten Vorschläge in den einzelnen Politikbereichen ausgeführt werden können, stellen die Autoren jedoch in den Hintergrund. Lapidar bemerken sie, welche Akteure in welchen Problemfeldern hervortreten, lasse sich nicht durch theoretische Überlegungen bestimmen und werde sich zeigen. Da das Buch eher als Sprachrohr der PDS-Politik erscheint und häufig in der PDS die adäquate Kraft sieht, die Alternativen umzusetzen, hätte es die Struktur der PDS und ihres Umfeldes stärker berücksichtigen müssen.

Autor arbeitet heraus, dass sozialistische Bewegungen mit ihrem Streben nach sozialer Gerechtigkeit und solche Bewegungen, die ihre Kraftquellen im christlichen Glauben haben, nicht in einem Gegensatz zueinander stehen. In kirchlichen Dokumenten lässt sich ein eindeutig antikapitalistischer Geist finden.

Wie es zu einer guten wissenschaftlichen Arbeit gehört, befasst sich die Ausarbeitung mit den gegenwärtig wichtigsten modernen Gerechtigkeitstheorien: Der Frage der Verteilungsgerechtigkeit des amerikanischen Philosophen John Rawls, der Frage der Gerechtigkeit durch Besitztümer bei Robert Nozick und Michael Walzers Theorie des Systems der komplexen Gleichheit. Der Autor beschreibt drei Szenarien einer Gesellschaft; einer Gesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, das Modell der Bürgerarbeit und die Konzeption einer neuen Erwerbsarbeitsgesellschaft. In allen Fällen zieht der Autor die Konsequenz, dass aus der vorrangigen Option für die Armen soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit folgen muss. Die egalitär-liberale Theorie von Rawls stimme in wesentlichen Punkten mit den christlich-sozialethischen Kriterien überein. Defizite bestehen hier hinsichtlich ihrer konkreten Verwirklichung. Die egalitär-liberale Theorie von Nozick sei jedoch aufgrund ihrer Ablehnung jeder sozialpolitischen Gestaltungsaufgabe des Staates sozial-ethisch nicht mit einem christlichen Weltverständnis vereinbar. Die Theorie von Michael Walzer eigne sich für die Zielsetzung, ein realistisches Konzept zur Konkretion sozialethischer Anliegen einzuführen, wenn auch hier die ökologische Dimension als Teil des Problems der Erwerbsarbeitsgesellschaft vernachlässigt wird. Eine Gesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, würde einem sozialethischen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit nicht entsprechen und zu massiven gesellschaftlichen Konflikten führen. Diesen kommt das Modell einer Gesellschaft der Bürgerarbeit näher. Hier wird jedoch die Möglichkeit konkreter Ausgestaltung als letztlich nicht konsequent durchhaltbar bewertet. Die Konzeption einer neuen Erwerbsarbeitsgesellschaft hin-

Besonders in den alten Bundesländern sei sie noch zu schwach mit möglichen Akteuren des zukünftigen Wandels vernetzt. Mehrheiten für soziale und ökologische Nachhaltigkeit seien nur gemeinsam mit den Linken in der SPD und bei den Grünen zu gewinnen. In diesem Fall hätten die AutorInnen aber das Zusammenspiel der innerparteilichen Kräfte, der Akteure innerhalb der Linken bzw. die Konstellationen und jeweiligen Positionen im Umfeld der PDS analysieren müssen.

(Inka Jörs)

spw 1/2002

gegen werde sowohl in ihren Grundlagen als auch in der Konkretion den sozialethischen Anforderungen weitgehend gerecht. Neben der systematischen Analyse der Wertgrundlagen einer neuen Arbeitsgesellschaft und ihrer christlich-ethischen Beurteilung kommt der Autor zum Schluss, dass derzeit in der Bundesrepublik und den anderen führenden Industriestaaten auf politischer Ebene keine mehrheitsfähigen Kräfte existieren, die ein solches Konzept befürworten und für eine Umsetzung in Erwägung ziehen.

Die Ausarbeitung von Jonas Höpken ist deswegen interessant, weil sie nicht in erster Linie über verschiedene Realkonzepte von Gesellschafts-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik handelt, sondern weil sie sich mit den Wertgrundlagen und Bewertungskriterien der Entwicklung einer Gesellschaft auseinandersetzt. Eine systematisch entwickelte kritische Diskussion der Werte und Unwerte neoliberaler Form der Marktwirtschaft, eines weiter deregulierten Kapitalismus erfolgt und führt sozial-ethische, christliche und sozialistische Maßstäbe zusammen. Irreführend oder falsch gewählt ist auf diesem Hintergrund der Untertitel bzw. einzelne Abschnitte, in denen von Konkretisierung oder Impulsen für einen modernen Politikentwurf die Rede ist. Es geht weniger um Politikentwürfe als um das kritische Nachdenken über die Wertmaßstäbe und Wertgrundlagen von Politik und Gesellschaft. Bereichert oder weitergeführt werden könnte diese Ausarbeitung sicher in Richtung einer kritischen Einbeziehung der herrschenden ökonomischen Gerechtigkeitstheorie der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik. Hier letztlich sind die Ansatzpunkte für Veränderungen zu gestalten und die wesentlichen Konfliktlinien für die Zukunft einer neuen Arbeitsgesellschaft zu definieren. Vielleicht auch hätte noch deutlicher eine Brücke geschlagen werden können zu den Initiativen und Konkretionen von nicht Regierungsorganisationen, Globalisierungsgegnern oder Kampagnenarbeit wie in der Lokalen Agenda 21, der ATTAC-Bewegung, der Entschuldungsdiskussion, des Corporate Citizenship (CSR), wo Konkretionen der überzeugenden Anliegen des Autors bereits vorliegen.

(Dr. Martin Büscher)

spw 1/2002

# Hier gibt's was!



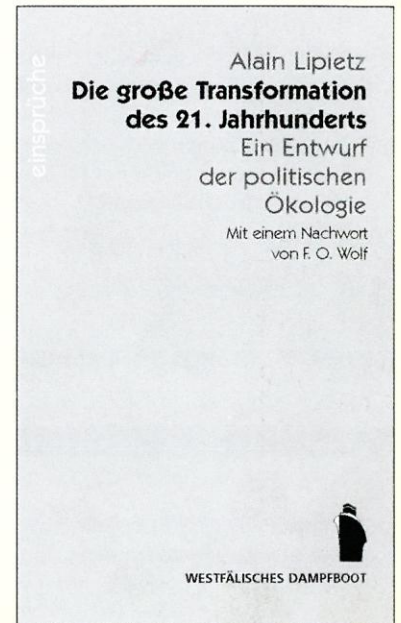
③ Ulrike Winkler (Hg.); Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte; DM 29,80

④ Heiner Ganßmann; Politische Ökonomie des Sozialstaats; 195 S.; DM 29,80



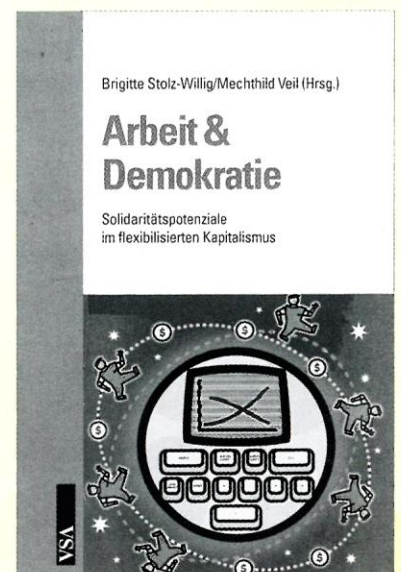
② Andreas Klärner; Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 166 Seiten; DM 28,-

⑤ Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/ Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.; Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik ca. 160 Seiten; ca. DM 24,80;



① Alain Lipietz; Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, 192 S.; DM 29,80

⑥ Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hrsg.) Arbeit & Demokratie. Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus ca. 176 Seiten; ca. DM 24,80



A b o - P r ä m i e n 2 0 0 2

spw